

Teil E

Vorbemerkung der Redaktion des AWR zur Berichterstattung der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“:

Weder „Fakten-Darstellung“ noch Sprache von Putin (über die Regierung der Ukraine: „Drogenbande“, „Nazis“) und von Lawrow gefallen uns in der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist darüber hinaus durch nichts zu rechtfertigen.

Dieser Überfall ist ein Verbrechen!!!

Überdies ist die Berichterstattung von „Unser Mitteleuropa“ zu diesem Komplex in seiner Putin-Hörigkeit sehr zu bedauern! Auch in der Tonart der Sprache und in der Wortwahl hat sich die Zeitschrift leider anstecken lassen! Einfach widerlich!!!

Und ist der Versuch der Politik Putins schon vergessen, Europa durch „Flüchtlingsströme“ über Weißrussland zu destabilisieren? Der polnischen Regierung sei dankgesagt, dass sie die Grenzen zu Weißrussland geschlossen hat!

Wer kann uns etwas über die Zusammensetzung der Redaktion von „Unser Mitteleuropa“ sagen (Putinisten in Krakau?), wer lüftet uns das Geheimnis zum Eigentümer, für den lediglich ein Postfach in London genannt wird.

Redaktion in Krakau? Wer soll das glauben, dass „Putinisten“ in Polen arbeiten und diese Thesen vertreten?

Schade! Schade! „Unser Mitteleuropa“ vertut Chancen, eine kritische, auch selbstkritische Publikation zu sein.

Wir sehen eine Gratwanderung zwischen „historischem Dokument“ und „Propaganda“ – letztere ist zuweilen auch ein „historisches Dokument“.

Unsere Meinung ist klar, möge der Leser für sich entscheiden und viele unterschiedliche Quellen benutzen!

Wir übernehmen immer weniger Beiträge aus „Unser Mitteleuropa“, für Putin-Propaganda sind wir uns zu schade!

Die Redaktion

Teil E
Inhaltsverzeichnis (Seiten E II – E VIII)

Großgliederung Europas

Seite E 0

E. a) Pfarrer Steffen Reiche, Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee
Seiten E 1 – E 27

- 01) Predigtkreis zum Sonntag 13.08.2023, der das besondere Verhältnis von Juden und Christen zum Thema hat & „Gespenster hinter Milchglas“. Von Thierry Chervel
- 02) Predigtkreis vom 08.08.2023 & Schauspieler inszenierten die Mär vom ukrainischen Genozid im Donbass. Von Clemens Wergin

E. b) Themen global, die uns auch bewegen **Seiten E 28 – E 58**

- 01) BRICS-Staaten erweitert sich um sechs weitere Länder
- 02) Johannesburg: Stellungnahme von Sergey Lawrow zum BRICS-Gipfel im südafrikanische Magazin Ubuntu
- 03) Der Weg Afrikas aus dem „Amerikanischen Sektor“
- 04) Das Ende einer Epoche: Kolonialismus endgültig Geschichte – 40 Länder wollen BRICS-Beitritt
- 05) Klimaschwindel-Aufklärung: War der Juli 2023 der heißeste je gemessene Monat?
- 06) Klimaschwindel-Aufklärung: Die NASA weiß, warum das Wetter so seltsam ist. Von PETER HAISENKO
- 07) USA will Niger unter allen Umständen „halten“
- 08) IPCC-Chef Jim Skea: Welt wird beim Verfehlen des 1,5-Grad-Ziels nicht untergehen!
- 09) Plötzliche Warnung vor E-Auto-Transporten nach Frachter-Brand
- 10) 70. Jahrestag des Waffenstillstands: Der Koreakrieg war Generalprobe für Dritten Weltkrieg. Von JURY TAWROWSKY
- 11) Dr. Norbert van Handel – „Die Zeit ist aus den Fugen...“

E. c) Wanderungen und Einwanderungen **Seite E 59**

- Keine Berichte -

E. d) Länder weltweit – im Überblick **Seiten E 60 – E 109**

- 01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 31.08.2023
- 02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 28.08.2023
- 03) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 25.08.2023
- 04) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 18.08.2023
- 05) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 14.08.2023

06) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 09.08.2023

07) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 07.08.2023

E. e) Verteidigungsbündnisse: NATO u.a.

Seite E 110

- Keine Berichte –

E. f) Europa, Europa und die Welt

Seiten E 111 – E 113

- Keine Berichte –

Europäische Union (EU) (Seiten E 112 - E 113)

01) EU-Rekord-Importe von russischem Flüssig-Erdgas

E. g) Mitteleuropa

Seite E 114

- Keine Berichte -

E. h) BR Deutschland und nahe Staaten

Seiten E 115 – E 192

Niederlande (Seiten E 115 – E 116)

01) Verstand über Bord: Traumschiff soll Flüchtlingsheim werden

BR Deutschland (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 117 – E 151)

01) Fragen an Staatsminister Aiwanger - und seine Antworten

02) KW 35 (28.08. bis 03.09.2023). Von Ed Koch

03) Hessen: 1,7 Millionen Euro für freiwillige Rückkehr an Migranten bezahlt
– viele gleich wieder da

04) Acht Euro, immerhin. Von Ed Koch

05) ACHTUNG REICHELT!

Rentner sammeln Flaschen und wir zahlen den Taliban 370 Millionen Euro!

06) Nächster Migrations-Turboschub: Baerbock will weitere 44.000 Afghanen einfliegen lassen

07) Deutsche Polizei kollaboriert öffentlich mit Klima-Kleber-Radikalen

08) Deutschland als einziges G20-Land mit schrumpfender Produktion und Talfahrt geht weiter

09) Skandal: Steinmeier missbraucht „75 Jahre Grundgesetz“ um gegen Opposition zu hetzen

10) ACHTUNG REICHELT!

Angstwort Deindustrialisierung: Unsere Wirtschaft flüchtet vor Scholz und Habeck

- 11) Hessen: Antifa-Schlägertypen wollen AfD-Kandidaten „Hausbesuche“ und das „Leben zur Hölle machen“
- 12) „Die Schönheit“ von Ex-Kanzlerin Merkel kostet den Steuerzahler 55.000 Euro
- 13) ACHTUNG REICHELT!
Reich mit Scholz: So verdient Kühnert ohne Ausbildung eine Million Euro!
- 14) ACHTUNG REICHELT!
Unser Sozialsystem wird gnadenlos ausgenutzt!
- 15) Gericht pfeift deutschen Verfassungsschutz-Chef Haldenwang zurück
- 16) Wie Deutschland Projekte der Gates-Stiftung mit fast 4 Milliarden Euro unterstützt
- 17) ACHTUNG REICHELT!
Sie glauben selbst nicht, was sie uns erzählen
- 18) Informationsfreiheit in Gefahr
- 19) ACHTUNG REICHELT!
Ruin Robert & Blamage-Baerbock. So schaden die beiden Deutschland!
- 20) ACHTUNG REICHELT!
Habecks Horror-Prognose über die eigene Politik: „Bald keine Industrie mehr“ in Deutschland

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 152 – E 185)

- 01) Aufgabenverteilung in den Berliner Bezirken
- 02) Riesendrachen über Berlin - 16.09.2023 Tempelhofer Feld
- 03) Der Baustellensenator. Von Ed Koch
- 04) Klare Ansage. Leserbriefe
- 05) Von Amt zum Service. Von Ed Koch
- 06) Berlin braucht Erziehung. Von Ed Koch
- 07) 35 Jahre CPYE / Komitee zur Förderung von Jugendaustauschprojekten e. V. Von Ed Koch
- 08) Ein knallgelbes Solarboot der DHL. Von Ed Koch
- 09) Orden für ein Urgestein: Ingrid Kühnemann, BVV Tempelhof, später Tempelhof-Schöneberg. Von Ed Koch
- 10) Mehr Gelb auf Berlins Wasserstraßen
- 11) Der bekannte Radiomoderator Henning Hamann verstorben. Von Ed Koch
- 12) Erinnern müssen. Von Ed Koch
- 13) Grünes Chaos endlich beenden. Von Ed Koch
- 14) Gedenken an Wolfgang Szepansky
- 15) Gedenken an Eva Buch / Das passt nicht in diese Zeit! Bundesregierung will das Budget der Bundeszentrale für politische Bildung kürzen. Von Ed Koch
- 16) Noch keine 100 Tage für den Berliner Senat. Von Ed Koch

Seite E V zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

- 17) Endlich! Das Warten hat ein Ende! Am Freitag startet Young Euro Classic vom 04. bis 27. August 2023
- 18) 56.000 Euro für Kinderherzen

Österreich (Seite E 186 – E 188)

- 01) Plötzliche Bargeld Kehrtwende: ÖVP-Kanzler Nehammer schmückt sich einmal mehr mit FPÖ-Ideen

Südtirol (Seiten E 189 – E 190)

- 01) Südtirol: Schützenbund mit großer Schilder-Aktion gegen 100 Jahre Unrecht

Schweiz (Seiten E 191– E 192)

- 01) „Klima-Terroristen-Schwachsinn“ in neuer Dimension – Rheinschiffahrt Lahmgelegt

E. i) Ostmitteleuropa	Seiten E 193 – E 206
------------------------------	-----------------------------

Polen (Seiten E 193 – E 197)

- 01) 55.500 deutsche Kinder in Polen diskriminiert
- 02) Polen mobilisiert 10.000 Soldaten an die Grenze zu Weißrussland
- 03) Wegen Attacken auf polnische Grenz-Patrouillen – Scharfschützen an weißrussischer Grenze

Tschechien (Seiten E 198 - E 203)

- 01) Tschechien in der „Falle der mittleren Einkommen“
- 02) Vertrauensindex: Fiala „Schlußlicht“
- 03) Ratifizierung des Militärvertrags mit den USA abgeschlossen
- 04) Wo der Vizepremier seinen Urlaub verbringt
- 05) Euro-Einführung könnte in Tschechien 2025 zum Thema werden
- 06) Tschechien erhöht Tempolimit auf Autobahnen

Ungarn (Seiten E 204 – E 206)

- 01) Ungarischer Außenminister: „Nationale Politiker weltweit von liberalem Mainstream verfolgt – NGOs korrumpiert“
- 02) Ungarn-Russland: Putin unterzeichnet Vereinbarung zur Finanzierung des Ausbaus des ungarischen Kernkraftwerks

Weißrussland (Seiten E 207 – E 209)

01) Westen auf dem „Abstellgleis“ – auch Weißrussland rückt näher an China

Ukraine (Seiten E 210 – E 221)

01) „WSJ“: Konflikt zwischen USA und Ukraine über Kriegsstrategie – „Die Zeit wird knapp“

02) NATO: Bei Gebietsabtretung an Russland, könnte Ukraine-Beitritt rasch erfolgen

03) Ukrainischer Außenminister: „Alles tun, um die Stimmen des Friedens zum Schweigen zu bringen“

04) CNN: „Ukrainische Gegenoffensive entspricht nicht den Erwartungen“
+UPDATE 12.08.+ „Westen hat Zusagen gebrochen“

Seite E VI zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

05) Meinungsumfrage in Ukraine: Ist das noch der Krieg der Ukrainer?

06) Münchner Konferenz „500 Tage Ukraine-Krieg“: Die negativen Folgen für die EU

Russland (Seiten E 222 - E 243)

01) Sanktionen wirken“ immer besser“ – Wirtschaftswachstum Russlands
2,5 Prozent-Prognose

02) Ukraine-Konflikt: Das Ergebnis des Krieges – Eine Prognose

03) Russland „beschneidet“ Interpol

04) Interview von Russlands Außenminister Sergej Lawrow mit dem Journal
„International Affairs“

05) Russland stellt erbeutete westliche Waffensysteme im „Park der Patrioten“
aus

06) Medwedew: Westen will wegen militärisch-industriellem Komplex keinen
Frieden

07) Genug von destruktiven Sanktionen? Volkswagengruppe wird wieder in
Russland aktiv

08) Kreml-Sprecher: Moskau will kein neues ukrainisches Territorium mehr
besetzen

- Keine Berichte –

E. l) Südosteuropa

Seite E 245

- Keine Berichte -

E. m) Süd- und Westeuropa

Seiten E 246 – E 248

Spanien (Seiten E 246 – E 248)

01) Rückschlag für Patrioten in Spanien: „Das VOX-Debakel“ – eine Analyse.
Von José Miguel Pérez

E. n) Nordwest- und Nordeuropa

Seiten E 249 - E 250

Großbritannien (Seiten E 249 – E 250)

01) GB – Renaissance der Dieselloks wegen zu teurem Strom



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturellräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im

Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>

Teil E

E. a) Pfarrer Steffen Reiche u.a., Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee
Seiten E 1 – E 27

01) Predigtkreis zum Sonntag, dem 13.08.2023, der das besondere Verhältnis von Juden und Christen zum Thema hat & „Gespenster hinter Milchglas“.
Von Thierry Chervel

Liebe Predigtkreisgemeinde,

hier die Predigt mit der gesamten Agende vom gestrigen Gottesdienst - gleich nach den Fotos, die die klimatischen Veränderungen zeigen.

Ihr Steffen Reiche

Predigt zum Evangelium von Steffen Reiche am 10. Sonntag nach Trinitatis

Gnade sei mit Euch und Frieden von dem der da war, der da ist und der kommen wird.

Liebe Schwestern und Brüder,

„Werdet ihr nun meiner Stimme gehorchen und meinen Bund halten, so sollt ihr mein Eigentum sein vor allen Völkern; denn die ganze Erde ist mein. Und ihr sollt mir ein Königreich von Priestern und ein heiliges Volk sein.“

Das sind die Worte, die Mose den Israeliten sagen sollte. Und so wurde Israel das „Erwählte Volk“ Gottes. So haben wir es in der alttestamentlichen Lesung gehört.

Und in Abraham und Jesus sind wir, die Kirche, die Christen auf dieser Erde, das Volk Gottes aus den Völkern, herausgerufen worden.

Synagoge heißt zusammenkommen, zusammengeführt werden.

Und Ekklesia, Kirche heißt „die Herausgerufenen“ – Wir sind aus den Völkern der Erde herausgerufen worden und jeder hat mit seinem persönlichen Ja in der Taufe oder der Konfirmation „Ja“ gesagt. Jude ist man, weil man aus dem erwählten Volk kommt.

Christ ist man dann, wenn man sich in Freiheit entschieden hat, in die Nachfolge Christi zu gehen – also Christ zu werden, Christusnachfolger.

„Denn wie ihr zuvor Gott ungehorsam gewesen seid, nun aber Barmherzigkeit erlangt habt wegen ihres Ungehorsams, so sind auch jene jetzt ungehorsam geworden wegen der

Seite E 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Barmherzigkeit, die euch widerfahren ist, damit auch sie jetzt Barmherzigkeit erlangen. Denn Gott hat alle eingeschlossen in den Ungehorsam, damit er sich aller erbarme.“

Da ist also kein Unterschied, auf Gottes Erbarmen sind wir, Juden und Christen, in gleicher Weise angewiesen.

Wir als Deutsche sind aber auch in besonderer Weise auf die Vergebung unserer jüdischen Schwestern und Brüder angewiesen. Denn von Deutschen ist das wohl widerlichste Verbrechen der Menschheitsgeschichte begangen worden, die Shoa oder wie heute viele sagen nach dem Titel der amerikanischen Filmserie „Holocaust“.

„Holocaust“ ist die Geschichte der Familie Weiss, die vierteilige US-amerikanische TV-Mini-Serie aus dem Jahr 1978 von Marvin J. Chomsky. Sie erzählt die fiktive Geschichte der jüdischen Berliner Arztfamilie Weiss zur Zeit des Nationalsozialismus. Die Serie wurde im Januar 1979 auch in der Bundesrepublik Deutschland ausgestrahlt und erreichte ein großes Publikum und führte zu einer breiten Diskussion über die nationalsozialistische Vergangenheit. Aber der Titel ist im Grunde falsch.

Denn Holocaust heißt Brandopfer. - Und solche Brand-Opfer im Tempel sind immer freiwillig. Der Völkermord an den Juden aber war weder freiwillig noch ein Opfer.

Die Juden nennen diese Katastrophe „Shoah“ – Katastrophe, eine 6 Millionen Menschen und ihre Namen umfassende Katastrophe. Denn 6 Millionen Juden sind, teilweise fabrikmäßig, in den großen Vernichtungslagern ermordet und verbrannt worden.

Die Nazis haben sogar ausgerechnet, was die Vernichtung eines Menschen kostet. – Als wir 1995 an die Befreiung der Konzentrationslager in Brandenburg erinnerten, wurde von AMCHA, einer jüdischen Organisation zum Gedenken an die Opfer des Nazi-Regimes, das in Erinnerung gerufen.

Nach der Shoa ist der Staat Israel dann neu gegründet worden - 1948. 1878 Jahre nach der Zerstörung des 2.Tempels und der Zerstreuung des Volkes Israel in die weltweite Diaspora. Alle Welt sah nun nach den Verbrechen der Nazis und der ausbleibenden Hilfe durch andere Nationen, dass es nach der Shoah einen Staat geben musste für dieses leidgeprüfte Volk, was seit König David, vor rund 3000 Jahren, dort in Israel ja einen Staat hatte, indem es aber seit 70 nach Christus nicht mehr als Volk leben konnte.

1948 aber begann im Heiligen Land ein Staat in Demokratie und wirtschaftlichem Wohlstand zu erblühen und musste in vielen Kriegen verteidigt werden. Und dass es so viel mehr blüht, so stark und attraktiv geworden ist, muss doch Gründe haben!

Wenn wir sagen, dass es die Rasse ist, würden wir letztlich den unmenschlichen Nazis Recht geben. Aber von Nichts kommt nichts! Einen Grund muss es haben!

Und wenn es nicht die Gene sind, also die Rasse, was dann? Ich denke es ist der Glauben, den die Juden haben, der sie so besonders macht. Nur 0,2 der Menschheit heute sind Juden, aber sie haben 37 % der Nobelpreise! In Europa waren 1938 aber nur 1% der Bevölkerung Juden. Es gab nur ca. 9, 5 Millionen Juden in ganz Europa.

Zur gleichen Zeit 1948 ist von der kurz zuvor gegründeten UNO, der Organisation der Vereinten Nationen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet worden.

Seite E 3 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Menschenrecht als Völkerrecht. Der Staat, der der UN beiträgt, musste zuvor diese nicht nur das Statut der UN, sondern auch die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ anerkennen. Mitglied der UNO zu sein, heißt diese Allgemeine Erklärung der Menschenrechte anzuerkennen. Sie hängt unauflöslich mit dem Evangelium von heute zusammen: „Und Deinen Nächsten wie Dich selbst.“

Die Völker dieser Welt haben gemeinsam Recht gesetzt. An die Stelle des Faustrechts.

An der Stelle des Rechts des Stärkeren stehen nun die Allgemeinen Menschenrechte, die jeder Mensch hat, allein durch sein Menschsein. Unveräußerlich. Von den Nationen gemeinsam dekretiert, festgestellt. Und 1968 gab es dazu dann das Bild – Earth-Rise. Erdaufgang. Mit der Rakete Apollo 8 verließen zum ersten Mal in der Geschichte des Universums Menschen die Umlaufbahn um die Erde und brachen zum Mond, einem anderen Himmelskörper auf. Und zu Weihnachten 1968 waren dann die Borman, Lovell und Anders auf der anderen Seite des Mondes und machten dieses ikonographische Bild, was allen Menschen, allen *hominibus voluntatis*, den Menschen seines Wohlgefallens, klar machte: Ihr lebt gemeinsam auf diesem Planeten, der sich mit 100.000 Kilometer pro Stunde um die Sonne bewegt. Pro Jahr bewegt sich die Erde einmal um die Sonne - und zwar ziemlich schnell: Etwa 30 Kilometer pro Sekunde legt sie auf dem weiten Weg um die Sonne zurück - 940 Millionen Kilometer pro Jahr. Wir sind gemeinsam auf dem Raumschiff Erde.

Wir sind gemeinsam in Verantwortung für diese Erde und haben auf Ihr alle dieselben Rechte! Oder keiner hat irgendwelche.

Jesus antwortete dem Schriftgelehrten in dem Gespräch mit jüdischen Rabbis, was wir vorhin hörten: „*Das höchste Gebot ist das: »Höre, Israel, der Herr, unser Gott, ist der Herr allein, und du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele, von ganzem Gemüt und von allen deinen Kräften«.* Das andre ist dies: *»Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. – Es ist kein anderes Gebot größer als diese.«*“

Das ist nun das Axiom des neuen Rechts. Das ist die Goldene Regel, an der sich alles andere ausrichten muss, aus der sich alles andere Recht ergibt – zu mindestens für die Christen, zu mindestens für die Kirche(n).

Das Dreifachgebot der Liebe ist die Quelle von allem Recht, die Grundlage von allem Recht im Reich Gottes und daher auch letztlich von allem Recht davor. Aber es soll deshalb auch ganz klar mit einer alten, jahrhundertelangen Irrlehre der Kirche gebrochen werden.

Es ist ein Dreifachgebot.

„*Gott lieben und deinen Nächsten wie dich selbst*“ – nicht mehr und nicht weniger.

Nur wer sich selbst lieben und annehmen kann als geliebtes Geschöpf Gottes, kann auch einen anderen, der eben ganz anders ist – Gott sei Dank, annehmen, als Menschen mit den gleichen Rechten und der gleichen Würde. Die auch ihm von Gott gegeben worden ist.

Aber sich selbst und die Nächste, den Nächsten, die, die mir begegnet und dadurch zur Nächsten wird, die mir Gabe und Aufgabe wird, kann ich eben nur annehmen aus Gottes

Seite E 4 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Hand. Sonst ist es nur Zufall und ich entscheide mich nach Gusto, nach Gefallen, ob ich jemand Anderen anerkenne oder nicht, ob ich Sie oder Ihn liebe, weil sie oder er mir lieb und sympathisch ist oder weil Sie mir zur Nächsten gegeben ist, ich ihn lieben soll wie mich selbst. Weil wir beide eben genauso ernsthaft von Gott gemeint sind, wie ich selbst.

Und deshalb ist die Grundlage dieser Grundlage, der Stern über dieser Basis, die gemeinsam erst ein gleichschenkliges Dreieck bilden, die Liebe.

Die Hinwendung zur Zuwendung Gottes.

Gott hat mich doch schon längst gefunden und wenn ich anfangs, ihn zu suchen, merke ich das dann auch überrascht und dankbar, erfreut und stolz. Ja auch stolz: „Was bin ich, dass du meiner gedenkst, du hast mich wenig niedriger gemacht als dich!“
So sagt es der Psalm 8.

Und deshalb hatte Karl Barth recht, als er Wilhelm Pieck antwortete, als sie beide durch das zerstörte Dresden gingen und Pieck zu Barth sagte: *„Aber die 10 Gebote sind doch nun für uns gemeinsam wichtig, Christen und Marxisten.“*

Und Barth darauf sagte: *„Ja. Aber besonders das Erste.“*

Es ist nicht überliefert, wie Wilhelm Pieck, der Atheist und 1. Präsident der im Osten gegründeten Deutschen Demokratischen Republik darauf reagierte. Einem Gebilde, das so defizitär war, dass man dann 16 Jahre später, heute vor 62 Jahren, einen Zaun, dann eine Mauer bauen musste, um die 17 Millionen, die dort eingesperrt waren, am Weglaufen, am Entlaufen hindern sollte.

Aus der Liebe des Geschöpfes zum Schöpfer ergibt sich erst die Liebe zu sich selbst!

Und wer sich selbst liebt, ist eben kein Narziss, sondern ein vernünftiger Mensch, denn er hat vernommen und angenommen, dass Gott ihn selbst ja eben auch liebt. Und indem er sich liebt, gibt er sich hinein in die Liebe Gottes zu seinem Geschöpf. Und diese Liebe wird nun zur Grundlage und zum Maß für die Liebe zu anderen Geschöpfen.

Deshalb ist es gut, dass es in Paderborn eine grandiose Schau, eine wunderbare Ausstellung zur Nächstenliebe, zur Caritas, zur Diakonie gab. Wir haben sie damals mit der Gemeinde dort besucht.

Die, die sich selbst nicht lieben, sind unfähig zur wahren Nächstenliebe – weil sie das Maß nicht kennen und nicht kennen können. Und deshalb ist die Rede vom Doppelgebot der Liebe eine gefährliche Irrlehre, die genauso bekämpft werden muss, wie Jan Hus die Irrlehren seiner Zeit bekämpft hat.

Er hatte die großen reformatorischen Ideen von John Wycliff aufgenommen und sich nun in Böhmen eingesetzt dafür, dass die Christen Predigten in ihrer Muttersprache in der Prager Bethlehem-Kirche hören konnten, dass sie Abendmahl feiern konnten mit Brot und Wein. Und so wurde, nachdem Jan Hus 1415 nach dem Konzil von Konstanz auf dem

Seite E 5 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Scheiterhaufen als Ketzer verbrannt worden war, für die hussitische Bewegung der Böhmisches Brüder der Kelch zum Zeichen. Die Böhmisches Brüder und Schwestern aber wurden Flüchtlinge, konnten ihre Glaubenserkenntnis lange nur im Verborgenen leben.

Ein neuer Geist lässt Menschen oft zu Flüchtlingen werden. Das war so bei Abraham, der gegen die Vielgötterei seiner Heimat Ur in Chaldäa aufstand und deshalb fliehen musste. Denn er war nun gefährlich, weil er sich nicht am üblichen Gottesdienst seiner Heimat beteiligen wollte.

Das war so bei Mohammed, der gegen die Vielgötterei an der Kaaba in Mekka aufstand und deshalb fliehen musste. Denn er war nun gefährlich, weil er sich nicht am üblichen Gottesdienst seiner Heimat beteiligen wollte.

Und das war so bei Jan Hus, der gegen die falschen Lehren der Kirche seiner Zeit aufstand und dessen Anhänger deshalb fliehen mussten. Denn sie waren gefährlich, weil sie sich nicht am üblichen Gottesdienst ihrer Heimat in der gewohnten Form beteiligen wollten. Was er sagte und lehrte war unerhört. Und es blieb unerhört. Bis zur Zeit von Martin Luther – 100 Jahre später, eine veränderte Zeit und ein Fürst, der ihn nun anders als zur Zeit von Jan Hus, schützte.

Und nun endlich brach sich die Reformation der Kirche Bahn und veränderte alles – so sehr, dass damit eine neue Zeit, die Neuzeit begann.

Israel ist Gott seit Abraham und König David und dem ersten Tempel über Jahrtausende treu geblieben oder, wenn man von Mose rechnet, über 3300 Jahre oder wenn man von Abraham rechnet, weit über 5000 Jahre. Die Frage „Warum hat Gott gerade mit Israel einen Bund geschlossen?“ – ist verständlich und legitim.

Zuerst muss man wohl sagen, wir wissen es nicht. Es ist der freie Ratschluss Gottes.

Aber zugleich bohrt unser Verstand natürlich weiter und will eine rationale Antwort.

Ich will es versuchen, wohlwissend, dass wir es nicht wissen können.

Dass Gott ein Volk braucht und sich erwählt, um sich diesem Volk zu offenbaren und durch dieses Volk seine wunderbaren Gnadengaben aller Welt zukommen zu lassen, scheint mir rational. Und dass dieses Volk, zumindest der Stamm Juda, durch seine Treue über all die Jahrtausende diese Entscheidung auch von sich aus bestätigt hat, mit seiner Treue Gottes Entscheidung quasi gerechtfertigt hat, darf man doch wohl auch bei aller Kritik der Propheten, bei allem Kleinglauben und Scheitern auch dieses besonderen Volkes, mit großer Bewunderung sagen. Wie hätte Gott denn sonst sein wunderbares Geschenk eines Tages auf diese, Gott nicht kennende und Gott vergessende, Erde bringen sollen, wenn eben nicht durch dieses eine wundervolle Volk - sein Volk.

Gott brauchte einen Mittler für seine Botschaft.

1. Gott hat uns durch Israel den Schabbat und so erzogen durch die Kirche dann den Sonntag geschenkt und durch den von Israel lernenden Islam, einem anderen Teil der Menschheit, den Freitag als Feier- und Ruhetag.

2. Nur weil Israel die Schrift empfangen und bewahrt und heiliggehalten hat, sind Christen und Moslems heute Besitzer dieser und ihrer Schrift und haben durch die Schrift denken und leben gelernt.
3. Gott hat uns durch Israel das Verständnis von Geschichte geschenkt. Es ist in dieser besonderen Form durch Israel in die Welt gebracht worden und lässt uns heute weltweit unsere Zeit zählen, nicht immer wieder neu, sondern als den einen Weg Gottes mit seiner Welt. „Denn die ganze Erde ist mein!“ sagt Gott dem Führer des Volkes Israel, zu Mose, als der zu ihm empor auf den Sinai steigt und mit ihm den Bund schließt und die 10 Gebote, die 10 Weisungen für ein Leben in Freiheit, empfängt.
4. Selbst mit diesem erwählten Volk ist der Weg unendlich schwierig, braucht Gott seine ganze göttliche Güte. Denn Mose kommt nach dem Empfang der 2 Tafeln vom Berg und das Volk tanzt um das Goldene Kalb und eine immer wiederkehrende Geschichte von Abfall und Umkehr beginnt. Gott bleibt seinem Volk aber trotzdem treu, denn nur dieses Volk wartet auf den Messias, wartet darauf, dass Gott selbst in die Welt kommt und alles ändert.
5. Aber nicht einmal dieses rund 1000 Jahre wartende Volk kann verstehen was dann passiert. Von König David bzw. von den Propheten an bis zu Christi Geburt wartet Israel. Und es kann und will nicht verstehen, dass Gott ganz anders kommt als erwartet, dass Gott nicht durch einen Triumph alle überwindet, sondern sich sogar dem Tod unterwirft. Und so überwindet Gott den Tod. Denn der Tod ist nicht stärker als Gott. Die ersten, die Kreuz und Auferstehung verstehen, sind allesamt Juden. Die Kirche beginnt in der Synagoge, wächst aus der Synagoge heraus in alle Welt. Denn dieses Evangelium geht alle Welt an, ist für alle Welt bestimmt. Nun wird der Bund mit dem einen Volk unter allen Völkern der Samen für den neuen Bund mit dem einen Volk Gottes aus allen Völkern. Das Zeichen des Alten Bundes, des Alten Testaments, ist die Beschneidung. Das Zeichen des neuen Bundes hingegen ist die Taufe. Durch die Taufe von Männern und Frauen gleichermaßen wird man bzw. frau Glied am Leib Jesu Christi, Glied der Kirche. Deshalb ist nun auch Pfingsten und Gott kommt mit seinem Geist in die Welt, aber auch hier nicht als Triumphator, sondern indem Menschen mitten im Leben durch ihren Berge versetzenden Glauben auferstehen. Und an Gott so festhalten, dass sie wie Christus sich lieber töten lassen, als von der Wahrheit, die sie durch den Geist Gottes sehen, abzulassen. Und so wird das Blut der Märtyrer der Samen der Kirche. Keine Selbstmordwilligen, die Unschuldige mit in den Tod reißen, sondern auf Gott wartende Menschen, die lieber sterben, als ihren Glauben aufzugeben. Und die zu ihrem Glauben aber auch niemanden zwingen, an keiner Stelle in den ersten 300 Jahren irgendeine Form von Gewalt wählen.

Die Kirche denkt heute an die Zerstörung des Tempels vor 1953 Jahren.

Und da ist es besonders ekelhaft, wenn in der Nacht vorgestern, Antisemiten die Bücherbox an der Gedenkstätte Gleis 17 in Grunewald angezündet, verbrannt haben. Diese Idioten

Seite E 7 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

sind in ihrem dummen und dämlichen Hass nicht lern- und nicht gemeinschafts- und gesellschaftsfähig.

Jesus hat die Zerstörung des Tempels 36 Jahre vorher, kurz vor seiner Kreuzigung, geweissagt. Und auch wegen dieser Weissagung sollte er getötet werden. Denn der Tempel soll ein Bethaus sein. Aber die Juden hatten es zu einer Räuberhöhle gemacht.

Ist der Alte Bund nun mit dem Kommen Christi beendet?

Nein, denn Gottes Wort gilt. Immer noch und alle Zeit.

Aber die Juden machen es sich unnötig schwer. Sie halten Gebote, die Gott gar nicht mehr gehalten wissen will. Sie warten auf jemanden, der schon längst da war.

Aber wir haben darüber als Christen nicht zu richten. Das ist ihre freie Entscheidung, wenn sie auf ein noch gültiges, aber längst überbotenes Wort Gottes hören wollen. Deshalb braucht die Kirche auch keine Judenmission zu organisieren. Denn die Juden leben in einem gültigen, in einem immer noch bestehenden Bund mit Gott. Gott begleitet auch sie – bis heute. Denn Mission hat immer geheißen und wird immer heißen, anderen unsere Erfahrung mit Gott zu bezeugen, nicht sie zu bezwingen.

Und sie vielleicht genauso wenig verstanden, wie die Juden Gott verstanden haben.

Vieles von dem, was **wir** tun, ist Gott genauso wenig verständlich, wie **uns** das, was Gott tut oder geschehen lässt. Aber wir haben uns von Gott unsere Freiheit genommen und wollen nicht auf sie verzichten. Wie wollten wir auch Gott seine Freiheit beschneiden und ihm vorschreiben, was er zu tun hat, damit er für uns verständlich bleibt und wir ihm glauben können.

Juden waren immer und immer wieder Flüchtlinge in ihrer Geschichte. So wie Abraham.

So wie die Hussiten, so wie die Hugenotten oder die Salzburger.

Und was haben wir diesen Flüchtlingen, denen wir Asyl gegeben haben, zu verdanken.

Und deshalb brauchen wir auch heute natürlich endlich ein Einwanderungsgesetz.

Aber wir brauchen es nicht für die Probleme der Welt, wir brauchen es heute nicht nur um Asylfragen besser zu regeln, sondern wir brauchen es wegen unserer eigenen Probleme.

Es gibt heute so viele Bereiche unserer Wirtschaft und im Sozialen, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, die nur dank der Menschen anderer Nationen, anderer Völker, anderer Geburten funktionieren.

Ich finde es naiv und ärgerlich, wenn vernünftige Organisationen heute so reden, als ob wir ein Einwanderungsgesetz bräuchten, um den Flüchtlingen eine Rechtsgrundlage für ihr Kommen zu geben. Nein, Asylbewerber wird es auch, nachdem wir ein Einwanderungsgesetz haben, geben. Es wird sie von heute an immer geben, weil immer mehr Menschen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verstehen und im Fernsehen und im Internet sehen, wie andere, die die gleichen Rechte haben wie sie, schon

Seite E 8 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

heute leben und ihr Leben im Krieg, in Diktaturen, als rechtlose Geschöpfe, die politisch verfolgt werden oder wegen ihrer Religion oder wegen ihrer Rasse oder wegen ihres Geschlechts unterdrückt werden oder die ihre sexuelle Identität nicht leben können.

Alle Welt ist eine Welt. Denn derselbe Gott hat die eine Welt geschaffen und allen seinen Geschöpfen dieselben unveräußerlichen Menschenrechte gegeben.

Das eine Reich Gottes steht der einen Welt gegenüber. Wir haben doch schon oft erlebt, das Gott tat, was Menschen nicht für möglich hielten und ahnen, dass Gott auch heute solche Veränderung stiften kann.

Deshalb müssen die Kirchen und die Christen ihren prophetischen Auftrag annehmen und ernst nehmen. Deshalb soll das neue Leben in den Kirchen und Gemeinden zeichenhaft beginnen, aber eben nicht nur zeichenhaft. Sondern auch ganz wirklich.

Die Zeit der nationalen Demokratien, die Zeit der Völker ist zu Ende. Da mag die AfD strampeln wie sie will. Aber auch die anderen Parteien und Fraktionen müssen oder sollten ehrlicher werden. Die Nationen werden aufgehoben – nicht in ein Größeres – sondern in einem Größeren. Aufgehoben im Sinne von bewahrt. So wie die Länder der Bundesrepublik, die alten Fürstentümer und Königreiche heute im Bund, in der Bundesrepublik bewahrt, aufbewahrt, aufgehoben sind, so werden die Nationen bewahrt in der UN oder wie wir sie dann auch nennen mögen.

Demokratie kann heute nicht mehr national funktionieren. Sie muss kontinental und global praktiziert werden. Und Christen sollten das zuallererst sehen, denn in den Kirchen wird doch seit fast 2000 Jahren gesagt und gepredigt: „*Gehet hin in alle Welt und machet zu Jüngern alle Völker.*“

Christen sollten tiefer träumen und wacher sein als andere!

Lassen sie uns Gott doch ein wenig mehr zutrauen! Wir haben es doch schon erlebt, dass wir mit Gott über die Mauer gesprungen sind. Damals vor bald 34 Jahren.

Und dass das, was doch für alle Zeit sicher schien, am nächsten Morgen nicht mehr existierte.

Gott kann auch morgen mehr, als wir ihm heute zu trauen. Amen.

Und der Friede Gottes, der höher ist als alle Vernunft, bewahre eure Herzen und Sinne in Jesus Christus.

„Gespenster hinter Milchglas“ Von Thierry Chervel

Reinhard Bingener und Markus Wehner zeigen in ihrem Buch "Die Moskau-Connection", wie moralische Taubheit, maßgeblich verkörpert von der SPD, in die politische Katastrophe führte. Kumpanei mit einem Unrechtsregime trug dazu bei, es zur schlimmsten Diktatur in Europa seit Hitler und Stalin zu machen, das seine Nachbarn mit Krieg überzieht. Eine Aufarbeitung findet nicht statt. Zu breit war der gesellschaftliche Konsens für diese Politik. Heutige Koalitionspartner sind zu höflich, um einen Untersuchungsausschuss zuzulassen. Und die Opposition erst recht.

"Nie wieder", ruft die SPD seit bald achtzig Jahren. Und doch arbeitete kein Akteur in der deutschen Nachkriegsgeschichte intensiver daran, einem neuen Totalitarismus den Boden zu bereiten als die SPD. Sie agierte bei weitem nicht allein, sondern in einem breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens, der eine Aufarbeitung ihrer bewussten Anbiederungen an eine Diktatur noch erschwert. Keine politische Kraft ist zur Zeit daran interessiert. Zu tief ist die CDU selbst verstrickt. Die Grünen wollen in einer Ampel mit der SPD regieren. Linkspartei und AfD lecken Putin die Stiefel.

Wir sind sehend in die Katastrophe gelaufen. Keiner hat die historische Heuchelei der Deutschen früher und hellsichtiger benannt als André Glucksmann, der schon in den achtziger Jahren die Widersprüche der Friedensbewegung offenlegte, der nicht erst gegen den zweiten, sondern schon gegen den ersten Tschetschenienkrieg seine isolierte Stimme erhob, der Putin 2005 als jenen Petro-Zar benannte, dem sich Deutschland zu unterwerfen drohte. Glucksmanns letzte Bücher wurden in Deutschland nicht mal mehr übersetzt.

Reinhard Bingener und Markus Wehner erzählen in ihrem [Buch](#) "Die Moskau-Connection", wie die legendäre Ostpolitik Willy Brandts über Jahrzehnte zu einer Politik der Gasrente verkam, einer von allen moralischen Skrupeln freien Interessenpolitik, die der SPD doppelt nützte - in Form von lukrativen Stellen für ehemalige Funktionäre und in der Erhaltung ihrer Wählerklientel. Bingener und Wehner erzählen, wie sich unter Gerhard Schröder, der auch als Ex-Kanzler eine maßgebliche Kraft in der SPD blieb, ein immer engeres Netzwerk von ehemaligen Politikern, ehemaligen Stasi-Leuten, aktiven Wirtschaftsmagnaten und russischen Oligarchen etablierte, das jahrzehntelang daran arbeitete, Deutschland gewissermaßen als Brautgeschenk an Wladimir Putin zu übergeben.

Man lese als Beispiel diesen Absatz: "Auffällig ist die hohe Zahl der Wechselbeziehungen, die finanziell unterlegt sind, teils unter Verwendung von Steuergeldern. Innerhalb von Schröders Netz könnte man so vielfältige Ketten beschreiben. Ein Beispiel, allein aus den bisher beschriebenen Verflechtungen gebildet: Heino Wiese fädelt den Einstieg des Oligarchen Mordaschow bei Frenzels TUI ein, die wiederum die Arena von Papenburg sponsort; Papenburg hält Anteile an dem Stahlunternehmen Salzgitter AG, das Schröder einst als Ministerpräsident mit Steuergeldern Frenzels TUI-Vorläufer Preussag abkaufte und das später Röhren für das von Schröder beaufsichtigte Unternehmen Nord Stream 2 sowie andere Pipeline-Projekte des Kremls liefert, dessen diplomatischer Vertreter in Hannover wiederum Wiese ist."

Dieses Zitat zeigt schlaglichthaft, dass sich die Sphären in der SPD gar nicht trennen lassen: Was gut ist für mich, ist auch gut für das Land Niedersachsen, ist auch gut für die Salzgitter AG ist auch gut für die Arbeiter dort, ist auch gut für die SPD, die sie dann wählen. Dies Amalgam aus privaten und politischen Interessen, das am Ende nur zu einer Oligarchenschaft führen kann, die ein Land in der Hand hält, ist es wohl, das die SPD trotz aller anderen Mittäter zum moralisch am tiefsten kompromittierten Akteur macht. Das "Nie wieder" wurde zu Schröders Zeiten zu einem postmodernen Fassadenblendwerk in einer Struktur, die allein wirtschaftlichen, parteipolitischen und privaten Zwecken diene.

Soll man tatsächlich glauben, dass scharfe Intelligenzen wie Frank-Walter Steinmeier naiv handelten, wenn sie die Parole "Wandel durch Verflechtung" ausgaben? Die Naivität bestand allenfalls darin, nicht zu erkennen, dass man selbst es war, der sich wandelte, um sich für den

Seite E 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Mafioso, um den man warb, schön zu machen. Das Buch erzählt in wesentlichen Passagen diese Geschichte des Ausverkaufs deutscher Infrastrukturen an den sowjetischen, später russischen "Partner". Es ist eine lange Geschichte, die weit in die alte Bundesrepublik zurückgreift

- Erste Röhrengeschäfte werden schon in den Fünfzigern unter Einfluss des mächtigen Ostausschusses der deutschen Wirtschaft angebahnt. "Die Geopolitik durchkreuzt das Geschäft jedoch. Angesichts der Kuba-Krise drängt der amerikanische Präsident Kennedy den deutschen Kanzler Adenauer zu einem Stopp der Röhrengeschäfte.

- Es folgt der "Erdgas-Röhren-Vertrag" von 1970, "das bis dahin größte Geschäft zwischen Ost und West seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs... Die beiden Architekten dieser Politik, Willy Brandt und Egon Bahr, hatten schon seit Jahren im Kopf, dass eine verstärkte Kooperation in der Energiepolitik einen Schlüssel für verbesserte Beziehungen zur Sowjetunion bilden kann. Das Schlagwort lautet 'Wandel durch Annäherung' oder auch 'Wandel durch Handel'."

- Mit der Wiedervereinigung steigt die deutsche Abhängigkeit von Gazprom, da die ehemalige DDR fast gänzlich an russischen Infrastrukturen hängt.

- Als Gerhard Schröder ins Amt kommt, hat er zunächst ein eher distanzierendes Verhältnis zu Moskau. Die Autoren schildern allerdings eindringlich das intensive Werben Putins um Schröder, das eine private Einladung zu Weihnachten einschließt.

- Ein entscheidender Moment ist die Fusion von Eon und Ruhrgas im Jahr 2002. Schröder und sein Wirtschaftsminister Erwin Müller setzen sie mit einer äußerst windigen Ministererlaubnis gegen schwerste Bedenken der Kartellbehörden durch. Der Volkswirt Martin Hellwig, damals Vorsitzender der unabhängigen Monopolkommission, die die Bundesregierung berät, erinnerte 2022 in einem denkwürdigen FAZ-Artikel an die brutale Durchsetzung der Fusion durch Schröder und Müller. Unternehmen, die geklagt hatten, beschwichtigte das neue Unternehmen mit Geld: "Als ein Kläger, das finnische Unternehmen Fortum, nicht mitmachen wollte, rief ein Mitglied der Bundesregierung bei der finnischen Regierung an, und am nächsten Tag, dem letzten vor der angekündigten Urteilsverkündung, ließ auch Fortum sich auskaufen. Wernhard Möschel, mein Vorgänger als Vorsitzender der Monopolkommission, kommentierte in der FAZ, das Wort 'Stamokap' gewinne da eine neue Bedeutung."

- 2004 "schenkt" Putin dem Ehepaar Schröder zwei Kinder zur Adoption.

- 2005, direkt nach seiner Kanzlerschaft, tritt Schröder in den Aufsichtsrat von Gazprom ein

- Nach der Fusion von Eon und Ruhrgas und unter der Beteiligung der sehr aktiven BASF mit ihrer Tochter Wintershall wird in der Folge Nord Stream 1 in Angriff genommen. Schon im Kanzleramt hatte Schröder dieses Projekt betrieben.

- Mit der Inbetriebnahme von Nord Stream 1 2011 gerät die Regel, dass Deutschland nicht mehr als 30 Prozent seines Gases von einem Anbieter beziehen soll, zusehends aus dem Blick.

- Nach Fukushima 2011 beschließt Angela Merkel den deutschen Atomausstieg und erhöht damit die Abhängigkeit von russischem Gas noch weiter.

- Die Außenminister Steinmeier und Gabriel, enge Freunde Schröders, setzen seine Politik fort.

- "Gabriels Amtszeit von 2013 bis 2017 nimmt auf dem Weg in die Abhängigkeit von russischem Gas eine Schlüsselstellung ein... Liegt der Anteil Russlands an den deutschen Gasimporten vor dem Amtsantritt Gabriels im Jahr 2012 bei 34,6 Prozent, steigt er bis zum Jahr 2018, im Jahr nach seinem Ausscheiden, auf 54,9 Prozent und verringert sich bis zu Russlands Überfall auf die Ukraine 2022 nicht mehr wesentlich."

Seite E 11 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

- In die Amtszeit Gabriels fällt auch der Verkauf der größten deutschen Gasspeicher an Gazprom. Auf eine Anfrage der Grünen antwortet er, es handele sich um "unternehmerische Entscheidungen!" Gazprom bündelt alle Funktionen und ist zugleich Produzent, Lieferant, Lagerbetreiber und maßgeblicher Eigentümer von Infrastrukturen.

Warum fordert niemand einen Untersuchungsausschuss des Bundestags, der diese Verfehlungen aufarbeitet?

Einer der Gründe könnte sein, dass wir uns über Jahrzehnte an diese Politik gewöhnt haben. Der berühmte "Gesprächsfaden mit Moskau", der nicht abreißen darf, war immer schon zäher als alle moralischen Bedenken. Gerhard Schröder gehört mit Genossen wie Oskar Lafontaine oder Rudolf Scharping zur sogenannten "Enkelgeneration" der SPD. Die Großväter hießen Brandt und Schmidt, Wehner war vielleicht der Urgroßvater. Der Zynismus von Schröders Politik kam nicht aus dem Nichts. Die Grundlagen hierfür wurden bereits in der zweiten Phase der Entspannungspolitik gelegt. Vom Beginn des Kriegs gegen die Ukraine her gesehen erscheint der Mauerfall plötzlich gar nicht mehr so sehr als Zäsur.

Timothy Garton Ash beschreibt in seinem Buch "Im Namen Europas" die ursprüngliche Idee der Entspannungspolitik als eine subtil dialektische "Liberalisierung durch Stabilisierung". Die zunächst bloß instrumentelle Anerkennung der kommunistischen Regimes als Gesprächspartner sollte es ihnen gestatten, die Faust, in der sie ihre Populationen hielt, etwas zu lockern. Es war wahrlich eine Politik der kleinen Schritte, die dennoch große Erleichterungsgefühle auslösten. Es ging um Verwandtenbesuche, Reiseerleichterungen, "kleinen Grenzverkehr". Um 1970 schien die Möglichkeit einer Wieder-vereinigung längst in weite Ferne gerückt. Die Aufteilung der Welt in Blöcke wirkte solide wie Beton. Es ging um Durchlässe im Eisernen Vorhang, und es war richtig, nach Erleichterungen zu suchen.

Niemand verinnerlichte allerdings in der Folge die anfangs bloß taktische Anerkennung der totalitären Regimes intensiver als die Sozialdemokratie. Man war stolz auf das Erreichte und wollte es bewahren. Man wollte zwar Erleichterungen für "die Menschen", schreibt Timothy Garton Ash, aber die entstehenden Zivilgesellschaften in osteuropäischen Ländern wollten die sozialdemokratischen Granden fast mit der gleichen Entschiedenheit verhindern wie die Gesprächspartner in den Regimes. Sie störten das intrikate und zugleich die eigene Bedeutung so vorteilhaft spiegelnde Arrangement mit den Machthabern. Die SPD war ebenso sehr eine Kraft des Status Quo wie die Sowjetunion, über die das heute gern gesagt wird.

Es raubt einem fast den Atem, bei Bingener und Wehner nochmal zu lesen, was man eigentlich wusste. Im Herbst 1981, als die Solidarnosc mit ihren Streiks die polnische Regierung in Bedrängnis bringt, "wird Bahr gefragt, ob die Sowjetunion das Recht habe, in Polen einzuschreiten. 'Aber selbstverständlich', antwortet er. Und Herbert Wehner, der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, fordert schon im August 1981 gegenüber einem Vertrauten Honeckers, man müsse 'entschlossene Maßnahmen gegen Polen' einleiten, 'je eher, desto besser'. Es gehe 'nicht ohne innere Gewalt, leider', so Wehner. Der SPD-Bundeskanzler Helmut Schmidt ist Ende 1981 der Ansicht, dass die Verhängung des Kriegsrechts 'nun notwendig war'."

Viel besser als mit Solidarnosc versteht man sich mit Erich Honecker. Die SPD ist zwar inzwischen in der Opposition, führt aber direkte Gespräche mit der SED: "Sie münden im August 1987, kurz vor dem Honecker-Besuch in der Bundesrepublik, im gemeinsamen Papier 'Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit'." Egon Bahr hatte Honecker schon 1986 versichert, "dass die SPD im Falle eines Wahlsiegs im Januar 1987 die Staatsbürgerschaft der DDR voll anerkennen werde. Das Gleiche hatte im Jahr zuvor der SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine gefordert." Schröder nennt im Jahr 1987 die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung eine "Lebenslüge".

Wieder ist es 1989 Willy Brandt, der die Ehre der SPD rettet, als er konstatiert, dass "nun zusammenwächst, was zusammengehört". Eher vergessen ist, dass große Teile der SPD gegen eine Wiedervereinigung sind. Lafontaine führt damit im Jahr 1990 Wahlkampf und verliert. Gerhard

Seite E 12 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Schröder gewinnt im Jahr 1990 mit 44,2 Prozent der Stimmen die Landtagswahl in Niedersachsen, "bildet eine Koalition mit den Grünen und wird im Landtag endlich zum Ministerpräsidenten gewählt. Eine seiner ersten Entscheidungen besteht darin, dass Niedersachsen im Bundesrat als einziges Land neben dem ebenfalls sozialdemokratisch geführten Saarland gegen die Ratifizierung des ersten Staatsvertrags auf dem Weg zur Wiedervereinigung stimmt."

Auch nach dem Mauerfall bleiben SPD-Politiker ihrer Verachtung für Osteuropa treu. Helmut Schmidt nennt die Annexion der Krim durch Putin verständlich, die Ukraine sei "kein Nationalstaat", zwischen Historikern sei umstritten, "ob es überhaupt eine ukrainische Nation gibt". Sanktionen hält er für dummes Zeug. Schmidts einstiger Gegner Erhard Eppler bezeichnet die Krim-Annexion 2014 und Putins Krieg im Donbass "als defensive Antwort auf den erkennbaren Versuch der Nato, sich bis nach Zentralrussland auszudehnen und damit die rote Linie Russlands zu überwinden". Schlimmer als Putin erscheint Eppler die Aussicht auf ein Europa, "das sich dauerhaft an die Rockschöße der Vereinigten Staaten klammern" müsste.

Ist es eigentlich eine bewusste Lüge, wenn eine sozialdemokratisch geprägte Gruppe um Willy Brandts Sohn Peter Brandt heute in ihrem [Friedensappell](#) behauptet, dass wir die deutsche Einheit und die Überwindung der europäischen Spaltung der Friedens- und Entspannungspolitik, also der SPD, verdanken? Die Zitate bei Ash und bei Bingener und Wehner zeigen, dass die Entspannungspolitiker den Status quo wollten, die Geschichte ist ihnen allenfalls entglitten, weil Gruppen wie Solidarnosc und die Charta 77 die Initiative ergriffen und die Regimes derart marode waren, dass sie trotz der westdeutschen Subventionen nicht weiter existieren konnten. Die Spaltung Europas hatten große Teile der SPD und der Friedensbewegung längst als "Strafe für Auschwitz" akzeptiert, die um so leichter zu verkraften war, als es die Osteuropäer waren, die sie absitzen mussten.

Heute hat man das Gefühl, auf eine unheimliche Szenerie zu blicken. Figuren wie Manuela Schwesig oder Frank-Walter Steinmeier bewegen sich wie Gespenster hinter Milchglas. Müssten sie nicht eigentlich vor Scham zerfließen? Aber der Eindruck trägt. Schwesig wurde jüngst mit 88,5 Prozent als Landesvorsitzende der SPD in Mecklenburg-Vorpommern wiedergewählt. Steinmeier empfängt mit Frack und Schärpe den neuen britischen König und zeichnet seine ehemalige Chefin mit einem unverdienten "Großkreuz in besonderer Ausfertigung" aus. Und die Bevölkerung ist zufrieden. Sie fühlt sich weiterhin gut verwaltet. Auch die Medien haben das Thema mehr oder weniger ad acta gelegt und widmen sich genüsslich den Kabbeleien in der Ampelkoalition.

Wäre es übertrieben, von einer "zweiten Schuld" zu sprechen? Gewiss, wir haben nicht nochmals sechs Millionen Juden umgebracht, und wir haben nicht selbst einen Krieg angezettelt. Aber wir haben über Jahrzehnte in einer epochal fehlgeleiteten Politik - und immer fröhlich das "Nie wieder" auf den Lippen - ein Regime hochkommen lassen, beschützt und verteidigt, und mit ihm hingebungsvoll Geschäfte gemacht, **das Autoren wie der Historiker Timothy Snyder heute mit guten Argumenten als faschistisch bezeichnen.**

Seltsam, dass wir (West-)Deutsche seit der Entspannungspolitik immer wieder agieren, als könnten wir von Geschichte gar nicht mehr berührt werden. Was kümmerte uns der mörderische Krieg der Sowjets gegen Afghanistan, das hunderttausendfache Morden Putins in Tschetschenien, die Fassbomben in Syrien? Wir sind solidarisch mit "den Menschen" in der Ukraine, aber sind wir solidarisch mit der Idee, die sie verteidigen? Unsere Reflexe funktionieren wesentlich besser, wenn es gegen Amerika geht: Die größten Demos in der bundesdeutschen Geschichte richteten sich gegen die amerikanische Nachrüstung, gegen den ersten und den zweiten Irakkrieg.

René Pfister hat in einer sehr lesenswerten *Spiegel*-Kolumne das Gefühl der Derealisierung beschrieben, in dem wir heute leben. Was wäre, wenn in zwei Jahren ein republikanischer Kandidat die amerikanischen Präsidentschaftswahlen gewinnt und sich aus dem Engagement in der Ukraine zurückzieht, fragt er. Deutschland sei ohne Amerika weit entfernt, sich gegen Russland zu verteidigen

Seite E 13 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

zu können, hat ihm ein Mitglied der Bundesregierung geantwortet: "Der Satz fiel ohne jede Aufregung, als nüchterne Feststellung der Tatsachen - und ganz offenkundig nicht in dem Gefühl, ein Staatsgeheimnis preiszugeben.

Als Willy Brandt seine Ostpolitik initiierte - das hat sein Sohn vielleicht vergessen -, tat er das im Rahmen einer festen Westbindung. Bei der Bundeswehr standen 500.000 Mann unter Waffen, sie war fest eingebunden in Nato-Strukturen. Der Verteidigungsetat lag bei 4 Prozent des Bruttosozialprodukts. Heute sind es 1,3 Prozent - dank einer Sozialdemokratie, die ihre Rentner versorgen will und sich weigert, der Bundeswehr das Nötige zu geben. Dass ausgerechnet Donald Trump diese Wahrheit aussprach, bestärkte die SPD und mit ihr die deutsche Öffentlichkeit nochmal in ihrer Selbstgerechtigkeit.

Wovor die Deutschen heute Angst haben, ist bekanntlich ein Atomangriff Wladimir Putins. Die *FAZ* hat darum mal nachgefragt, wie es mit Schutzvorkehrungen aussieht: "Vernünftige Möglichkeiten, sich im Falle eines drohenden gezielten nuklearen Angriffs auf das Berliner Regierungsviertel in Sicherheit zu bringen, gebe es so gut wie keine, heißt es aus Parlamentskreisen." Diese deutsche Kombination von Sorglosigkeit - uns wird Putin schon nichts tun - und apokalyptischen Ängsten ist immer wieder verblüffend.

Die SPD sollte ihren historischen Stolz eigentlich aus der Tatsache ziehen, dass sie einst gegen beide Totalitarismen einstand. Stattdessen scheint sie sich ihres Bad Godesbergs zu schämen und treibt sich auf dem Schulhof lieber mit den bösen Jungs rum. Seit fünfzig Jahren hat sie sich entschlossen, die Schwächeren, die zwischen ihnen stehen, zu ignorieren - wissentlich, nicht aus Naivität. Dieser Artikel darf nicht enden, ohne dass der Name Anna Politkowskajas fällt, die Wladimir Putin im Jahr 2006 als Geburtstagsopfer dargebracht wurde. Sie starb für jene Wahrheit, die die deutsche Politik nicht wahrhaben wollte.

Quelle: <https://www.perlentaucher.de/essay/warum-es-keine-breite-aufarbeitung-einer-jahrzehnte-lang-verfehlten-politik-gibt.html>

19.05.2023 11:43

Für Spätsommer 2023 erwartet

Wetterphänomen El Niño kostet die Welt Billionen Euro

02) Predigtkreis vom 08.08.2023 & Schauspieler inszenierten die Mär vom ukrainischen Genozid im Donbass. Von Clemens Wergin

Liebe Predigtkreisgemeinde,

ich wünsche Ihnen eine gesegnete Sommerzeit - ab morgen ist die Wirkung des Siebenschläfers wohl vorbei und der Sommer kommt zurück.

Auf Wunsch nach dem Gottesdienst nicht nur die Predigt, sondern auch die ganze Agende.

Ihr Steffen Reiche

Predigt von Steffen Reiche am 9. Sonntag Trinitatis 6. August 2023

Gnade sei mit Euch und Frieden von dem der da war, der da ist und der kommen wird.

Liebe Schwestern und Brüder,

warum sind wir eigentlich hier? Warum eigentlich feiern wir gemeinsam Gottesdienst? Was wollen wir hier, wo doch die meisten jetzt anderes machen und den lieben Gott einen guten Mann sein lassen. Was suchen Sie hier? Was suchen wir hier?

Dass ich darüber für uns einmal predigen sollte, wurde mir klar, als vor wenigen Tagen ein Gemeindeglied nach dem Gottesdienst am Ausgang zu mir sagte: Ich komme, weil ich den Gottesdienst wirklich brauche. Ich war verwundert, hatte ich das doch in dieser Offenheit nicht erwartet. Und auch nicht von diesem Menschen, der seinen Weg im Leben souverän nimmt.

Ja, auch ich brauche den Gottesdienst zum Leben und deshalb ist Gottesdienst für mich eigentlich auch noch nie Arbeit gewesen. Ich feiere den Gottesdienst mit Ihnen.

Ein Pfarrer der am Sonntag arbeitet, bricht nicht nur das 3. Gebot, sondern hat auch seinen Beruf verfehlt.

Seite E 15 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Nun wird jeder diese Frage anders für sich beantworten, auch von Sonntag zu Sonntag mag es andere Gründe geben. Manche singt gern, mancher ist gespannt auf die Predigt, mancher mag die feierliche Atmosphäre, manche genießt es, dazuzugehören zu der Gemeinschaft der Schwestern und Brüder in Christus, weil man in der Woche doch oft auch mehr allein ist, als unter Menschen.

Aber ich glaube, dass uns da alle auch etwas gemeinsam treibt und zieht, dass wir alle einen Urgrund haben der Sehnsucht, in welcher Form auch immer Gottesdienst zu feiern.

Wir alle wollen geborgen sein. Sicher sind wir das, jeder auf seine Weise, in der Familie, mit der wir zusammenleben, telefonieren oder mailen und wissen, dass sie kommen, wenn wir Hilfe brauchen. Aber nicht nur, dass es da auch manchmal Streit gibt und Angst, einander zu verlieren. Wir haben alle schon auf Kirch- und Friedhöfen gestanden und Menschen, die wir geliebt oder gemocht haben, hinterher geschaut. Und wissen, dass uns das auch blüht, dass das auch eines fernen oder nicht so fernen Tages auf uns zukommt.

In 100 Jahren sind wir alle schon drüben, auf der anderen Seite der Straße.

Und wir alle haben uns schon gefragt:

Ich leb und waiß nit wie lang, ich stirb und waiß nit wann,

ich far und waiß nit wahin, mich wundert das ich [so] frölich bin.

Viele surfen und brettern über diese Fragen hinweg. Sie stellen sie sich lieber nicht.

Sie stellen sich der Frage lieber nicht, weil sie wissen, es gibt keine beweisbare Antwort. Und auch die Antworten sind meist nicht so, dass wenn man sich dieser Frage gestellt hat, Ruhe findet durch die Antwort.

Aber eins will ich den so sicheren Atheisten, die manchmal so mitleidig über unseren Glauben hinwegblicken sagen: Es steht fifty fifty. Nicht mehr aber eben auch nicht weniger.

Denn wir wissen doch, dass wir sterben müssen, wissen, dass uns auch ohne eigene Schuld ein Unglück treffen kann und uns aus unserem Leben katapultiert – wie die Menschen im Libanon durch jahrelangen, kriminellen Behördenschlendrian. Wie die Menschen heute vor 78 Jahren in Hiroshima.

Viele leben in der Leichtigkeit des Seins, so heißt das Buch des vor 4 Wochen gestorbenen tschechischen Dichters Milan Kundera, und blenden diese Fragen aus. Und manchmal schaue ich auch voller Neid auf die. Und dann ist der Gedanke sancta simplicitas nicht hochmütig gemeint, sondern dann ist das voller Neid und Bewunderung gedacht, auch so leben zu können – in so heiliger Einfalt.

Seite E 16 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Liebe Schwestern und Brüder, man kann ja auch einen Computer bedienen oder ein Smartphone, ohne zu wissen, was dabei darin vorgeht. Warum nicht auch mit unserem Leben so umgehen, wie mit einem Smartphone, es nutzen und nicht dahintergucken, wie es funktioniert.

Wir, die wir heute hier sind, erwarten uns etwas von Religion!

Davon, dass wir uns anbinden, das eben heißt Religion haben, an einen Größeren, der Himmel und Erde gemacht hat, von dem wir uns getragen und geborgen fühlen. Es zumindest wollen und hoffen, dass es so ist. Dass es Gott gibt für uns! Und dass er uns liebt.

Religion haben das heißt sich anbinden, gebunden sein an etwas, an seinen Glauben, den man in einer langen Tradition von den Eltern, den Älteren übernommen hat. Oder aber durch eine Bekehrung, durch Umkehr mitten im Leben geschenkt bekommen hat.

Aber unser Glaube befreit durch Bindung zur wunderbaren Freiheit eines Christenmenschen. Das hat die alte Kirche erlebt und erleben wir seit der Reformation in der alten neuen Kraft der Botschaft Jesu

Man sagt nicht: Dass es den Gott gibt für uns. Denn wer Gott mit Artikel gebraucht, der meint und sagt damit: Ich meine diesen einen bestimmten Gott, neben den anderen Göttern, an die andere glauben. Wir aber reden von Gott und es braucht keinen Artikel, weil es andere Götter für uns nicht gibt. Sie sind in unseren Augen „Nichtse“, wie die Psalmen manchmal sagen.

Wir reden auch nicht über Gott, denn wer wollte denn über Gott sein, um über ihn reden zu können. Aber wir reden nicht zuerst von Gott, sondern zuerst hören wir ihn in seinem Wort. Wir sind angesprochen worden, ehe wir antworten können. Wir verdanken uns Gott, ehe wir danken können.

Unsere Grammatik steht eigentlich auf dem Kopf, lehrt uns der große jüdische Theologe und Bibelübersetzer Martin Buber. Denn sie fängt ja nicht mit Ich an, wie unsere falsche Grammatik mit dem Ich, Du, Er, Sie, Es. Sondern die lebendige, die wirkliche Grammatik beginnt mit dem Du, dass unsere Eltern zu uns sprechen. Beginnt mit dem Du, mit dem Gott uns anspricht. „Du Mensch...“

Und erst wenn wir so angesprochen worden sind, können wir antworten, nehmen wir uns als Ich überhaupt erst wahr und erfahren, dass es uns überhaupt gibt.

Weil wir angesprochen worden sind. Das ist das lebendige Sprechen und dann gibt es da auch noch das abgeleitete, wenn wir von jemand oder über etwas sprechen und sagen Er, Sie oder Es.

Wenn wir also in den Gottesdienst kommen, treibt uns letztlich die Sehnsucht, Gott da, im Gottesdienst, zu begegnen, ihn zu spüren und diese Geborgenheit mit in die Woche zu nehmen. Mit in den Alltag. Und deshalb ist Gottesdienst eine Station auf dem Weg, auf dem ich geh. Ich sag es mal mit einem Lied aus meiner Jugend:

Seite E 17 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Ich mach Station am Weg, auf dem ich geh! Ich halte an, damit ich Freunde seh die auf der gleichen Straße wie ich gehn. Ich halte an und bleibe bei Euch stehn.

Ich frage Dich: Wie geht's, wo kommst Du her? Wie heißt Dein Ziel, und Freunde, wer seid Ihr? Laßt mich ein Stück des Weges mit Euch gehn und kurze Zeit in Eurem Leben stehn.

Ich suche Gott, bin unterwegs zu ihm. Und wenn Ihr wollt, könnt Ihr auch mit mir gehn.

Gemeinsam finden leichter wir das Ziel. Gemeinschaft halten ist, was Gott auch will.

Manche vergleichen den Gottesdienst mit einer Tankstelle, wo man sich neu mit Energie aufladen kann, die Zusagen Gottes zugesagt bekommt und sich darauf einlassen kann, davon getragen zu werden. Deshalb stehen im Mittelpunkt des Gottesdienstes ja die biblischen Lesungen – der Psalm, den wir beten, wie er am Tempel in Jerusalem gebetet worden ist. Und die alttestamentliche Lesung, denn wir stehen mit unserem Glauben, mit unserer Erkenntnis von Gott auf den Schultern der jüdischen Geschwister.

Deshalb können wir ja so weit ins Land, in die Schöpfung Gottes sehen, weil die Erfahrungen von Gottes Volk Israel, der heutigen Gemeinschaft der Juden auch unsere Erfahrungen sind und wir sie als Basis und Grundstock unseres Glaubens verstehen.

Und dann hören wir etwas aus den alten Briefen an die Gemeinden im Römischen Reich, den ersten Texten der Christen, vor allem vom Völkermissionar Paulus. Und dann steht im Zentrum des Gottesdienstes eine Lesung des Wortes Gottes aus den Evangelien, der Frohen Botschaft, die allem Volk widerfahren soll.

Wie aber soll man Wort Gottes verstehen? Es ist doch ein ganzes Buch voller Wörter! Und wie verhalten sich diese menschlichen Worte, die da aufgezeichnet worden sind zu dem einen Wort Gottes, dem wir im Leben und im Sterben vertrauen dürfen?

Ich will ihnen ein Paradigma sagen: Wir alle kennen doch unsere Worte - in Tausenden von Sprachen und Dialekten. Wir reden, ja wir müssen reden. Stetig. Um gesund zu bleiben. ...und zwar ständig und überall. 16 000 Worte am Tag, fast eine halbe Milliarde im Leben - nicht etwa, weil wir so viel zu sagen hätten. Jeder Mensch spricht in seinem Leben rund 500 Millionen Worte – also eine halbe Milliarde Worte. So hat es eine Studie in Tucson, Arizona jüngst gezeigt.

Es gibt Billionen von menschlichen Worten, die auseinander hervorgegangen sind, die sich verändern, wo neue gebildet werden und die gesprochen werden, die gehört werden und dann bewegt sich etwas in den Herzen, in den Köpfen oder die Hände.

Denn wir hören und verhalten uns dazu, in dem wir etwas fühlen, denken oder tun.

Seite E 18 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Und dann gibt es seit einigen Jahrzehnten die Computersprachen bzw. die zugrundeliegende digitale Sprache. Eine Sprache, die bei all dem, was sie „hervorzuzaubern“ vermag, doch nur auf der Basis von Null und Eins, Aus und An, gebildet wird. Wir haben also durch die Digitalisierung der Sprache in den letzten Jahrzehnten eine noch nie dagewesene Effizienzsteigerung von Sprache erlebt. Die auch so schnell ist, wie keine je zuvor und die doch nur auf dem „Entweder Oder“ von Null und Eins beruht.

Ihren Ursprung hat sie 1918 in der FlipFlop-Schaltung. Sie ist also, anders als alle Sprachen bis auf Esperanto, erst 100 Jahre alt. Kaum ist etwas geschrieben oder entschieden worden in dieser Sprache, so ist es auch schon da oder im Werden.

Die Sprache Gottes aber ist nun noch einmal in einer ganz anderen Dimension – Gott spricht in einem einzigen Wort, Gott ist ein einziges Wort, denn in Gott ist überwältigende Klarheit. Und wenn Gott etwas will dann ist es, dann geschieht es.

Im Anfang war das Wort, und das Wort war bei Gott, und Gott war das Wort. Dasselbe war im Anfang bei Gott. Alle Dinge sind durch dasselbe gemacht, und ohne dasselbe ist nichts gemacht, was gemacht ist. In ihm war das Leben, und das Leben war das Licht der Menschen. Und das Licht scheint in der Finsternis, und die Finsternis hat's nicht ergriffen.

Die Priester am Tempel in Jerusalem haben das ja mit ihrer nun bald 2500 Jahre alten Schöpfungsgeschichte vorgedacht. Denn da heißt es immer: Gott sprach und es wurde.

Da gibt es keine Zwischenzeit, kein Bedenken, keine Überlegung. Und wenn wir auch Gottes Wort nie gehört haben, sondern es immer nur im menschlichen Wort der Bibel für uns hörbar wird, vertrauen wir darauf, dass es wirklich Gott ist, der da zu uns, für uns und mit uns spricht.

Ja, ich gebe zu, beim Glauben steht es nur 50 : 50, dass wahr ist, was wir glauben oder reden. Es steht nur fifty : fifty. Das muss man auch den Neunmalklugen Atheisten sagen, die so schnell übergriffig werden und wahrheitswidrig meinen, dass ihre Position abschließend bewiesen wäre. Aber das ist eben nur einfältige Übergriffigkeit, die sich nicht selber Rechenschaft über das Gesagte ablegt.

Aber wenn es so ist, Fifty fifty, dann kann ich doch in aller menschlichen Freiheit mich für das entscheiden, was mir näher liegt und lieber ist, was mich behütet und bewahrt und mich eben nicht verrückt werden lässt. Ich denke manchmal, dass ich ohne Gott schwerste Depressionen hätte. Aber dass die Chance, dass es ihn für uns gibt, mir die wunderbare Freiheit der Kinder Gottes schenkt.

Lied Singt Jubilate 176 „Wo Menschen sich vergessen“

Ist Ihnen das vielleicht auch schon öfter einmal nach der Konfirmation so gegangen, dass Menschen zu Ihnen gesagt haben: *Hätt ich nicht gedacht, dass sie gläubig sind. Sie sehen doch so vernünftig aus! Und glauben trotzdem? Solchen altmodischen Kram braucht doch heute kein Mensch mehr.*

Seite E 19 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

So ist es schon im 18. Jahrhundert einem französischen Abbé gegangen, der in einem Pariser Salon gefragt wurde, was er denn beruflich so mache und als er antwortete, er wäre Priester, wurde er von den philosophisch Gebildeten im Salon gefragt, wie er denn solchen Unfug glauben könne, dass es einen Schöpfer gebe. Da sagte er dann seinerseits, dass die Verwunderung ganz auf seiner Seite läge: *Denn als vorhin einer von uns 5 mal hintereinander beim Spiel gewann, wurde er gefragt: Welchen Trick gebrauchen sie, dass sie so oft hintereinander gewinnen. Als er das 8. mal gewann, wurde gesagt: Sie betrügen mein Herr, es ist nicht möglich, so oft ohne Trick zu gewinnen. Aber sie glauben, dass all das Wunderbare in der von ihnen Natur genannten Schöpfung einfach so entstanden ist?*

Wunderbare Geistesgegenwart dieses Priesters.

Wir sind Gott treu geblieben, wir haben Kurs gehalten und uns nicht von den Enttäuschungen, die es ja auch gab, aus der Bahn werfen lassen. Ich finde es gut, wenn Menschen ihr Leben mit dem Guten und dem Schlechten aus Gottes Hand annehmen.

„Und reichst du uns den schweren Kelch den Bittern, des Leids, gefüllt bis an den höchsten Rand, so nehmen wir ihn dankbar ohne Zittern, aus deiner guten und geliebten Hand.“

„ER ist mir täglich nahe und spricht mich selbst gerecht. Was ich von ihm empfahe, gibt sonst kein Herr dem Knecht. Wie wohl hat's hier der Sklave, der Herr hält sich bereit, dass er ihn aus dem Schlafe, zu seinem Dienst geleit.“ singen Dietrich Bonhoeffer und Jochen Klepper. Und beschreiben damit wunderbar, was auch sie erlebt haben.

Die „Zeit“ hatte als Titel vor einiger Zeit: „Die Kraft der Gedanken: Was Menschen zu sein glauben, das werden sie auch.“ – **„Quod homines credunt, fiunt“**.

Wir glauben Gott. Wir glauben Gottes Kind zu sein. Und so sind wir geworden, was wir heute sind. Für Ungläubige scheint es nur reine Selbstsuggestion, für uns ist es zur Erfahrung geworden.

Der große Augustinus von Karthago hat am Ende seiner Bekenntnisse, in denen er auf tieffromme Weise sein Leben darlegt, geschrieben:

Cor inquietum est, donec requiebat in te. Mein Herz ist unruhig in mir, bis es ruht in Dir.

Im Gottesdienst können wir unser Herz schon mitten im Leben in der Geborgenheit des Endes spüren. Das, was wir uns für das Ende unseres Lebens erwarten, erhoffen, erleben, das spüren wir im Gottesdienst schon jetzt, mitten im Leben – dass die Unruhe des Herzens, die Sorge und die Angst, von Gottes Liebe überwunden wird.

Und so bete ich, klagend, jubelnd, hochgetragen und in der Tiefe des tiefsten Tales, das ich durchschreiten muss mit unserem Psalm: *Gott, du bist mein Gott,*

Seite E 20 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

den ich suche. Es dürstet meine Seele nach dir, mein ganzer Mensch verlangt nach dir aus trockenem, dürrem Land, wo kein Wasser ist. So schaue ich aus nach dir in deinem Heiligtum, wollte gerne sehen deine Macht und Herrlichkeit. Denn deine Güte ist besser als Leben; meine Lippen preisen dich. So will ich dich loben mein Leben lang und meine Hände in deinem Namen aufheben. Das ist meines Herzens Freude und Wonne, wenn ich dich mit fröhlichem Munde loben kann; wenn ich mich zu Bette lege, so denke ich an dich, wenn ich wach liege, sinne ich über dich nach. Denn du bist mein Helfer, und unter dem Schatten deiner Flügel frohlocke ich. Meine Seele hängt an dir; deine rechte Hand hält mich.

Immer schon haben Menschen die Sehnsucht gehabt, mehr zu verstehen, als zu sehen ist. Und sie haben ihre Hoffnungen und Wünsche an den Himmel projiziert und sich einen Götterhimmel gemacht wie die Griechen und die Römer, für die es im Himmel, für alles was es hier auf Erden gab, einen Gott gab. Auch die Hindus kennen heute noch über 3000 Götter. Und in Asien verehrt man die Ahnen, in dem festen Glauben, der großen Hoffnung, dass es dann die eigenen Kinder auch so machen, wenn man gestorben ist und in den Himmel gekommen ist.

Aber es gibt nur eine Wahrheit und das, was uns als verschiedene Wahrheiten erscheint, sind wohl im Grunde nur Ansichten aus verschiedenen Blickrichtungen auf die eine Wahrheit und unterschiedliche Weisen, das, was man von der Wahrheit gesehen hat, zur Sprache zu bringen.

Musik und Lieder gibt es im Gottesdienst, weil wir uns auf den Schwingen der Melodien und der dichten, gereimten Sprache besser anderen Sphären nähern können.

Und wir sollten wissen, dass, wo ich bin, Gott nicht sein kann.

**Und sieh, bei mir drin warst du, und ich lief hinaus und suchte draußen dich,
und häßlich ungestalt warf ich mich auf das Schöngestaltete, das du geschaffen.**

Du warst bei mir, und ich war nicht bei dir.

Also darf ich mich leer machen, leer werden, damit Gott mich füllt.

Wir alle fürchten Depressionen, Erschütterungen, Traurigkeit oder Bedrückung, weil sie uns aus der Bahn werfen. Aber dann eben manchmal auch, wenn man zu hören bereit ist, die Augen öffnet. Die Taufe ist ein solcher Akt, der ohne Glauben nicht denkbar ist.

Denn wenn kein Glauben da ist, dann ist Taufe weniger sinnvoll als eine Dusche.

In unserer Religion, unserem Glauben, können wir uns selber kennen lernen, denn wir können da einen Schritt zurücktreten und uns selber besser in den Blick nehmen.

Seite E 21 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Wenn wir in der Liebe Gottes bleiben, so kommt Licht in unser Dunkel. Denn: Gott ist Liebe, ist größer als die größten Sonnen mit seiner Energie. Deshalb sollten wir den Weg frei machen für die Gnade, damit Gott in uns wohnen kann

Ja, Kirche ist auch ein Reparaturladen – deshalb gibt es da so viele Gestörte, denn wir nehmen sie im Auftrag Jesu als unsere Nächsten an.

Aber es gibt auch so viele Kluge, weil sie durch diese Tankstelle Gottesdienst anders, besser, reifer geworden sind und durch Gott sich haben formen lassen.

Der Hymnus, das Lied von Paulus, das er der Gemeinde in Philippi geschickt hat, bringt das wunderbar auf den Punkt und zur Sprache: *Aber was mir Gewinn war, das habe ich um Christi willen für Schaden erachtet. Ja, ich erachte es noch alles für Schaden gegenüber der überschwänglichen Erkenntnis Christi Jesu, meines Herrn. Um seines willen ist mir das alles ein Schaden geworden, und ich erachte es für Dreck, auf dass ich Christus gewinne und in ihm gefunden werde, dass ich nicht habe meine Gerechtigkeit, die aus dem Gesetz, sondern die durch den Glauben an Christus kommt, nämlich die Gerechtigkeit, die von Gott kommt durch den Glauben. Ihn möchte ich erkennen und die Kraft seiner Auferstehung und die Gemeinschaft seiner Leiden und so seinem Tode gleich gestaltet werden, damit ich gelange zur Auferstehung von den Toten.*

Deshalb also sind wir im Gottesdienst und feiern Abendmahl und Taufe, in der Hoffnung und Gewissheit, dass das stimmt wovon das Lied aus meiner Jugend redet:

Ich suche Gott, bin unterwegs zu ihm. Und wenn Ihr wollt, könnt Ihr auch mit mir gehn.

Gemeinsam finden leichter wir das Ziel. Gemeinschaft halten ist, was Gott auch will. AMEN!

Und der Friede Gottes, der höher ist als alle Vernunft, bewahre eure Herzen und Sinne in Jesus Christus.

Ein Abend voller Genuss

Unter diesem Motto wollen wir ,nach vierjähriger Pause , wieder einen wunderschönen Abend gestalten.

Basti, der Patron des Il Brunellos, wird dies wieder in seinem wunderschönen Restaurant gestalten. Wir wollen an diesem Abend Spaß haben, diskutieren, aber auch Spenden für den Förderverein und dessen Projekte einwerben.

Die Planung ist in vollem Gange. Preise für die Tombola müssen gefunden werden. Vielleicht haben Sie die Möglichkeit für die Tombola etwas zur Verfügung zu stellen. Ein Heirat steht fest. Christian Lindner, unser neuer Nachbar in Nikolassee wird die Dinerspeech halten!! vielen Dank dafür.

Anmeldungen für den Abend bitte an Norbert. bensel@gmx.de. Sollten Sie Lust haben sich an der Organisation zu beteiligen schreiben Sie mir über die gleiche E-Mail-Adresse.

Wir werden sie in den kommenden Wochen, über den Fortgang der Planungen informieren. Es ist zur Zeit aber schon ausgebucht.

Norbert Bensel Vorsitzender des Fördervereins der Kirche. Nikolassee

Kreml-Propaganda

Schauspieler inszenierten die Mär vom ukrainischen Genozid im Donbass

Von Clemens Wergin

Das Medienimperium von Wagner-Chef Prigoschin wird nach seinem gescheiterten Aufstand mitsamt seiner Trollfabriken abgewickelt. Nun packen entlassene Mitarbeiter aus und enthüllen, wie eine der wichtigsten Begründungen für Putins Kriege gegen die Ukraine entstand.

<https://www.welt.de/politik/ausland/plus246430484/Kreml-Propaganda-Schauspieler-inszenierten-die-Maer-vom-ukrainischen-Genozid-im-Donbass.html>

s. PDF in der Anlage

Siehe nächste Seiten!

WELT+ KREML-PROPAGANDA

Schauspieler inszenierten die Mär vom ukrainischen Genozid im Donbass

Stand: 11:13 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten



Von **Clemens Wergin**
Chefkorrespondent Außenpolitik



Prorussische Separatisten werden in Donezk als Befreier gefeiert: War alles nur ein Fake?

Quelle: picture alliance / dpa

Das Medienimperium von Wagner-Chef Prigoschin wird nach seinem gescheiterten Aufstand mitsamt seiner Trollfabriken abgewickelt. Nun packen entlassene Mitarbeiter aus und enthüllen, wie eine der wichtigsten Begründungen für Putins Kriege gegen die Ukraine entstand.

Es gehört zu den immer wieder von Moskau wiederholten Propagandalügen, dass die Ukraine seit dem Jahr 2014 einen anhaltenden „Genozid“ an ethnischen Russen im Donbass begeht. Dieser habe damals die Unterstützung der dortigen „Rebellen“ notwendig gemacht – die tatsächlich von Moskau angeleitete und oft auch bezahlte Agenten waren.

Der Kreml hat mit dieser Behauptung auch die Anerkennung und spätere illegale Annexion der „Volksrepubliken“ Luhansk und Donezk (</politik/ausland/plus241457763/Donezk-und-Luhansk-Was-passiert-jetzt-in-den-besetzten-Gebieten.html>) gerechtfertigt. In seiner Rede im Februar 2022 zur erneuten

„Militäroperation“ gegen die Ukraine nannte Präsident Wladimir Putin einen angeblichen ukrainischen Genozid im Donbass als einen der Gründe für das russische Eingreifen.

Nun stellt sich heraus, wie angebliche Attacken der Ukrainer auf Zivilisten im Donbass von der russischen Propaganda inszeniert wurden. Darüber berichten ehemalige Mitarbeiter des Troll- und Medienimperiums von Wagner-Chef Jewgeni Prigoschin.

Nach dem gescheiterten Aufstand Prigoschins gegen die russische Armeeführung werden zurzeit Teile seines Imperiums abgewickelt. Dazu gehören unter anderem seine berüchtigte Troll-Fabrik bei St. Petersburg, die Internet Research Agency und die Medien-Holding Patriot, die verbunden ist mit Publikationen wie RIA FAN, „Politika Sevodnya“, „Ekonomika Sevodnya“, „Nevskiye Novosti“ und „Narodniye Novosti“.

Die geschassten Mitarbeiter packen nun aus und geben Einblicke in die Arbeitsweise der Kreml-Propaganda – unter anderem dazu, wie Putins Vasallen den Mythos vom angeblichen Genozid im Donbass produziert haben. Nämlich unter anderem mit gekauften und gecoachten Schauspielern.

Die oppositionelle russische Medien-Webseite Bumaga hat mehrere ehemalige Mitarbeiter von Prigoschins Medien-Imperium interviewt (<https://paperpaper.io/kak-rabotali-smi-fabriki-trollej-i-ch/>), die bisher unbekannt Details über die Arbeit der Propaganda-Publikationen enthüllten.

Die meisten „Opfer“ waren Doubles

So sagte ein Journalist der Nachrichtenagentur RIA FAN über die Geschichten zu angeblichen ukrainischen Übergriffen auf Zivilisten im Donbass ([/politik/ausland/plus241457763/Donezk-und-Luhansk-Was-passiert-jetzt-in-den-besetzten-Gebieten.html](https://ria.ru/politik/ausland/plus241457763/Donezk-und-Luhansk-Was-passiert-jetzt-in-den-besetzten-Gebieten.html)): „Die meisten der Leute, die wir in solchen Geschichten als ‚Opfer‘ der ukrainischen Streitkräfte porträtierten, waren Doubles, angeheuerte Individuen. Diese Schauspieler haben ihre vorher einstudierten Sätze immer wieder wiederholt und damit versucht, noch einige Tränen rauszudrücken.“ Sie seien auch hinter den Kameras von Assistenten angewiesen worden, langsamer zu sprechen oder einen bestimmten Moment noch

einmal zu wiederholen.

Schon früher sind mehrere Narrative des Kremls über angebliche Gräueltaten der Ukrainer im Donbass widerlegt worden, etwa die Geschichte einer Frau, die behauptet hatte, ukrainische Nationalisten hätten drei Kinder gekreuzigt oder über ein angebliches Massaker an 400 Zivilisten, die in Massengräbern beerdigt wurden. Diese „große Lüge“ stellt aber weiterhin einen Grundpfeiler der Kreml-Propaganda im In- und Ausland dar, um das russische Eingreifen in der Ukraine zu rechtfertigen.

Sie wird auch in der deutschen Debatte immer wieder von prorussischen Trolls und Putin-Apologeten vorgebracht. Putin selbst benutzte sie an einer zentralen Stelle seiner Kriegsrede am 24. Februar 2022. „Es ist schlicht unmöglich, all das auszuhalten. Es war notwendig, diesen Albtraum umgehend zu beenden: den Genozid an Millionen von Menschen, die dort leben und die sich nur auf Russland verlassen, ihre Hoffnung nur auf uns setzen“, sagte Putin. „Es waren diese Hoffnungen, Gefühle und Schmerzen der Menschen, die unser wichtigstes Motiv waren für die Entscheidung, die Volksrepubliken im Donbass anzuerkennen.“

Und er warf ukrainischen „Nationalisten“ und „Neonazis“ vor, Krieg gegen den Donbass und die Krim führen zu wollen, um die Menschen dort für ihre Affiliation mit Russland zu bestrafen.

Die Interviews von Bumaga geben noch weitere interessante Einblicke in das Innere der russischen Propagandamaschinerie. So sollen Mitarbeiter Sicherheitsbefragungen und Lügendetektoren unterzogen worden sein, um Drogenabhängige und Sympathisanten der russischen Opposition, vor allem Anhänger von Alexej Nawalny (</politik/ausland/article245947572/Alexej-Nawalny-erneut-vor-Gericht-Kreml-Kritiker-droht-weitere-Haftstrafe.html>), auszuspähen. Die Mitarbeiter sollen auch während ihrer Arbeit intensiv überwacht worden sein, mithilfe von elektronischen Zugangspässen, Überwachungskameras und Aufzeichnungen all ihrer Tätigkeiten auf dem Computer.

Risse in der Propaganda-Fassade des Kremls

Ehemalige Patriot-Mitarbeiter berichteten gegenüber Bumaga, dass Prigoschins Medien-Imperium vor allem die Aufgabe hatte, Lärm zu machen, um die Medienkanäle zu verstopfen. „Wir erzeugten

Informations-Rauschen und implementierten zudem Prigoschins Interessen“, sagt ein Ex-Mitarbeiter von RIA FAN. Die Aufgabe einiger Journalisten sei gewesen, das Publikum mit Geschichten aus anderen Ländern und über Prominente abzulenken, „während andere, an der Front, die Aufgabe hatten, die Leute einer Gehirnwäsche zu unterziehen mit Material aus der ‚speziellen Operationszone““.

Es ist nicht das erste Mal, dass der Konflikt zwischen Wagner-Chef Prigoschin und der russischen Militärführung Risse in der Propaganda-Fassade des Kremls auslöst und die Kriegsbegründungen des Kreml als Vorwände entlarvt. So hat [Prigoschin \(/politik/ausland/article246042540/Ukraine-News-Prigoschin-plant-Militaeraktion-laut-US-Geheimdienst-schon-laenger.html\)](#) wenige Tage vor seinem Aufstand der russischen Militärführung in einem 30-minütigen Video vorgeworfen, die Öffentlichkeit über die Gründe für den Krieg getäuscht zu haben.

„Im Vorlauf zum 24. Februar ist nichts Außergewöhnliches passiert“, sagte Prigoschin. „Das Verteidigungsministerium versucht, die Öffentlichkeit und den Präsidenten zu täuschen und die Geschichte zu fabrizieren, dass es von ukrainischer Seite ein wahnsinniges Maß an Aggression gab und dass sie dabei waren, uns zusammen mit dem Nato-Block anzugreifen.“

Tatsächlich, so Prigoschin, hätte die russische Führung den Krieg verhindern können, wenn sie mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj verhandelt hätte. „Als [Selenskyj Präsident wurde \(/kultur/plus240130237/Selenskyj-Die-geheimen-Geschaeftedes-Praesidenten-Offshore-Konten-und-Wagnergate.html\)](#) war er bereit für ein Abkommen. Alles, was notwendig gewesen wäre, war vom Berg Olymp hinabzusteigen und mit ihm zu verhandeln“, so Prigoschin.

Es ist bekannt, dass seine Troll-Fabrik und seine Medien auch versucht haben, die Diskurse in westlichen Gesellschaften zu beeinflussen und russische Interessen zu befördern. So haben die USA Prigoschins Trollen 2018 vorgeworfen, manipulativ in die US-Wahl von 2016 eingegriffen zu haben.

Dass sie nun abgewickelt werden, ist aber kein Grund zum Aufatmen. Schließlich werden russische Propaganda und russische Interessen auch von anderen in sozialen Netzwerken des Westens und nicht russischsprachigen Medien verbreitet.

Der Vorsitzende der russischen Journalistenvereinigung in St. Petersburg hat schon angekündigt, ehemalige Prigoschin-„Journalisten“ und Mitarbeiter der [Trollfabrik \(/politik/ausland/video243776839/Jewgeni-Prigoschin-Chef-der-Wagner-Soeldner-gibt-zu-dass-ihm-Troll-](#)

Fabrik-gehoert.html) in neue Jobs zu vermitteln. Und ein Ex-Manager der Prigoschin-Medien sagte gegenüber Bumaga, andere Chefredakteure seien schon dabei, die interessantesten Angestellten aus dem aufgelösten Unternehmen anzuheuern. In Putins Reich gibt es stets Bedarf an geschulten Propagandisten, die die Vorgaben des Kreml umsetzen.

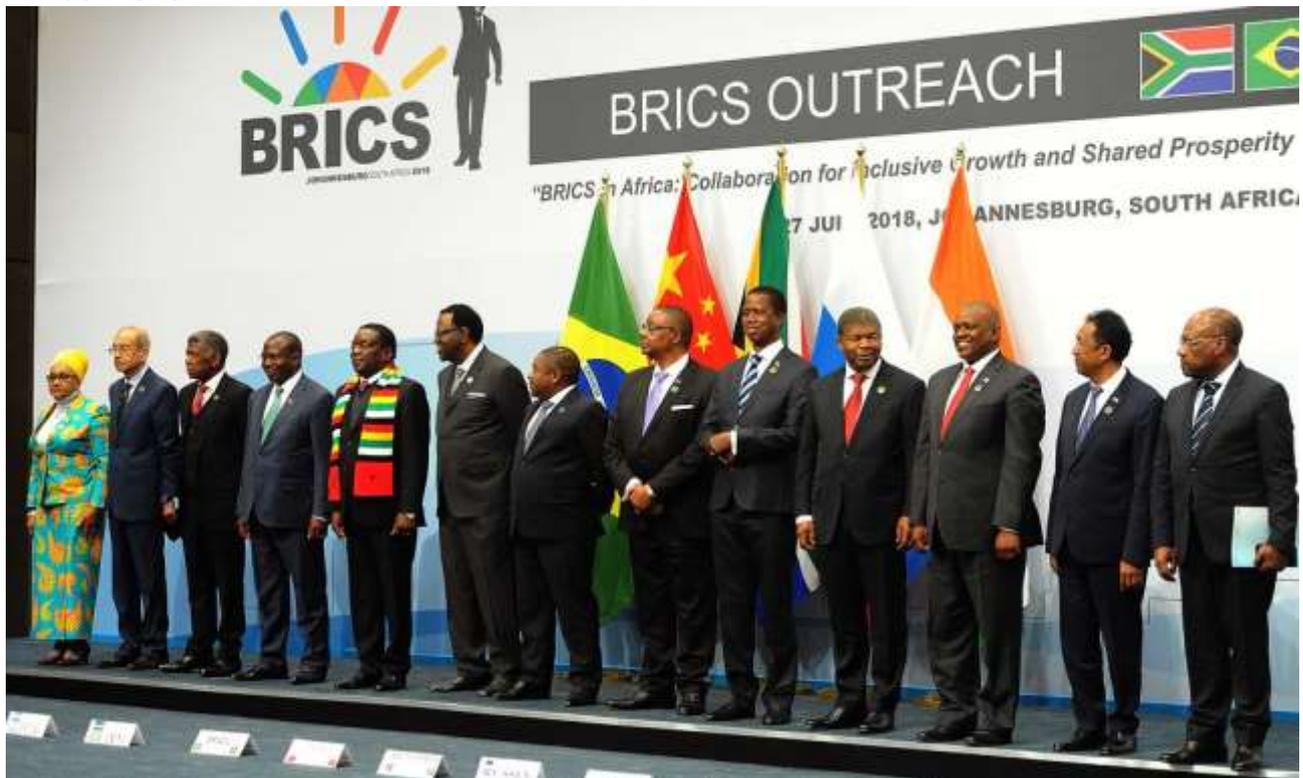
*„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music (https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v) oder direkt per **RSS-Feed**.*

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/246430484>

01) BRICS-Staaten erweitert sich um sechs weitere Länder

24. 08. 2023



JOHANNESBURG – Zur BRICS-Gruppe kommen jetzt Saudi-Arabien, der Iran, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Argentinien, Ägypten und Äthiopien mit 1. Jänner 2024 dazu. Das kündigte der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa am Donnerstag beim Gipfel der Allianz in Johannesburg an. Südafrika hat derzeit den Vorsitz des Staatenbundes inne, dem bisher außerdem Brasilien, Russland, Indien und China angehören.

Milliardenschwerer Sonderfonds

Die Erweiterung auf nunmehr zehn Mitglieder werde der Kooperation der Gruppe neue Impulse verleihen und sei historisch, sagte der chinesische Präsident Xi Jinping in Johannesburg. Die BRICS-Staaten hätten einen wichtigen globalen Einfluss und eine große Verantwortung. Er kündigte einen umgerechnet zehn Milliarden US-Dollar schweren Sonderfonds für die globale Entwicklung an.

Putin kündigte verstärktes Engagement in Afrika an

Der russische Präsident Wladimir Putin kündigte in einer Videobotschaft zudem ein stärkeres russisches Engagement in Afrika an und erwähnte dabei 30 Energieprojekte. Russische Exporte an Öl und Gas würden helfen, die Energiepreise in Afrika stabil zu halten. Die BRICS-Staaten könnten den afrikanischen Staaten auch helfen, im Bereich der Ernährungssicherheit unabhängiger zu werden, sagte der Präsident der Komoren, Azali Assoumani, der derzeit den Vorsitz der Afrikanischen Union (AU) innehat.

Weitere Beitrittskandidaten

Mehr als 40 Länder hätten ihr Interesse an einem BRICS-Beitritt bekundet, 22 haben offiziell um Aufnahme gebeten. Das Interesse anderer Länder an einer Mitgliedschaft zeige, wie wichtig deren Streben nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung sei, sagte der brasilianische Präsident Luiz Inacio Lula da Silva. Der BRICS-Block repräsentiert schon jetzt etwa 40 Prozent der Weltbevölkerung und ein Viertel des globalen Bruttoinlandsprodukts.

Abschied vom Dollar: Lawrow für alternatives Zahlungssystem

Die BRICS-Staaten verabschiedeten in Südafrika auch eine Resolution, um die Schaffung einer neuen Zahlungswährung ins Auge zu fassen. Der russische Außenminister Sergej Lawrow, der Putin in Johannesburg vertrat, sprach sogar davon, dass man ein alternatives Zahlungssystem einführen wolle. Lula hatte sich dafür eingesetzt, Geschäfte zwischen den BRICS-Ländern nicht mehr in Dollar abzuwickeln.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Johannesburg: Stellungnahme von Sergey Lawrow zum BRICS-Gipfel im südafrikanische Magazin Ubuntu

23. 08. 2023



Der russische Außenminister, Sergey Lawrow ließ am 21. August 2023 – unmittelbar vor dem XV. BRICS Gipfel in Südafrika vom 22. bis 24.8.2023 – im südafrikanische Magazin Ubuntu seine nachstehende Stellungnahme zu den Zielen und der Agenda der BRICS-Staaten veröffentlichen:



BRICS: Ein Kurs für eine gerechte Weltordnung

Am Vorabend des BRICS-Gipfels möchte ich mit Ihnen, liebe Leser, meine Gedanken über die Aussichten für die Zusammenarbeit innerhalb der „Fünf“ [BRICS Staaten] im aktuellen geopolitischen Kontext teilen.

Heute finden in der Welt tektonische Verschiebungen statt. Die Möglichkeit der Hegemonie durch ein Land oder auch durch eine kleine Staatengruppe gerät aus dem Blickfeld. Das Modell internationaler Entwicklung, das auf der Ausbeutung der Ressourcen der Mehrheit der Welt basiert, um den Wohlstand der „goldenen Milliarde“ zu sichern, ist hoffnungslos veraltet. Es spiegelt nicht die Ziele der gesamten Menschheit wider.

Vor unseren Augen entsteht eine gerechtere multipolare Weltordnung. Neue Zentren des Wirtschaftswachstums und der politischen Entscheidungsfindung von globaler Bedeutung in Eurasien, im asiatisch-pazifischen Raum, im Nahen Osten, in Afrika und in Lateinamerika orientieren sich in erster Linie an den eigenen Interessen und stellen die nationale Souveränität in den Vordergrund. Auf dieser Grundlage erzielt man beeindruckende Fortschritte auf den verschiedensten Bereichen.

Die Versuche des „kollektiven Westens“, diesen Trend im Namen der Wahrung ihrer eigenen Hegemonie umzudrehen, bewirkten genau das Gegenteil.



Die Weltgemeinschaft ist die Erpressung und den Druck westlicher Eliten und ihrer kolonialen und rassistischen Gewohnheiten leid.



Die Weltgemeinschaft ist die Erpressung und den Druck westlicher Eliten und ihrer kolonialen und rassistischen Gewohnheiten leid. Deshalb verringern beispielsweise nicht nur Russland, sondern auch eine Reihe anderer Länder konsequent ihre Abhängigkeit vom US-Dollar, indem sie auf alternative Zahlungssysteme und Abrechnungen in nationalen Währungen umsteigen. Hier erinnern wir uns an die weisen Worte von Nelson Mandela:

„Nachdem das Wasser einmal anfang zu kochen, wäre es absurd, dieses Momentum nicht auszunützen.“ Und das gilt!

Russland, ein Zivilisationsstaat und die größte eurasische und euro-pazifische Macht, arbeitet weiter an der Demokratisierung internationalen Zusammenlebens und der Schaffung einer Architektur zwischenstaatlicher Beziehungen, die auf den Werten gleicher und unteilbarer Sicherheit, kultureller und zivilisatorischer Vielfalt beruht und ausnahmslos allen Mitgliedern der Weltgemeinschaft gleiche Entwicklungschancen einräumt. Wie der russische Präsident Wladimir Putin in seiner Botschaft an die Bundesversammlung der Russischen Föderation am 21. Februar 2023 mitteilte:

„In der modernen Welt sollte es keine Unterteilung in so genannte ‚zivilisierte Länder‘ und alle anderen geben... Wir brauchen eine ehrliche Partnerschaft, die grundsätzlich jede Exklusivität ablehnt, insbesondere die einer aggressiven Art.“

All dies steht unserer Meinung nach im Einklang mit der *Ubuntu-Philosophie*, die für Verbundenheit der Völker und Menschen untereinander steht.

In diesem Zusammenhang hat sich Russland stets für eine Stärkung der Position des afrikanischen Kontinents innerhalb der multipolaren Weltordnung eingesetzt. Wir werden unsere afrikanischen Freunde weiterhin in ihren Bemühungen zur Bewältigung der zentralen Herausforderungen unserer Zeit, denen eine immer wichtigere Rolle zukommt, unterstützen. Dies gilt voll und ganz für den Prozess der Reform des UN-Sicherheitsrates, der nach unserer tiefen Überzeugung in erster Linie die legitimen Interessen der Entwicklungsländer, einschließlich Afrikas, gewährleisten sollte.

Die multilaterale Diplomatie kann sich nicht von diesen globalen Trends abkoppeln.



Die Aktivitäten einer Vereinigung wie BRICS sind Symbol echter Multipolarität und Beispiel für ehrliche zwischenstaatliche Kommunikation.



Die Aktivitäten einer Vereinigung wie BRICS sind Symbol für echte Multipolarität und Beispiel für ehrliche zwischenstaatliche Kommunikation. In ihrem Rahmen interagieren Staaten mit unterschiedlichen politischen Systemen, unterschiedlichen Werteplattformen und unabhängigen Außenpolitiken effektiv in verschiedenen Bereichen. Ich denke, es ist nicht übertrieben zu sagen, dass die „Fünf“ [BRICS-Staaten] eine Art kooperatives „Gitternetz“ abgeben, um die traditionellen Nord-Süd- und West-Ost-Linien zu überbrücken.

In der Tat können wir unserer Öffentlichkeit etwas vorweisen: Durch gemeinsame Anstrengungen ist es den BRICS-Ländern gelungen, eine Kultur des Dialogs zu kreieren, die auf Grundsätzen der Gleichheit, Achtung der Wahl des eigenen Entwicklungsweges und Berücksichtigung der Interessen des anderen beruht. Dies hilft uns, eine gemeinsame Basis und „Lösungen“ selbst für die komplexesten Fragen zu finden.

Objektive Faktoren bestimmen den Platz und die Bedeutung der BRICS heute sowie ihr Potenzial, um die Gestaltung der globalen Agenda zu beeinflussen. Die Zahlen sprechen für sich. Die Bevölkerung der [BRICS] Union-Staaten beträgt mehr als 40 % und das Territorium umfasst mehr als ein Viertel der weltweiten Landfläche. Nach Schätzungen von Experten werden die „Fünf“ [BRICS-Staaten] im Jahr 2023 etwa 31,5 % des weltweiten BIP (gemäß Kaufkraftparität) erwirtschaften, während der Anteil der „Gruppe der Sieben“ nach einem solchem Indikator auf 30 % gesunken ist.

Heute gewinnt die strategische Partnerschaft der BRICS an Momentum. Der [BRICS] Verband selbst bietet der Welt kreative, zukunftsweisende Initiativen, die darauf abzielen, die *Ziele für nachhaltige Entwicklung* [SDGs oder *Sustainable Development Goals*] zu erreichen, Nahrungsmittel- und Energiesicherheit zu gewährleisten, ein gesundes Wachstum der Weltwirtschaft zu erzielen, Konflikte zu lösen und Klimawandel zu bekämpfen, was auch den Blickwinkel einer fairen Energiewende beinhaltet.

Zur Lösung dieser Probleme wurde ein umfassendes Bündel von Mechanismen geschaffen: Derzeit wird die Strategie der Wirtschaftspartnerschaft bis 2025 umgesetzt, in der die Leitlinien für die mittelfristige Zusammenarbeit festgelegt sind: Die BRICS-Energieforschungsplattform, die aufgrund einer russischen Initiative ins Leben gerufen wurde, ist funktionstüchtig. Das BRICS-Zentrum zur Erforschung und Entwicklung von Impfstoffen, das dazu beitragen soll, wirksame Antworten auf die Herausforderungen zum epidemischen Wohlergehen unserer Staaten zu entwickeln, hat seine Arbeit aufgenommen. Initiativen zur Beseitigung von „*Unterschlupforten*“ von korrupten Amtspersonen und kriminellen Vermögen wurden bewilligt. Dazu zählen auch Handel und Investitionen zur nachhaltigen Entwicklung und die Ausweitung der Zusammenarbeit für den Bereich der Logistikketten. Die BRICS-Strategie zur Ernährungssicherheit wurde angenommen.

Zu den absoluten Prioritäten gehören die Stärkung des Potenzials der neuen Entwicklungsbank, der BRICS Eventual Währungsreserve Pool [Contingent Currency Reserve Pool], die Verbesserung der Zahlungsmechanismen und die Stärkung der Rolle der nationalen Währungen zur gegenseitigen Verrechnung. Es ist geplant, diese Themen auf dem BRICS-Gipfel in Johannesburg in den Mittelpunkt zu stellen.

Unser Ziel ist es nicht, die bestehenden multilateralen Mechanismen zu ersetzen, geschweige denn ein neuer „*kollektiver Hegemon*“ zu werden. Im Gegenteil, die Mitglieder der „Fünf“ setzen sich konsequent für die Schaffung von Bedingungen für die Entwicklung aller Staaten ein, was die Blocklogik des „*Kalten Krieges*“ und auch geopolitische „*Nullsummen-Spiele*“ ausschließt.



BRICS ist bestrebt, integrative Lösungen auf Grundlage eines kollektiven Ansatzes anzubieten.



BRICS ist bestrebt, integrative Lösungen auf Grundlage eines kollektiven Ansatzes anzubieten.

Auf dieser Grundlage arbeiten wir konsequent an der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen dem [BRICS] Verband und den Staaten der Weltmehrheit. Insbesondere die Stärkung der Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern ist zu einer der Prioritäten der südafrikanischen Präsidentschaft geworden. Wir teilen diesen Ansatz voll und ganz. Wir sind bereit, einen Beitrag zur Gewährleistung des Wirtschaftswachstums auf dem Kontinent und zur Stärkung der dortigen Sicherheit zu leisten, einschließlich der Nahrungsmittelversorgung und Energiekomponenten. Die Ergebnisse des zweiten Russland-Afrika-Gipfels, der vom 27. bis 28. Juli 2023 in St. Petersburg stattfand, sind ein klarer Beweis dafür.

In diesem Zusammenhang ist es nur natürlich, dass unsere [BRICS] Vereinigung viele Gleichgesinnte auf der ganzen Welt findet.



BRICS wird als eine positive Kraft gesehen, die die Solidarität der Länder des globalen Südens und Ostens stärken und zu einer der Säulen einer neuen, gerechteren polyzentrischen Weltordnung werden kann.



BRICS wird als eine positive Kraft gesehen, die die Solidarität der Länder des globalen Südens und Ostens stärken und zu einer der Säulen einer neuen, gerechteren polyzentrischen Weltordnung werden kann.

Die „Fünf“ sind bereit, auf diese Anliegen einzugehen. Deshalb haben wir mit dem Erweiterungsprozess begonnen. Es ist symbolhaft, dass dieser im Jahr der südafrikanischen Präsidentschaft – einem Land, das aufgrund eines politischen Konsensbeschlusses in BRICS aufgenommen wurde – einen solchen Moment aufgenommen hat.

Ich bin davon überzeugt, dass der 15. Jubiläumsgipfel ein weiterer Meilenstein in unseren strategischen Partnerschaftsbeziehungen sein kann und die wichtigsten Prioritäten für die

kommenden Jahre festlegen wird. Wir schätzen die Bemühungen der südafrikanischen Präsidentschaft in diesem Bereich sehr, inklusive die Intensivierung der Arbeit zur Verbesserung der gesamten Palette von Mechanismen für das Funktionieren der [BRICS] Vereinigung sowie zur Vertiefung des Dialogs mit Drittstaaten.

Übersetzung aus dem Englischen: UNSER MITTELEUROPA

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Der Weg Afrikas aus dem „Amerikanischen Sektor“

17. 08. 2023



Bild: Privat

Eine Analyse unseres Medien-Partners, geostrategischen Analysten und Repräsentanten des Zentrums für geostrategische Studien (Belgrad) in Wien zum Thema Afrika und die sukzessive Loslösung aus der „postkolonialen“ wie auch transatlantischen Umklammerung.

Im Rahmen eines jüngst ins Leben gerufenen Projektes mit eigenem Telegram-Kanal [LTAS \(leave the amerikan sector\)](#), in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für geostrategische Studien (Belgrad), ist nun auch Afrika in den Fokus der Betrachtungen gerückt.

Nicht zuletzt auf Grund der jüngsten Ereignisse im westafrikanischen Sahel-Staat Niger, [UME hatte berichtet](#).

Seite E 35 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

In zahlreichen afrikanischen Staaten wächst das Bewusstsein sich von westlicher „Indoktrination“ lösen zu wollen. Ein Beweis dafür zeigen wohl auch die Covid-Impfzahlen des Kontinents. Die Impf-Rate auf den gesamten Kontinent, nach vorgelegtem Zahlenmaterial, betrug nur knapp 5 Prozent.

Viererlei Impf-Kampagnen hatten in den letzten Jahrzehnten Afrika als „Testfeld“ auserkoren, mit teils verheerenden Folgen, Schäden und Nebenwirkungen. Man ist offenbar auch hier gegenüber dem Westen sehr skeptisch geworden.

Ein weiterer Prozess des „Erwachens“ auf unserem südlichen Kontinent hat freilich auch damit zu tun, dass man sich zunehmend des eigenen „Reichtums“ in Form von Bodenschätzen, seltenen Erden und Diamanten bewusst wird.

Die weltweite Nachfrage vor allem bei seltenen Erden steigt, auf Grund der fortschreitenden Digitalisierung, rapide.

Man ist also in Afrika offenbar nicht mehr bereit, Die „Schätze“ der einzelnen Staaten durch korrupte, vom Westen „installierte“ Machthaber an ebendiesen Westen weiter ab zu geben. Das Beispiel Niger zeigt dies nur allzu deutlich und könnte zweifellos auf dem gesamten Kontinent „Schule machen“.

Viele afrikanische Staaten wenden sich auch ganz bewusst in Richtung der BRICS, wo sie als gleichwertige Partner, nicht als „Selbstbedienungsladen des Westens“ gesehen werden.

Das Problem der Abhängigkeit Afrikas vom Westen und der schlechten sozialen Situation der Menschen dort ist also eben genau darauf zurückzuführen, dass Afrika eben bis dato ein billiger Rohstofflieferant ist.

Die einzige Möglichkeit, diese Situation zu ändern, besteht nun darin, mehr Produktionsstätten in Afrika aufzubauen, damit die Rohstoffe dort verarbeitet und eine höhere Wertschöpfung erzielt werden können.

Als einen gangbaren Weg, der sich offenbar aufzeigen könnte ist eine stärkere Zusammenarbeit der afrikanischen Staaten. Alleine aus dem Grund, dass die verschiedenen Rohstoffe kombiniert werden müssten um selbst die „Herrschaft“ über den afrikanischen Rohstoffmarkt in die Hand zu bekommen und kontrollieren zu können.

Notwendig ist zweifelsfrei auch der Ausbau der Energieversorgung sowie der Infrastruktur. Einige Staaten haben dem Westen bereits den Rücken gekehrt, doch es ist noch ein langer Weg, bis Afrika den amerikanischen Sektor endgültig verlässt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Das Ende einer Epoche: Kolonialismus endgültig Geschichte – 40 Länder wollen BRICS-Beitritt

17. 08. 2023



Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entließen die Kolonialmächte peau á peau, oft unfreiwillig, ihre Kolonien in die formale Unabhängigkeit. Tatsächlich waren diese Länder aber über vielfältige, meist wirtschaftliche Abhängigkeiten, an ihre ehemaligen „Mutterländer“ gebunden.

Kolonialismus endgültig Geschichte

Der alte Kolonialismus setzte sich also in einer Art Neokolonialismus fort. Jetzt, fast 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, geht auch diese Ära zu Ende. Die ehemaligen Kolonien haben jetzt mehr und mehr die Möglichkeit, sich den BRICS-Staaten anzuschließen. Derzeit gibt es 40 Länder die dem BRICS-Format beitreten wollen. Es ist zu erwarten, dass die BRICS-Länder in absehbarer Zeit, vielleicht in 10 Jahren, technologisch und wirtschaftlich vom kollektiven Westen unabhängig sein werden. Kein Land des Globalen Südens braucht dann noch vom Westen Kredite, irgendein Know-how, oder irgendwelche Waren. Die Sanktionswaffe des Wertewestens gegen unbotmäßige Länder wird dann auch endgültig ins Leere gehen. Dann wird die Epoche des Kolonialismus nach 400 Jahren endgültig Geschichte sein. Der Wertewesten wird sich dann ganz auf seine Kernstaaten (Westeuropa und Nordamerika) reduzieren. Die Macht des Westens über den Rest der Welt wird passe sein.

Keine Furcht mehr vor Repressalien

Diese Entwicklung ist seit längerer Zeit absehbar und durch den Ukrainekrieg enorm beschleunigt worden. Die Länder des „Globalen Südens“ haben jetzt erfahren, dass auch die militärische Macht des Westens enden wollend ist. Wenn der Kollektive Westen nicht einmal einen Krieg gegen Russland gewinnen kann, was ist wenn es eines Tages zu einem

Konflikt mit China kommt? Man hat offensichtlich die Furcht vor Repressalien verloren. Dies dürfte auch der Auslöser für den Putsch in Niger gewesen sein.

Rohstoffreich und trotzdem arm

Die Situation im Niger ist symptomatisch für viele Länder des „Globalen Südens“: Einerseits ist es ein rohstoffreiches Land, andererseits gehört Niger zu den ärmsten Ländern der Welt. Insbesondere steht es mit seiner Uranproduktion weltweit an sechster Stelle mit über sechs Prozent der Weltproduktion. Aus diesem Land stammen etwa ein Viertel der europäischen und ein Drittel der französischen Uranimporte. Frankreichs betreibt damit 56 Kernkraftwerken und belegt damit einen Spitzenplatz unter den Atomstromexporteuren der Welt. Die Stabilität des Stromnetzes Europas hängt somit vom nigrischen Uran ab. Zusätzlich verfügt Nigers über weitere Rohstoffe Gold, Öl, Kohle, Eisen, Phosphate und Molybdän. All diese Reichtümer wurden bis dato von Frankreich gestohlen, natürlich im Rahmen von „Demokratie“, „Rechtsstaatlichkeit“ und der vielzitierten „Menschenrechte“, also jener „Werte“, die der Wertewesten ständig propagiert. An diesem Beispiel sieht man, was der Westen unter diesen „Werten“ wirklich versteht!

In einem [Artikel in der Berliner Zeitung](#) wurde die Situation der ursprünglichen französischen Kolonien sehr treffend folgendermaßen zum Ausdruck gebracht:

„In Frankreich gibt es keine einzige aktive Goldmine. Dennoch besitzt dieser [ehemals] verbrecherische Kolonialstaat mit 2.436 Tonnen die viertgrößten Goldreserven der Welt. Die [ehemals] französische Kolonie Mali besitzt genau 0,0 Tonnen Gold, obwohl es mehrere Dutzend Minen [darunter 14 offizielle] im Land hat, in denen pro Jahr ganze 70 Tonnen davon abgebaut werden. Von den Einnahmen aus knapp 60 Tonnen Gold, die von [schätzungsweise] 600.000 Kindern in der [ehemals] französischen Kolonie Burkina Faso geschürft werden, gehen nur zehn Prozent an das Land, aber 90 Prozent an multinationale Goldgräberkonzerne.“

Trotz seiner Uran- und Goldvorkommen lag der Niger im Entwicklungs-Index zuletzt auf Platz 189 von 191 erfassten Staaten. Das gesamte Staatsbudget Nigers, ein Land mit der dreifachen Fläche der Bundesrepublik, ist mit rund 4,5 Milliarden Euro nicht größer als der jährliche Umsatz des französischen Atomkonzerns Orano [ehemals Areva].“

Angesichts derartig schreiender Ungerechtigkeiten darf man sich auch nicht wundern, wenn ständig Lawinen von Schwarzen versuchen, nach Europa zu gelangen. Wer diesen Zustrom an Flüchtlingen unterbinden will, muss auch für ein Ende dieser Ausbeutung eintreten.

Erwartungsgemäß war das Geschrei im Wertewesten groß, die verfassungsmäßige „Ordnung“ in Niger wiederherzustellen. Anfänglich haben ein Teil der ECOWAS-Staaten mit militärischem Eingreifen gedroht, diese Pläne aber in der Zwischenzeit wieder fallen gelassen. Entsprechend haben die NATO-Länder in dem momentanen geopolitischen Umfeld keine Möglichkeit in Niger direkt einzugreifen. Vor dem Ukrainekrieg wäre das kein Problem gewesen.

Während der Wertewesten seine Militärintervention abschreiben musste, kommt [China den Putschisten wirtschaftlich zu Hilfe](#). Auch solche Meldungen sind symptomatisch für den rapiden Machtverlust der westlichen Eliten auf diesem Planeten.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Klimaschwindel-Aufklärung: War der Juli 2023 der heißeste je gemessene Monat?

09. 08. 2023



BILD 1957 b

Zwei Professoren gegen den Klima-Hype

Widerspruch gegen den aktuellen Klima-Hype kommt gerade von zwei angesehenen US-Klimaforschern. Skeptischer betrachtet die aktuellen Panikmeldungen etwa **Cliff Mass, Professor für Atmosphärenwissenschaften** an der University of Washington in den USA. Er sieht in den Meldungen laut „The Australian“ eine „Übertreibung“ und einen regelrechten „Hype um extreme Wetterbedingungen und Hitzewellen“. Besonders erinnerte er daran, dass sich die Erde derzeit am Ende einer Kaltzeit befindet, die als Kleine Eiszeit bekannt ist. Diese Kaltphase dauerte etwa von 1600 bis 1850.

Davor habe es in der Erdgeschichte immer wieder Warmphasen gegeben, wie etwa vor 1.000 Jahren während der mittelalterlichen Warmzeit. In dieser Phase soll die durchschnittliche Erdtemperatur **deutlich wärmer** gewesen sein als heute.

Auf seiner Website fasste Mass Ende Juli zusammen, dass dieser Monat „keine extreme Hitze“ hatte. Als Beleg führte er die Messwerte von fünf Stationen in den USA auf. Die hohen Temperaturen im Juli waren dort eher durchschnittlich und weit unter den bisherigen Rekordwerten.

Ebenso widersprach **John Christy, Professor für Atmosphärenwissenschaften** an der University of Alabama, den neuerlichen Höchstwerten. Diese seien nur „heiße Luft“.

Er erwähnte gegenüber der australischen Zeitung, dass er in diesem Sommer keine neuen Rekorde für die höchsten Temperaturen aller Zeiten an Langzeitwetterstationen gesehen habe. Seiner Ansicht nach halte weiterhin das Jahr 1936 den Rekord für die meisten Stationen mit den höchsten jemals gemessenen Temperaturen.

Seite E 39 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Aufgrund der zunehmenden Anzahl von Wetterstationen sei es weltweit schwierig, historische Daten zu vergleichen. Einige Stationen sammeln laut Christy erst seit einigen Jahren Daten. Überdies habe die Urbanisierung dazu geführt, dass bestehende Wetterstationen aufgrund der höheren Temperaturen in Städten automatisch höhere Temperaturen aufzeichnen.

EI Niño sorgt lokal für höhere Temperaturen

Was in der Klimadebatte derzeit gelegentlich vergessen wird, ist, dass im Juni 2023 ein weiterer El Niño begann.

Dies gehe immer mit höheren Temperaturen an Land einher, bestätigte Anfang Mai die Weltwetterorganisation (WMO). „Das Einsetzen von El Niño wird die Wahrscheinlichkeit von Temperaturrekorden und extremer Hitze in vielen Teilen der Welt und im Ozean erheblich erhöhen“, sagte WMO-Generalsekretär Petteri Taalas.

El Niño treibt die globale Durchschnittstemperatur in die Höhe, während La Niña einen kühlenden Effekt hat. Sie tauchen abwechselnd alle paar Jahre auf.

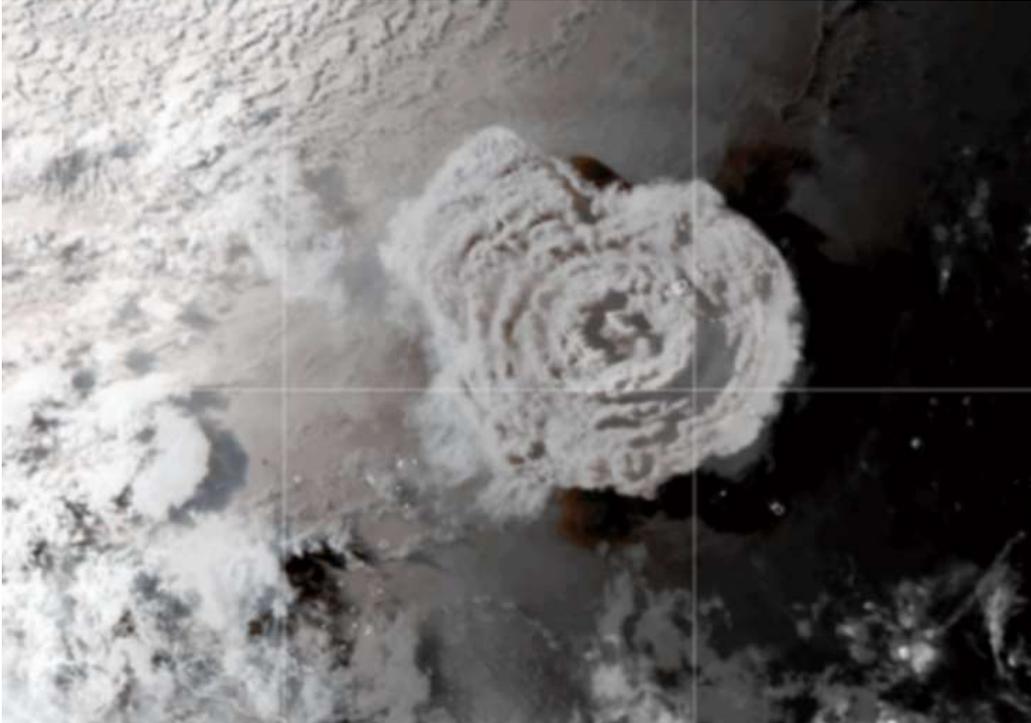
Erstes Anzeichen des El Niño ist eine starke Erwärmung der oberen Wasserschichten im Pazifik in Tropennähe entlang der mittel- und südamerikanischen Küste. Normalerweise drücken Passatwinde das warme Wasser nach Westen und kühleres strömt aus tieferen Schichten nach. Bei El-Niño-Lagen sind die Winde aber schwächer. Der schnelle Windstrom Jetstream verschiebt sich Richtung Süden und die Stratosphäre mehr als zehn Kilometer über der Erde wird wärmer, wie Bob Leamon von der University of Maryland erklärt.

Dieser Beitrag erschien zuerst in einer längeren Ausgabe bei [EPOCH TIMES](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Klimaschwindel-Aufklärung: Die NASA weiß, warum das Wetter so seltsam ist. Von PETER HAISENKO

07. 08. 2023



Unterwasser Vulkanausbruch 15.01.2022.- Bild: Nasa

Gewaltiger Vulkanausbruch im Südpazifik vertuscht

Von PETER HAISENKO | Vor eineinhalb Jahren, am 15. Januar 2022, gab es einen gewaltigen Vulkanausbruch im Südpazifik nahe dem Tonga-Archipel. Über die Folgen, auch für uns, wurde die Öffentlichkeit nicht unterrichtet. Es war eine besondere Eruption unter Wasser, die das Weltklima beeinflusst. So wird erklärlich, warum wir in diesem Jahr außergewöhnliche Wettererscheinungen beobachten müssen.

Bereits im April und Mai diesen Jahres habe ich mich über das Wetter gewundert. Dazu muss ich sagen, dass ich bei meiner Ausbildung zum Piloten bei der Lufthansa auch eine solide Ausbildung in Sachen Meteorologie erhalten habe und seither die Wettererscheinungen mit Interesse verfolge und analysiere. April und Mai waren zu kalt. Im Juni war zu beobachten, dass sich ein ungewöhnlich großes, aber flaches Hochdruckgebiet über ganz Europa gebildet hat, das eine ungewöhnliche Stabilität aufwies. Der Himmel war meist wolkenfrei, aber die Temperaturen entwickelten sich nicht dementsprechend.

Die Beobachtung der Sonnenuntergänge ließ mich vermuten, dass es eine abnormale Menge an Feuchtigkeit in den unteren Luftschichten geben muss. Das zeigte sich unter anderem darin, dass man mit bloßem Auge direkt in die Sonne blicken konnte, wenn diese noch etwa fünf Grad über dem Horizont stand. Sie war nur noch ein orangefarbener Ball und es war das erste Mal, dass ich mit bloßem Auge einen großen Sonnenfleck erkennen konnte. Konkrete Wolken waren es aber nicht, die die Sonne derart abdunkelten. Es war einfach Wasserdunst, der in abnormaler Dichte über dem Land lag, ohne sichtbaren Nebel zu bilden. Also fragte ich mich, wie das wohl zustande kommen konnte. Ich fand keine Erklärung, bis ich auf eine Veröffentlichung der NASA stieß, vom 2. August 2022:

NASA: „[Tonga Eruption Blasted Unprecedented Amount of Water Into Stratosphere](#)“

Zehn Prozent mehr Wasser in der Atmosphäre

Laut diesem Bericht war folgendes geschehen: Nahe dem Tonga-Archipel gab es eine gewaltige Unterwassereruption. Das ist an sich nichts Ungewöhnliches, aber diesmal geschah das in einer Tiefe von nur etwa 150 Metern. Geschieht das in größerer Tiefe, wird eine solche Eruption vom Wasserdruck geradezu erstickt. Es kommt praktisch nichts an die Oberfläche. Geschieht das näher als 150 Meter an der Oberfläche oder darüber, ist es ein „ganz normaler“ Vulkanausbruch, der seine Asche bis in die Stratosphäre schleudern kann. Es gibt dann Aschewolken, die sich über weite Strecken ausbreiten und die Sonne verdunkeln können. In diesen 150 Metern Tiefe aber, bei einer derart kräftigen Eruption, werden riesige Mengen an Wasser verdampft und in die Atmosphäre geschleudert. Sehen Sie sich dazu das [Video von der NASA](#) an. Beachten Sie dabei die anderen Wolken, die sich in etwa zehn Kilometer Höhe befinden.

Die NASA hat dazu berechnet, dass bei dieser Eruption Wasserdampf in die Atmosphäre gedrückt worden ist, in Höhen zwischen 12 und 53 (!) Kilometern. Das ist oberhalb der Stratosphäre. Zum Vergleich: Bei der Explosion der größten Wasserstoffbombe, der „Zar-Bombe“, reichte der Atompilz bis knapp 60 Kilometer Höhe. Niedrig fliegende Satelliten bewegen sich in Umlaufbahnen von 90 Kilometer Höhe. Flugzeuge fliegen maximal 15 Kilometer hoch. All das ist an sich nicht so beeindruckend. Beeindruckend ist aber, was die NASA zur Menge, der Masse an Wasser berechnet hat, das in die Atmosphäre eingebracht worden ist. Die NASA sagt, dass durch diese Eruption der Wassergehalt der Atmosphäre um 10 Prozent zugenommen hat. In Worten: Zehn Prozent! Wie ist das möglich?

Der Wasserdruck wird unterschätzt

Die Eruption fand in 150 Metern Tiefe statt. Ist nicht so tief, meinen Sie? Kennen Sie noch einen „Schnellkochtopf“, einen Dampfdruckkochtopf? Darin herrschen maximal zwei bar Druck und wer schon mal einen solchen Topf unter Druck fahrlässig, mit Gewalt, geöffnet hat, weiß, dass er das nie wieder tun wird. In 150 Metern Tiefe herrscht aber ein Druck von 15 bar. Das heißt, sobald das eruptive Magma auf das Wasser darüber trifft, bildet sich extrem überhitzter Wasserdampf, der dann bei weiterer Erhitzung den Weg nach oben sucht – und findet. Bei diesem Vorgang nimmt der umgebende Wasserdruck ab, der Dampf expandiert analog und dann ist eben zu beobachten, was das Video der NASA zeigt. Eine Dampfwolke, die einem Atompilz gleicht und dieselbe Energie hat, wie mindestens die Zar-Bombe. So war auch, wie bei der Zar-Bombe, die hydrologische Druckwelle über den gesamten Erdball messbar und hat diesen mehrfach umrundet. Die NASA sagt, die Menge an Wasser, das in die Atmosphäre geschleudert wurde, entspräche 58.000 gefüllten Schwimmbecken olympischen Ausmaßes. Die NASA sagt auch, dass sie noch nie etwas Vergleichbares beobachten konnte.

Nun könnte man meinen, ein „bisschen“ mehr Wasser in der Atmosphäre, was macht das schon? Es macht eine ganze Menge. Es beginnt damit, dass das Gesamtgewicht der Atmosphäre zunimmt. Nein, keine zehn Prozent, aber durchaus messbar. Nun ist unsere Atmosphäre ein sehr filigranes Gebilde. Die Hälfte der Luftmasse befindet sich unterhalb von 5.000 Metern. Die Troposphäre endet in zehn Kilometer Höhe und darüber befinden sich nur noch 20 Prozent der Atmosphäre. Der Erddurchmesser beträgt 12.000 Kilometer. Das heißt, dass sich die Troposphäre nur ein Sechshundertstel des Erdradius über die Erdoberfläche erhebt. So kann man sich das Wettergeschehen in etwa so vorstellen, wie den schillernden Benzinschleier auf einer Pfütze. Daran wird schon deutlich, wie schwer sich Wettergeschehen im Allgemeinen berechnen lässt und wie störanfällig das Ganze ist.

Das Wasser kommt mit Verzögerung bei uns an

Die nächste Frage ist, warum die Auswirkungen dieser Eruption erst jetzt bei uns auf der Nordhalbkugel angekommen sind. Tonga liegt nördlich von Neuseeland auf 21 Grad südlicher Breite. Die Eruption fand im Januar statt, also im dortigen Sommer und so genau unter senkrechtem Sonnenstand. Das bedeutet, dass sich diese Wassermassen beinahe gleichmäßig auf die Süd- und Nordhalbkugel verteilen konnten. Aber es braucht Zeit, bis sich das über die gesamte Atmosphäre verteilt und seine Wirkung entfalten kann. Auf der Südhalbkugel schneller und so haben wir plötzlich eine Erklärung, warum die Länder der Südhalbkugel gerade einen extrem kalten Winter erleben. Mit Schneemassen und Temperaturen, die bislang noch nie beobachtet werden konnten.

Ja, der extra Wasserdampf bremst die Sonnenintensität, aber er bewirkt auch, dass die Oberflächentemperatur der Meere ansteigt. Das extra Wasser muss ja auch langsam wieder abregnen, bis die Atmosphäre wieder ihr Gleichgewicht hat. Wenn das in äquatornahen Bereichen geschieht, dann regnet halt wärmeres Wasser in die Ozeane. Dürfen wir uns also wundern, wenn es jetzt und in der nächsten Zeit vermehrt starken Niederschlag und Gewitter gibt? Ach nein, ich vergaß, daran kann ja nur der menschengemachte Klimawandel schuld sein. Doch Spaß beiseite. Mit etwas Verzögerung sind diese Wassermassen auch bei uns angekommen und wir erleben einen atypischen Wetterverlauf, mit extremen Niederschlägen und Überschwemmungen. Der Wasserüberschuss in der Atmosphäre muss ja wieder am Boden ankommen. Das ist aber besonders in Deutschland nicht so deutlich zu erkennen, denn unser Wetter wird bestimmt durch die Luftströmungen, die mal trockene Wärme, trockene Kälte oder eben feuchte Luftmassen unterschiedlicher Temperatur zu uns bringen. Aus Sibirien oder der Sahara oder eben von den Azoren.

Vulkanausbrüche kann man nicht verbieten

Was glauben Sie, warum man uns für den Juli nur mitgeteilt hat, dass die Wassertemperatur des Nordatlantik höher als normal ist? Weil weder der Juni, noch der Juli irgendwo in der Nähe von Wärmerekorden lag. Über das aktuelle Wetter müssen wir da gar nicht reden. Tatsächlich ist es aber nicht geklärt, ob diese Anreicherung der Atmosphäre mit Wasser zu Erwärmung oder Abkühlung führen wird. Sie wissen es nicht, die Wissenschaftler, die uns immer erzählen wollen, sie wüssten, wie das Klima in fünfzig Jahren sein wird. Wozu auch, mit Vulkanausbrüchen kann man keine Politik machen und schon gar kein Geld verdienen. Verbieten kann man sie auch nicht. Ich weiß es auch nicht, aber ich persönlich werde mich auf einen kalten, schneereichen Winter vorbereiten und auf eine gute Skisaison freuen.



Fazit: Diese Eruption am anderen Ende der Welt zeigt uns, wie wenig Einfluss der Mensch auf das Klimageschehen nehmen kann. Dass es ganz anderer Größenordnungen bedarf, als an den zwei Prozent CO₂ herumzudoktern, die die BR Deutschland am menschengemachten CO₂-Ausstoß hat. Es war auch ein Vulkanausbruch, auch am anderen Ende der Welt, der um 1860 Europa eine Kälteperiode gebracht hat, die Hunger und Not verursachte und eine große Auswanderungswelle nach Amerika. Es ist auch nicht bekannt, wieviel CO₂ dieser Tonga-Vulkan ausgespuckt hat. Ich vermute, es war mehr an einem Tag, als ganz Deutschland in einem Jahr produzieren kann. Und wie viele aktive Vulkane gibt es? Die täglich spucken? Die Lüge vom menschengemachten Klimawandel ist nichts anderes als ein Herrschaftsinstrument, das insbesondere dazu benutzt wird, Deutschland zu deindustrialisieren und so den Morgenthau-Plan spät, aber jetzt endgültig zu realisieren.



Zum Autor: Peter Haisenko ist Schriftsteller, Inhaber des Anderwelt-Verlages und Herausgeber von AnderweltOnline.com

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) USA will Niger unter allen Umständen „halten“

06. 08. 2023



Bild: Youtube

Die USA gedenken „ihren“ westafrikanischen Vorposten unter keinen Umständen zu räumen.

Diese Tatsache ist wohl wenig erstaunlich doch der Widerstand, wie auch die „politischen Sympathien“ für Niger formieren sich in ganz Westafrika in noch nie dagewesener Solidarität.

Welt wandelt sich auch am südlichen Kontinent

„Es leben Niger, Russland, Mali und Burkina Faso, nieder mit Frankreich, ECOWAS und EU“, skandierten unüberschaubare Scharen von Demonstranten in Nigers Hauptstadt Niamey.

Die USA wollen ihre Truppen wie auch das Personal in der US-Botschaft nicht aus Niger abziehen.

Die Haltung der USA in Niger steht damit im Gegensatz etwa zu ihrer früheren Reaktion auf die Sudan-Krise. In Washington, D.C. betrachtet man Niger als den letzten Vorposten der USA in der Sahel-Zone. Es muss wohl auch nicht angemerkt werden, dass der westafrikanische Staat über schier unendliche Ressourcen an Wichtigen Bodenschätzen und Rohstoffen verfügt, was erfahrungsgemäß stets im Fokus amerikanischer Interessen gestanden hat.

Anlässlich des 63. Unabhängigkeitstages von Niger am 3. August 2023 halten Demonstranten in Niamey eine nigrische Flagge hoch. Tausende von Menschen, die den jüngsten Staatsstreich in Niger unterstützen, versammelten sich zu einer Massenkundgebung in der Hauptstadt Niamey am 3. August 2023.

Seite E 45 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Abertausende von nigrischen Bürgern, die in der vergangenen Woche die Absetzung des nigrischen Präsidenten Mohamed Bazoum durch dessen eigene Präsidentengarde unterstützen, versammelten sich am 3. August erneut zu einer Massenkundgebung in der Hauptstadt Niamey.

Berichten zu Folge wurden auch einige große russische Flaggen schwenkten. Die Demonstranten folgten dem Aufruf einer Koalition zivilgesellschaftlicher Vereinigungen anlässlich des 63. Jahrestages der Unabhängigkeit des Landes von Frankreich.

In Niger ist die vor einem Jahr gegründete M62-Bewegung (französisch Mouvement M62) als eine Gruppe der Zivilgesellschaft, die gegen die fortwährende französische Militärpräsenz in Niger seit 1960 protestiert, sehr aktiv.

Westafrika steht demonstrativ „hinter Nigers Emanzipation“

Einer der Demonstranten, [Issiaka Hamadou, sagte](#), dass „uns nur die Sicherheit interessiert“, unabhängig davon, ob sie von „Russland, China oder der Türkei kommt, wenn sie uns helfen wollen“. „Wir wollen einfach keine Franzosen, die uns seit 1960 ausplündern, sie sind seitdem hier, und nichts hat sich geändert“, sagte er.

Ein anderer der Demonstranten in Niamey hielt ein Plakat mit der Aufschrift „Es leben Niger, Russland, Mali und Burkina. Nieder mit Frankreich, ECOWAS, EU“.

Die Präsidentengarde hatte letzte Woche den seit 2021 amtierenden Präsidenten Bazoum in seinem Palast in der Hauptstadt Niamey festgesetzt und anschließend entmachtet. Während mehrere europäische Länder ihre Bürger aus Niger evakuieren, zeigt die US-Regierung unter Biden die Absicht, im Land zu bleiben.

Sie betrachtet Niger als den letzten und besten Vorposten der USA in der Sahel-Zone als einer, nach US-Ansicht, instabilen Region südlich der Sahara.

USA bleibt wegen „Terrorbekämpfung“ im Land

Das US-Personal, darunter auch die [409th Air Expeditionary Group](#) verbleibt als US-Außenposten in „altbewährter Strategie der Terrorbekämpfung“ in Niger. Dazu gehört auch der zentral in Niger gelegene Stützpunkt 201 der US Air Force in Agadez.

Während einige europäische Regierungen in dieser Woche ihre Botschaften geschlossen haben und Bürger ihrer Länder mit Sonderflügen evakuierten, weil antiwestliche Proteste nach dem Putsch ausbrachen, schickten die US-Diplomaten in dieser Woche zwar nicht erforderliche Mitarbeiter und einige Familienangehörige nach Hause, blieben ansonsten aber vor Ort, berichtete die Agentur AP.

Während der Militärputsch nun die zweite Woche andauert, weigern sich US-Beamte beharrlich, diesen offiziell einen Staatsstreich zu nennen, und erklären, dass sie die Hoffnung auf eine Rückkehr zu einer zivilen Regierung beibehalten wollen.

Die entschlossene Haltung der USA in Niger steht im Gegensatz zu ihrer Reaktion auf andere internationale Krisen und bewaffnete Konflikte der letzten Zeit. Als im nahe gelegenen Sudan im April Kämpfe zwischen zwei rivalisierenden Generälen ausbrachen, gehörten damals US-amerikanische Diplomaten und Sicherheitskräfte zu den ersten Ausländern, die ihre Tätigkeit im Sudan einstellten und ausgeflogen wurden.

Die zunehmende Hinwendung vieler afrikanischer Staaten in Richtung Russland und der BRICS-Staatengruppe, gepaart mit der damit verbundenen realen Gefahr für den Dollar und damit der US-Vormachtstellung, sind wohl ebenfalls am verzweifelten „Klammern“ der USA in Afrika, beteiligt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) IPCC-Chef Jim Skea: Welt wird beim Verfehlen des 1,5-Grad-Ziels nicht untergehen!

05. 08. 2023



Der neue IPCC-Chef Jim Skea

Mit solchen Aussagen lässt der neue IPCC-Chef Jim Skea, aufhorchen! Solche moderaten Töne ist man von dieser auf Weltuntergangsszenarien spezialisierte UNO-Organisation IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) nicht gewöhnt! Stattdessen erklärt er:

Wenn man nur „ständig die Botschaft aussendet, dass wir alle dem Untergang geweiht sind, dann lähmt das die Menschen und hält sie davon ab, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um mit dem Klimawandel fertig zu werden“ und weiter

„Engagiert euch! Sitzt nicht auf dem Sofa und schaut den Debatten über den Klimawandel zu. Jeder einzelne kann etwas tun!“.

Dabei spricht er konkrete Akteure an, wie z.B.: Stadtplaner, Landwirte oder Unternehmen!

Seite E 47 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Die Beherrschung des „Klimawandels“ ist für ihn offenbar eine eher lokale Aufgabe, sind ja die Auswirkungen des Klimawandels auch eher lokal. Die sonst mantraartige Aussage, dass der Klimawandel menschengemacht sei, wird in seinen ersten Aussagen zumindest nicht betont. Sofern es einen Klimawandel gibt und den gibt es eigentlich immer, kann man Jim Skea da eigentlich gar nicht widersprechen: natürlich müssen wir alle mit klimatischen Veränderungen, soweit sie stattfinden, umgehen lernen!

Jim Skea weicht auch erfrischend von anderen Dogmen der Klimahysteriker ab. Z.B. sagte er:

„Kein Wissenschaftler kann den Menschen vorschreiben, wie sie leben oder was sie essen sollen“.

Das ist schon starker Tobak, wenn man bedenkt, dass die Klimahysteriker die ganze Menschheit auf vegane Kost, zumindest jedoch auf vegetarische Ernährung umstellen wollen und die Menschen aus ihren Einfamilienhäusern vertreiben und in irgendwelche Wohnsilos pferchen wollen.

Weltuntergang abgesagt?

Bei den bekannten Klimafanatikern wie z.B. den Aktivisten der „letzten Generation“ sind diese Töne noch nicht gehört worden. Wahrscheinlich sind diese Leute noch dabei, sich die Augen zu reiben und die Ohren zu putzen, da sie wahrscheinlich gar nicht begreifen, was da vor sich geht! Wie muss es sich für diese Dummköpfe anfühlen, wenn der oberste Klimapapst plötzlich den Weltuntergang absagt?

Klimaschwindel Schuss ins eigene Knie?

Man muss sich wirklich fragen, was da vor sich geht: Haben die Hauptbetreiber des Klimaschwindels (siehe klimaschwindel.net), nämlich die Verwalter der gigantischen Kapitalsammelbecken wie z.B. Black Rock und andere, die sich in einer gemeinsamen Organisation mit dem Namen „Climate Action 100 plus“ zusammengefunden haben erkannt, dass sie sich mit dem Klimaschwindel ins eigene Knie schießen? Diese Organisation repräsentiert ein Anlagekapital von 68 Billionen (68 000 Milliarden) Dollar. Mit von der Partie sind natürlich auch jene, die vom Ölgeschäft profitieren! Ein Hauptmotiv für diese Akteure dürfte gewesen sein, dass man gehofft hatte, mit dem Kampf gegen das CO₂ eine Art „Vierte Industrielle Revolution“ auf Schiene zu bringen.

Gut möglich, dass sich da eine gewisse Ernüchterung breit gemacht hat. Da passt es auch, dass Jim Skea „Professor für nachhaltige Energie“ am „Imperial College London“ ist und nicht irgendein Klimatologe. Man kann davon ausgehen, dass dieser Mann weiß, was man mit alternativen Energien ausrichten kann und was nicht. Somit ist zu hoffen, dass Jim Skea in diese Debatte auch mehr Realismus einbringen wird!

Könnte es sein, dass der derzeitige Krieg des kollektiven Westens gegen Russland bei diesem Paradigmenwechsel auch eine Rolle gespielt hat? Jedenfalls kommt es da ungelegen, wenn sich die westliche Staatengemeinschaft durch eine fehlgeleitete Energiewende selbst kastriert!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Plötzliche Warnung vor E-Auto-Transporten nach Frachter-Brand

05. 08. 2023



Bild: Herman IJsseling Credit: dpa

Der Fahrzeug-Transporter „Fremantle Highway“, der im niederländischen Wattenmeer in Brand geraten war, hatte als Ursache höchstwahrscheinlich in Brand geratene Elektroautos, die er zu transportieren hatte.

Nun fordert erstaunlicher Weise die Bremer SPD, solche Fahrzeuge zum Gefahrgut zu erklären.

Kanzlerpartei in „Auflehnung gegen Ampel-Strategie“?

Nach dem [Brand der „Fremantle Highway“](#) fordert nun die SPD in Bremen das Bundesministerium für Digitales und Verkehr auf, E-Autos zum Gefahrgut zu erklären. Das Schiff, das sich von Bremerhaven aus auf den Weg nach Port Said in Ägypten machte, geriet im niederländischen Wattenmeer in Brand.

Seine Fracht bestand aus 3.800 Fahrzeugen, unter denen sich nach ersten Angaben nur gut zwei Dutzend, nach späteren Angaben aber mehr als 500 Elektrofahrzeuge befanden.

In dem Schreiben an den Bundesverkehrsminister wird daran erinnert, dass Bremerhaven allein jährlich etwa 1,7 Millionen Fahrzeuge und insgesamt mehr als 1.000 Autotransporter abfertigt. „Damit sind wir Europas zweitgrößter Autoumschlaghafen.“

Die „Fremantle Highway“ sei nicht das erste Schiff, das durch einen Brand von Elektrofahrzeugen eine schwere Havarie erlitten habe.

Auch hierbei kein „Einzelfall“

„Anfang 2022 sank etwa die mit 4.000 Fahrzeugen beladene „Felicity Ace“ vor den Azoren, nachdem ein Brand an Bord für eine Woche loderte und nicht rechtzeitig gelöscht werden

konnte. Die Gemeinsamkeit der beiden Unglücke besteht in der Tatsache, dass beide Frachter neben Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor eben auch Elektroautos geladen hatten und ein Entzünden dieser Fahrzeuge offenbar ursächlich für die Brände gewesen ist.“

Die auf solchen Schiffen vorhandenen Löschanlagen nutzen üblicherweise CO₂, um einen eventuellen Brand zu ersticken. Bei einem Brand von Lithium-Ionen-Batterien sei dies aber nutzlos, da dabei Sauerstoff freigesetzt werde. Die augenblicklichen Sicherheitsstandards würden für solche Brände gar keine Vorkehrungen treffen. Elektrofahrzeuge müssten als Gefahrgut klassifiziert und entsprechend gemeldet werden.

Das Bundesverkehrsministerium müsse sich an die Internationale Seeschiffahrts-Organisation IMO wenden, um die entsprechenden internationalen Abkommen in diesem Sinne zu ändern.

„Sollten die Sicherheitsvorkehrungen der Seeschifffahrt nicht zeitnah überarbeitet werden, ist es im Übrigen auch nicht auszuschließen, dass sich ein solches schweres Unglück auch direkt in einem Hafen ereignet“, warnt die Bremer SPD.

„Gefahrgut“ als Klimaschutz-Alternative angepriesen

Brände von Elektrofahrzeugen sind deutlich schwerer zu löschen als Fahrzeuge mit konventionellem Antrieb. Das ist eine Tatsache, auf die nicht nur in der Schifffahrt, sondern auch in Tiefgaragen oder bei der Feuerwehr erst reagiert werden muss.

Bereits 2021 war dieses Problem durch eine ganze Reihe von Bränden – unter anderem in Bus-Depots – schon einmal durch die medialen Schlagzeilen gegangen. Die notwendigen Konsequenzen wurden bis heute allerdings nicht gezogen.

Resümierend muss wohl gesagt werden, dass es sich wie ein roter Faden durch die Grünpolitik der Ampel zieht, Optionen als klimafreundlich und nachhaltig zu propagieren, die sich am Ende des Tages als das genaue Gegenteil entpuppen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) 70. Jahrestag des Waffenstillstands: Der Koreakrieg war Generalprobe für Dritten Weltkrieg

Von JURY TAWROWSKY

01. 08. 2023



Die beiden Fronten des Kalten Krieges sind gebildet

Von JURY TAWROWSKY | Die Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag des Waffenstillstands im Koreakrieg am 27. und 28. Juli in Pjöngjang und die Anwesenheit von Delegationen aus Russland und China verdeutlichen die strategische Lage im Pazifik auf besondere Weise. Die koreanischen Soldaten, die an der Parade teilnahmen, trugen Gallifet-Armee-Reithosen und Stiefel, aber hinter ihnen bewegten sich Interkontinentalraketen aus eigener Produktion mit atomarer Ladung. Der „Junge Führer“ Kim Jong-un zeigte dem russischen Verteidigungsminister, Sergej Schoigu Langstreckendrohnen und andere Errungenschaften der unabhängigen Militärindustrie seines Landes. Er befehligt eine Armee mit 1.200.000 Bajonetten, die der russischen und chinesischen Armee nur leicht unterlegen ist.

Nordkorea hat nie verschwiegen, dass im Krieg von 1950–1953 drei bis vier Millionen Menschen – ein Zehntel der Einwohner der koreanischen Halbinsel – gestorben sind.



Die Amerikaner warfen 630.000 Tonnen Bomben auf Korea ab - 100.000 mehr als auf Japan und den gesamten Pazifikraum während des Zweiten Weltkriegs. Die USA zerstörten alle Städte, vernichteten Brücken, Bewässerungsanlagen und sogar Reisfelder.



Die Amerikaner warfen 630.000 Tonnen Bomben auf Korea ab – 100.000 mehr als auf Japan und den gesamten Pazifikraum während des Zweiten Weltkriegs. Die USA zerstörten alle Städte, vernichteten Brücken, Bewässerungsanlagen und sogar Reisfelder. Das schreckliche Blutvergießen und die Folgen des Krieges stählten die Führer sowohl in Nord- als auch in Südkorea, worauf harte Regimes die Bevölkerungen viele Jahre lang regierten.

Die Armee von Kim Il Sung, die einen Präventivschlag geführt und zunächst die südkoreanischen Truppen besiegt hatte, erlitt erste Niederlagen, nachdem die Vereinigten Staaten in den Bürgerkrieg eingegriffen hatten und sich an der Grenze zu China festgenagelt wiederfanden. Es drohte die Gefahr, dass die Amerikaner und ihre Verbündeten das ganze Land besetzen würden, weshalb Pjöngjang [Hauptstadt der Demokratischen Volksrepublik Koreas] den Krieg auch einen *Befreiungskrieg* nennt.



Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK).

Quelle: Tschubby, CC BY-SA 3.0

[<creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>](https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/);
via Wikimedia Commons

Seite E 52 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Nachdem Mao Zedong amerikanische Divisionen an den Grenzen seiner nordöstlichen Provinzen vorfand, ließ er keinen Krieg erklären, aber befahl den Kämpfern der „*Volksfreiwilligenarmee*“, den Grenzfluss Yalujiang zu überqueren. In der Volksrepublik China wird diesen Ereignissen offiziell unter der Bezeichnung „*Krieg gegen die amerikanische Aggression mit Hilfe für Korea*“ gedacht.

Mit dem Eintreffen der Chinesen im November 1950 trat der Krieg in eine neue Phase. Die „*chinesischen Freiwilligen*“ waren viel schlechter bewaffnet als die Amerikaner. Aber sie verfügten über einen reichen Erfahrungsschatz aus dem gerade beendeten Bürgerkrieg (1946–1949). Sie wurden von talentierten Generälen unter der Führung von Marschall Peng Dehuai (1898 – 1974) befehligt. Die Chinesen erzielten taktische Erfolge, indem sie den Amerikanern Fallen stellten und ganze Einheiten auslöschten. Die Frontlinie konnte so nach Süden verschoben werden. Doch zur Unterstützung der Amerikaner gesellte sich „*General Frost*“. Chinesen, die nur mit Sommeruniformen bekleidet waren, waren in den schneebedeckten Bergen schutzlos eisiger Kälte ausgesetzt. Aufgrund der Überlegenheit des Feindes an Panzern, Artillerie und Handfeuerwaffen erlitten sie hohe Verluste. Amerikanische Luftherrschaft wirkte sich erschwerend aus und hielt bis zum Erscheinen von MIG-15 Strahlflugzeugen mit sowjetischen und chinesischen Piloten an.

Die UdSSR, welche formell nicht am Krieg teilnahm, ließ ein spezielles 64. Kampffliegerkorps unter dem Kommando des dreifachen Helden der Sowjetunion Iwan Kozhedub (1920 – 1991) aufstellen. Russische Flugzeuge starteten von sowjetischen und chinesischen Flugplätzen aus. Die Piloten galten als Chinesen oder Koreaner und es war ihnen streng verboten, die vom Feind kontrollierten Gebiete zu überfliegen, um nicht gefangen genommen oder getötet zu werden. So entstand der Witz über den chinesischen Piloten Li Si Tsing, der sein Flugzeug nur mit den Füßen steuert, während er mit seinen Händen Schlitzaugen zieht*).

*) Daraus kann ja die NATO für den Krieg in der Ukraine etwas lernen! *Die Redaktion*

Russische Piloten absolvierten etwa 64.000 Kampfeinsätze und führten mehr als 1.800 Luftkämpfe durch. Insgesamt wurden 1.259 feindliche Flugzeuge abgeschossen. In diesem Krieg fielen 315 sowjetische Soldaten, von denen 244 auf dem Soldatenfriedhof der chinesischen Stadt Dalian, neben den Kriegshelden der Verteidigung von Port Arthur im Russisch-Japanischen Krieg von 1904–1905, begraben liegen. Die Gräber sowjetischer Gefallener wurden vor kurzem von der Vorsitzenden des Föderationsrates, Valentina Matwijenko, geehrt.

Die Verluste auf beiden Seiten waren enorm: Nordkorea dürfte 535.000 und Südkorea 587.000 Menschen verloren haben. Truppen, die unter Schirmherrschaft der UNO gebildeten Koalition aus 21 Ländern, worunter der Anteil amerikanischer Soldaten 90 % ausmachte, verloren 150 000 Menschen. Die Gefallenen der chinesischen „*Volksfreiwilligenarmee*“ beliefen sich auf 197.000.

Letztere Verlustzahl wurde im November 2020 in Peking offiziell bekannt gegeben, nachdem der Jahrestag des Kriegseintritts Chinas erstmals umfassend begangen wurde. Zu diesem Zeitpunkt war die Ära der „*Zweckehe*“ zwischen China und USA, die 1979 unter Deng Xiaoping und Jimmy Carter geschlossen worden war, schon zu Ende: Präsident Donald Trump hatte 2018 den Kalten Krieg mit China wiederaufgenommen, Handelssanktionen verhängt, eine Technologieblockade ausgelöst und die Waffenlieferungen nach Taiwan ausgeweitet.

Peking entschloss sich Washington an die Gefahren zu erinnern, die ein direktes Aufeinandertreffen mit sich brächte. Immerhin war der Koreakrieg schon der zweite chinesisch-amerikanische Zusammenprall, nachdem die USA schon am Boxerkrieg (1899 – 1901) der damals „*Vereinigten acht Staaten*“ aktiv beteiligt waren.

Militärmuseen, die in all den Jahren der Entspannung mit Amerika unter Renovierung standen, wurden in den Grenzgebieten zur DVRK wiedereröffnet. Das ganze Land verfolgte Fernsehberichte von der Überführung sterblicher Überreste chinesischer Kämpfer, die als „*Märtyrer*“ bezeichnet wurden, mit Transportflugzeugen aus Südkorea. Diese Spezialflugzeuge wurden von modernsten Kampffjets eskortiert. Das letzte Geleit bewegte sich von den Flugplätzen zu den finalen Ruhestätten unter den entrollten Kriegsflaggen auf gepanzerten Mannschaftstransportern.

Höhepunkt der Trauerfeierlichkeiten bildete ein Akt in Peking unter Leitung von Xi Jinping: Als Oberbefehlshaber der Streitkräfte und Generalsekretär der Kommunistischen Partei rief er dazu auf, in der neuen Ära unter dem großen Wiedererstarke der chinesischen Nation an den großen Geist des Widerstandes gegen Aggressionen anzuknüpfen.

Wladimir Putins Gruß an den koreanischen Führer Kim Jong-un bezog sich auf den 70. Jahrestag des Sieges des koreanischen Volkes im *Vaterländischen Befreiungskrieg* 1950–1953. Dieser Krieg, der auf der ganzen Welt als *Koreakrieg* bekannt ist, begann nicht zufällig, kurz nachdem der sowjetisch-chinesische Vertrag über Freundschaft, Bündnis und gegenseitigen Beistand am 14. Februar 1950 in Moskau unterzeichnet worden war. Nach der Gründung des NATO-Militärblocks am 4. April 1949 spaltete sich die Welt endgültig in zwei Lager, die sich im Kalten Krieg gegenüberstanden. Die Gründung der Warschauer-Pakt-Organisation lag noch einige Jahre in der Zukunft, aber das sozialistische Lager in Osteuropa war bereits Realität. Nach dem erfolgreichen Test der ersten Atombombe durch die UdSSR am 29. August 1949 hatte der Westen einen wichtigen strategischen Vorteil gegenüber dem Osten verloren und die Kräfte waren wieder ausgeglichen.

Der Koreakrieg war der erste direkte Zusammenstoß zwischen Ost und West auf dem Schlachtfeld nach dem 2. Weltkrieg. Dieser Krieg kann auch als Generalprobe für den Dritten Weltkrieg angesehen werden.



Es ist keine Übertreibung zu sagen, dass der sowjetisch-chinesische Vertrag 1950 den frontalen Zusammenprall beider Globalsysteme verhinderte. Stalin betrachtete die VR China als wichtigsten strategischen Verbündeten der UdSSR in einem möglichen Weltkrieg.



Es ist keine Übertreibung zu sagen, dass der sowjetisch-chinesische Vertrag 1950 den frontalen Zusammenprall beider Globalsysteme verhinderte. Stalin betrachtete die VR China als den wichtigsten strategischen Verbündeten der UdSSR in einem möglichen Weltkrieg.

Mao Zedong hoffte, durch ein Bündnis mit Stalin einen möglichen Gegenangriff mit amerikanischer Unterstützung aus Taiwan abwehren und das durch den Krieg gegen Japan

und auch Chiang Kai-shek (1887 – 1975) geschwächte Land stärken zu können. Der Wunsch, die erfolgreichen sowjetischen Erfahrungen beim Wiederaufbau nach dem Krieg zu nutzen und umfassende Hilfe vom „großen Bruder“ zu beziehen, war verständlich. Beide Strategien entsprachen den nationalen Interessen beider Länder, ergänzten sich und wurden weitgehend verwirklicht. Durch seine aufopferungsvolle Teilnahme am Koreakrieg bestätigte die VR China die Bereitschaft, ihren Verpflichtungen als Verbündeter nachzukommen und im Falle eines globalen Zusammenstoßes zwischen den Lagern des Sozialismus und des Kapitalismus eine „zweite Front“ zu errichten.

Der neue Kalte Krieg verschärft sich vor unseren Augen, nachdem er einige Jahrzehnte geruht hatte. Nachdem der Zusammenbruch der Sowjetunion betrieben war, hoffte der Westen, Russland über ihr liberal-kapitalistisches Entwicklungsmodell in einen gehorsamen Verbündeten verwandeln zu können. Nach Scheitern seiner Bemühungen, entfesselte der Westen eine Reihe von „Farbrevolutionen“ an den russischen Grenzen, wovon eine den russischen Präventivschlag bzw. die spezielle Militäroperation auslöste. Die Strategie einer Einbindung Chinas in das westliche Lager in der Hoffnung, die sozialistische Komponente zu verdrängen und eine Abkehr von der Kommunistischen Partei zu erreichen, scheiterte ebenfalls.

Nun haben sich tatsächlich zwei Fronten des Kalten Krieges gebildet. An der Westfront stehen die NATO-Truppen an den russischen Grenzen von Finnland bis zur Türkei und kämpfen, notdürftig getarnt, an der ukrainischen Front. An der Fernostfront wird das derzeitige System bilateraler Militärabkommen verstärkt und es werden neue Blöcke gebildet, um China einzudämmen. Die Aufrüstung Taiwans und der Druck auf das separatistische Regime in Taipeh, sich von China abzuspalten, sollen Peking zu einem Präventivschlag provozieren. Wie im Koreakrieg hofft Washington auf Bildung einer internationalen Koalition zur Bekämpfung von China.



Eine natürliche Reaktion auf die Schaffung der West- und Ostfront des Kalten Krieges ist die "Gefechtsabstimmung" zwischen Russland und China. Die diesbezüglichen strategische Konturen wurden in den Gesprächen zwischen Wladimir Putin und Xi Jinping im März umrissen.



Eine natürliche Reaktion auf die Schaffung der West- und Ostfront des Kalten Krieges ist die „Gefechtsabstimmung“ zwischen Russland und China. Die diesbezüglichen strategische Konturen wurden in den Gesprächen zwischen Wladimir Putin und Xi Jinping im März 2023 umrissen.

Die DVRK könnte in besagter „Gefechtsabstimmung“ eine beträchtliche Reserve darstellen. Sie ist auch ein Objekt der Abschreckung, um am Rande eines Krieges ein Gleichgewicht zu liefern. Die Rolle der DVRK bei der Konfrontation mit dem Westen wurde in der Begrüßung von Wladimir Putin erwähnt: „Die entschlossene Unterstützung der militärischen Sonderoperation in der Ukraine durch die DVRK und die Solidarität mit Russland in wichtigen internationalen Fragen unterstreichen unser gemeinsames Interesse und unsere Entschlossenheit, der Politik des kollektiven Westens entgegenzutreten“.

Seite E 55 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Kim Jong-un sprach bei seinen Treffen mit russischen Verteidigungsminister, Sergej Schoigu und dem Leiter der chinesischen Delegation, Li Hongzhong, Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, über die Unannehmbarkeit der Politik des Westens. Die Bereitschaft, eine „Gefechtskoordination“ mit Moskau und Peking zu etablieren, wurde durch Demonstration neuester Waffen unterstrichen.

Die Tradition des gemeinsamen Widerstandes von Moskau, Peking und Pjöngjang gegen das aggressive Vorgehen der USA und ihrer Verbündeten wurde wiederbelebt!

Übersetzung aus dem Russischen: UNSER MITTELEUROPA

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Dr. Norbert van Handel – „Die Zeit ist aus den Fugen...“

01. 08. 2023



... lässt Shakespeare seinen Hamlet sagen, der Held soll handeln und kommt dem Wahnsinn immer näher – eine politische Situation unserer Zeit.

1. Kaum ein Sittenbild passt besser zu unserer Gesellschaft: Jahrhunderte lang war die Familie die Keimzelle des Staates. Seit 1968 ist es gelungen diese zu zerstören. Frauen hat man unerbittlich in den Beruf getrieben, Männer hat man politisch kastriert, die Großfamilie wurde zerstört. Gleichzeitig will man die Kinder bereits ab zwei oder drei Jahren der Mutter wegnehmen und, was die Alten betrifft, hat man einen Pflegenotstand geschaffen, der früher nicht gegeben war, als Angehörige der Familien selbstverständlich ihre Alten pflegten. Nein, wir sind überhaupt nicht gegen Frauen im Beruf und selbstverständlich mit gleichem Lohn, jedoch in einer Art und Weise, die die Rolle als Frau und Mutter nicht zerstört.

2. Leider haben auch die christlichen Kirchen dazu beigetragen, dass Religion zum folkloristischen Element verkam: Taufe, Hochzeit, allenfalls noch Firmung und dann Begräbnis. Die substanziellen Werte des Christentums gibt es anscheinend nicht mehr oder wollen die Menschen nicht verstehen. Kirchen werden zu Bühnen schlechter Schauspieler und teilweise obskurer Veranstaltungen...

3. Unsere Nachkriegsgeneration freute sich nach dem zweiten Weltkrieg das Land wieder aufzubauen mit einer Leistungsbereitschaft, die heute nicht mehr vorstellbar ist. Heute ist Leistung pfui und die „Balance zwischen Freizeit und Beruf“ Trumpf. Diejenigen, die wirklich etwas bewegen wollen, stoßen auf eine Mauer von Bürokratie in den Universitäten, aber vor allem auch dann, wenn sie ihre eigenen Geschäfte und Unternehmen aufbauen wollen.

Wie dann der Staat aus der Krise kommen soll ist schleierhaft

4. Für uns „alte weise Männer“ war es selbstverständlich den Dienst für das Land zu leisten. Ob den Wehrdienst oder auch den Zivildienst. Warum nicht auch Frauen für eine Zeit für den Staat tätig sein sollen, weiß niemand.

5. Klimahysterie

Ja, sicher gibt es einen Klimawandel, wie es ihn seit Jahrtausenden gegeben hat. Inwieweit dieser menschengemacht ist, wissen wir nicht. Aber jedenfalls vermuten wir, dass dies nur zu sehr kleinen Teilen der Fall sein kann, falls überhaupt. In vielen europäischen Ländern ist das Klima völlig normal: heiße Sommer am Tag, Gewitter und Regen in der Nacht. Aber ja, natürlich ist es schrecklich, wie in den südlichen Ländern die Trockenheit groß und die Brände zahlreich sind. Niemand spricht aber davon, dass mehr als 50 Prozent der Brände, wie die Feuerwehren etwa in Italien und Griechenland berichten, von Menschen selbst gemacht werden. Entweder weil angezündet wird oder weil Zigaretten weggeworfen werden etc. Wir begrüßen alle Maßnahmen für den Umweltschutz, vor allem auch auf den Meeren, wo relativ wenig passiert, denn wenn Plastikinseln von der Größe Deutschlands im Pazifik schwimmen, wäre es doch wohl nicht so schwierig, bei den heutigen technischen Möglichkeiten, diese aufzusammeln und zu verwerten.

6. Immigration

Diese war noch nie so groß wie heute, jedenfalls wesentlich größer als die unselige Frau Merkel 2015 ihre Willkommenskultur ausrief. In Deutschland sollen nach offiziellen Meldungen nur noch knapp mehr als 50 Prozent der Bevölkerung Deutsche sein, die übrigen sind Immigranten und Ausländer. Nein, wir sind überhaupt nicht ausländerfeindlich, im Gegenteil, jedoch sind Immigranten aus Ländern, in denen Gewalt selbstverständlich ist, in denen der Koran zu einem politischen Instrument mutiert ist, mit Sicherheit nicht jener Bevölkerungszuwachs den wir brauchen. Weder wollen wir in jedem Ort Moscheen oder gar plärrende Muezzine, noch wollen wir eine Scharia als Ersatzgesetz, wie es in einigen europäischen Ländern bereits toleriert wird. Wir bleiben daher bei unserem Vorschlag, dass, wenn man schon Asylanten nicht abweisen kann, man diese zumindest in Camps bringen sollte, wo sukzessive entschieden werden muss, ob eine Einwanderung bzw. eine Integration in das Land möglich ist oder nicht.

Ja, durchaus auch, ob einzelne jene beruflichen Qualifikationen, die die Wirtschaft benötigt, mitbringen oder nicht. Ansonsten muss die Rückführung dramatisch verstärkt werden, wobei die Asylanten und Immigranten selbstverständlich schon aus menschenrechtlichen Gründen mit Nahrung und medizinischer Betreuung versorgt werden sollten. Natürlich sind die Flüchtlingscamps zu bewachen, um zu vermeiden, dass heimlich nicht erwünschte Personen in das Staatsgebiet einreisen.

7. Kultur ist wichtig, weil sie intellektuell jene Basis darstellt, die gesellschaftspolitische Probleme begreift und möglicherweise in die Zukunft führt.

Allerdings müssen wir feststellen, dass Österreich, das einmal Großmacht der Kultur war, diese Position sukzessive verliert. Wenn etwa bei den Salzburger Festspielen vom ORF der Begriff „Jedermann und Jederfrau“ verwendet wird, so lässt dies Fürchterliches ahnen. Schon die heurige Inszenierung des Jedermanns war mehr oder minder eine Katastrophe.

Hugo von Hoffmannsthals Werk ist jene Basis, auf der getreu der Inszenierungsvorstellungen seines Gründers das Werk, zu dem Tausende kommen, gespielt werden muss. Was heuer passiert ist, ist einfach ein Skandal, was dadurch bewiesen wird, dass das linksgrüne Feuilleton es mit Freude zur Kenntnis nimmt. Noch viel ärger sind aber kulturelle Exzesse in Avignon, wo von einer schwarzen Frau ein Stück mit aufgespießten weißen Babys gezeigt wird. Von „Babyfickern“ (ich entschuldige mich für das Wort) zum „Babymord“!!

[unser-mittleuropa.com/nach-babyficken-jetzt-aufgespiesste-weisse-babysals-performance-kunst/](https://www.unser-mittleuropa.com/nach-babyficken-jetzt-aufgespiesste-weisse-babysals-performance-kunst/)

Wir haben leider wenig Kritik dazu gehört.

8. Zur Europäischen Union:

sie degeneriert zunehmend mehr zu einem traurigen Verein, der nichts zuwege bringt, aber alle Länder in Geiselnhaft nehmen will, weil eine jämmerliche Kommission ihre Mitgliedsländer dazu bringen will, permanent Waffen in die Ukraine zu liefern. Die Ukraine, die eigentlich ein Kunststaat ist, deren bedauernswerte Bevölkerung von einem Präsidenten geführt wird, dessen komödiantische Leistungen bewundernswert sind, wird immer mehr in den Abgrund getrieben. Der Krieg ist schrecklich aber verständlich, da Putin trotz aller seiner Bemühungen vom Westen konsequent betrogen wurde. Statt alles zu tun, um Frieden zu schaffen, werden permanent Waffen geliefert. Dies unter dem Diktat der USA, die, wie immer in Sicherheit und tausende Kilometer entfernt, versucht ihr Supremat über die Welt zu stärken.

Und die westlichen Führer der einzelnen Länder stimmen zu, ohne Kenntnis der Geschichte, ohne Visionen für die Zukunft und vor allem ohne zu verstehen, wie sie ihren einzelnen Ländern schaden. Nun, alles in allem ein schauderhaftes Bild, jedoch zeigen sich am Horizont Lichtstreifen, wenn man sieht wie in Österreich aber auch jetzt in Deutschland Parteien immer stärker werden, deren Mitglieder wissen oder zumindest fühlen, dass es so nicht weitergehen wird. Möglicherweise wird unsere christlich-abendländische Kultur verschwinden. Vielleicht aber, und das ist unsere große Hoffnung, werden wir knapp davor doch das Ruder herumreißen können und unsere Werte retten und in eine neue Zukunft bringen. Wir wollen dafür kämpfen!

Dr. Norbert van Handel

01.08.2023, Steinerkirchen a.d. Traun

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

- Keine Berichte -



Telldenkmal mit Bronzestatue von Richard Kissling und Hintergrundbild von Hans Sandreuter in Altdorf (Kanton Uri, Schweiz) · Foto: Χρυσια / Wikimedia CC 3.0

Im Internet mitgehört und mitgeschrieben von Wilhelm Tell

01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 31.08.2023

Australien. Normalerweise protestieren die Mitglieder der australischen Gewerkschaften auf der Straße für höhere Löhne. Nicht diesmal. Die Stadt Brisbane war jüngst für kurze Zeit im Ausnahmezustand, als Hunderte von Gewerkschaftern lautstark gegen ihre eigenen Kumpel demonstrierten: Gegen die australische Laborpartei, die aus der Gewerkschaftsbewegung entstanden ist. Sie hielt ihre Jahresversammlung ab. Es gab viel Eigenlob, ein gutes Jahr nach der Übernahme der Macht von den Konservativen. Doch nicht allen Delegierten war zum Feiern zumute. Der von Labor-Premierminister Anthony Albanese (60) geplante Kauf von acht amerikanischen U-Booten trieb vor allem die Mitglieder links gerichteter Gewerkschaften auf die Barrikaden. Es ist die höchste Verteidigungsausgabe aller Zeiten für Australien. Ob dies der beste Weg sei, um das nationale Interesse zu garantieren – mit **Kosten von gegen 210 Milliarden Franken**, fragte rhetorisch der Gewerkschafter Michael Wright im Fernsehen. Die Anschaffung ist das Herz eines **Sicherheitspaktes für den indopazifischen Raum** zwischen den Vereinigten Staaten, Grossbritannien und Australien – abgekürzt Aukus, nach den Anfangsbuchstaben der Länder. Nebst dem Kauf von U-Booten umfasst der Pakt die Zusammenarbeit in anderen Bereichen, etwa der Cyber-Kriegsführung, gegen China. SRF.ch

Belarus. Polen, Litauen, Lettland und Estland haben den sofortigen Abzug russischer Wagner-Söldner aus Belarus verlangt und Schließung der Grenzen. SRF.ch

Auch in **Belgien** besteht Pflichtmitgliedschaft in einer der Krankenkassen. Folgende Krankenkassen sind frei wählbar: Christliche Krankenkasse, Liberale Krankenkasse, Freie Krankenkasse, Neutrale Krankenkasse, Sozialistische Krankenkasse. VRT.be

Dänemark: Im skandinavischen Königreich sind grundsätzlich alle von der öffentlichen dänischen Krankenversicherung geschützt. Das System ist stark zentralisiert. Es gibt nur eine **einzigste, staatliche Krankenkasse**. Finanziert werden die Leistungen über die Einkommenssteuer. Dänemark setzt insbesondere auf sogenannte Superkranken Häuser und die Digitalisierung des Gesundheitswesens. SRF.ch

BR Deutschland. Aus Sicht des Digitalverbands Bitkom kommt die Digitalisierung weiter nur langsam voran. Die Ampel-Koalition habe zur Halbzeit der Wahlperiode nur elf Prozent ihrer Ziele erreicht, erklärte der Verband in einer Bilanz. Bei der Digitalisierung in den Schulen hinken Deutschland Ländern wie Dänemark 20 Jahre hinterher, sagte Bitkom-Präsident Wintergerst. Auch die **Digitalisierung der Verwaltung** komme nicht voran. Anders als geplant, sei es immer noch nicht möglich, alle Behördengänge online zu erledigen. Fortschritte sieht der Verband beim Ausbau des Internet- und Mobilfunknetzes und im Gesundheitswesen.

- Der Lyriker Bert Papenfuß ist im Alter von 67 Jahren gestorben. Das hat seine Familie in Berlin bestätigt. Papenfuß stammte aus Stavenhagen in Mecklenburg-Vorpommern. 1996 war er Stadtschreiber in Rheinsberg, 1998 erhielt er in Österreich den Erich-Fried-Preis. In Berlin gehörte Papenfuß zur sogenannten Prenzlauer-Berg-Szene und war zeitweise Betreiber bekannter Literaturtreffs.

- Die Berliner Staatsanwaltschaft stellt die Ermittlungen gegen Rammstein-Sänger **Till Lindemann** (60) ein. Das hat die Behörde der „Berliner Zeitung“ bestätigt. Gegen den Frontmann der Band war wegen Vorwürfen aus dem Bereich der Sexualdelikte und der Abgabe von Betäubungsmitteln ermittelt worden. Mehrere Frauen hatten Lindemann beschuldigt, sich nach Konzerten übergriffig verhalten zu haben. Es gab allerdings keine einzige Anzeige von möglicherweise betroffenen Frauen.

- Bezieher von **Bürgergeld** sollen im kommenden Jahr höhere Leistungen erhalten. Das hat Bundessozialminister Heil mitgeteilt. Der Satz für Alleinstehende soll Anfang kommenden Jahres von 502 auf 563 Euro im Monat steigen. Das Bürgergeld war im Januar dieses Jahres an die Stelle des bisherigen Arbeitslosengeld II getreten.

- Für Beschäftigte in der Altenpflege soll es in Zukunft bis zu 14 Prozent mehr Geld geben. Die Pflegekommission hat sich auf eine entsprechende **Erhöhung des Mindestlohns** geeinigt. Betroffen davon sind etwa 1,3 Millionen Beschäftigte. Der Mindestlohn in diesem Bereich soll demnach in zwei Stufen steigen, zunächst im kommenden Jahr, dann im darauffolgenden Jahr. Die Höhe hängt von der jeweiligen Ausbildung ab. Pflegehilfskräfte bekommen am Ende 16 Euro 10 pro Stunde, qualifizierte Pflegehilfskräfte 17 Euro 35 und voll ausgebildete Pflegefachkräfte 20 Euro 50. RBB.de
- Es gilt eine gesetzliche Krankenversicherung, die von rund 100 Kassen betrieben wird. Diese sind als öffentlich-rechtliche Körperschaften organisiert und konkurrieren miteinander. Die meisten Versicherten können ihre Kasse frei wählen. Abgesehen von Bundeszuschüssen, basierend auf Steuern und sonstigen Einnahmen, finanziert sich das System durch Beiträge, die jeweils zur Hälfte durch die Arbeitnehmer und zur Hälfte durch die Arbeitgeber finanziert wird. SRF.ch

England. Wegen „technischer Probleme“ bei der britischen Luftraumüberwachung sind Hunderte Flüge abgesagt worden. Wie die BBC gestern unter Berufung auf das Luftfahrtanalyseunternehmen Cirium berichtete, wurden gut 270 Landungen und mehr als 230 Starts gestrichen. BBC.uk

EU muss 2030 fit für **neue Mitglieder** sein. EU-Ratspräsident Charles Michel will die Europäische Union bis zum Jahr 2030 fit für die Aufnahme neuer Mitgliedsländer machen. Zu den Beitrittskandidaten zählen die Ukraine und das kleine Nachbarland Moldowa. Die EU-Staaten hatten ihnen im russischen Angriffskrieg vor gut einem Jahr den Kandidatenstatus verliehen. Bereits deutlich länger harren fünf Westbalkan-Staaten im Wartesaal der EU aus. Dabei handelt es sich um Albanien, Bosnien-Herzegowina, Nordmakedonien, Montenegro und Serbien. ORF.at

Frankreich gibt Millionen aus, um überschüssigen Wein zu vernichten. Die Franzosen trinken weniger Wein, was unter anderem auf die hohen Getränke- und Lebensmittelpreise zurückzuführen ist. Die Winzer produzierten dieses Jahr mehr Wein, konnten ihre Flaschen aber nicht verkaufen. NOS.nl

- Rund hundert Kilometer östlich von Paris ist bei Ausgrabungen eine **Siedlung aus der Steinzeit entdeckt** worden. Die Siedlung in der Region Marais de Saint-Gond bei Epernay stamme aus der Zeit zwischen 3500 und 3000 vor Christus, sagte Ausgrabungsleiter Remi Martineau. ORF.at

- Frankreich: Auch bei unserem westlichen Nachbarn baut das Gesundheitssystem auf einer **obligatorischen Krankenversicherung** auf. Es gibt allerdings verschiedene Krankenkassen für Angestellte, Landwirte, Selbstständig erwerbende oder beispielsweise Beamte. Das System wird aus Steuern, Sozialabgaben und Beiträgen finanziert. Letztere sind abhängig vom Einkommen (ohne Obergrenze) und werden staatlich festgelegt. Die Beiträge werden aktuell im Wesentlichen von den Arbeitgebern getragen. SRF.ch

Großbritannien. Wegen Quecksilber. Großbritanniens giftige Leuchttürme werden saniert. Auf schroffen Klippen stehen sie für Orientierung: Leuchttürme weisen Seefahrern seit Jahrhunderten den Weg. Allein entlang den Küsten der britischen Inseln stehen heute noch gut 250 funktionierende Türme. Gerade bei Sturm und Regen sind Leuchttürme auch heute noch eine wichtige Navigationshilfe. Der Lichtstrahl jenes Turms von South Foreland ist selbst noch in einer Entfernung von 30 Kilometern zu sehen. Zuerst auf dem Leuchtturm im Glashaus steht ein monumentales Karussell aus Linsen. Dahinter eine 100 Watt-Glühbirne. Hunderte von Prismen bündeln deren Licht zum markanten Strahl. 3,5 Tonnen wiegt die Konstruktion, die pro Minute vier Mal um sich selbst rotiert. Damit dies reibungsfrei und stabil funktioniert, schwimmt das Karussell auf flüssigem Metall – einem Bad aus gut **30 Kilo Quecksilber**. SRF.ch

Guatemalas Wahlbehörde hat den Sieg des linken Kandidaten Bernardo Arévalo (64) bei der Präsidentenwahl vom 20. August offiziell bestätigt. Der Korruptionsbekämpfer habe die Stichwahl mit 60,91 Prozent der Stimmen gewonnen, teilte das Oberste Wahlgericht am Montag (Ortszeit) mit. Wer Guatemala künftig führt, ist allerdings noch nicht entschieden, da die Partei des Wahlsiegers vor Verkündung des Ergebnisses suspendiert wurde. SRF.ch

Indonesien. Indonesische Reisfelder trocknen aufgrund des Klimawandels aus, was Reis teurer macht. Etwa 70 Prozent Indonesiens leiden aufgrund des Wetterphänomens **El Niño** unter verheerender Dürre. NOS.nl

Italien. Laut Medien sind am Sonntag 4'200 Menschen in Lampedusa angelangt – unter ihnen fast 250 unbegleitete Minderjährige.

- Bei unserem südlichen Nachbarn wurde 1978 ein **staatlicher Gesundheitsdienst** geschaffen. Das System wird hauptsächlich über regionale Steuern finanziert. Lokale öffentlich-rechtliche Akteure sind für die Organisation verantwortlich. Meist stehen nur vorbestimmte Arztpraxen zur Verfügung. Allgemeinmediziner und Kinderärzte sowie Notfälle sind kostenlos. Bei Fachpersonen gibt es einen Selbstbehalt. SRF.ch

Libyen. Inmitten breiter Proteste wegen eines Treffens mit ihrem israelischen Kollegen Eli Cohen in Rom ist die libysche Außenministerin Nadschla al-Mangusch „vorläufig suspendiert“ worden. SRF.ch

Niederlande. Zum 60. Geburtstag. Musik am laufenden Band: Als der Kassettenrekorder den Ton angab. Seinen Siegeszug hatte das **Tonband im Kleinformat** 1963 angetreten. An der Internationalen Funkausstellung in Berlin wurde die erste Audiokassette mit passendem Abspielgerät vorgestellt, entwickelt vom niederländischen Elektrokonzern Philips. Damals eine Sensation. Mit dem Kassettenrekorder konnte man nicht nur Audios abspielen, sondern auch kostengünstig und einfach selbst Tonaufnahmen herstellen. SRF.ch

Nordkorea warnt, dass Spenden von F-16-Jets an Kiew einen **Atomkrieg mit Russland** provozieren. Nordkorea kritisiert „finsternen“ US-Plan für die Ukraine. Der Plan, in den USA hergestellte F-16-Kampfflugzeuge in die Ukraine zu transferieren, bringe die Welt einem Atomkrieg zwischen Washington und Moskau näher, sagte Nordkorea am Montag. „Ihre Entscheidung, sogar **Kämpfer zu liefern**, ist ein friedensfeindlicher Akt, der einen langen Krieg auslöst und den Frieden und die Stabilität in der Region völlig zerstört“, warnte Pjôngjangs Institut für Internationale Studien in einer Erklärung der staatlichen Koreanischen Zentralen Nachrichtenagentur KCNA.

- Nordkorea werde einige seiner **Marineschiffe mit Atomwaffen ausrüsten**, sagte der Führer des Landes und versprach, die Marine zu einem zentralen Bestandteil der nuklearen Abschreckung Pjôngjangs zu machen. Kim Jong-un kündigte den Schritt am Sonntag bei einem Besuch im Hauptquartier der nordkoreanischen Marine an und teilte den Seeleuten mit, dass einige Schiffe bald mit „taktischen Atomwaffen“ ausgerüstet und Teil der „staatlichen Nuklearstreitkräfte“ der DVRK werden würden. Der Schritt erfolgt zu einem Zeitpunkt, an dem Washington, Tokio und Seoul ihre militärischen Beziehungen im asiatisch-pazifischen Raum stärken. VOK.kp

In **Österreich** ist die Krankenversicherung eine **Pflichtversicherung** für Leute mit legalem Einkommen bzw. deren Familie. Jeder unselbständig Beschäftigte ist auch krankenversichert, sofern das Einkommen die Geringfügigkeitsgrenze (2022: 485,85 € pro Monat) überschreitet. Vorgeschrieben ist die Pflichtkrankenversicherung über das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz (ASVG) und in weiteren Sondergesetzen. ORF.at

Russland. Der frühere Moderator von Fox News, Tucker Carlson, habe ein Interview mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin gesucht, sagte RT-Chefredakteurin Margarita Simonyan am Sonntag.

- Der russische Untersuchungsausschuss hat den **Tod von Evgeny Prigoschin**, dem Chef des privaten Militärunternehmens Wagner Group, bei einem Flugzeugabsturz Anfang dieser Woche bestätigt. In einer Erklärung am Sonntag sagte Svetlana Petrenko, die Hauptsprecherin des Ausschusses, dass russische Ermittler DNA-Tests an den Leichen derjenigen durchgeführt hätten, die sich an Bord des Flugzeugs Embraer 135BJ Legacy 600 befanden. Das Flugzeug stürzte am Mittwoch in der Region Twer ab, als es von Moskau nach St. Petersburg flog. „Die Identität aller zehn Verstorbenen wurde festgestellt und sie stimmen mit der Flugliste überein“, sagte Petrenko. RT.ru

- Das britische Ministerium verwies auf Aussagen des russischen Präsidenten Wladimir Putin, der am 4. Februar 2022 – knapp drei Wochen vor Kriegsbeginn – den Sold eines Leutnants mit 81'200 Rubel (800 Euro) im Monat angab. Inzwischen erhielten aber sogar schon mobilisierte Gefreite nach offiziellen Angaben 195'000 Rubel (1'900 Euro). Und viele Unteroffiziere, die in der Ukraine kämpfen, verdienen demnach mehr als 200'000 Rubel (2'000 Euro) monatlich. „Dies ist fast das **Dreifache des russischen Durchschnittslohns** von 72'851 Rubel (700 Euro). RFERL.cz

Saudi-Arabien. Die Intervention im Jemen erhöhte den **Einwanderungsdruck**, sagt ein Experte. Dem begegnen die Saudis mit brutaler Härte. SRF.ch

Schottland. Die **Suche nach Nessie**. Viele Hinweise – aber kein konkretes Ergebnis am Loch Ness. Zwei Tage lang hat eine begeisterte Gruppe in Schottland die sagenumwobene Kreatur gesucht – aber nicht gefunden. SRF.ch

Schweiz. 54 Kilogramm giftige Pilze waren es im Jahr 2022, die in Schweizer Kontrollstellen aus den Körbchen emsiger Pilzsammler aussortiert worden sind. So viele wie noch nie. «Die Leute unterschätzen die Giftigkeit der Pilze», sagt die langjährige Pilzkontrolleurin Neuhäusler. In der Schweiz gibt es rund 200 mehr oder weniger giftige Arten. Das Hauptproblem aber ist das mangelnde Fachwissen unter den Einsteigern. «Sie denken, sie kennen einen Pilz», sagt Neuhäusler, «aber sie kennen seinen Doppelgänger nicht.» Die Unterschiede zwischen den genießbaren und den giftigen Pilzen sind oft sehr klein. Es brauche viel Übung und Erfahrung, um sie sicher zu erkennen, so die Expertin. Hinzu kommt, dass viele Interessierte erste botanische Bestimmungsschritte in der Pflanzenwelt getan hätten. Dort sei es meistens viel einfacher, zu einer eindeutigen Bestimmung zu kommen. Bereits **50 Gramm des unscheinbaren Knollenblätterpilzes können einen Menschen töten.**

- Zehn Jahre «Offcut» Basel. **Besser als jeder Baumarkt:** Im Basler «Offcut» lassen sich Restmaterialien aller Art günstig kaufen und wiederverwenden.

- Der Bund hat die Fristen für **Radon-Sanierungen an Schulen** stark verkürzt. An vielen Orten wird es schwierig, die neuen Fristen einzuhalten. Konsequenzen drohen aber kaum. Die Gefahr kommt aus dem Boden. Sie ist unsichtbar, man riecht sie nicht – aber sie ist giftig: Radon. Ein natürliches, radioaktives Gas, das in hohen Konzentrationen Lungenkrebs befördert. Die hauptsächliche Gefahrenquelle sind letztlich nicht das Radon selbst, sondern seine Zerfallsprodukte, wobei Polonium-Isotope am meisten zur Belastung durch Alphastrahlung beitragen. Radon hat am gesamten Strahlungsaufkommen auf der Erdoberfläche den bei weitem größten Anteil (durchschnittliche effektive Dosis pro Person in Deutschland: etwa 1,1 mSv/Jahr), gefolgt von der direkten terrestrischen Strahlung mit ca. 0,4 mSv/Jahr, der direkten kosmischen Strahlung und den natürlicherweise in der Nahrung vorkommenden radioaktiven Stoffen mit je etwa 0,3 mSv/Jahr. Alle Isotope des Radons sind radioaktiv. Das stabilste Isotop ist ²²²Rn mit einer Halbwertszeit von 3,8 Tagen.

- In Teilen der Schweiz ist es nach starken Regenfällen zu **Hochwasser und Überschwemmungen** gekommen.

- In Luzern wird an der ersten queeren Bibel getüftelt. Ein **Update für die Heilige Schrift.**

- In der Schweiz ist die Grundversicherung obligatorisch. Sie bietet allen Versicherten denselben Leistungsumfang an. Die Krankenkassen müssen die Versicherten auch **alle gleich behandeln** und dürfen niemanden ablehnen. Die Anbieter sind frei wählbar. Die Kassen können jedes Jahr bis Ende November gewechselt werden. Die obligatorische Krankenpflegeversicherung wird über Beiträge der Versicherten (Prämien), Gelder des Bundes und der Kantone (Prämienverbilligung) sowie Kostenbeteiligungen der Versicherten finanziert. Letztere setzen sich aus Selbstbehalt, Spitalbeitrag und Franchise zusammen. SRF.ch

Somalia. Das U.S. Africa Command (AFRICOM) sagte, es habe am Samstag auf Ersuchen der Regierung einen Luftangriff gegen ash-Shabaab in der Nähe von Seiera, etwa 45 km nordwestlich von Kismayo, durchgeführt. „Der kollektive **Luftangriff zur Selbstverteidigung** wurde in den frühen Morgenstunden des 26. August zur Unterstützung der Streitkräfte der somalischen Nationalarmee durchgeführt, die von ash-Shabaab angegriffen wurden“, sagte AFRICOM in einer Erklärung. „In Zusammenarbeit mit der somalischen Nationalarmee ist die erste Einschätzung des U.S. Africa Command, dass der Luftangriff 13 Ash-Shabaab-Kämpfer getötet hat und dass keine Zivilisten verletzt oder getötet wurden“, hieß es weiter. Somalias Armee und alliierte Kämpfer eroberten am Freitag die Stadt El Buur, die wichtigste Hochburg der Ash-Shabaab-Miliz in der Zentralregion des Landes, ein bedeutender Durchbruch im Feldzug. Viele Militäranalysten und an der Kampagne beteiligte Personen sagten jedoch, dass die Versprechen der Regierung, die Gruppe zu eliminieren, unrealistisch seien. Das United States Africa Command ist eines der elf einheitlichen Kombattantenkommandos des US-Verteidigungsministeriums mit Sitz in Kelley Barracks, in Stuttgart. [VOA.us](https://www.voa.com)

Taiwan. Als unabhängiger Kandidat. Nach Foxconn will **Terry Gou 郭台銘** (73) nun ganz Taiwan leiten. Würde er am 13. Januar 2024 gewählt, wolle er das Land auf einen China-freundlichen Kurs bringen. SRF.ch

Ukraine. Der ukrainische Präsident hat schärfere **Maßnahmen gegen die Korruption** im Land angekündigt. Unter anderem will er den Tatbestand der Korruption für die Dauer des Kriegs mit Landesverrat gleichsetzen lassen. Einen entsprechenden Gesetzesvorschlag will er dem Parlament vorlegen. Bisher sehen die Gesetze in der Ukraine bei Korruption Geldstrafen oder eine Haft bis zu vier Jahren vor. Landesverrat wird mit 15 Jahren bis lebenslang bestraft. Eine Verbesserung der Korruptionsbekämpfung ist eine der Bedingungen der Europäischen Kommission für einen möglichen EU-Beitritt der Ukraine. RBB.de

- Entgegen ihrer Darstellung in der westlichen Propaganda seien **ukrainische Truppen keine Supersoldaten**, die ohne ausreichende Waffen unermüdlich weitermachen könnten, warnte der österreichische Oberst Markus Reisner (45). Der Militärexperte, der als Kommandeur der österreichischen Kontingente in Mali und im Kosovo fungierte, argumentierte, dass es unrealistisch sei, an der Front Wunder zu erwarten, während Kiews Unterstützer es versäumen, das Land mit ausreichender Ausrüstung für eine wirksame Offensive auszustatten. In einem Interview mit dem ZDF am Freitag sagte Reisner: „Das Problem ist, dass wir Opfer unserer eigenen Propaganda sind, ich sage es ganz unverblümt.“ Er erklärte: „Wir haben uns zu Beginn des Krieges eingeredet, dass die ukrainischen Soldaten mit den deutschen Granatwerfern in ihren Händen die Russen im Zaum halten würden.“ Reisner stellte fest, dass diese Kräfte seitdem kontinuierlich erschöpft waren und der Westen nur zwischen 50 und 60 % dessen bereitstellte, was die ukrainischen Spitzenkräfte forderten. NDR.de

- Die **USA werden Kiew langfristig militärische Hilfe leisten**, ähnlich wie Washington Israel unterstützt, hat der ukrainische Präsident behauptet. Ein möglicher Führungswechsel im Weißen Haus würde dieses Engagement nicht beeinträchtigen, betonte der ukrainische Staatschef. In einem Interview mit dem Kiewer Fernsehsender 1+1 am Sonntag erläuterte er die Sicherheitsgarantien, die die Ukraine von den USA und ihren Verbündeten verlangt.

- Kiews Streitkräfte haben etwa **zwei Millionen Artilleriegeschosse abgefeuert** und damit die westlichen Vorräte erschöpft, behauptete ein führender außenpolitischer Kommentator. Das Pentagon ist davon überzeugt, dass ukrainische Kommandeure die Verschwendung von Munition vermeiden und ihre Artillerietaktiken ändern müssen, um nur die wichtigsten Ziele zu treffen, behauptete der Kolumnist der Washington Post, David Ignatius. [VOA.us](https://www.voa.com)

Die **UNO** verurteilt die russische Invasion aufs Schärfste. Trotzdem bezogen die Vereinten Nationen von Russland Waren und Dienstleistungen im Wert von rund 250 Millionen Dollar. SRF.ch

USA: Laut OECD-Analyse sind die Vereinigten Staaten an der Spitze – was die Gesundheitsausgaben betrifft. Das System ist größtenteils privatisiert. Obwohl mehrere staatliche Krankenversicherungen zum Beispiel für Senioren existieren, haben die USA **keine allgemeine staatliche Krankenversicherung**. Wegen hoher Kosten und diverser Hürden bei privaten Versicherungen sind Millionen Menschen nicht krankenversichert.

- Anklage in Washington DC. Richterin setzt Termin für Prozess gegen Donald Trump fest. Am 4. März – **mitte in der heißen Phase des Wahlkampfs** – soll der Prozess wegen Wahlbetrugs auf Bundesebene starten.

- «I Have A Dream.» Diese Worte waren im Manuskript eigentlich nicht vorgesehen. Und doch machten genau sie **Martin Luther King** weltberühmt. Sie fielen gegen Ende seiner Rede am 28. August 1963, vor 60 Jahren. Afroamerikanische Bürgerrechtsgruppen, der American Jewish Congress und diverse christliche Gruppierungen hatten zum Marsch nach Washington aufgerufen. Eine Viertelmillion Menschen waren ihnen gefolgt. Es war eine der größten politischen Veranstaltungen der US-Geschichte. Ein paar Monate später reiste der Baptistenpastor nach Oslo, um als damals jüngster Preisträger überhaupt den Friedensnobelpreis entgegenzunehmen. Im Juli 1964 wurde die Rassentrennung in den USA schließlich formal für beendet erklärt. «Für viele Weiße und den damaligen Präsidenten Lyndon B. Johnson war die Sache damit erledigt», nicht so für King. «Wozu dient das Recht, dieselben Restaurants zu betreten wie die Weißen, wenn man sich keine Mahlzeit leisten kann?», fragte er. Der Pastor war fasziniert vom skandinavischen Gesellschaftsmodell, das allen soziale Teilhabe ermöglicht: «Sowohl in Norwegen als auch in Schweden gibt es keine Arbeitslosigkeit und keine Slums. Ihre Männer und Frauen kommen in den Genuss kostenloser medizinischer Versorgung und hochwertiger Bildung», schreibt er in seiner Autobiografie. Der Pastor wurde nicht müde zu betonen, dass es nicht reiche, den Menschen ihre Würde zurückzugeben. Sie müssten auch Jobs bekommen und am Konsum teilhaben können. Ansonsten würde es immer wieder zu Aufständen der Benachteiligten kommen. Aus den eigenen Reihen wurde King gelegentlich vorgeworfen, als gebildeter Intellektueller hätte er keine Ahnung von den wahren Ängsten und Bedürfnissen der Ghettobewohner. Doch 1966 zog der Pastor mit seiner Familie in ein armes Quartier der damals drittgrößten Stadt der USA, nach Chicago. Für Kings Karriere hatte Chicago Sprengpotenzial. Von nun an ging es bergab. Bisher hatten er und seine Mitstreiter auf Aktionen des zivilen Ungehorsams gesetzt. Sie hatten sich in Restaurants, Busse und Bahnhöfe gesetzt, die Weißen vorbehalten waren, um sich dann wegzerren und in Gefängnisse stecken zu lassen, die bald aus allen Nähten platzten. Diese Strategie, die Martin Luther King und seine Mitstreiter über viele Jahre erfolgreich praktizierten, funktionierte jedoch nicht mehr, da die Rassentrennung inzwischen offiziell aufgehoben war. Also organisierten die Bürgerrechtler Protestmärsche in den ebenfalls von Armut betroffenen Weißenvierteln von Chicago. «King wollte alle mit ins Boot holen, also auch die weißen Einwanderer aus Europa, etwa Iren, Italiener oder Polen. Der Rassenkampf wurde zum Klassenkampf». Doch die weiße Unterschicht hatte kein Interesse, sich mit den protestierenden Schwarzen zu verbrüdern. Viele schwenkten Nazi-Fahnen, trugen Hakenkreuze und beschimpften die Demonstranten, darunter viele Priester und Nonnen. Zudem legte sich King mit Lyndon B. Johnson an. Nachdem der überzeugte Pazifist zwei Jahre lang zum Einmarsch der USA in Vietnam geschwiegen hatte, ließ er im April 1967 jede Zurückhaltung fallen. Er empörte sich öffentlich über die Tatsache, dass die USA weiße und schwarze Soldaten dazu zwang, «gemeinsam für eine Nation zu töten und zu sterben, die nicht in der Lage war, sie gemeinsam in dieselben Schulen zu schicken.» King, der sich nun als demokratischer Sozialist bezeichnete, wollte eine Bewegung ins Leben rufen, die

Seite E 67 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

nicht nur für politische, sondern auch für wirtschaftliche Freiheit für alle kämpfen konnte. Die sogenannte Poor People's Campaign sollte erneut nach Washington marschieren, doch King erlebte diesen Marsch nicht mehr. Am 4. April 1968 wurde er von einem Vertreter der weißen Vorherrschaft in Memphis erschossen. SRF.ch

- Donald Trumps Präsidentschaftswahlkampf hat **7,1 Millionen US-Dollar gesammelt**, seit er am Donnerstag in Atlanta ins Gefängnis kam. NOS.nl

Westjordanland. Von den letzten 15 Jahren war 2022 **das tödlichste Jahr für palästinensische Kinder** im Westjordanland, kommt Human Rights Watch in einem Bericht zu dem Schluss. NOS.nl

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 28.08.2023

Algerien – Frankreichs Überflugwünsche für Niger-Invasion: Algerien sagt Nein. RA.dz

China hat Japan aufgefordert, die geplante Einleitung von aufbereitetem Kühlwasser aus der Atomruine Fukushima ins Meer zu stoppen. Das Wasser müsse stattdessen unter strenger internationaler Aufsicht entsorgt werden, sagte ein Sprecher des Pekinger Außenministeriums. Schon vor Wochen hatte China Gegenmaßnahmen angekündigt. So sollen Einfuhrbestimmungen für japanische Lebensmittel weiter verschärft werden. Die internationale Atomenergiebehörde hatte die Einleitung des aufbereiteten Kühlwassers ins Meer im Juli genehmigt. Die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt seien vernachlässigbar. Japan will am Donnerstag mit der Verklappung beginnen. RBB.de

BR Deutschland – Die deutschen Landwirte erwarten in diesem Jahr eine geringe Getreideernte. Als Grund nennt Bauernpräsident Ruckwied den häufigen Regen im Frühjahr und im Sommer sowie die extreme Trockenheit im Mai und Juni. Nach wie vor stehe in einigen Regionen Weizen auf den Feldern, der längst hätte geerntet werden müssen. Regen und Sturm hätten deutliche Schäden hinterlassen – das führe zu geringeren Mengen und einer schlechteren Qualität.

- Die Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP will es Ausländern in Deutschland erleichtern, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten. Dem Entwurf zufolge sollen nach Deutschland eingewanderte Menschen künftig nach fünf Jahren eingebürgert werden können, statt wie bisher nach acht Jahren. RBB.de

- Der Kniefall von Olaf Scholz (65) vor dem US-Imperialismus zerstört den Frieden in Europa und den Industriestandort Deutschland, schreibt Oskar Lafontaine (79). Seine Kanzlerschaft sei eine Tragödie für Russland, Deutschland, die Ukraine und die EU. RT.ru

- Deutsche Regierung will Anpassung des Geschlechts erleichtern. SRF.ch

Ekuador – Die Ekuadorianer lehnen Ölbohrungen im Amazonas-Schutzgebiet ab. Etwa sechs von zehn Einwohnern Ekuadors sind gegen die Ölförderung im Yasuní-Nationalpark. Das Referendum ist bindend. NOS.nl

England – «Wollte Gott spielen». Lebenslange Haft wegen Babymorden in England. Sie tötete sieben Babys: Die ehemalige Krankenschwester Lucy Letby ist in Manchester zur Höchststrafe verurteilt worden. SRF.ch

Französisch-Polynesien – Der französisch-polynesischer Präsident Moetai Brotherson (53) hat den französischen Präsidenten Emmanuel Macron dafür verurteilt, dass er sich nicht

einmal „symbolisch“ für die jahrzehntelangen Atomwaffentests auf dem pazifischen Archipel entschuldigt hat. In einem am Dienstag veröffentlichten Interview mit dem russischen Fernsehsender RTVI sagte Brotherson: „Auf unserem Boden wurden 193 Atomtests durchgeführt – Tests, die wir nicht verlangt haben und über die wir nicht einmal richtig informiert wurden, weil zu dieser Zeit die Bewohner von ...“ Polynesien wusste nichts über das Ausmaß der Gefahr.“ „Heute haben wir immer noch mit schlimmen Folgen zu kämpfen und es gibt Menschen, die aufgrund von Atomtests krank werden und sterben“, fuhr er fort. „Deshalb war eine so symbolische Aktion wie die Entschuldigung von Emmanuel Macron so wichtig und wir fragten uns, warum er das nicht tat.“ Nachdem Frankreich Anfang der 1960er Jahre fast zwei Dutzend Atombomben in Algerien gezündet hatte, verlagerte es seine Atomtests auf seine Überseegebiete im Pazifik, nämlich die französisch-polynesischen Atolle Mururoa und Fangataufa. Insgesamt wurden rund um die Koralleninseln 193 Tests durchgeführt, die zu einem Anstieg der Fälle von Schilddrüsenkrebs führten und mehr als 100'000 Einwohner einer hohen Strahlenbelastung aussetzten, wie aus einer Überprüfung von Regierungsdokumenten durch Disclose, einer investigativen Nachrichtenseite, aus dem Jahr 2021 hervorgeht. Beide Atolle sind bis heute unbewohnbar und die französische Regierung hat nur 63 Zivilisten eine Entschädigung für die Strahlenexposition gezahlt. VESTI.ru

Griechenland – Präsident Selenski ist am frühen Abend in Athen eingetroffen. Dort will er an einem informellen Treffen der Regierungs- und Staatschefs der Balkanländer sowie EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen teilnehmen. Selenskis Aufenthalt in Griechenland war bis zuletzt geheim gehalten worden. Der ukrainische Staatschef wurde am frühen Abend vom griechischen Premierminister in Empfang genommen. Am informellen Treffen nehmen die Regierungs- und Staatschefs von Serbien, Kosovo, Bosnien-Herzegowina, Nordmazedonien, Bulgarien und Moldawien sowie Ursula von der Leyen und EU-Ratspräsident Charles Michel teil. Thema ist unter anderem der Weg der Nicht-EU-Länder und EU-Beitrittskandidaten in das Staatenbündnis. Im Mittelpunkt des bilateralen Treffens zwischen Mitsotakis und Selenski sollen griechischen Medienberichten zufolge die Lage in der Ukraine und die Lieferung von Munition von Griechenland an die Ukraine stehen. Die Griechen liefern bislang unter anderem Artilleriegeschosse und Mörsergranaten an Kiew. SRF.ch

Indien – Indiens Mondmission ist geglückt und pünktlich um 14:34 Uhr Schweizer Zeit auf dem Erdtrabanten gelandet. Bereits vor vier Jahren wollte das indische Weltraumprogramm Indian Space Research Organisation (Isro) auf dem Mond landen, doch diese Mission erlitt eine Bruchlandung. Auch das russische Raumfahrtprogramm scheiterte an der sanften Landung auf dem Südpol des Erdtrabanten, erst vor vier Tagen zerschellte ein Forschungsflugobjekt. Die autonome indische Raumsonde चन्द्रयान ३- Chandrayaan-3 war seit Mitte Juli auf dem Weg zum Mond. Sie war am 14. Juli vom Hauptweltraumflughafen im Bundesstaat Andra Pradesh gestartet. Isro plante, die Rakete am Südpol des Mondes aufzusetzen. Es ist die erste Landung von Menschen geschickter Objekte am lunaren Südpol. Mit der unbemannten Mission will Indien die kaum untersuchte Südseite des Mondes rund zwei Wochen lang erforschen. Dort werden Krater mit Wassereis vermutet. Aus dem Sanskrit und Hindi übersetzt bedeutet der Name der Rakete «Mondfahrzeug». Die indische Mythologie kennt einen Mondgott namens चन्द्र Chandra. Dieser ist mit den 27 Töchtern des Sehers Daksha verheiratet. Er bevorzugte eine der Frauen, Rohini. Die 26 anderen beklagten sich bei ihrem Vater. Dieser verfluchte Chandra zum Abnehmen. Die Töchter bekamen aber Mitleid mit ihm und baten den Vater, den Fluch unwirksam zu machen. Der Vater konnte den Fluch aber nur abschwächen; deshalb nimmt der Mond nun 14 Tage lang zu und 14 Tage lang ab. Die Mondlandung zeigt, dass mit Indien als Weltraumnation zunehmend zu rechnen ist. Im zweiten Anlauf hat sich das Land das nötige Know-how angeeignet, um im anspruchsvollen Terrain nahe dem Mond-Südpol unbemannt

zu landen. Die indische Regierung will dieses Know-how stark ausbauen. Als erste Landung beim wassereisreichen Mond-Südpol geht Chandrayaan-3 in die Geschichtsbücher ein. Der wissenschaftlich-technische Erkenntnisgewinn ist international gesehen aber klein. «Indien will beweisen, dass es in der Lage ist, eine Raumfähre sanft und sicher landen zu lassen», sagt SRF-Südasiakorrespondentin Maren Peters. Das ist bisher nur den USA, der Sowjetunion und China geglückt. Indien will anschließend ein Mondfahrzeug auf der Oberfläche herumfahren lassen und viele Fotos machen. Ein Ziel sei, die seismischen Aktivitäten – mögliche Mondbeben – zu untersuchen, sagt Peters. Irgendwann will Indien auch Menschen auf den Mond bringen, deshalb sei es wichtig, dass die Landung glücke. SRF.ch

Iran – Teheran stellt auf einer Rüstungsausstellung im Beisein von Präsident Ebrahim Raisi eine neue Drohne vor. Das Fluggerät soll verschiedene Munitionsarten und Bomben tragen sowie 24 Stunden in einer Höhe von sieben Kilometern verbleiben können. VOIRI.ir

Italien – Sänger Toto Cutugno («L'Italiano») ist tot. Der «L'Italiano»-Sänger starb am Dienstag im Alter von 80 Jahren nach langer Krankheit in Mailand, wie sein Management der dpa auf Anfrage bestätigte. Zuvor berichteten mehrere italienische Medien darüber. In seinen Liedern bediente er typische Italien-Klischees – und er war immer stolz darauf. Der «echte Italiener» sang sich mit seinen seichten Popnummern «L'Italiano» und «Insieme 1992» in die Herzen seiner Fans. SRF.ch

Österreich – Die Staatsanwaltschaft Wien hat das Ermittlungsverfahren gegen André Heller wegen Fälschung eines Rahmens von Jean-Michel Basquiat und dessen Verkauf „aus rechtlichen Gründen“ eingestellt. Das teilte die Behörde heute mit. Hintergrund ist der Umstand der „tätigen Reue“. Diese wird dann schlagend, wenn ein Täter den durch die Tat entstandenen Schaden vollständig wiedergutmacht, bevor die Behörden von seinem Verschulden erfahren. ORF.at

Peru – Etwa 80 Kilometer von Lima entfernt wird ein neuer Seehafen errichtet, der den Handel zwischen Südamerika und Asien ankurbeln soll. Geplant ist eine direkte Schiffsverbindung zwischen den Städten Chancay in Peru und Schanghai in China. Es handelt sich um das größte Containerterminal an der südamerikanischen Pazifikküste. CGTN.cn

Russland – Lokale Medien berichteten, dass drei Menschen einer Touristengruppe, die einen illegalen Ausflug in die Abwasserkanäle unterhalb des Zentrums von Moskau unternahm, gestorben sind und mehrere weitere vermisst werden. Die Entdecker wurden offenbar nach starkem Regen von einer unterirdischen Wasserwelle mitgerissen. Am Sonntag wurde die russische Hauptstadt von einem heftigen Schauer heimgesucht, bei dem laut Moskauer Behörden 40 % des monatlichen Durchschnittsniederschlags in einer Stunde fielen und der in einigen Gebieten örtliche Überschwemmungen verursachte.

- Medienberichten zufolge ist am Mittwochabend in der russischen Region Twer ein Privatflugzeug Embraer Legacy abgestürzt, die Zahl der Verunglückten an Bord wird mit zehn Menschen angegeben. Alle Insassen – sieben Passagiere und drei Mitglieder der Crew – sind nach Angaben des russischen Katastrophenschutzministeriums bei dem Absturz ums Leben gekommen. Inzwischen hat die russische Flugsicherheitsbehörde Rosawiazija auf Anfrage von RT bestätigt, dass Jewgeni Prigoschin an Bord der abgestürzten Maschine war. Dies schreibt Margarita Simonjan auf ihrem Telegramkanal. Das Flugzeug war nach Angaben der Flugsicherheitsbehörde auf dem Weg von Moskau nach Sankt Petersburg. Rettungsdienste sind auf dem Weg zur Absturzstelle. VESTI.ru

Saudi Arabien – Grenzschutzbeamte sollen Hunderte Migranten sowie Asylsucher getötet haben. Das schreibt die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch. Demnach hätten diese versucht, die saudisch-jemenitische Grenze zu überqueren. Menschen sollen aus nächster Nähe erschossen worden sein, darunter auch Kinder, heißt es in dem Bericht. Demnach wurden außerdem Sprengwaffen gegen Migranten eingesetzt. In dem Bericht wurde der Zeitraum zwischen März 2022 und Juni 2023 untersucht. Aktuelle Untersuchungen von HRW deuteten aber darauf hin, dass die Tötungen weiterhin stattfinden. SRF.ch

Schweiz – Stefan Magnet, der Gründer von «Auf1» hat auf die Interviewanfragen von SRF nicht reagiert. In seiner Hintergrundsendung «Stefan Magnet Auf1» werden seine Anliegen aber deutlich: In einem 40-minütigen Monolog spricht er von «Weltversklavung», der «gezielten Überfremdung Europas» und den «Lügen der Systemmedien». Seine Haltung gegenüber dem «System» macht Stefan Magnet deutlich: «Die Dummen und Bösen haben die Politik übernommen, und die Medien auch und die Kultur sowieso». Nun kommt der österreichische Online-Sender, der ein Millionenpublikum erreicht, in die Schweiz. «Auf1» will hier ein Studio eröffnen, wie der «Tages-Anzeiger» berichtet. Stefan Magnet (39) ist ein kritischer Kommentator, freier Journalist und Werbeunternehmer. Seit 2011 betreibt er die Film- und Werbeagentur Medienlogistik mit Sitz in Linz, seit 2019 betreibt er online einen Video-Blog. AUF1 („Alternatives Unabhängiges Fernsehen, Kanal 1“) ist eine seit Mai 2021 bestehende Website mit Sitz in Linz, gegründet von Stefan Magnet, der auch als Chefredakteur agiert. (auf1.tv)

- In Zürich geht die Sorge über eine neue offene Drogenszene um. Crack wird in der Stadt Zürich vermehrt auch offen am Tag konsumiert. Die Sorge darüber wächst – ebenso die Kritik. Mehrere Schweizer Städte testen den Cannabisverkauf für den Eigengebrauch.
- Der Inn sucht sich in Bever seinen eigenen Lauf. Die Schweizer Bäche, Flüsse und Seen sollen ökologischer werden. Im Oberengadin ist das besonders gut gelungen.
- Japankäfer entdeckt. Die gefräßigen Schädlinge sind offenbar aus Norditalien eingereist. Nun will sie das Wallis ausrotten.
- Emma und Noah waren im Jahr 2022 die beliebtesten Vornamen für Neugeborene in der Schweiz. Das geht aus der Namensstatistik des Bundesamtes für Statistik (BFS) hervor. Im Vorjahr 2021 waren Mia und Noah die am häufigsten gewählten Vornamen gewesen. Bei den Mädchen folgen auf den weiteren Podestplätzen Mia und Sofia, bei den Buben Liam und Matteo, wie das Bundesamt für Statistik bekannt gibt. Der häufigste Vorname in der ganzen Bevölkerung ist erneut Daniel bei den Männern, bei den Frauen ist es abermals Maria. Auch bei den Nachnamen herrscht in der Schweiz noch immer Bewährtes vor: Die häufigsten Nachnamen in der ständigen Wohnbevölkerung sind Müller, Meier und Schmid.
- Bundesrat will 300 Millionen Euro in Schengen-Fonds einschießen. Mit dem Geld sollen die Außengrenzen besser geschützt werden, so der Bundesrat.
- Immer mehr Menschen fühlen sich von der Politik nicht mehr vertreten. SRF.ch

Simbabwe – In Simbabwe haben die Wahlen begonnen. Eine Wiederwahl von Emmerson Mnangagwa (80) ist wahrscheinlich. SRF.ch

Sonne – Die Zahl der Sonnenflecken ist derzeit so hoch wie seit über 20 Jahren nicht mehr. Da ihre Häufigkeit mit der Sonnenaktivität zusammenhängt, entstehen dann auch viele Sonnenstürme – und die können je nach Richtung auch für die Erde brisant werden. ORF.at

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 25.08.2023

Afghanistan – Die Taliban haben im April 2022 den Anbau, die Produktion und den Handel mit allen illegalen Drogen verboten. Doch die **Opiummärkte funktionieren in vielen Gegenden weiterhin** wie gewohnt, auch in den südlichen Provinzen Kandahar und Helmand, wo der Großteil des Opiums des Landes produziert wird, sagen Einheimische, die mit Radio Azadi sprachen. Syed Najibullah Ahmadi, ein ehemaliger afghanischer Anti-Drogen-Beamter, sagte, Drogenhändler hätten vor dem Verbot große „strategische Vorräte“ an Opium angehäuft und würden es nun „zu einem Vielfachen des Preises verkaufen“. Experten sagen, dass die Taliban Drogenproduzenten besteuert haben und am Drogenhandel in Nachbarländer beteiligt waren, von wo aus sie nach Europa und Nordamerika gelangten. Die Taliban haben behauptet, sie hätten die Opiumproduktion erheblich reduziert, eine Behauptung, die von einigen Experten unterstützt wird. Auch wenn die Opiumproduktion zurückgegangen zu sein scheint, ist Afghanistan zu einem wichtigen Lieferanten anderer Drogen, einschließlich Crystal Meth, geworden. Der anhaltende Verkauf und Handel mit Drogen hat Fragen über das Engagement der Taliban aufgeworfen, Drogen in dem verarmten Land auszurotten. Die Beendigung des Status Afghanistans als einer der weltweit größten Drogenproduzenten ist seit langem eine Priorität der internationalen Gemeinschaft. Die Taliban werden wahrscheinlich zunehmendem Widerstand seitens der Mohnbauern in Afghanistan ausgesetzt sein, da sie ihnen keine alternativen Lebensgrundlagen und Erntemöglichkeiten bieten. RFERL.cz

China – China hat mit **Militärübungen vor Taiwan** und Drohungen gegen die Inselrepublik auf die US-Besuche von deren Vizepräsident William Lai reagiert. ORF.at

BR Deutschland – Kassenärzte und Psychotherapeuten in Deutschland warnen vor einem **Kollaps des Gesundheitssystems**. Bei einem gemeinsamen Treffen in Berlin haben sie darauf hingewiesen, dass ihre Praxen unzureichend finanziert und überlastet sind.

- Die Zahl der Wohnungsbau-Genehmigungen ist im ersten Halbjahr massiv eingebrochen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, wurde von Januar bis Juni der Bau von 135'000 Wohnungen bewilligt. Das sind 27 Prozent weniger als im ersten Halbjahr 2022. Grund für den Rückgang sind demnach weiterhin die **steigenden Baukosten** und schlechtere Finanzierungsbedingungen. Trotz der hohen Nachfrage nach Wohnraum sinkt die Zahl der Baugenehmigungen seit Monaten. Bundesbauministerin Geywitz räumte ein, dass die Ampel-Koalition ihr Ziel von jährlich 400'000 neuen Wohnungen verfehlen wird.
- Die Bundesregierung lud wieder zu **zwei Tagen der offenen Tür** ein. In den Ministerien, dem Kanzleramt und im Bundespresseamt fanden jeweils von 10 bis 18 Uhr zahlreiche Veranstaltungen und Führungen statt. RBB.de

Ekuador – Nachdem fast drei Viertel der Stimmen ausgezählt sind, liegt **González mit rund 33 Prozent vorne**. Noboa liegt bei etwa 24 Prozent. Um den Gesamtsieg zu erzielen, benötigt ein Kandidat 50 Prozent der Stimmen. NOS.nl

Frankreich – Verschmutztes Wasser. **Bakterien in der Seine**: Erneute Absage vom Olympia-Testschwimmen. SRF.ch

Großbritannien – Vor 400 Jahren beginnt in der Forschungswelt eine Revolution: Die **Mikroskopie entfaltet sich** und öffnet Türen in unbekannte Welten. Mitten drin: ein Brite, ein Holländer und die Royal Society. „Micrographia“ ist eins der ersten populärwissenschaftlichen Bücher», sagt Keith Moore, «fast jeder, der zu der Zeit Zugang zu Büchern hatte, besaß entweder eine Kopie oder kannte das Buch zumindest». Hooke zeigt darin den Blick auf eine Rasierklinge, die unter der Mikroskoplinse nicht mehr glänzend

und scharf aussieht, sondern voller Scharten und Imperfektionen. Er zeigt, wie Grassamen unter dem Mikroskop aussehen. Er zeigt die Details von Schimmel, eine Ameise, das Auge einer Fliege. Was Buch und Bilder so stark wirken lässt: Erstmals wird der Gegensatz deutlich zwischen menschengemachten Gegenständen, die alles andere als perfekt sind, und der Natur, die, egal wo man hinschaut, wunderschön ist. «Man kann den Zauber von «Micrographia» nur verstehen, wenn man diesen Gegensatz ernstnimmt», sagt Louisiane Ferlier, bei der Royal Society für die Digitalisierung von Archivmaterialien zuständig. Ein paar Jahre nach der Veröffentlichung liest in den Niederlanden ein Tuchhändler «Micrographia». Auch er ist fasziniert. Erst ahmt er Hooke nach, dann baut er seine eigenen Mikroskope. Und die sind komplett anders. «Sie haben eine kleine Metallplatte und darin eingelassen ist eine einzelne, sehr kleine Linse. Dazu gibt es eine Metallspitze, auf die man aufbringt, was man anschauen will», sagt Keith Moore. Leeuwenhoek schafft bis zu 250-fache Vergrößerungen, fast das Zehnfache von Hooke. Der Niederländer ist der Erste, der Einzeller und Bakterien sieht, und beschreibt als Erster rote Blutkörperchen und Spermien. «Es war eine wunderbare Zeit, um Forscher zu sein», sagt Archivar Keith Moore. «Alles, was Hooke und Leeuwenhoek sich angeschaut haben, war neu». Heute gelten die beiden Männer als Begründer der Mikroskopie, ohne die wir heute viele biologische Kenntnisse und medizinische Behandlungen nicht hätten. Die Royal Society ist ihrem Motto gerecht geworden. SRF.ch

• Mehrere historische **Objekte sind im British Museum verschwunden**. Genannt wurden Goldschmuck sowie Juwelen aus Halbedelsteinen und Glas. Die Objekte seien teilweise so alt, dass sie bis ins 15. Jahrhundert vor Christus zurückreichen. ORF.at

Guatemala – Bei den Präsidentschaftswahlen in Guatemala hat sich der Mitte-links-Kandidat **Bernardo Arevalo** gestern in einer Stichwahl gegen die ehemalige First Lady Sandra Torres durchgesetzt. ORF.at

Hawaii – Wurde Maui für die **Errichtung einer Smart-City-Insel** mutwillig zerstört? Laut Augenzeugen ereigneten sich bei der Brandkatastrophe auf der Hawaii-Insel Maui merkwürdige Phänomene. Insbesondere habe sich das Feuer punktuell und explosionsartig verbreitet. Bäume und Fahrzeuge inmitten von Brandgebieten blieben unversehrt. Zweifler fragen sich, ob man Maui mittels gelenkter Energiewaffen für den Bau einer Smart-City-Insel geopfert hat. Bei der Brandkatastrophe auf der Hawaii-Insel Maui sind viele Gebäude und sogar Bäume inmitten von großflächigen Zerstörungen unversehrt geblieben. Neben ausgebrannten Fahrzeugen standen völlig unversehrte PKW. Die Brände seien im Gegensatz zu sonst auftretenden Feuerwalzen punktuell und fast explosionsartig aufgetreten, schrieb am Dienstag der Herausgeber des Schweizer Nachrichtenmagazins Zeitpunkt.ch, Christoph Pfluger. Auch die hohe **Anzahl an Todesopfern ist ungewöhnlich** – es sei die höchste in den USA festgestellte Zahl von Waldbrandopfern seit mehr als 100 Jahren. In alternativen Medien habe sich deshalb schnell der Verdacht verbreitet, die Feuer seien mittels Energiewaffen entfacht worden. Zum Beispiel mit Apparaten, mit denen man Objekte durch Laserstrahlen oder gebündelte Mikrowellen zerstören oder in Brand setzen könne, so die Spekulationen. Im Internet verbreitete Tiktok-Videos aus dem Katastrophengebiet befördern die Zweifel an der offiziellen Darstellung zusätzlich. Es gebe Aufnahmen von Bränden, die sich explosionsartig in bisher vom Feuer verschonten Gebieten entzündeten. Man könne sehen, wie sich Brandherde punktuell auf einer Fläche vergrößerten, wo normalerweise der Wind eine Feuerfront in Windrichtung verbreitet. Schließlich könne man auf den Videos beobachten, wie sich Boote auf dem Meer quasi wie von selbst in Brand setzten. RT.ru

Irland – Irische Ausbilder werden ukrainischen Soldaten Waffenfertigkeiten beibringen, trotz Irlands Status **als neutrales Land** und der früheren Zusage der Regierung, Kiew nur

nichttödliche und humanitäre Hilfe zu leisten, berichtete die Irish Times ([irishtimes.com](https://www.irishtimes.com)) am Freitag. Die irische Regierung kündigte im Februar an, dass 30 Angehörige der irischen Streitkräfte an der EU-Ausbildungsmission für ukrainische Truppen teilnehmen würden. Damals betonte Verteidigungsminister Michael Martin, dass die Ausbildung in „nicht tödlichen“ Bereichen wie Minenräumung und Kampfmedizin stattfinden würde und dass die Mission die militärische Neutralität Irlands nicht verletzen würde. RTE.ie

Italien – Von Theater über Kunst bis Literatur: Italiens Rechtsregierung scheint sich die Kultur vorzuknöpfen. Denn die ist ihrer Meinung **nach links unterwandert**. SRF.ch

Kanada – Waldbrände. Großangelegte **Evakuierung in Nordkanada**. Das Feuer nähert sich der Stadt Yellowknife. Die Behörden haben die Evakuierung angeordnet. Ein Teil flieht per Flugzeug. SRF.ch

Kirgisistan – Kirgisistan sei bereit, **Trinkwasser aus seinen Gletschern** zu exportieren, sagte Premierminister Akylbek Schaparow diese Woche bei seinem Besuch in China. Diese Bemerkung machte er während seines Treffens mit Wang Da, dem Vorsitzenden der Qingdao Laoshan Mineral Water Company, und verwies auf das ungenutzte Potenzial der Wasserressourcen des Landes. „Wir stehen an der Quelle der Gletscher und sind bereit, klares Trinkwasser nach China, in europäische und asiatische Länder zu exportieren“, sagte Schaparow und fügte hinzu, dass das Land stark von der Erfahrung von Unternehmen wie Laoshan profitieren könnte. CGTN.cn

Libanon – Der Fall Salame ist **kein Ruhmesblatt für Schweizer Banken**. Eine eben erschienene forensische Analyse bringt Unregelmäßigkeiten bei Transaktionen des ehemaligen Zentralbankchefs Riad Salame (رياض توفيق سلامة) zutage. Er wird von Interpol gesucht und befindet sich seit vergangener Woche auf der Sanktionsliste der USA. Bereits Mitte Mai hatte Frankreich einen Haftbefehl gegen den ehemaligen libanesischen Zentralbank-Chef Riad Salame erlassen wegen des Verdachts auf Geldwäsche, Veruntreuung und Urkundenfälschung. Kurz darauf folgte Deutschland ebenso mit einem Haftbefehl. Auch Interpol wurde eingeschaltet. Insgesamt sollen er und sein Bruder seit 2002 330 Millionen Dollar von der Banque du Liban (BDL) مصرف لبنان über ein Geflecht von Tarnfirmen in diverse Länder verschoben und teils auf Schweizer Bankkonten weitergeleitet haben. Millionen davon seien dann in Unternehmen und Liegenschaften geflossen – auch in der Schweiz –, die von Salames Bruder, seinem Sohn, einem Neffen, seiner ehemaligen Geliebten oder – in einem Fall aus dem Kanton Genf – von seinem Anwalt kontrolliert wurden. Im Auftrag der libanesischen Regierung erstellte das Beratungsunternehmen Alvarez & Marshal (MA) eine über 330 starke forensische Untersuchung über Tätigkeit des libanesischen Zentralbankchefs, die vor kurzem publiziert wurde. Im Kapitel «Riad Salame Account Analysis» untersuchte MA auf mehreren Seiten BDL-Konten, von denen Millionen auf Konten Schweizer und europäischen Banken geflossen sind. Die Informationen davon stammen teils aus einem Rechtshilfegesuch der Schweiz an den Libanon. Untersucht wurden die Verschiebungen auf Schweizer Bankkonten von 2015 bis 2020. Salame pflegte schon in den Nullerjahren eine rege Geschäftstätigkeit mit Schweizer Banken. Im Bericht steht: Nicht immer war klar, wer wirtschaftlich berechtigt an den Millionen war, oft sei das Geld einfach nur über die Konten weitergeleitet worden. Riad Salame lässt SRF News schriftlich ausrichten: «Es handelt sich um seine persönlichen Konten, die Analyse hat nichts Illegales zutage gebracht.» 2019 flossen noch 150'000 USD zur Credit Suisse. Im Bericht steht: 2015 flossen gemäß der Analyse drei Millionen USD auf ein Konto der UBS, 1.665 Millionen Euro auf die Bank BSI, 2016 drei Millionen zur CS, 11 Millionen USD und 4.4 Millionen Euro zur J.P. Morgan (Suisse) SA. 2017 flossen der Bank nochmals zwei Millionen USD zu. 2018 landeten drei Millionen USD und 2.36 Millionen Euro auf bei Pictet. Im selben Jahr flossen je eine Million USD auf ein Salame-Konto der UBS und der Credit Suisse. Der

Seite E 74 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

CS flossen 2019 nochmals 150'000 USD zu. In den fünf Jahren flossen zusätzlich 7'215 Millionen Euro und zwei Millionen USD auf Konten der Julius-Bär Tochtergesellschaften, Bank Julius Bär Europe SA, Luxembourg und Julius Bär Luxembourg SA. Die Banken kommentieren die Untersuchung nicht, betonen aber, sich gesetzeskonform verhalten zu haben. Für Wirtschaftsprofessor Peter V. Kunz hätten die Banken genauer hinschauen müssen. Salame sei eine politisch exponierte Persönlichkeit, da würden strengere Sorgfaltspflichten gelten. SRF.ch

Namibia – Namibia bereitet sich nach großen **Offshore-Erdölfunden** auf den Start seiner ersten Rohölproduktion vor und benötigt erhebliche Investitionen für den Bau einer neuen Hafeninfrastruktur, berichtete Bloomberg am Freitag. Laut der Beratungsfirma Wood Mackenzie enthalten die jüngsten Funde schätzungsweise 7 Milliarden Barrel Öläquivalent. Bedeutende Entdeckungen im Orange Basin des südafrikanischen Landes in den Jahren 2022 und 2023 haben Öl- und Gasriesen wie Total Energies, Shell, Chevron und ExxonMobil sowie multinationale Energiekonzerne wie Galp und Qatar Energy angezogen. SABC.za

Niger – Der neue Präsident Abdourahamane Tchiani plant eine **Übergangsregierung**. Diese soll maximal drei Jahre das Land führen. SRF.ch

Nordkorea – Nordkorea geht hart gegen Bürger vor, die **Zeitungen als Altpapier** nutzen, sagten Einwohner des Landes gegenüber Radio Free Asia. Händler auf dem Markt benötigen Papier, um die von ihnen verkauften Waren zu verpacken, Tapetenleger verwenden es zum Verputzen einer Spachtelschicht und Tabakverkäufer verwenden es sogar zum Drehen von Zigaretten. Die Zeitung Rodong Sinmun (=Arbeiterzeitung, 노동신문, 勞動新聞), die Nachrichten über die Aktivitäten des Präsidenten Kim Jong Un, Aufsätze über die Vorzüge des Sozialismus und die Haltung der Regierung zum Weltgeschehen enthält, ist auf hochwertigem Papier gedruckt und daher das beste Altpapier. RFA. US

Norwegen – Der Massenmörder **Anders Behring Breivik** (44) hat den Staat wegen Verletzung seiner Menschenrechte verklagt, indem er ihn in „extremer“ Isolation hielt, sagte sein Anwalt Oeystein Storrvik am Freitag gegenüber Reuters. „Er **verklagt den Staat**, weil er seit elf Jahren in extremer Isolation ist und außer seinen Wärtern keinen Kontakt zu anderen Menschen hat“, erklärte Storrvik. Breivik verbüßt die längste Strafe, die nach norwegischem Recht möglich ist – 21 Jahre –, weil er im Juli 2011 bei einer Massenerschießung und einem Lastwagenbombenanschlag 77 Menschen getötet hat – die schlimmste Friedensgräueltat in der Geschichte des Landes. Richter haben die Möglichkeit, seine Strafe zu verlängern, wenn davon ausgegangen wird, dass er nach Ablauf dieser Frist immer noch eine Bedrohung darstellt. NRK.no

Österreich – Der ehemalige Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) wird **wegen Verdachts auf Falschaussage** angeklagt. Das hat die Wirtschafts- und Korruptions-Staatsanwaltschaft (WKStA) in Wien bekannt gegeben. Bei der Anklage geht es um Aussagen des 36-Jährigen im Ibiza-Untersuchungsausschuss des österreichischen Parlaments. Im Ausschuss hatte Kurz im Juni 2020 seine Rolle bei der Berufung des Chefs der Staatsholding Öbag, Thomas Schmid, eher heruntergespielt. Er sei im Vorfeld über die Entscheidung informiert worden, habe aber nicht weiter mitgewirkt, so seine damalige Aussage. Aufgrund von Chatnachrichten geht die Staatsanwaltschaft aber davon aus, dass der ehemalige Regierungschef sehr wohl intensiv in die Personalie eingebunden war. So hätten sich Kurz und Schmid spätestens ab Mitte 2017 regelmäßig über das Thema ausgetauscht. Kurz hat die Vorwürfe stets vehement bestritten. «Die Vorwürfe sind falsch und wir freuen uns darauf, wenn nun endlich die Wahrheit ans Licht kommt und sich die Anschuldigungen auch vor

Gericht als haltlos herausstellen», schrieb Kurz auf der Plattform X (ehemals Twitter). Es sei für ihn und sein Team wenig überraschend, dass die Behörde trotz 30 entlastender Zeugenaussagen dennoch entschieden habe, einen Strafantrag zu stellen. Die WKStA ermittelte seit dem Frühjahr 2021 nach einer Anzeige von sozialdemokratischer SPÖ und liberaler NEOS gegen Kurz wegen des Verdachts auf Falschaussage. Der Strafrahmen für das zur Last gelegte Delikt beträgt laut Behörde bis zu drei Jahre Freiheitsstrafe. Kurz hat möglicherweise auch noch in der sogenannten Inseratenaffäre eine Anklage vor sich. Dabei geht es um geschönte Umfragen und Regierungsinserate in Boulevardzeitungen, die mutmaßlich mit Steuergeld bezahlt worden sein sollen. Gegen mehrere Personen wird wegen des Verdachts der Untreue, Bestechung und Bestechlichkeit ermittelt. Auch hier bestreitet Kurz die Vorwürfe. Der ehemalige ÖVP-Chef, einst europaweit hoch gehandelter Hoffnungsträger der Konservativen, stand zweimal an der Spitze einer Koalition in Österreich. Von 2017 bis 2019 führte Kurz ein Bündnis von ÖVP und FPÖ an. Von 2020 bis 2021 war er Regierungschef einer Koalition aus ÖVP und Grünen. Angesichts der Vorwürfe trat er im Herbst 2021 zunächst von seinen Ämtern zurück. Im Dezember 2021 verkündete er seinen gänzlichen Abschied aus der Politik. Inzwischen ist er Unternehmer und Lobbyist. Anlass aller Ermittlungen war die Ibiza-Affäre. In einem auf der Ferieninsel heimlich aufgenommenen Video hatte der damalige FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache anfällig für Korruption gewirkt. Die Koalition aus ÖVP und FPÖ zerbrach 2019 an der Affäre. Bei der Suche nach Anhaltspunkten für Vetternwirtschaft und Korruption zur Zeit der Regierung von Kurz spielte das Handy von Ex-Öbag-Chef Thomas Schmid eine zentrale Rolle. Mehr als 300'000 – von der Staatsanwaltschaft oft als belastend eingeschätzte – **Chats waren eine Fundgrube für die Ermittler**. Schmid selbst hat sich in der Affäre als Kronzeuge angeboten und Kurz, mit dem er ein enges Verhältnis gepflegt hatte, mehrfach belastet. SRF.ch Nachdem die Anklage gegen den ehemaligen Bundeskanzler und ÖVP-Chef Sebastian Kurz wegen Falschaussage im „Ibiza“-U-Ausschuss am Freitag bekanntgeworden ist, haben sich alle Parlamentsparteien inklusive der ÖVP erfreut darüber gezeigt, dass es nun eine Klärung der Vorwürfe geben werde. Während Kurz und die Mitangeklagten die Bestätigung ihrer Unschuld erwarten, sehen SPÖ und FPÖ in den Anklagepunkten nur die „Spitze des Eisbergs“ eines noch immer bestehenden „Systems Kurz“. ORF.at

Panama – Weil zwei Seen in Mittelamerika zu wenig Wasser führen, dürfen Schiffe den Panamakanal nur noch mit einem Teil der Ladung passieren. Dies könnte mittelfristig die **Transportrouten weltweit durcheinander** bringen. Der Seefracht-Chef von Kühne & Nagel, Otto Schacht, fordert die Branche zum Handeln auf. Weil 80 bis 90 Prozent der Güter heute übers Meer verschoben werden, haben Unterbrüche von Seefahrtsstraßen große Auswirkungen. Die Folge waren verspätete oder ausgefallene Transporte, wodurch Lieferketten auf der ganzen Welt durcheinandergelassen sind. Dies spürten nicht nur Industriebetriebe, denen Maschinen, Rohstoffe und Teile fehlten. Auch Kunden standen in Warenhäusern vor leeren Regalen und in Online-Shops vor unbestimmten Lieferzeiten. Auswirkungen sind bis heute spürbar. Nun tauchte in diesem Jahr ein neues Problem auf: Der Panamakanal, der in Mittelamerika den Atlantischen mit dem Pazifischen Ozean verbindet, führt zu wenig Wasser, um die riesigen Ozeanfrachter sicher durch den Kanal zu bringen. Grund dafür ist fehlendes Frischwasser. Die Schleusen des Kanals werden aus zwei großen Seen gespeist. Der Panamakanal. Rund 200 Millionen Liter Wasser braucht es für einen Schleusengang – und das für jedes der rund 13'000 Schiffe, die im Jahr durch den Kanal fahren. Doch wegen langer Trockenheit und ausbleibenden Regens in traditionell feuchten Jahreszeiten konnten die Seen zu wenig Wasser speichern. Außerdem ist einer der Seen selbst Teil des Kanals – und weil er so wenig Wasser hat, drohen die Ozeanriesen auf Grund zu laufen. Die Kanalbetreiber haben deshalb verfügt, dass Schiffe nur noch mit 75 Prozent der normalen Ladung durch den Kanal fahren dürfen. Diese Verfügung wurde eben bis mindestens Ende August verlängert. Das Problem: Jeder Container, der nicht verladen wird, verursacht zusätzliche Kosten. SRF.ch

Russland – Russland überholt die USA und wird **Brasiliens größter Treibstofflieferant** – Bloomberg. Es wird erwartet, dass die Exporte von Erdölprodukten auf Rekordniveau steigen.

- Die Internationale kriminalpolizeiliche Organisation – Interpol darf in Russland nur noch beschränkt tätig sein und keine Fahndung durchführen. Darüber berichtet die Zeitung Kommersant unter Berufung auf einen Erlass des russischen Innenministeriums. RFERL.cz
- Russlands erste Mondmission seit fast 50 Jahren ist gescheitert. SRF.ch

Schweden – Ukrainische Piloten haben nach Angaben von Präsident Selenski bereits **Ausbildungen auf schwedischen Gripen-Kampffjets** begonnen. Eine mögliche Lieferung derartiger Flugzeuge an die Ukraine werde auch zentraler Teil seiner Gespräche mit weiteren schwedischen Politikern sein. ORF.at

Schweiz – Keine Subventionen nötig. 570 Mio. Dollar: **Rekordeinnahmen für die Fifa** mit Frauen-WM. Noch nie hat der Weltverband Fifa mit einer Frauen-WM so viel Geld eingenommen.

- Nach Unfall im Gotthardtunnel. So kann der Güterverkehr auf der Schiene sicherer werden. **Sensoren überwachen Personenzüge**. Für Güterwagen wird die Technologie erst erprobt. Baldiger Einsatz ist unrealistisch.

- Die **Angriffe von Wölfen auf Schafe** und andere Nutztiere nehmen schweizweit zu. Zwei Schweizer Forscher testen derzeit eine Idee, wie man den Herdenschutz verbessern könnte. Es geht um wölfische Duftstoffe. Wilde Natur, steile Weiden, unwegsames Gelände: Auf der Schafalp Gadriola bei Nufenen im Kanton Graubünden tummeln sich rund 400 Schafe. Die bimmelnden Glöckchen verbreiten eine Alpenidylle, die längst nicht immer Realität ist. 17 Schafe wurden in diesem Sommer bereits von Wölfen gerissen. Das ist ein Grund, warum die Schafe an ihrem Halsband seit kurzem ein graues Kästchen tragen. Ein Kästchen, in dem die Idee von Federico Tettamanti versteckt ist. Künstlich hergestellte Duftstoffe von Wölfen sind drin, sie sollen andere Wölfe von den Schafen fernhalten. «Wölfe markieren ihr Territorium mithilfe von Pheromonen, wie andere Tiere auch», sagt Federico Tettamanti – und erklärt weiter: «Wir nehmen diese Duftstoffe und legen sie in die Box. Das Tier trägt das Halsband mit den Wolfspheromonen, damit es immer diesen Schutz um sich herum hat.» Die Schafe selbst fühlen sich durch den Wolfsduft am Hals nicht gestresst. An mehreren Orten in der Schweiz und in Italien läuft zurzeit die Testphase, während der insgesamt 657 Tiere ein Halsband mit Duftstoffen tragen. Bei den Tests ist bis jetzt erst ein Tier vom Wolf attackiert worden. Auf der Alp Gadriola, wo die Schafe die Duftkästchen seit zwei Wochen tragen, gab es keine neuen Risse. Alphirt Marko Maitz ist erleichtert, gleichzeitig relativiert er: «Ob das eine Wirkung zeigt, kann man im Moment noch nicht sagen. Wir hoffen es, aber wir sollten keine voreiligen Schlüsse ziehen.» Immerhin: Der Äpler kann jetzt eine Weide bewirtschaften, die bis anhin wegen der Wolfsgefahr schaffrei war. Merkt der Wolf, dass es nur ein Schwindel ist? Dank DNA-Analysen konnte der Projektpartner von Tettamanti, Davide Staedler, die Wolfspheromone entschlüsseln. In seinem Chemielabor Tibio in der Westschweiz stellt er die künstlichen Duftstoffe her und packt sie ab. Dann kommen sie ins graue Kästchen. Preis: 25 Franken. Frage an den Chemiker: Kann es sein, dass die Wölfe früher oder später merken, dass die Gerüche künstlich hergestellt und für sie ungefährlich sind? «Ja, das Risiko besteht», sagt Staedler. «Aus diesem Grund arbeiten wir ständig an neuen Molekülen.» Man wolle das Rezept bei Bedarf ändern, damit die Tiere sich nicht daran gewöhnen können. Vor den Tests in freier Wildbahn führten die Projektleiter in einem Zoo in Österreich erste Versuche durch. So legten sie zum Beispiel dort, wo die Wölfe ihr Frischfleisch zu fressen gewohnt waren, Pheromonbeutel hin. Und siehe da: Die Wölfe ließen die Mahlzeit liegen, um sie nach dem Entfernen der Duftbeutel wieder lechzend zu verzehren. Zoologieprofessor Marco Apolloni von der Universität Sassari in Italien sieht Chancen für das Projekt, verweist aber auf noch fehlende wissenschaftliche Daten. «Der Langzeiteffekt auf die Wölfe muss erst noch

erforscht werden», sagt er. Aber es könne schon ein wertvoller Beitrag sein, die Angriffe auf Nutztiere wie Schafe zu stoppen oder zu reduzieren. Der Kanton Graubünden und der Bund unterstützen das Projekt. Auch bei den Behörden ist man daran interessiert, nebst Hunden und Zäunen noch andere Herdenschutzmaßnahmen zur Verfügung zu haben. Das könnte die emotional geführte Diskussion um den Wolf wieder ein bisschen beruhigen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 18.08.2023

Ägypten – Berichten zufolge haben ägyptische Beamte beschlossen, sich nicht an der Bewaffnung der Ukraine zu beteiligen, und wiederholte Anfragen der USA, Artilleriegeschosse und andere Waffen herzustellen, die für Kiews Gegenoffensive gegen die russischen Streitkräfte benötigt werden, achselzuckend abgetan. Washington habe Ägypten außerdem gebeten, Panzerabwehrraketen, Luftverteidigungssysteme und Kleinwaffen für die Ukraine zu liefern, berichtete das Wall Street Journal am Freitag unter Berufung auf nicht identifizierte US-Beamte. Die Forderungen wurden mehrfach gestellt, unter anderem während eines Treffens zwischen US-Verteidigungsminister Lloyd Austin und dem ägyptischen Präsidenten Abdel Fattah as-Sisi im März in Kairo. BBC.uk

China – Das chinesische Außenministerium hat den Besuch von Taiwans Vizepräsident William Lai 賴清德 (64) in den Vereinigten Staaten am Samstag verurteilt und Vergeltungsmaßnahmen angekündigt. In einer Erklärung am Sonntag bekräftigte Peking seine Ablehnung jeglicher Form der diplomatischen Kommunikation zwischen Washington und Taipeh. Lai, der als starker Anwärter auf den Sieg bei Taiwans Präsidentschaftswahl im Januar gilt, kam am späten Samstag in New York an, um offiziell einen kurzen Zwischenstopp einzulegen, bevor er nach Paraguay aufbrach, um der Amtseinführung des neuen Präsidenten des südamerikanischen Landes beizuwohnen. CGTN.cn

BR Deutschland – Die Bank des Vergleichsportals Check24, C24, legt im Wettbewerb um Kundeneinlagen vor: Als erste Bank Deutschlands bietet das Geldinstitut 4,0 Prozent Zinsen auf Tagesgeld an. Das teilte das Unternehmen am Donnerstag mit. Das Angebot gilt sowohl für Neu- als auch für Bestandskunden ab dem 01. September dieses Jahres. Verzinst werden Einlagen bis zu einer Höhe von 100.000 Euro. Die Zinsen werden nach Angaben des Unternehmens automatisch am Monatsende auf das Tagesgeldkonto gutgeschrieben. Dadurch entsteht ein Zinseszinsseffekt, sodass die tatsächliche Rendite leicht über vier Prozent liegt. RBB.de

- Keine Streiks bis Ende 2026, Lufthansa einigt sich mit Gewerkschaft über Tarifvertrag. Die rund 5'200 Piloten sollen in den nächsten drei Jahren in mehreren Stufen mindestens 18 Prozent mehr Lohn erhalten. SRF.ch

- Die Bundesregierung erwägt offenbar doch, der Ukraine Marschflugkörper vom Typ Taurus zu liefern. Entsprechende Gespräche führe das Verteidigungsministerium mit der Rüstungsindustrie, berichtet der „Spiegel“. Laut „Spiegel“ soll die Reichweite (400 km mit 0,95 Mach) der Marschflugkörper eingeschränkt werden. Hintergrund ist die Sorge, dass die Ukraine sonst Ziele weit im russischen Inland treffen könnte. Deswegen lehnt Bundeskanzler Scholz bislang eine Lieferung ab. Ex-NATO-General Domröse erwartet, dass die Regierung ihre Haltung ändert. Das Überleben der Ukraine sei in Gefahr. Der Taurus ist ein deutscher Mittelstrecken-Luft-Boden-Marschflugkörper. Der Name ist ein Akronym für Target Adaptive Unitary and Dispenser Robotic Ubiquity System. Taurus wurde als Modulare Abstandswaffe (MAW) für verschiedene Nutzlasten und Missionen entwickelt.

Der Marschflugkörper ist das deutsch-schwedische Gegenstück zum parallel entwickelten britisch-französischen Storm Shadow/Scalp. Der Stückpreis beträgt ca. 1 Mio Franken.

- Berlin und Brandenburg haben heute an den Beginn des Mauerbaus vor 62 Jahren erinnert. An der Gedenkstätte Bernauer Straße legten Berlins Wirtschaftssenatorin Giffey und weitere Vertreter von Land und Bund Kränze nieder. Brandenburgs zentrale Gedenkfeier fand in Teltow statt. Brandenburgs zentrale Gedenkfeier fand in Teltow statt. Ministerpräsident Woidke sagte, die SED-Führung habe die Menschen in der DDR eingemauert. Das sei bis heute kaum zu ertragen und dürfe nicht vergessen werden. Von 1961 bis 1989 sind an der Berliner Mauer geschätzt mindestens 140 Menschen ums Leben gekommen.

- Brandenburgs Umweltminister Vogel will erreichen, dass gefährliche Wölfe leichter abgeschossen werden können. Die geltenden Bundes-Regeln seien zu kompliziert, sagte der Grünen-Politiker der Deutschen Presse-Agentur. Das Bundesumweltministerium hat eine Lockerung bereits grundsätzlich in Aussicht gestellt. Bislang darf ein Wolf erst dann abgeschossen werden, wenn er zum Beispiel eine Herde von Weidetieren nachweislich mehr als einmal angegriffen hat. Das nachzuweisen, ist schwierig. Deutschlandweit hat Brandenburg den größten Wolfsbestand.

- Einer der führenden deutschen Rüstungskonzerne, Rheinmetall, wird die Ukraine in den kommenden Monaten mit seinen hochmodernen Aufklärungsdrohnen beliefern, berichtete die Bild-Zeitung. Das Luna NG-System verfügt über eine Reichweite von mehreren hundert Kilometern und es wird erwartet, dass seine künftigen Iterationen Munition transportieren können. Am Samstag berichtete Bild, dass die Lieferungen im Auftrag des deutschen Staates bis zum Jahresende erfolgen würden. Das Luna NG (New Generation) ist das neueste UAV-System von Rheinmetall, das nicht nur zu Aufklärungszwecken, sondern auch zur Bereitstellung von drahtlosem 4G-Breitband sowie zum Abhören oder Unterbrechen der Kommunikation eingesetzt werden kann. Nach Angaben des Medienunternehmens beträgt die maximale Flughöhe der Drohne 5 km und sie kann Hunderte von Kilometern zurücklegen. RBB.de

- Laut einer Umfrage wollen 66 Prozent der Befragten nicht, dass Berlin die Ukraine mit Taurus-Raketen unterstützt, die Moskau erreichen können. RTL.de

- Blackrock und viele weitere kapitalstarke Unternehmen wie State Street und Vanguard nehmen enormen Einfluss auf die wirtschaftspolitischen Entwicklungen auf der Welt und verdienen an Krisen und Kriegen. „Die Big Player arbeiten zusammen“, sagt der Publizist und Philosoph Dr. Werner Rügemer im Interview. In seinem Buch „BlackRock und Co enteignen! Nomen Verlag, Frankfurt a. M., 176 Seiten, 9,99 €. ISBN 978-3-939816-82-9“ beschreibt er dieses neue globale Kartell. Und nicht nur das: BlackRock berät mit seiner Künstlichen Intelligenz „Aladdin“ die wichtigsten Institutionen der Welt: Die US-Regierung, EU-Kommission, EZB, IWF oder die FED und verfügt so über immense Insiderinformationen. Reguliert werden diese Schattenbanken nicht. SWR.de

England – Scarborough ist einer von mehreren Orten im Land, an denen Wasserversorger Roh-Abwasser eingeleitet haben. Das passierte im vergangenen Jahr mehr als 300'000 Mal. Das schmutzige Wasser landete in Seen, Flüssen und im Meer, weil die Abwasserleitungen der Unternehmen die Menge nicht bewältigen konnten. Theoretisch ist eine Ableitung nur bei „starken“ Regenfällen erlaubt, wenn die Leitungen mit Regenwasser und die Kanalisation so voll sind, dass die Feuchtigkeit in Häuser, Duschabflüsse und Toiletten aufsteigen kann. Aber jetzt scheint es, dass die Entladung am Fließband geschieht. Das bedeutet, dass an Badestellen Fäkalien, Damenbinden und Toilettenpapier herumschwimmen, was so manchen Briten verärgert. Im ganzen Land werden Stiftungen und Aktionsgruppen gegründet, die gegen die Wasserkonzerne protestieren und eine bessere Wasserqualität fordern. NOS.nl

Frankreich - Der Eiffelturm wurde aufgrund von Bombendrohungen zweimal an einem Tag evakuiert. Besucher konnten stundenlang nicht nach oben gehen. Beide Male wurde nichts Verdächtiges gefunden. NOS.nl

Golf – Aufregung wegen US Präsenz. Den Schiffen werde geraten, „sich so weit wie möglich von den iranischen Hoheitsgewässern fernzuhalten“, sagte der Sprecher der fünften US-Flotte, Tim Hawkins, heute der Nachrichtenagentur AFP. Die von Washington geleitete IMSC informiere die Handelsschiffe in der Region über angemessene Vorsichtsmaßnahmen, „um das Risiko einer Beschlagnahme“ aufgrund der derzeitigen regionalen Spannungen „zu minimieren“. ORF.at

Indonesien – Die internationale Organisation „Miss Universe“ hat ihre Beziehungen zur indonesischen Niederlassung abgebrochen, nachdem Teilnehmerinnen sexuelles Fehlverhalten der Organisation gemeldet hatten. Die Frauen sagten, sie seien oben ohne fotografiert worden und die Organisatoren hätten ihre Körper auf Cellulite, Narben und Tätowierungen untersucht. Die Wahlen in der indonesischen Hauptstadt Jakarta fanden Anfang des Monats statt. Der indonesische Zweig organisiert auch die diesjährige Wahl in Malaysia, die daher abgesagt wird. Eine der Teilnehmerinnen sagte, sie habe sich „unangemessen“ posieren müssen, indem sie ihre Beine gespreizt habe. Es ist nicht das erste Mal in diesem Jahr, dass der Schönheitswettbewerb in Misskredit gerät. Die Organisation in Italien betonte zuvor, dass nur „geborene Frauen“ teilnehmen dürften, nachdem in den Niederlanden erstmals eine Transfrau, die 22-jährige Rikkie Kollé, zur Miss gewählt wurde. Mehrere italienische Transmänner meldeten sich daraufhin aus Protest zur Wahl an. Das Finale der 72. Ausgabe von Miss Universe findet am 18. November in El Salvador statt. NOS.nl

Italien – Ein Besuch in Venedig gehört zum Standardprogramm einer Italienreise. Damit verdient die Stadt viel Geld. Glaubt man der Weltkulturorganisation der Vereinten Nationen (Unesco), läuft in Venedig jedoch einiges schief. Die Organisation droht Italien damit, die Stadt auf die schwarze Liste zu setzen. Das wäre der erste Schritt auf dem Weg zum Verlust des Weltkulturerbe-Status. Vielen Venezianern käme das jedoch gelegen. Denn immer mehr von ihnen haben vom Massentourismus die Nase voll. Selbst Geschäftsleute, die an den Touristenströmen verdienen, halten es nicht mehr aus. SRF.ch

Jemen – Millionen Liter Öl wurden abgepumpt, um „Umweltkatastrophe zu verhindern“. Die Operation dauerte Wochen, doch das Öl aus einem verrosteten Tanker vor der Küste Jemens ist verschwunden. Die Boskalis-Abteilung Smit Salvage übertrug 1,1 Millionen Barrel Öl auf ein anderes Schiff. Seit fast 40 Jahren ist das FSO Safer ein Öllager vor der Küste Jemens. In den letzten Jahren wurde das Schiff aufgrund des anhaltenden Bürgerkriegs im Land nicht gewartet. „Bei unserer Arbeit haben wir oft mit schwer beschädigten Schiffen zu tun“, sagt Peter Berdowski, CEO von Boskalis. „Aber wir haben noch nie ein so schlecht gewartetes Schiff gesehen wie das, das wir hier vorgefunden haben.“ Der Zustand des Safer verschlechterte sich derart, dass Umweltorganisationen und die Vereinten Nationen in den letzten Jahren unter anderem vor Lecks warnten. Laut Greenpeace konnte durch den Transfer des Öls „eine enorme Ölkatastrophe“ verhindert werden. Berdowski stimmt zu. Das zweite Schiff enthält mittlerweile den Großteil der knapp 200 Millionen Liter Öl, die letzten Reste sollen in der kommenden Woche abgeräumt und das Schiff gereinigt werden. Danach ist die Arbeit für Boskalis erledigt. NOS.nl

Kreta – Bei einem Felssturz in einer bei Wanderern beliebten Schlucht auf der griechischen Insel Kreta ist heute ein Urlauber schwer verletzt worden. Der Vorfall in der Schlucht von Samaria sei allen Anzeichen nach durch ein Erdbeben ausgelöst worden. ORF.at

Russland - Russland hat die Mondlandefähre Luna-25 erfolgreich gestartet. Um 1:11 Uhr niederländischer Zeit wurde die Rakete ohne Zwischenfälle von Wostotschny aus nahe der chinesischen Grenze im äußersten Osten Russlands abgefeuert. Es ist die erste russische Mission zum Mond seit 47 Jahren. Die russische Raumfahrtbehörde Roskosmos geht davon aus, dass die Rakete fünf Tage brauchen wird, um den Mond zu erreichen. Danach soll die Mondlandeeinheit am 23. August in der Nähe des Südpols des Mondes aufsetzen. Es wird ein Wettlauf gegen einen ähnlichen Mondlander aus Indien sein, der voraussichtlich am selben Tag in derselben Gegend landen wird. Die indische Rakete wurde am 14. Juli abgefeuert und braucht länger, um ihr Ziel zu erreichen. Das Kosmodrom Wostotschny (Космодром Восточный) ist ein russischer Weltraumbahnhof oberhalb des 51. nördlichen Breitengrads in der Oblast Amur im russischen Fernen Osten. Es soll die Abhängigkeit Russlands vom Kosmodrom Baikonur in Kasachstan verringern. Wostotschny liegt an der Wasserscheide der Flüsse Seja und Bolschaja Pjora, etwa 700 km vom Pazifischen Ozean. Das geplante Gesamtgebiet hat einen Durchmesser von etwa 30 km, also 551,5 km². Der nächste Bahnhof ist Ledjanaja und die nächste Stadt ist Tsiolkovski. NOS.nl

Schweiz - WHO fordert Preiserhöhung für Zigaretten-Packung – auf 23 Euro.

- Auf dem Nachrichtenkanal Telegram ist ein vertrauliches Dokument des Staatssekretariats für Wirtschaft Seco aufgetaucht. Das Seco bestätigt in den Tamedia-Zeitungen, dass das Papier echt ist. Darin ist von Plänen für einen Ringtausch von Panzern aus Schweizer Produktion die Rede, um die Ukraine im Krieg gegen Russland weiter zu unterstützen. Werner Salzmann ist Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerats. Für ihn ist es sehr problematisch, dass ein internes Dokument des Seco auf einem Nachrichtenkanal landet. Es zeigt, wie anfällig wir in der Schweiz auf solche Cyberangriffe sind. Wir hatten immer kritisiert, dass solche Geschäfte über Ringtausch eine Neutralitätsverletzung sind. Und wenn wir dieses Geschäft anschauen, das noch auf der Traktandenliste steht – mit den 25 Panzern für Deutschland, die auch eine Art Ringgeschäft darstellen – dann ist die Diskussion losgetreten. Das wäre eindeutig ein ähnliches Geschäft, wie wenn wir direkt an eine Kriegspartei liefern würden.

- Banken erhalten von der Nationalbank deutlich mehr Zins, als sie den Sparern zahlen. Sie kassieren dadurch Millionen.

Warum Gemüse in der Schweiz so teuer ist. Die teils sehr hohen Zölle auf Gemüse schützen die heimische Produktion, belasten jedoch Haushalte mit tiefen Einkommen.

- Putzpflicht für Boote gegen Quaggamuschel in der Zentralschweiz. Wer mit einem Boot auf den Vierwaldstättersee will, muss dieses zuerst putzen. Sonst drohen bis zu 10'000 Franken Busse. Sie ist gut 1.5 Zentimeter lang, weiß bis bräunlich und stammt ursprünglich aus Flüssen im Schwarzmeergebiet: die Quaggamuschel. Unterdessen macht sich diese Art auch in Schweizer Gewässern breit. Das hat Folgen für Tiere und Menschen. Die Muschel bringt die Nahrungskette im See durcheinander. Fische finden weniger Futter, die Ausbeute beim Angeln schwindet. Quaggamuscheln verstopfen aber auch Rohre zur Entnahme von Seewasser und können mit ihren spitzen Schalenteilen beim Baden zu Schnittverletzungen an den Füßen führen.

- Alles über den jährlich wiederkehrenden Sternschnuppen-Regen, und warum das faszinierende Schauspiel dieses Jahr üppig ausfallen könnte. Es ist wieder so weit: Die Perseiden kommen! Ab Mitte Juli und ganz besonders im August ist Sternschnuppenzeit. Die Zeit, in der Sternwarten zu Sonderanlässen einladen, die Wettervorhersage für die Nacht von größtem Interesse ist und manche eine geheime Wunschliste erstellen. Sternschnuppenregen, der jedes Jahr Mitte August seinen Höhepunkt hat. Zu dieser Jahreszeit durchkreuzt die Erde auf ihrem Weg um die Sonne die Laufbahn eines Kometen. Auch «109P/Swift Tuttle», so der Name des Kometen, umrundet die Sonne, braucht dafür allerdings 133 Jahre. Seine Reise bestreitet er nicht spurlos. Im Verlauf der Jahrhunderte hat «109P/Swift Tuttle» Teilchen verloren, die auf seiner Bahn verteilt sind. Durchläuft die Erde im August diese «Drecksbahn», trifft sie auf seine Trümmerteilchen. Sie bilden den

Meteorstrom, den wir «Perseiden» (sprich: Perse-iden) nennen. Wie wird aus «Kometendreck» eine Sternschnuppe? Die Staubteile, die «109P/Swift Tuttle» unterwegs verloren hat, sind nur wenige Mikrometer bis Millimeter klein. Sie sind aber auch unglaublich schnell. Dazu kommt, dass unsere Erde mit rund 20 000 km/h durch diese Staubbahn rast. Treten die rasenden Staubkörnchen in unsere Atmosphäre ein, schlagen sie Elektronen aus dem Sauerstoff und Stickstoff der Atmosphäre – die Atmosphäre wird ionisiert. Gehen die raus geschlagenen Elektronen zurück in die Sauerstoff- und Stickstoffatome, entsteht das Leuchten. Es sind also nicht die verglühenden Staubteilchen, die das Spektakel verursachen, es ist die ionisierte Atmosphäre. Ganz ähnlich, wie bei den Polarlichtern. Wo kann man die Perseiden sehen? Prinzipiell kann man die Perseiden überall sehen. Die Chancen sind auf dem Land jedoch höher als in der Stadt, wo es oft viel zu hell ist. Besonders empfiehlt sich eine Anhöhe mit freiem Rundumblick. Richten Sie ihren Blick gegen Osten. Suchen Sie das Sternbild Cassiopeia, besser bekannt als das «Himmels-W». Etwas darunter ist das Sternbild Perseus. Hier haben die Sternschnuppen ihren scheinbaren Ursprung, deshalb auch ihr Name. Blicken Sie aber auch ein wenig herum. Oft treten die Sternschnuppen auch hoch über Ihnen oder im Südwesten in die Atmosphäre ein. Als Alternative bietet sich der Besuch einer Sternwarte an, die jedes Jahr zur «Perseiden-Show» laden. Wann kann man die Perseiden sehen? Am meisten Kometenstaub trifft die Erde in der Nacht vom 12. auf den 13. August 2023. Schon in den Nächten davor und danach gibt es mehr Sternschnuppen als gewöhnlich. Auf dem Höhepunkt am Wochenende könnten bis zu 150 Sternschnuppen pro Stunde beobachtet werden. Realistisch ist das hierzulande aber nicht. Denn selbst hoch in den Bergen ist die Lichtverschmutzung zu groß, um wirklich alle Sternschnuppen zu sehen. Wie wird das Wetter in der Nacht? Laut Roman Brogli von der SRF Meteo Redaktion stehen die Vorzeichen gut, die eine oder andere Sternschnuppe zu erhaschen. In der ganzen Schweiz herrscht am Wochenende Hochdruckwetter, Wolken sollten selten sein. Vereinzelt Quellwolken in den Bergen sind möglich, meist aber nicht von langer Dauer. In der zweiten Nachthälfte können Schleierwolken aufziehen, aber auch sie sollten den Blick kaum trüben. Zum Sternschnuppen-Schauen vorteilhaft dieses Jahr auch der Mond: er geht erst um zwei Uhr auf, ist abnehmend, klein und nicht besonders hell.

- Eine Woche kein Zugverkehr im Gotthardtunnel wegen entgleistem Güterzug.
- Das Langstraßenquartier galt lange als Schandfleck in der Stadt. Mit Aufwertungsmaßnahmen habe die Stadt dazu beigetragen, dass sie heute ein Ort sei, an dem man leben möchte, sagt Stadtentwicklerin Anna Schindler. Das hat aber auch zur Folge, dass die Mieten steigen. Im Langstraßenquartier liegen sie mittlerweile über dem Durchschnitt der Stadt. SRF.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 14.08.2023

Argentinien – Die jährliche **Inflation bei über 115 Prozent**. Doch auch teure Restaurants sind gut besucht. SRF.ch

BR Deutschland – Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert Milliarden-Investitionen in die soziale Infrastruktur. Deutschland sei im Pflegenotstand und laufe auch auf eine Bildungskatastrophe zu, wenn nicht endlich mehr investiert werde, sagte DGB-Chefin Fahimi der dpa. Die Folge seien Risse im sozialen Zusammenhalt. Immer mehr Menschen lebten an der Armutsgrenze, einige wenige würden immer reicher. Um gegenzuhalten, sollte laut Fahimi der **Spitzensteuersatz von 42 auf 49 Prozent** und der Grundfreibetrag von knapp 11.000 auf 14.500 Euro jährlich angehoben werden. RBB.de

• Am vergangenen Mittwoch ist eine 15-Jährige von einem Tunesier in Halle (Saale), Sachsen-Anhalt, vergewaltigt worden. Laut einem Bericht von Junge Freiheit hatten **Polizei und Staatsanwaltschaft entschieden, den Fall der Öffentlichkeit vorzuenthalten**. Durch einen Bericht der Mitteldeutschen Zeitung wurde er am Wochenende aber dennoch bekannt. Die Polizei bestätigte den Fall und den Versuch der Vertuschung in Absprache mit der Staatsanwaltschaft. Der 29-Jährige soll die Schülerin zunächst in die Wohnung eines anderen Ausländers gelockt haben. Dort soll er sich an dem Mädchen so schwer vergangen haben, dass sie immer noch im Krankenhaus liegt. Der mutmaßliche Täter konnte festgenommen werden und befindet sich in Untersuchungshaft. In Berlin gab es erst kürzlich einen ähnlichen Fall, bei dem die Polizei die Vergewaltigungen an mehreren Mädchen im Görlitzer Park und am Schlachtensee der Öffentlichkeit verschwiegen hatte. Erst als die Fälle bekannt wurden, kam es zur Festnahme von drei Tatverdächtigen, jeweils 22-jährigen Afrikanern. MDR.de

England – Erste Asylbewerber ziehen auf Wohnschiff ein. Die ersten 50 Menschen werden im Hafen von Portland **in einer schwimmenden Unterkunft untergebracht**. SRF.ch

Frankreich – In einem Dorf an der französisch-deutschen Grenze ist ein 55-jähriger Deutscher wegen des Verdachts der Entführung, Folter und Vergewaltigung seiner Frau festgenommen worden. Die 53-jährige Frau, ebenfalls deutscher Staatsangehörigkeit, sagte der französischen Polizei, dass sie 2011 entführt, seither gefoltert und **in einer Wohnung in Forbach (in Lothringen) eingesperrt** worden sei. Das berichtet unter anderem die französische Zeitung Le Parisien. NOS.nl

Indien – Indiens Raumfahrtbehörde hat die ersten **Bilder des Mondes** veröffentlicht, die von der Raumsonde Chandrayaan-3 चंद्रयान-3 aufgenommen wurden, die am Samstag in die Mondumlaufbahn eingetreten ist. Die Bilder zeigen Krater auf der Mondoberfläche, die immer größer werden, je näher die Raumsonde kommt. Der Lander und der Rover von Chandrayaan-3 sollen am 23. August die Oberfläche erreichen. Im Erfolgsfall wird Indien das erste Land sein, das eine kontrollierte „sanfte Landung“ in der Nähe des Südpols durchführt. BBC.uk

Israel – Eine Umfrage einer wichtigen Fernsehstation in Israel besagt, dass rund jeder vierte Israeli über einen **Wegzug aus Israel** nachdenkt. Und es gibt Stimmen, die vor der Abwanderung von vielen Hightech-Firmen warnen. Israel-Kennerin Susanne Brunner sagt, was es damit auf sich hat. Es gibt zurzeit mehr Spekulationen über die Wahrscheinlichkeit, dass Firmen abwandern werden, als konkrete Anzeichen dafür. Das Beratungsunternehmen PwC Israel jedenfalls stellt fest, dass noch immer Milliarden von Dollar an Investitionen in die israelische Hightech-Branche fließen. Es gibt zwar diese Umfragen. Aber vom Erwägen bis zum tatsächlichen Auswandern ist es ein weiter Weg. Die Hightech-Branche ist der wichtigste Exportsektor Israels. 18 Prozent des Bruttoinlandproduktes machen Exporte aus. Geld macht die Branche vor allem mit dem Export von Militärtechnologie. Dass nun viele Hightech-Angestellte für mehr Demokratie demonstrieren, gleichzeitig aber keine Skrupel haben, Waffentechnologie und Überwachungssoftware an Diktaturen in der ganzen Welt zu liefern, ist ein Widerspruch. Darauf weisen die Befürworter der Justizreform hämisch hin. Die Israeli liefern die Technologie übrigens auch an autokratische Regime im Nahen Osten. Die Befürworter der Reform sagen, es sei unwahrscheinlich, dass dieser Wirtschaftszweig wegen Demokratiedefiziten so schnell zusammenbrechen werde. Israel hat eine breite Wirtschaft, es gibt viele kleine und mittleren Unternehmen. Es gibt Verwandte, die nicht mehr miteinander sprechen, und so ist es in der Armee und am Arbeitsplatz. Viele Firmen hüten

sich davor, ganz klar Position zu beziehen, um nicht noch Öl ins Feuer zu gießen. Der israelische Gewerkschaftsbund droht mit einem Generalstreik, wegen der Justizreform. SRF.ch

Italien – Die angebliche **Putin-Jacht Scheherasade wird umgebaut**, in der Marina von Carrara in der Toskana. Die 140 Meter lange Jacht mit 22 Gästekabinen, zwei Hubschrauberlandeplätzen und einem Spa soll einem sanktionierten Russen gehören. Die Finanzpolizei ordnete zum Zeitpunkt der Beschlagnahmung das Schiff jemandem zu, der Verbindungen zu „prominenten Elementen der russischen Regierung“ und anderen Leuten von der EU-Sanktionsliste hat, wie die Regierung in Rom damals mitteilte. Berichten zufolge ist Eduard Chudainatow (62), der Ex-Chef des russischen Ölkonzerns Rosneft, als Besitzer eingetragen.

- Erneut hat es in Oberitalien dermaßen viel gehagelt, dass im Hochsommer nicht nur Schneeschaufeln zur Beseitigung ausgepackt werden mussten. Betroffen war eine Reihe Gemeinden in der Region Friaul-Julisch Venetien, darunter Reana del Rojale. ORF.at

Japan – Am 6. August 1945 warfen US-Streitkräfte eine **Atombombe auf die japanische Stadt Hiroschima** ab, um das Land zur Kapitulation im Zweiten Weltkrieg zu zwingen. Rund 140'000 Einwohner Hiroschimas waren sofort tot oder starben in den nächsten drei Monaten an den Folgen der radioaktiven Verstrahlung. Zusätzlich litten Hunderttausende über Jahrzehnte an den Langzeitfolgen des Atombombenabwurfs. Am selben Tag protestierten Demonstranten in den Straßen von Hiroshima gegen die weltweite Verbreitung von Atomwaffen. Fat Man war der Deckname des Mark-3-Kernwaffen-Designs, das im Rahmen des Manhattan-Projektes von US-amerikanischen, britischen und kanadischen Wissenschaftlern entwickelt wurde. Die erste Kernwaffenexplosion der Geschichte am 16. Juli 1945, der Trinity-Test, beruhte auf diesem Entwurf. Eine Fat-Man-Bombe wurde am 9. August 1945 von einem US-amerikanischen B-29-Bomber der 509. Composite Group abgeworfen und explodierte um 11:02 Uhr über der japanischen **Stadt Nagasaki, die weitgehend zerstört** wurde. Die Bombe explodierte rund 550 Meter über dicht bewohntem Gebiet und entwickelte eine Sprengkraft von etwa 21 Kilotonnen TNT. Sie war nach der drei Tage zuvor abgeworfenen Little Boy die zweite – und zugleich letzte – in einem Krieg eingesetzte Atomwaffe. VESTI.ru

Jemen – In der südjemenitischen Wüste befindet sich im Wadi Hadramaut die Stadt Schibam (شيبام), wegen ihrer beachtlichen Skyline auch „**Wüstenchicago**“ genannt. Sie besteht aus Lehmbauten, die bis zu neun Stockwerke und 25 Meter hochragen und zum Teil 500 Jahren alt sind. Die Oberflächen müssen regelmäßig erneuert werden – aber sonst steht die Stadt da wie am ersten Tag, zuletzt wurde sie von der UNESCO zum Weltkulturerbe gekürt. Die Baubranche zeichnet für 37 Prozent der internationalen CO2-Emissionen verantwortlich. Lösungen wären: Renovieren statt neu zu bauen, leben auf kleineren Flächen pro Person und die Verwendung recycelter und alternativer Rohstoffe. Neben Holz wird da vor allem Lehm genannt. ORF.at

Kuba – Kubaner stehen Schlange für Essen, die **Wirtschaftskrise** verschärft sich durch die Folgen der Corona-Pandemie und anhaltende US-Sanktionen. NOS.nl

Liechtenstein – Liechtenstein will die Sonderstellung der römisch-katholischen Kirche als Landeskirche beenden. Andere Religionsgemeinschaften sind derzeit rechtlich schlechter gestellt. ORF.at

Marokko – Bei einem Verkehrsunfall in Asilal, 100 km östlich von Marrakesch, sind mindestens 24 Menschen ums Leben gekommen. Die Opfer waren in einem Kleinbus auf

dem Weg zu einem Markt in der Stadt Demnate. Lokalen Medien zufolge überschlug sich der Bus in einer Kurve und stürzte anschließend in eine Schlucht. Keiner der Insassen überlebte den Unfall. NOS.nl

Niger – General Tiani hat nicht die Absicht, den abgesetzten Präsidenten Bazoum auf seinen Posten zurückzubringen. Er verurteilt auch die gegen das Land verhängten **Sanktionen**. NOS.nl

- Anhänger der neuen Regierung in Niger versammelten sich am Donnerstag in der Hauptstadt Niamey, um **gegen die Sanktionen** zu protestieren, die nach dem Putsch letzte Woche gegen das Land verhängt wurden, und um sich gegen ausländische Einmischung zu wehren. Die Massenkundgebung findet anlässlich des 63. Jahrestages der Unabhängigkeit des Landes statt und ist eine Reaktion auf einen gemeinsamen Aufruf des Junta-Führers General Abdourahamane Tiani und einer Koalition zivilgesellschaftlicher Gruppen. Berichten zufolge wurde ein Teilnehmer gesehen, der ein Schild mit der Aufschrift „Es lebe Niger, Russland, Mali und Burkina Faso“ trug. Nieder mit Frankreich, der ECOWAS und der EU.“ „Wir werden eine Demonstration gegen alle Länder der ECOWAS und alle durchführen, die unmenschliche und unpopuläre Maßnahmen gegenüber Niger ergreifen“, wurde einer der Demonstranten von Reuters zitiert. Ein Demonstrant sagte gegenüber Al Jazeera, dass Nigers Hauptpriorität die Sicherheit sei, unabhängig davon, ob diese von „Russland, China oder der Türkei“ gewährleistet werde. Tiani, der frühere Chef der nigerianischen Präsidentengarde, war der Initiator des Staatsstreichs am 26. Juni und hat seitdem Präsident Mohamed Bazoum im Präsidentenpalast festgehalten. US-Präsident Joe Biden forderte am Donnerstag die sofortige Freilassung von Bazoum, das erste Mal, dass sich der amerikanische Führer zur Lage in Niger äußerte. In einer Erklärung, in der er der ehemaligen französischen Kolonie zu ihrer Unabhängigkeit gratulierte, sagte Biden, **Washington stehe „an der Seite des nigrerischen Volkes“**, da das Land vor einer „großen Herausforderung für seine Demokratie“ stehe. JA.qa
- Die Militärjunta schließt den Luftraum und warnt die Nachbarn vor einer Einmischung. SRF.ch

- **Algerien gegen eine militärische Intervention** in Niger nach dem Staatsstreich in diesem Land. Das sagte der Präsident des nordafrikanischen Landes vor Journalisten. Laut Präsident Tebboune könnte eine militärische Intervention „die **gesamte Sahelzone destabilisieren**“. Er sagte auch, dass Algerien „keine Gewalt gegen seine Nachbarn anwendet“. Algerien hat eine lange Grenze zu Niger. Der nigerianische Präsident Tinubu hatte gestern den Senat seines Landes um Unterstützung für eine solche Militärintervention gebeten. Doch die Parlamentarier forderten Tinubu auf, zunächst nach anderen gewaltfreien Lösungen für den Konflikt zu suchen. Der Senat verweist auf das „bestehende herzliche Verhältnis zwischen Nigerianern und Nigern“. NOS.nl

- Nigers militärische Rebellen, die die Macht im Land übernommen haben, haben sich an das russische private **Militärunternehmen Wagner** gewandt und um Unterstützung gebeten. Dies berichtet die Associated Press.

- Letzten Sonntag haben sich Zehntausende im Niger in einem Stadion in Niamey (2 Mio Ew.) zur Unterstützung der neuen Regierung versammelt. Einem in den Farben der französischen Flagge geschmückten Hahn, dem Symbol Frankreichs, wurde der Kopf abgeschlagen, um das Ende der französischen Herrschaft zu verdeutlichen. RFE.cz

- Frankreich und die EU haben die finanzielle Unterstützung für Niger eingestellt. [CNN.us](https://www.cnn.com)

- In Niger leben 24,4 Millionen Menschen, zwei von fünf leben in extremer Armut und müssen mit weniger als 2,15 Dollar pro Tag auskommen. BBC.uk

Pakistan. Bei einer **Zugentgleisung** in Pakistan sind mindestens 30 Menschen ums Leben gekommen. Etwa 80 weitere Passagiere seien bei dem Vorfall in der südlichen Provinz Sindh bei Nawabschah (نوابشاہ), dem Herzen von Sindh, verletzt worden. SRF.ch

Polen – An der Ölpipeline Druschba ist ein Leck entdeckt worden. Es befindet sich in der Nähe von Chodecz in Zentralpolen, teilt der Pipeline-Betreiber PERN mit. Seit dem Fund am Samstagabend würde kein Öl mehr durch die Röhre gepumpt. Die zweite Leitung funktioniere ohne Einschränkungen. Unklar blieben zunächst die Auswirkungen auf die Ölversorgung. Die Ursache werde derzeit untersucht, teilte PERN mit. Wann die Röhre repariert wird, ließ der Betreiber offen. Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung bestehe nicht. Die Druschba-Ölpipeline ist eine der größten der Welt und liefert russisches Öl in weite Teile Mitteleuropas – darunter nach Polen, Belarus, Ungarn, die Slowakei, die Tschechische Republik und Österreich. Auch Deutschland wurde darüber mit russischem Öl versorgt, wegen der Sanktionen gegen Russland bezieht Deutschland aber kein russisches Rohöl mehr. Bereits im Oktober hatte es ein Leck bei der Druschba-Pipeline in der Nähe der zentralpolnischen Stadt Płock gegeben. Die Druzhba-Pipeline (нефтепровод Дружба) ist die längste Ölpipeline der Welt (gefolgt von der Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline). Der russische Teil wird vom russischen Staatsunternehmen Transneft betrieben. Die Pipeline wurde 1964 von der Sowjetunion für den Transport von Erdöl aus dem europäischen Russland zu Orten westlich davon auf einer Länge von etwa 4'000 Kilometern gebaut. Das gesamte Verzweigungssystem umfasst 8'900 Kilometer Pipelines, 45 Ölpumpstationen und 38 Zwischenpumpstationen. Die Kapazität der Druschba-Pipeline beträgt 1,2 bis 1,4 Millionen Barrel pro Tag. Die Pipeline beginnt in Almetyevsk im südöstlichen europäischen Russland, wo sich Ölpipelines aus Westsibirien (Chanto-Mansia), dem Ural und dem Kaspischen Meer treffen, und verläuft von dort über Samara und Brjansk nach Masyr im Südwesten Weißrusslands, wo sich die Pipeline in einen Nord- und einen Südzweig aufteilt. Die nördliche verläuft über Polen nach Deutschland (49,8 Millionen Tonnen jährlich). Der südliche verläuft durch die Ukraine, die Slowakei und Tschechien bis nach Ungarn. Die Kapazität für das Ausland beträgt 66,5 Millionen Tonnen Öl jährlich. SRF.ch

Portugal – Papst in Portugal: **200'000 beten für Frieden** und offene Kirche. Franziskus hat im Wallfahrtsort Fatima eine Ansprache für Frieden gehalten. SRF.ch

Russland – Russland will erstmals seit fast 50 Jahren wieder eine **Mondmission** starten. Das gab heute die russische Raumfahrtbehörde Roskosmos bekannt. Es wäre die erste russische Mondmission seit 1976.

• **Vor 15 Jahren verstarb der Schriftsteller Alexander Issajewitsch Solschenizyn** Александр Исаевич Солженицын, * 11. Dezember 1918 in Kislowodsk, Oblast Terek; † 3. August 2008 in Moskau. Im Februar 1945 wurde Alexander Solschenizyn überraschend an der Front durch die militärische Spionageabwehr verhaftet und in das Moskauer Lubjanka-Gefängnis überstellt, weil er in Briefen an einen Freund Kritik an Stalin geübt hatte. Gemäß Artikel 58 des sowjetischen Strafgesetzbuches wurde er daraufhin ohne Gerichtsverhandlung zu acht Jahren Haft und folgende „ewige Verbannung“ verurteilt. 1957, während der Tauwetter-Periode, wurde Solschenizyn offiziell rehabilitiert und die Verbannung wurde aufgehoben. Man konnte angesichts seiner Krebserkrankung mit seinem baldigen Tod rechnen. Solschenizyn fand zunächst Aufnahme in der Bundesrepublik Deutschland bei Heinrich Böll; später lebte er in Sternenbergl im Ferienhaus des Zürcher Stadtpräsidenten Sigmund Widmer in der Schweiz. Im Jahr 1990 wurde Solschenizyn rehabilitiert und bekam seine sowjetische Staatsbürgerschaft zurück. Es erschien sein Buch Russlands Weg aus der Krise. Ein Manifest. 1991 wurde die noch schwebende Anklage gegen ihn aufgehoben; im selben Jahr zerfiel die Sowjetunion. Solschenizyn kehrte am 27. Mai 1994 nach Russland zurück. Immer deutlicher wurde er nun zum Befürworter der damaligen Politik Russlands und zu einer Leitfigur der national denkenden Kräfte Russlands. 1999 übte er mehrfach **Kritik am Einsatz der NATO** in Jugoslawien: „Unter den Augen der Menschheit ist man dabei, ein großartiges europäisches Land zu zerstören, und die zivilisierten Regierungen applaudieren. Schließlich traf er Putin zu einem Gespräch, bei dem sich beide über das Schicksal und die Größe Russlands

unterhielten. Solschenizyn wurde ein **Unterstützer von Wladimir Putin**, der sagte, er teile Solschenizyns kritische Sicht auf die Russische Revolution. Alle Söhne Solschenizyns wurden US-amerikanische Staatsbürger. Solschenizyn lehnte die Entwicklungen in Russland insbesondere unter Jelzin ab, weshalb er auch die von ihm angebotenen Staatspreise zurückwies. Gorbatschow schien ihm politisch naiv, unerfahren und verantwortungslos: „Das war keine Machtausübung, sondern ein sinnloser Verzicht auf Macht. Durch die Begeisterung des Westens fühlte er sich in dieser Verhaltensweise bestätigt.“ Boris Jelzin war seiner Meinung nach für den desolaten Zustand Russlands hauptverantwortlich, den er in seinem Buch Russland im Absturz dargestellt hatte. Die unter seinem Diktat durchgeführte Privatisierung führe zum „hemmungslosen Raub des russischen Reichtums“. Jelzin fördere außerdem separatistische Tendenzen und „ließ Beschlüsse verabschieden, die den russischen Staat in Stücke zerreißen sollten. Damit wurde Russland seiner wohlverdienten historischen Rolle und seiner Stellung auf dem internationalen Parkett beraubt. Was vom Westen mit lautstarkem Applaus quittiert wurde.“ Weiter plädierte Solschenizyn im selben Buch für die Annexion der Ost- und Südukraine durch Russland und warf der Ukraine „zügellose Ausdehnung auf Gebiete“ vor, „die **vor Lenin nie zur Ukraine gehört** hatten: die beiden Donezk-Provinzen sowie der gesamte südliche Gürtel Neuruslands (Melitopol-Cherson-Odesa) sowie die Krim“. Solschenizyn sah den Einfluss der USA als verhängnisvoll an und kritisierte ihren zynischen Pragmatismus, der zum Verlust des Vertrauens in die demokratischen Ideale beigetragen habe. Als besonderes, Russland nachhaltig prägendes Ereignis nennt er die Bombardierung Belgrads. Mit besonderer Sorge betrachtete er die Auflösung der Bindungen zwischen Russland, den Russen außerhalb der russischen Grenzen und der mit Russland früher verbundenen Länder, insbesondere der Ukraine. Er sah hier einen schädigenden Einfluss des Westens, der seine Wurzel in der mangelnden Bereitschaft und Fähigkeit hatte, den Unterschied zwischen Russland und der Sowjetunion wahrzunehmen. „Dazu kamen die Versuche der NATO Teile der zerfallenen UdSSR in ihre Sphäre zu ziehen, vor allem – was besonders schmerzlich war – die Ukraine, ein mit uns eng verwandtes Land, mit dem wir durch Millionen familiärer Beziehungen verbunden sind. Diese könnten durch eine militärische Bündnisgrenze im Nu zerschnitten werden.“ Der russische Schriftsteller Viktor Jerofejew (*1947) nannte Solschenizyn in einem Nachruf den „mutigsten Schriftsteller in der gesamten Geschichte Russlands“. Solschenizyn habe „allein gegen das sowjetische Imperium gekämpft“ und letztlich gesiegt.

- „Die **UdSSR ist nicht zusammengebrochen** und es gibt keine Dokumente, die bestätigen, dass die UdSSR aufgehört hat zu existieren. Drei Personen unterzeichneten ein Dokument über den angeblichen Zusammenbruch der UdSSR. Die Belowescher Vereinbarungen wurden am 8. Dezember 1991 bei Wiskuli in der Belowescher Heide durch die Staatschefs Stanislaw Schuschekewitsch für Belarus, Boris Jelzin für Russland und Leonid Krawtschuk für die Ukraine unterzeichnet. Drei Menschen können nicht für alle Republiken und für das ganze Land entscheiden! Außerdem existiert dieses Papier gar nicht! Es gibt ein Foto von diesem Dokument, es gibt eine Fotokopie, aber kein Originaldokument! Diese Angelegenheit kann nur vom Volk entschieden werden. Am 17. März 1991 stimmten beim gesamtunionischen Referendum 76 % der Bürger für den Erhalt der Sowjetunion. Die UdSSR hat niemandem einen einzigen Quadratcentimeter geschenkt, keine einzige Republik hat die UdssR verlassen. Folglich blieben alle in der UdSSR“, sagt Alexey Garanin, ein Bewohner eines abgelegenen Teils Russlands, der sich selbst als Bürger eines Landes betrachtet, das vor über 30 Jahren verschwunden ist. Die Anhänger der Bewegung weigern sich, Steuern zu zahlen, halten sich nicht an die russischen Gesetze und wollen nicht nach den Prinzipien einer kapitalistischen Gesellschaft leben. Sie erkennen den russischen Rubel nicht als offizielle Währung an und betrachten lediglich sowjetische Banknoten als legitim. Er verfolgt den offiziellen Wechselkurs der Staatsbank der UdSSR auf der Website der Zentralbank der Russischen Föderation (die Bank verwendet ihn zur

Berechnung internationaler Zahlungen für alte sowjetische Kredite). Der aktuelle Wechselkurs beträgt **55,5 sowjetische Rubel für 100 Dollar**. Die Bewegung gilt als extremistisch und ist in der Russischen Föderation verboten. (100 US\$ = 9'585 russische Rubel).

● **Mangel an Lkw-Fahrern**. In den letzten fünf Jahren sei der Mangel von 15 % auf 21 % gestiegen. In Zahlen ausgedrückt benötige die Branche etwa 60'000 weitere Fahrer. ● Die Financial Times berichtete am Sonntag, dass große europäische Unternehmen durch ihre Aktivitäten in Russland durch die Sanktionen des Westens direkte **Verluste in Höhe von mindestens 100 Milliarden Euro** erlitten hätten. Die Umfrage der Zeitung zu den Jahresberichten und Jahresabschlüssen 2023 von 600 europäischen Konzernen ergab, dass 176 Unternehmen Wertminderungen von Vermögenswerten, währungsbedingte Belastungen und andere einmalige Aufwendungen infolge des Verkaufs, der Schließung oder der Reduzierung von in Russland ansässigen Unternehmen verzeichneten. In dem Bericht wurde festgestellt, dass die größten Abschreibungen und Belastungen im Energiesektor verzeichnet wurden, wobei allein drei Energiegiganten – BP, Shell und TotalEnergies – Gesamtbelastungen in Höhe von 45 Milliarden US-Dollar meldeten. „Die Verluste wurden durch höhere Öl- und Gaspreise bei weitem ausgeglichen, was diesen Konzernen im vergangenen Jahr zu Rekordgewinnen von rund 104 Milliarden US-Dollar verhalf“, schrieb die FT und fügte hinzu, dass die Aktien von Verteidigungsunternehmen durch den Russland-Ukraine-Konflikt Auftrieb erhalten hätten. Laut der Umfrage erlitten die Versorgungsunternehmen einen direkten Verlust von 16 Milliarden US-Dollar, während Industrieunternehmen, darunter auch Automobilhersteller, einen Verlust von 15 Milliarden US-Dollar erlitten. Finanzunternehmen, darunter Banken, Versicherungen und Investmentfirmen, haben Abschreibungen und andere Belastungen in Höhe von über 19 Milliarden US-Dollar verzeichnet. Der Bericht zitierte auch Daten der Kiewer Wirtschaftsschule, aus denen hervorgeht, dass mehr als 50 % der 1'871 europäischen Unternehmen in Russland vor dem Konflikt immer noch im Land tätig sind. Dazu gehören die italienische UniCredit, die österreichische Raiffeisen, die schweizerische Nestle und die britische Unilever. VESTI.ru

Saudi-Arabien – In Dschidda haben am Wochenende Vertreter aus mehr als 40 Staaten über **Wege zur Beendigung des Ukraine-Kriegs** beraten. Das Treffen fand auf der Ebene der nationalen Sicherheitsberater statt. Für die Bundesregierung nahmen der außenpolitische Berater von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Jens Plötner, sowie die Politische Direktorin im Auswärtigen Amt, Tjorven Bellmann, teil. Saudi-Arabien, der weltweit größte Rohölexporteur, der in der Ölpolitik eng mit Russland zusammenarbeitet, hat seine Verbindungen zu beiden Seiten bekräftigt und versucht sich als möglicher Vermittler im Ukraine-Krieg zu positionieren. Das Treffen in Dschidda folgte auf Gespräche in Kopenhagen im Juni, die informell angelegt waren und zu keiner offiziellen Erklärung führten. Saudi-Arabien strebt **Vermittlerrolle** an. Es gab keine greifbaren Ergebnisse. TRT.tr

Schweiz – Wegen Nebel und **Schnee**: Sustenpass weiterhin gesperrt. Die Straße war am Wochenende wegen Steinschlag geschlossen worden. Nebel und Schnee verhindern die Aufräumarbeiten.

● 14-jähriger Border Terrier. Von Bern nach Genf: entlaufene Hündin legt 160 Kilometer zurück. «Lucky» ist am Montagabend im Kanton Bern ausgebüxt und am nächsten Morgen in Genf aufgefunden worden.

● Seit sich Pfadigründer Robert Baden-Powell in das Dorf und seine Natur verliebt hat, strömen jährlich tausende Pfadfinderinnen und Pfadfinder nach Kandersteg. Treffpunkt: das internationale Pfadizentrum. Vor 100 Jahren wurde es eröffnet – und hat seither das Dorf geprägt. «Die Pfadis mit ihren bunten Foulards, meist in Gruppen unterwegs, gehören zum

Kandersteger Dorfbild», sagt Gemeinderatspräsident René Mäder. Gar in den lokalen Sprachgebrauch haben es die Pfadis geschafft. «**Wir nennen sie im Dorf «Maggiwürfle»**. Das ist aber liebevoll gemeint», stellt Mäder klar. Der Grund für den Übernamen: «Früher kauften die Pfadigruppen jeweils viele Bouillonwürfel im Dorfladen ein. Das ist den Einheimischen aufgefallen und der Spitzname ist geblieben.»

- Schweizer Gäste machen den Unterschied. Die hiesige Hotellerie erholt sich weiter und steht sogar vor einem Rekordjahr
- Für das Bundesgericht ist Betteln keine Erwerbstätigkeit. Bettelnde aus Osteuropa müssen zurück in ihre Heimat. SRF.ch

Slowenien – Zwei Drittel des Landes sind von den Unwettern betroffen. Der Schaden wird nach ersten Schätzungen auf eine halbe Milliarde Euro beziffert. Das Schlimmste scheint jetzt vorbei zu sein, und das große Aufräumen hat begonnen. SRF.ch

Südkorea – Nach der außergewöhnlichen Hitze nun ein Taifun: Das Weltpfadfindertreffen geht vorzeitig zu Ende.

- Das nächste Weltjugendtreffen findet 2027 in Südkorea statt. SRF.ch

Swingstates – In der scheinbar bipolaren Weltordnung gibt es Länder, die sich weder dem US-dominierten «Westen» zuordnen noch fix an Russland oder China orientieren. Diese Länder nennt man «Global Swing States». Saudi-Arabien gehört dazu, ebenso wie Brasilien, Indien, Indonesien, Südafrika oder die Türkei. Sie spielen eine immer wichtigere Rolle in der Weltpolitik. SRF.ch

Türkei – Empörung in der Türkei über „Zurückziehen“ der Atatürk-Dokumentation von Disney+. Berichte, wonach die Dokumentation auf Druck einer armenischen Interessengruppe „abgesetzt“ wurde, bestätigt der Streaming-Dienst weder, noch dementiert er sie. NOS.nl

Ukraine – Hunderttausende Drohnen bestimmen Krieg in Ukraine mit. SRF.ch

- Washingtons Finanzhilfe für die Ukraine kann historisch nur mit dem Marshall-Plan verglichen werden – der Auslandshilfe für Westeuropa nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Inflationbereinigt finanzierte diese Initiative über einen Zeitraum von drei Jahren Wiederaufbaumassnahmen nach dem Krieg in Höhe von rund 150 Milliarden US-Dollar. Das Papier stellt fest, dass die Ukraine-Hilfe Washingtons die finanzielle Unterstützung für einige der traditionelleren ausländischen Partner der USA, wie Israel, das in den Jahren 2022 und 2023 8,6 Milliarden US-Dollar erhielt, und die 6,2 Milliarden US-Dollar, die zusammen an Ägypten und Jordanien geschickt wurden, bei weitem übersteigt im gleichen Zeitraum. Die USA kündigen ein **weiteres großes Finanzpaket für Kiew** an. Nach Angaben der Regierung verfügt das US-Verteidigungsministerium über ein **Jahresbudget von 1,77 Billionen US-Dollar**. RFE.cz

Ungarn – Es ist ein Fest, wie es Ungarns Ministerpräsident Orbán mag: das **Ősök Napja, ungarisch für Tag der Vorfahren**. Zehntausende Ungarn kehrten am vergangenen Wochenende zur jährlichen dreitägigen Veranstaltung zurück, um ihren Traditionen Tribut zu zollen. „Wir ehren unsere Vorfahren Árpád und Attila“, sagt István Bán, Mitglied der Organisation. „Dank ihnen leben wir jetzt im Karpatenbecken an der Donau.“ Auf einem Gelände in der Nähe der Stadt Bugac, am Rande der ungarischen Puszta, laufen die Pferde unruhig umher. Auch die Reiter, gekleidet in traditionelle Kleidung aus Pelz und Leder, sind nervös: In weniger als einer Stunde wird die große Kavallerie in der Attila Hun-Arena, dem Höhepunkt der Ősök Napja, aufbrechen. Ganze Familien schlendern über das Gelände mit Jurtenzelten und Wurstgrillständen. Großväter bringen ihren Enkeln bei, wie man mit der Peitsche schlägt. Schützen können in kleineren Zelten neue Bögen und Pfeile kaufen. Für

Mütter und Babys wurde eine spezielle „Entspannungsjurte“ eingerichtet. Zwischen der Jagdhundevorführung und der rituellen Falknerei wird der Kampf zwischen der nomadischen ungarischen Kavallerie von einst und der fränkischen und slawischen Infanterie nachgestellt. Für diejenigen, die nicht genug bekommen können, gibt es einen Vortrag eines Anthropologen über „die Beziehungen zwischen den Hunnen und anderen Eroberervölkern des Karpatenbeckens“. Die Veranstaltung wird von der Regierung Orbán finanziell unterstützt. Der ungarische Staatschef möchte sein Land für „die wahren Ungarn“ behalten und weigert sich, sich an Plänen für neue EU-Abkommen zur gemeinsamen europäischen Aufnahme von Migranten zu beteiligen. **„Ungarn will keine Migrationsquoten und darf niemals zu einem Land der Migrantenghettos werden“**, wiederholte er in den vergangenen Tagen auf seinen Social-Media-Konten. „Wir freuen uns sehr, dass die Regierung unser Festival finanziell unterstützt“, sagt Ósök Napja-Mitarbeiter István Bán. Sein jüngerer Cousin Norbert Bán, ein Wirtschaftsstudent, hilft mit. „Wir Ungarn sind einfach konservativer als der durchschnittliche Westeuropäer, auch was die Migrationspolitik angeht“, sagt er. Doch er ist überzeugt, dass „die meisten Europäer“ genauso grosse Schwierigkeiten mit der Ankunft von Migranten haben wie die Ungarn. „Der Unterschied ist: **In Ungarn kann man das offen sagen**. Wir haben also eine viel größere Meinungsfreiheit.“ Es gibt auch einen anderen Sound auf dem Festival. Krisztián Kovács-Pataki steht neben der Bühne, wo gerade ein Chor mongolischer Kehlkopfsänger begonnen hat. Im Alltag ist er Telekommunikationsingenieur in der ungarischen Stadt Tata. Heute kam er mit seinen Freunden in vollem frühmittelalterlichen Ornat, inklusive buntem Spitzhut, zum Feiern, während es 32 Grad hatte. „Es fühlt sich Jahr für Jahr großartig an, dies miteinander zu teilen“, sagt er. Unsere Vorfahren kamen einst als Neuankömmlinge hierher. Wir sind im Grunde Migranten.“ Während des Reitfinales in der Attila Hun-Arena sitzt auf der Tribüne unter den Würdenträgern der Mann namens Attila 2.0: András Zsolt Biró, Schöpfer und Festivalleiter des Ósök Napja. Sein blau-violettes Gewand funkelt in der Nachmittagssonne und manchmal schüttelt er theatralisch den Kopf, wodurch der pechschwarze Pferdeschwanz in seinem Nacken hin und her schwankt. Keine Sekunde lang verliert er den Säbel, der mit der linken Hand an seinem Hüftgurt baumelt, aus den Augen. Eingezwängt zwischen ungarischen Frauen in jungfräulichem Weiß verfolgt Biró die Show von mehr als hundert Reitern in Kampfausrüstung, die durch die Freiluftarena galoppieren. Ihm gefällt die Theorie vom Ungarn als „ursprünglichem Einwanderer“, der sich seinen Weg in das heutige Mitteleuropa erkämpft habe. „Wir Ungarn waren Nomaden, keine Migranten.“ NOS.nl

USA – Der **Hype um den Film «Barbie»** bestätigt sich auch in Zahlen – er hat bereits eine Milliarde Dollar eingespielt.

- Hakan Kayal ist Professor für Raumfahrttechnik an der Universität Würzburg. Zu seinem Aufgabengebiet gehört unter anderem die **Suche nach außerirdischer Intelligenz**. Vor einem Ausschuss des US-Repräsentantenhauses fand in der vergangenen Woche denn auch eine Anhörung statt. Zwei frühere Militärpiloten und ein ehemaliger Geheimdienstmitarbeiter berichteten von Sichtungen nicht identifizierter Flugobjekte. Die Wissenschaft spricht heute nicht mehr von unbekanntem Flugobjekten («Unknown Flying Objects», UFOs), sondern von unbekanntem Himmelsphänomenen («**Unidentified Aerospace Phenomena**», **UAP**»).

- Die russische Opern-Sängerin Anna **Netrebko verklagt die Metropolitan Oper** in New York (Met) auf Schadenersatz in Höhe von mindestens 360'000 Dollar (etwa 314'000 Franken). Die Star-Sopranistin reichte übereinstimmenden US-Medienberichten zufolge am Freitag in New York eine Klage ein. Diese folgt auf die Einstellung der Zusammenarbeit als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine. Das Opernhaus wies die Anschuldigungen zurück, die Klage habe «keinen Wert», hieß es in einer Mitteilung.

- Chicago, die drittgrößte Stadt in den USA, wurde auf einem flachen Feuchtgebiet gebaut, direkt an einem der größten Seen der Welt. Der **Kampf gegen Hochwasser und verschmutzte Gewässer** hat eine lange Geschichte. Früher war es auch ein Kampf gegen

Krankheiten wie Typhus oder Cholera. Das Abwasser und Industrieabfälle wurden damals, bevor es Kläranlagen gab, mitsamt Krankheitserregern in den Chicago River geleitet, der dieses unappetitliche Gemisch in den Lake Michigan trug, von wo die Stadt bis heute ihr Trinkwasser holt. Schwimmende, solarbetriebene Geräte mischen Sauerstoff in die Brühe, um den Gestank zu vermindern, der hier, hoch oben auf den Wänden des Beckens, nur schwach wahrnehmbar ist. «Unter unseren Füßen verläuft ein Tunnel mit einem Durchmesser von etwa zehn Metern, der hier in das Reservoir mündet», erklärt Patrick Jensen. Der Bauingenieur ist spezialisiert auf Chicagos Tunnel und Reservoirs und arbeitet für den «Metropolitan Water Reclamation District of Greater Chicago», der das System betreibt. Das «McCook Reservoir» soll dereinst fast 40 Milliarden Liter aufnehmen können und wird damit zum größten Bauwerk seiner Art. Es ist eins von insgesamt drei Reservoirs rund um Chicago und bildet die letzte Baustufe in einem ambitionierten Mehrgenerationenprojekt. Die Reservoirs gehören zu einer Art Megakanalisation, die als eins der weltweit größten Tiefbauprojekte gilt. Der «Tunnel and Reservoir Plan» (TARP), oder kurz «Deep Tunnel», ist längst in Betrieb, ganz fertig soll er aber erst 2029 werden.

- **Erste Wal-Art vor dem Aussterben:** nur noch 10 Vaquitas weltweit. Die Internationale Walfangkommission hat vor dem Aussterben der Kalifornischen Schweinswale – den Vaquitas – gewarnt. SRF.ch

- Aus der Stadt Washington, dem Sitz der Weltbank, wird berichtet, dass Russland Ende letzten Jahres die Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich seiner in Kaufkraftparität berechneten Wirtschaftskraft überholt hat und jetzt zu den fünf führenden Volkswirtschaften der Welt gehört. RT.ru

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 09.08.2023

Albanien – Archäologische Sensation. Forscher finden die **älteste Seeufersiedlung Europas** in Albanien. Im Ohridsee in Albanien haben Angehörige der Universität Bern eine knapp 8000 Jahre alte Pfahlbausiedlung gefunden. SRF.ch

Australien – Die Ureinwohner werden in der 1901 geschaffenen Verfassung Australiens nicht erwähnt. Erst 1967 wurden ihnen überhaupt Bürgerrechte eingeräumt. Von großen Teilen der weißen Mehrheit in Australien wird die indigene Bevölkerung nach wie vor ausgegrenzt, obwohl sie das Land schon seit zehntausenden Jahren besiedelt hat. Nach der Ankunft der «First Fleet» (Erste Flotte) aus Grossbritannien 1788 und der darauffolgenden Kolonisierung des Kontinents wurden viele Jahrzehnte lang Kinder von Aboriginals ihren Eltern entrissen. Die «gestohlene Generation» wuchs in Heimen oder bei weißen Familien auf. Im Herbst wird in Australien über ein Referendum abgestimmt. Wird es angenommen, würden die Aboriginal, **die ersten Bewohner des Kontinents, erstmals in der Verfassung erwähnt**. Zudem würde ein neues Gremium für die Aboriginal geschaffen. Dieses soll Regierung und Parlament künftig in Fragen beraten, die die indigene Bevölkerung besonders betreffen – zum Beispiel in der Gesundheitsversorgung oder beim Wohnungsbau. SRF.ch

Bangladesch – Ein halbes Jahr **vor den Wahlen** ist die Stimmung ☹️ geladen. Die Regierung von Frau Sheikh Hasina Wajed শেখ হাসিনা ওয়াজেদ (75) schlägt zunehmend härter zurück. Anfang dieser Woche in der bengalischen Hauptstadt Dhaka: Tausende Anhänger der islamistischen Oppositionspartei Bangladesh Nationalist Party (BNP) fordern faire, freie Wahlen und den Rücktritt der Regierungschefin. Wenige Tage zuvor kommt bei

landesweiten Protesten gegen die Regierung ein Aktivist ums Leben, Hunderte werden nach Angaben von Amnesty International verletzt. Das ist keine Seltenheit in Bangladesch. Rund sechs Monate vor den geplanten Wahlen nimmt die Nervosität bei Regierung und Opposition merklich zu. Die Lage sei sehr besorgniserregend, sagt der Ökonom Debapriya Bhattacharya, ehemals UNO-Botschafter in Genf. SRF.ch

Bolivien – Die Potosí, die mehrere Jahrhunderte lang das Zentrum des kolonialen Amerikas war, steht seit 1987 auf der Liste des UNESCO-Weltkulturerbes. Die Gemeinde kämpft darum, dieses Erbe zu bewahren, und im Jahr 2014 wurde die Stadt zur **Liste des gefährdeten Welterbes** hinzugefügt. In Potosí taucht die glorreiche Vergangenheit der Stadt an jeder Ecke des Stadtzentrums auf. Kirchen im andinen Barockstil, neoklassizistische Wohnhäuser, Casa de la Moneda, alles erinnert uns daran, dass Potosí in der Kolonialzeit das Zentrum Amerikas war. Die auf 4'000 Metern über dem Meeresspiegel gelegene Andenstadt wird vom imposanten Cerro Rico – dem reichen Berg – dominiert, der auf 4'780 Metern über dem Meeresspiegel gipfelt. Im 16. Jahrhundert wurden auf der Oberfläche des Cerro Rico wichtige Silberadern entdeckt. Es brauchte nicht viel, bis die Spanier 1545 Potosí gründeten und mit der Gewinnung des Edelmetalls durch Ausbeutung der indigenen Bevölkerung begannen. Die Stadt ist reich, die Bergbauindustrie stark und seit mehreren Jahrhunderten überschüttet Potosí die spanische Krone mit Silber. RFI.fr

• Gross angelegte Fahndung nach flüchtigem Drogenbaron in Bolivien. **Sebastián Enrique Marset Cabrera (31)** aus Uruguay ist nach Angaben der örtlichen Behörden um die Welt gereist, um seiner Verhaftung zu entgehen, doch sie wären ihm nun auf den Fersen. NOS.nl

Brasilien – Der **älteste Mensch der Welt** ist im Alter von 127 Jahren in Brasilien gestorben. Das berichtet die Daily Mail. Nach Angaben des Standesamts der örtlichen Gemeinde wurde José Paulino Gómez am 4. August 1895 geboren. Im letzten Monat seines Lebens war der Mann bettlägerig und starb am 28. Juli in seinem Haus am Corrego do Café in Pedra Bonita, Minas Gerais an multiplem Organversagen, nur wenige Tage vor seinem 128. Geburtstag. Sein ganzes Leben lang beschäftigte sich der Mann mit der Tierhaltung und hörte erst vor vier Jahren mit dem Reiten auf. Er hinterlässt sieben Kinder, 25 Enkel, 42 Urenkel und 11 Ururenkel. CNN.br

China – Im Norden Chinas regnet es seit Tagen ununterbrochen. Mehrere Dutzend Menschen werden in der Region Peking vermisst. SRF.ch

• Der Zoo von Hangzhou 杭州 hat zu einem kuriosen Dementi ausrücken müssen: Nein, die Bären des Tierparks sind echt und keine **Menschen in Bärenkostümen**. Ursache waren Fotos und Videos von Malaienbären in sozialen Netzwerken, die Anlass zur Spekulation gaben. NOS.nl

BR Deutschland – Vor fünf Jahren wurden im sibirischen Permafrost **46'000 Jahre alte**  **Fadenwürmer** entdeckt, die danach wieder aufgetaut sind und sich wieder vermehrt haben. Die Würmer produzieren einen speziellen Zucker und bilden eine Dauerlarve, wie das Team um Teym uras Kurzchalia vom Max-Planck-Institut (MPI) für molekulare Zellbiologie und Genetik in Dresden in der Fachzeitschrift „Plos Genetics“ schreibt. Es entdeckte zudem, dass die Fadenwürmer, die im dauerhaft gefrorenen Boden Sibiriens gefunden worden waren, einer bisher unbekanntem Art angehören. „Unsere Forschung zeigt, dass Fadenwürmer Mechanismen entwickelt haben, die es ihnen ermöglichen, ihr Leben über geologische Zeiträume hinweg zu erhalten“. Die Fadenwürmer (Nematoda, von altgriechisch νῆμα nema, ‚Faden‘) oder Älchen genannt, sind ein sehr artenreicher Stamm des Tierreichs. Es soll 10 Millionen Arten geben. Einer Schätzung zufolge stellen sie etwa 80 % aller vielzelligen Tiere. ORF.at

- Deutschlands Kinderärzte warnen vor zu viel Internetkonsum. Verbandspräsident Fischbach sagte der „Neuen Osnabrücker Zeitung“, früher als mit 12 Jahren sollten Kinder kein Smartphone haben.
- Nach knapp zwei Monaten ist die Bergung eines in der Mündung der Trave nahe dem deutschen Lübeck entdeckten, rund 400 Jahre alten **Frachtseglers aus der Spätzeit der Hanse** abgeschlossen worden.
- Im Jahr 2022 hatten mehr Deutsche **nicht genug Geld für Mahlzeiten** aus Fleisch, Fisch, Geflügel oder einem vegetarischen Äquivalent, laut Eurostat.
- Das brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege hat den Bund aufgefordert, den geplanten Abriss des historischen **Generalhotels** am Flughafen BER in Schönefeld noch einmal zu überdenken. Das Gebäude sei in Ordnung, sagte Landeskonservator Drachenberg am Abend rbb24 Brandenburg Aktuell. Man solle überlegen, ob es nicht doch noch eine Chance für das Haus gebe. Nach Angaben der zuständigen Bundesanstalt für Immobilienaufgaben soll der Abriss Anfang September beginnen. Die Fläche wird demnach für den Betrieb der Regierungsflugstaffel benötigt. Im Generalshotel wurden früher Repräsentanten der Sowjetunion und Staatsgäste der DDR empfangen. RBB.de
- Die Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht schaut nach der jüngsten Prognose des IWF voller Sorge auf die Wirtschaftsaussichten Deutschlands. Mit den antirussischen Sanktionen im Ukraine-Konflikt hat der Westen – vor allem Deutschland – aus Sicht der Politikerin sich nur ins eigene Bein geschossen. SNA.ru
- Wer seinen Blick diese Woche durch die Regale der deutschen Supermarktkette Penny wandern lässt, staunt nicht schlecht: Statt Schnäppchen gibt es nämlich **saftige Preisaufschläge** – und ein schlechtes Gewissen. So verlangt der Discounter bei neun ausgewählten Produkten die «wahren Preise» und verrechnet dabei auch die Umweltkosten, die bei der Produktion der Lebensmittel entstehen. Die «wahren Preise» haben Forscher der Universität Greifswald und der Technischen Hochschule Nürnberg errechnet. In Anlehnung an die Klimabewegung «Fridays for Future» spricht Penny dabei von «Food for Future». SRF.ch *(Anm.: „Forschende“ durch grammatikalisch richtig „Forscher“ durch Red. ausgetauscht)*

El Salvador – Seit 2019 regiert **Nayib Bukele (42)** in El Salvador. Der Präsident ist äußerst populär – und will 2024 nochmals antreten. SRF.ch

Europa – Euclid – benannt nach dem antiken Mathematiker Euklid von Alexandria – ist ein Weltraumteleskop der ESA, das im Rahmen des Programmes Cosmic Vision 2015–2025 zur **Erforschung der Dunklen Energie** und Dunklen Materie entwickelt wurde. Dafür messen zwei Instrumente im sichtbaren Licht bis zum nahen Infrarot im Wellenlängenbereich von 550 bis 2000 nm. Das Weltraumteleskop begann am 1. Juli 2023 mit einer Falcon-9-Rakete des privaten Raumfahrtunternehmens SpaceX seine Reise^[2] und soll nach etwa 30 Tagen seinen Zielort, den zweiten Lagrange-Punkt (kurz L2) im Erde-Sonne-System, erreichen. Nun hat sie erste Testbilder geliefert – und die beteiligten Experten zeigen sich begeistert. [euclid-ec.org/](https://www.euclid-ec.org/) DW.de

Finnland – Zur Begrenzung der Ausbreitung der Vogelgrippe auf Pelzfarmen werden in Finnland **Zehntausende Pelztiere getötet**. Nach Behördenangaben wurden entsprechende Anordnungen zur Keulung der Nerze bisher für drei Pelztierfarmen erlassen. Der finnische Rundfunk sprach gestern Abend von schätzungsweise 70'000 Pelztieren, die getötet werden müssten, darunter 30'000 Nerze und 40'000 Füchse. Diese Zahlen dürften noch steigen. OYR.fi

Frankreich – Räuber stehlen in Paris Schmuck im Wert von mehr als 10 Millionen Euro. Die französische Zeitung Le Parisien erfuhr aus einer dem Juwelier Piaget nahestehenden Quelle, dass das Geschäft keine Sicherheitstüren hatte. NOS.nl

Georgien – Das **Kreuzfahrtschiff Astoria Grande** mit rund 800 überwiegend russischen Passagieren an Bord stieß auf Proteste, als es am frühen 31. Juli auf dem Rückweg von Istanbul im georgischen Schwarzmeerhafen Batumi ankam. Sputnik berichtet unter Berufung auf Daten der Kreuzfahrtvertriebsagentur, dass die Astoria Grande, die regelmäßige Kreuzfahrten vom russischen Hafen Sotschi über Batumi nach Istanbul organisiert, nicht mehr im georgischen Hafen anlegen wird. RFERL.cz

Indien – Starkstromleitungen in Rajasthan führen zu Vogelsterben. Auch Anwohner protestieren. Auch Kinder gefährdet. Hochspannungsleitungen von Solaranlagen in Rajasthan und Gujarat liegen oft in der Flugbahn von Vögeln, was dazu führe, dass sie mit ihnen oft tödlich kollidieren. In einem Schritt, der Solarstromprojekten in Rajasthan zugute kommt, aber möglicherweise die Bemühungen behindern könnte, die Region für die **gefährdete Großtrappe** sicher zu machen, hat die Central Electricity Authority (CEA) – Indiens oberste Stromregulierungsbehörde – vorgeschlagen, nur Stromleitungen unter 33 KV in den Untergrund zu verlegen und den Rest mit Vogelabwehrvorrichtungen auszustatten, aus Kostengründen. Naturschützer haben Einwände gegen den Vorschlag, der Schritt könnte zum Aussterben der Großtrappe führen. NOS.nl

Iran – Der Iran und Belarus haben ein **Rüstungsabkommen** vereinbart. Die Verteidigungsminister beider Länder unterzeichneten heute in Teheran eine entsprechende Kooperation, wie die staatliche Nachrichtenagentur IRNA berichtete. „Belarus nimmt in der iranischen Außenpolitik einen besonderen Platz ein“, zitierte IRNA den iranischen Minister, Mohammed Resa Aschtiani. VOIRI.ir

Italien – Italiens Politik verkündet schlechte Nachrichten gerne im Sommer. Die Bürger sind in den Ferien oder zumindest am nahen Strand und werden auf dem falschen Fuß erwischt. So auch jetzt: Rund 170'000 Bezügerinnen und Bezüger des «Reddito di cittadinanza», eines **Bürgergelds für besonders Bedürftige**, haben in diesen Tagen per SMS den Bescheid erhalten, dass sie keine Unterstützung mehr kriegen. Die Aufregung ist groß im Land. Zum Beispiel in Neapel, wo besonders viele Menschen vom Reddito abhängig sind, gab es einen Ansturm auf die Sozialämter. Aber auch Bürgermeister von links und rechts zeigten sich verärgert, weil sich viele an die Kommunen wandten, obwohl Rom für den Reddito zuständig ist. Rom wiederum kann zu Recht sagen, dass diese Einstellung angekündigt war. SRF.ch

- Neros (37–68) Privattheater in Rom entdeckt. In Italien haben Archäologen einen antiken Fund im Garten eines zukünftigen Hotels gemacht: An der Via della Conciliazione, die vom Tiber-Ufer in Rom zum Petersplatz führt, wurden die Reste eines antiken Theaters entdeckt, das von Kaiser Nero stammen soll. ORF.at

Katar – Die USA und Vertreter der radikalislamischen Taliban aus Afghanistan sind in Katar zu zweitägigen Gesprächen zusammengekommen. Die Regierung in Washington sei offen für weitere technische **Gespräche mit den Taliban** über wirtschaftliche Stabilität und den Kampf gegen den Drogenhandel, teilte das US-Außenministerium gestern nach den Gesprächen in Doha mit. Das Ministerium äußerte sich positiv über die verbesserten Finanzdaten des Landes, einschließlich der niedrigeren Inflation, und den Rückgang des Schlafmohnanbaus in Afghanistan. SRF.ch

Mexiko – Mexiko sei nur dann bereit, an den bevorstehenden von Saudi-Arabien ausgerichteten **Friedensgesprächen mit der Ukraine** teilzunehmen, wenn beide Seiten des Konflikts dazu bereit und in der Lage seien, sagte der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador. Nicht ohne Russland. XEW.mx

Myanmar (Burma) – Junta-Chef General Min Aung Hlaing (မင်းအောင်လှိုင်, 67) hat die für August angesetzten **Wahlen ausgesetzt** und den Ausnahmezustand um weitere sechs Monate verlängert. Als Grund für die Verschiebung der Abstimmung nannte er die anhaltende Gewalt. ORF.at

Niger – Der tschadische Präsident steht an der Spitze der **Vermittlungsbemühungen**, während das Militär im benachbarten Niger die Macht übernimmt. NOS.nl

- Burkina Faso und Mali warnen Ecowas und Frankreich vor militärischem Eingreifen. Die beiden Länder kündigen als Antwort auf eine allfällige **Intervention** militärische Maßnahmen an.

- Das US-Militär ist nicht in der Lage, Drohnen von einem **Stützpunkt bei Agadez** aus zu fliegen, weil der Luftraum des Landes nach einem Putsch zum Sturz der Regierung Ende Juli gesperrt wurde, sagte ein US-Beamter. Der Bau der als „Nigerian Air Base 201“ bekannten Anlage kostete 110 Millionen US-Dollar und verfügt über eine 2 km lange Start- und Landebahn für MQ-9 Reaper sowie bemannte Flugzeuge. Das US-Militär begann im November 2019 mit der Durchführung von Drohnenflügen von der Basis aus. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums waren etwa 1'100 US-Soldaten im Niger stationiert. SRF.ch

Österreich – Keine FPÖ-Abgrenzung zu Identitären. Die **Identitäre Bewegung** ist eine europaweite ideologische Protestbewegung, die sich für die Bewahrung der nationalen Identität jedes Landes innerhalb seiner nationalen Grenzen einsetzt. Jede Nation sollte in der Lage sein, ihre eigene Identität zu bewahren. Insbesondere Massenmigration und Islamisierung werden als Bedrohung für die westliche Kultur und Stabilität angesehen. Menschen plädieren oft für eine Rückkehr zu traditionellen Werten der westlichen Welt, wie der christlichen Lehre der Vorkriegszeit und der klassischen Familie. Bei Zusammenkünften geht es oft um die Sorge, die eigene Kultur zu verlieren.

- Ein **Reisebus aus Rumänien** samt Anhänger ist am Freitag in der Früh auf der Wiener Außenringautobahn (A21) bei Klausen-Leopoldsdorf ausgebrannt. „Alle 61 Personen konnten sich rechtzeitig retten, uns sind keine Verletzten bekannt“.

- Laut ÖAMTC hat sich ein Liter Super vom Anfang des Monats Juli bis zum Ende um neun Cent auf 1,64 Euro verteuert. Der **Anstieg bei Diesel** fiel mit zehn Cent noch höher aus: Ende Juli zahlte man an den Tankstellen 1,60 Euro für den Liter. Vergleicht man die Durchschnittspreise von Juni mit jenen des Julis, so zeigt sich bei Diesel ein Anstieg von 1,507 auf 1,550 Euro je Liter und bei Benzin von 1,569 auf 1,574 Euro. ORF.at

Peru – Ein ausgestorbener Wal ist womöglich das schwerste Tier, das jemals auf der Erde gelebt hat. Ein Forschungsteam untersuchte die rund 39 Millionen Jahre alten Knochen, die in Peru gefunden wurden – daraus konnten Skelett und Körpermaße rekonstruiert werden. Der Fund zeige außerdem die Evolution der Wale in einem neuen Licht. Das **Gewicht des Tieres werde auf 85 bis 340 Tonnen geschätzt**. ORF.at

Philippinen – Nach jahrelangem Stillstand wollen die Europäische Union und die Philippinen die Gespräche über ein **Freihandelsabkommen** wieder aufnehmen. Darin liege ein „enormes Potenzial“ für beide Seiten, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen heute bei einem Besuch in der Hauptstadt Manila. Die Vorbereitungen sollen ihren Angaben zufolge sofort beginnen. Die EU hatte bereits 2015 Freihandelsgespräche mit den Philippinen aufgenommen. ORF.at

Polen – Getreidestreit: Die **Verstimmung zwischen Polen und der Ukraine** mit der gegenseitigen Einbestellung der Botschafter wirkt nach. Die Ukraine müsse sich im Klaren sein, dass es für Polen deutlich schwieriger werde, die Unterstützung fortzusetzen, wenn es zu „solchen Streitigkeiten“ komme. ORF.at

Portugal – Papst Franziskus ist bei seiner fünftägigen Reise durch Portugal in der Hauptstadt Lissabon eingetroffen. Anlass ist der Weltjugendtag der römisch-katholischen Kirche, zu dem rund eine **Million Gläubige erwartet** werden. In einer Rede hat der Papst einen eindringlichen Appell an Europa gerichtet, gemeinsam die Probleme der Welt zu lösen. Nach seiner Ankunft in Lissabon hat sich Papst Franziskus mit dem portugiesischen Staatspräsidenten Marcelo Rebelo de Sousa zur offiziellen Willkommenszeremonie im Amtssitz Palácio Nacional de Belém getroffen. SRF.ch

Russland – Russland hat heute den Start von **Militärübungen in der Ostsee** verkündet. Das Manöver „Ocean Shield 2023“ sei unter Beteiligung von mehr als 30 Kampf- und anderen Schiffen, 20 Unterstützungsschiffen, 30 Flugzeugen und rund 6'000 Militärangehörigen gestartet, so das russische Verteidigungsministerium. Das Ziel der Übungen sei die Überprüfung der „Fähigkeit der Militärflotte, Russlands nationale Interessen zu verteidigen“. ORF.at

- Die **Grundursache für die aktuellen Probleme** auf den globalen Nahrungsmittel- und Energiemärkten liege nicht im Ukraine-Konflikt, sondern in der Coronavirus-Pandemie, sagte Russlands Präsident Wladimir Putin. In seiner Rede auf dem Russland-Afrika-Gipfel verwies Putin auf die finanz- und energiepolitischen Entscheidungen, die die USA und die EU-Staaten während der Pandemie 2020–2021 getroffen haben. Zahlreiche Länder entschieden sich während des Lockdowns dafür, ihre Wirtschaft und Bevölkerung durch das Drucken von mehr Geld zu unterstützen, was laut Putin ein Fehler war. „Die USA haben enorm viel Geld geschaffen, und das Gleiche gilt für die Länder der Eurozone, wenn auch in etwas geringerem Umfang. Sie nutzten dieses Geld, um Lebensmittel auf den Weltmärkten aufzukaufen, und in der Folge schossen die Preise in die Höhe“, erklärte der russische Staatschef. Putin warf dem Westen außerdem eine „kurzsichtige Energiepolitik“ vor, die darin besteht, fossile Brennstoffe zu meiden und nicht in den nicht erneuerbaren Energiesektor zu investieren und stattdessen auf alternative Energiequellen zu setzen, die noch nicht weit genug fortgeschritten sind, um die Nachfrage zu decken. Laut Putin hat dies zu einem Anstieg der Energie- und Düngemittelpreise geführt. „Sie haben einen Fehler nach dem anderen gemacht. Das waren grundlegende Dinge, die die Lebensmittelmärkte, Düngemittelmärkte und Energiemärkte erschütterten. Dies ist die Hauptursache für steigende Preise. Es ist klar, dass die aktuellen Ereignisse in der Ukraine diese Prozesse in gewissem Masse fördern, aber sie sind nicht die eigentliche Ursache. Die Hauptursache liegt in den Fehlern, die die entwickelten Länder in ihrer Finanz- und Energiepolitik gemacht haben“, schloss der russische Staatschef.

- Russische Wissenschaftler konnten **an der Antarktisstation Wostok**  **Wassermelonen anbauen**: Polarforscher ernteten acht Früchte aus sechs Pflanzen verschiedener Sorten. Die Studie sei von Spezialisten aus St. Petersburg durchgeführt worden, berichten Medien unter Berufung auf den Pressedienst des Arktis- und Antarktisforschungsinstituts. Die Hauptschwierigkeit für Spezialisten bestand darin, dass Insekten nicht zur Bestäubung eingesetzt werden konnten. Männliche und weibliche Wassermelonenblüten können sich nur zwei Tage lang öffnen, für Polarforscher war es notwendig, dass dies gleichzeitig geschah. Im Mai wurden die Pflanzen erfolgreich bestäubt und im Juli konnten die ersten Früchte geerntet werden. Die Wissenschaftler nutzten auch einen speziell für dieses Experiment entwickelten phytotechnischen Komplex. Dabei wurden ein Bodenersatz, Nährlösungen und ein spezielles, sonnennahes Lichtspektrum verwendet. Wissenschaftlern des Russischen Instituts für Molekulare Zellbiologie und Genetik unter der Leitung von Professor Teimuras Kurchalia gelang es zuvor, den **Nematodenwurm**  **wiederzubeleben**. Es befand sich 46'000 Jahre lang in einem Zustand der Kryptobiose in einer Tiefe von 40 m **im sibirischen Permafrost**. Nach vorläufigen Daten der Analyse gehören die wiederbelebten Nematoden zu einer längst ausgestorbenen Art: Sie lebten zur Zeit der Mammuts.

- Ein Mann hielt ein Mädchen 14 Jahre lang in einem Haus in der Nähe von Tscheljabinsk gefangen. Nach Angaben des IC traf der Mann das Opfer in Tscheljabinsk und lud sie zu einem Drink in sein Landhaus ein. Sie stimmte zu und wurde **14 Jahre lang gefangen gehalten**. Ihr gelang die Flucht, als sich die psychische Störung des Mannes verschlimmerte – er wurde in eine psychiatrische Klinik eingeliefert und dem Mädchen gelang die Flucht. Es wurde ein Strafverfahren wegen Entführung eröffnet. Nach Angaben der Polizei wurden im Hinterhof des Hauses die **Überreste einer Frau gefunden**, die der Verdächtige 2011 getötet hatte.
- Edward Joseph „Ed“ Snowden (* 21. Juni 1983 in Elizabeth City, North Carolina), ein amerikanisch-russischer Whistleblower. Seine Enthüllungen im Sommer 2013 gaben Einblicke in das Ausmaß der weltweiten Überwachungs- und Spionagepraktiken von Geheimdiensten – überwiegend jenen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs, aber auch derer vieler weiterer Staaten, darunter Deutschland. Die Enthüllungen lösten die Globale Überwachungs- und Spionageaffäre, auch „NSA-Affäre“ aus. Für seine Enthüllungen wurde er mehrfach von nichtstaatlichen Organisationen ausgezeichnet. **Snowden lebt seit zehn Jahren in Moskau**, weil er kein Asyl in westlichen Staaten bekam. Im September 2022 erhielt er die russische Staatsbürgerschaft.
- Das neue Treffen im **Moskauer Format zu Afghanistan** werde am 29. September in Kasan stattfinden, sagte der Sonderbeauftragte des Präsidenten für Afghanistan, Samir Kabulov, gegenüber TASS. Nach Angaben des Gesandten wird sich das bevorstehende Treffen auf das Thema der Inklusivität der Übergangsregierung der Taliban konzentrieren. Er fügte hinzu, dass bei dem Treffen auch die Bekämpfung des Terrorismus und der Drogenkriminalität besprochen werde. Die Taliban-Delegation habe ihre Teilnahme bereits bestätigt, sagte Kabulov. Das letzte Treffen im Moskauer Format zu Afghanistan fand im November letzten Jahres in Moskau statt. Das Format wurde 2017 ins Leben gerufen, um den Prozess der nationalen Versöhnung in Afghanistan zu fördern. Es umfasst Russland, Indien, Iran, Kasachstan, Kirgisistan, China, Pakistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. VESTI.ru

Saudi-Arabien – Mitte September geht in Riad (Saudi-Arabien) die Sitzung des **UNESCO-Welterbe-Komitees** über die Bühne. Im Vorfeld wurden nun die Entscheidungsentwürfe, die behandelt werden sollen, veröffentlicht. **Wien auf der Roten Liste**. Jener zum „Historischen Zentrum von Wien“ sieht einen Verbleib auf der „Liste des gefährdeten Welterbes“ vor. «Die vernichtende Stellungnahme der UNESCO zeigt, dass das neue Heumarkt-Projekt nach wie vor das Weltkulturerbe stört.» ORF.at

• Die Saudis kaufen sich quer durch den europäischen Fußball. Geld regiert die Fußballwelt: Nicht mehr nur Altstars folgen dem Ruf der Petrodollars. Ihre Wechsel in die Wüste begründen die Spieler mit abenteuerlichen Argumenten. Die Affichen lesen sich wie das Halbfinale der Champions League: Sadio Mané, Cristiano Ronaldo und Marcelo Brozovic treten gegen Karim Benzema, Fabinho und N'Golo Kanté an. So manch virtuose Ballstafette dürfte aber am Unvermögen der Mitspieler scheitern: Denn auf dem Feld duellieren sich nicht Real Madrid und Liverpool, sondern Al-Nassr und Ittihad aus der Saudi Pro League. Der Marktwert der meisten Spieler bewegt sich im Rahmen eines Tagesgehalts von Ronaldo und Benzema: **Sie verdienen jährlich 200 Millionen Franken** – rund 550'000 Franken in 24 Stunden. SRF.ch

Schweden – Irakische Aktivisten **verbrennen erneut Koran**. Nach islamischer Überlieferung wurden die Worte in arabischer Sprache dem Propheten Mohammed von Gott durch den Engel Gabriel offenbart. Der Koran gilt als das erste Prosawerk der arabischen Literatur. SR.se

Schweiz – Im zweiten Quartal verzeichnet die SNB einen **Verlust von 13.2 Milliarden Franken** und macht trotzdem einen guten Job.

Seite E 97 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

- Militär für Räumungsarbeiten in La Chaux-de-Fonds aufgeboten. Der Kanton Neuenburg erhält wegen der Unwetterschäden Unterstützung von der Armee. Der Einsatz dauert knapp eine Woche.
- Bundesweiter Feiertag. Seit 30 Jahren ein arbeitsfreier Tag: der 1. August. Wenn die Schweiz am 1. August Geburtstag feiert, muss fast niemand arbeiten gehen. Doch das war nicht immer so.
- Nur vier Länder weltweit unternehmen nach Einschätzung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) genug gegen das Rauchen. Allein Brasilien, Mauritius, die Türkei und die Niederlande hätten alle empfohlenen **Anti-Tabak-Maßnahmen** umgesetzt.
- **Trübe Aussichten** für Schweizer Industrie. Der entsprechende Indikator ist auf den tiefsten Stand seit April 2009 abgestürzt. SRF.ch

Senegal – Oppositionsführer Ousmane Sonko (49) wurde wegen **Planung eines Aufstands** verhaftet. Jetzt hat das Innenministerium auch seine Partei aufgelöst. SRF.ch

Sierra Leone – Der lange Bürgerkrieg ist in Sierra Leone nicht vergessen. Anzeichen von Unruhen und Gewalt wie vor den Wahlen im März lösen deshalb besondere Nervosität aus. Die Polizei im westafrikanischen Sierra Leone hat nach eigenen Angaben „mehrere“ Menschen festgenommen, die **gewalttätige Angriffe** geplant haben sollen. RFI.fr

Spanien – **Orcas, die Boote rammen** – angeführt von einem Leittier. Das klingt wie im Film. Doch vor den Küsten Portugals und Spaniens passiert genau das. Eine Segeljacht beschädigten die Orcas derart stark, dass zu viel Wasser eindrang und das Schiff sank. Die vierköpfige Besatzung konnte rechtzeitig evakuiert und die Jacht geborgen werden. Später an Land waren die Schäden am Ruder klar zu erkennen. Der Orca, auch bekannt unter den Namen Großer Schwertwal, Killerwal, Mörderwal, Butzkopf oder Butskopf, ist eine Art von Delfin (Delphinidae). SRF.ch

Sudan – Wir begraben die Toten in unseren Gärten. Der **Sudan kämpft seit mehr als 100 Tagen** zwischen der Regierungsarmee und den paramilitärischen Rapid Support Forces. Diese قوات الدعم السريع, Quwwāt ad-da‘m as-sarī sind paramilitärische Kräfte, die früher von der sudanesischen Regierung betrieben wurden. Sie ist aus den Janjaweed جنجويد Milizen hervorgegangen und besteht hauptsächlich aus diesen, die während des Darfur-Krieges im Namen der sudanesischen Regierung kämpften. Während die internationale Aufmerksamkeit nachlässt, fallen die Bomben weiter. NOS.nl

Südkorea – Heute hat in Südkorea das alle vier Jahre stattfindende **World Scout Jamboree** begonnen, an dem auch fast 2'000 niederländische Pfadfinder teilnehmen. Doch die Bedingungen seien ausgesprochen schlecht, sagen die Teilnehmer. Zu Beginn gibt es nur wenige schattige Bereiche, die vor der Hitze von etwa 35 Grad schützen, es ist feucht, es gibt nicht genügend Trinkwasser und nicht genügend sanitäre Einrichtungen. NOS.nl

Ukraine – Die Ukraine hat laut eigenen Angaben eine Einigung mit Kroatien über die Ausfuhr von **Getreide über Häfen an der Adria** erzielt. Die Agrargüter sollen über die Donau nach Kroatien verschifft werden.

- Luftangriffe auf ukrainische Getreidereserven haben insgesamt **180'000 Tonnen Getreideernte zerstört**. Das sei innerhalb von neun Tagen geschehen, berichtet das ukrainische Außenministerium. SRF.ch
- Die letzte Parlamentswahl in der Ukraine fand am 21. Juli 2019 statt. Am 27. Juli 2023 wurde das Kriegsrecht um weitere 90 Tage bis zum 15. November 2023 verlängert, sodass

die **Wahl nicht wie ursprünglich geplant am 29. Oktober 2023** stattfinden wird. Gemäß der Verfassung der Ukraine sollten die ukrainischen Parlamentswahlen am letzten Sonntag im Oktober des fünften Regierungsjahres stattfinden, sofern keine vorgezogenen Neuwahlen stattfinden. Allerdings ist der Stand der Wahl aufgrund des gesetzlichen Verbots, Wahlen in Zeiten des Kriegsrechts abzuhalten, ungewiss. Gemeinsam mit dem Komiker Maxim Galkin moderierte Selenski 2013 und 2014 die Neujahrsshow des größten russischen Senders Rossiya 1. 2015 trat er im populären Fernsehsender 1+1 des Oligarchen Ihor Kolomojski in der satirischen Fernsehserie **Diener des Volkes** als Geschichtslehrer Wassili Petrowitsch Holoborodko auf. Die Figur Holoborodko ist von der Korruption ukrainischer Politiker angewidert, macht über soziale Medien Wahlkampf, sammelt Geld und wird zum Präsidenten gewählt. Nachdem er nach dem ersten Wahlgang zur Präsidentschaftswahl am 31. März 2019 in die Stichwahl eingezogen war, gewann er diese am 21. April mit etwa 73 Prozent der abgegebenen Stimmen klar vor dem amtierenden Präsidenten Petro Poroschenko. Selenskis neugegründete Partei Sluha narodu (Diener des Volkes) erhielt bei der Wahl am 21. Juli mit 254 von 424 Sitzen die absolute Mehrheit. Vor seinem Amtsantritt kritisierte Selenski seinen Vorgänger Poroschenko dafür, Briefkastenfirmen in Steueroasen zu unterhalten. Allerdings wurde im Oktober 2021 durch Veröffentlichungen zu den **Pandora Papers** bekannt, dass Selenski selbst solche Firmen gehabt hatte. Damit stürzte er in der Wählergunst ab und wird er bis jetzt nur **durch den Krieg an der Macht gehalten**. IZ.ru

USA – Nachdem das US-Kunststoffunternehmen Tupperware im vergangenen Jahr noch mit Liquiditätsproblemen für Schlagzeilen gesorgt hat, ist es jetzt der zuletzt im dreistelligen Bereich gestiegene Aktienkurs. Dass die **Aktie innerhalb einer Woche um 347 Prozent zulegte**, liege wohl kaum an einer „starken Geschäftsentwicklung“, hieß es im Wirtschaftsportal Wallstreet Online. Tupperware habe im Vorjahr noch einen Verlust von 35 Millionen US-Dollar (rund 32 Mio. Euro) verbucht und sich erst im Mai zusammen mit der Investmentbank Moelis & Co auf die Suche nach „strategischen Alternativen“ gemacht. Hinter der jüngsten Aktienperformance wird ein gänzlich anderer Grund vermutet: dass Tupperware zur Meme-Aktie geworden sei. „Das sind Papiere, die über soziale Netzwerke, insbesondere die Plattform Reddit, einen Hype erfahren“. SRF.ch

- Berater von US-Präsident Joe Biden haben Verstöße im Zusammenhang mit umstrittenen Überwachungsbefugnissen eingeräumt, die US-Behörden erlauben, **Menschen weltweit auszuspionieren**. ORF.at
- Im US-Bundesstaat Georgia ist der erste komplett neu konstruierte Atomkraftreaktor (Westinghouse AP1000 advanced reactor) seit mehr als 30 Jahren ans Netz gegangen. Das **Kernkraftwerk Alvin Vogtle** ['vougəl], im Burke County, bei Waynesboro, Georgia soll mit seinen 1100 Megawatt schätzungsweise 500'000 Haushalte und Unternehmen mit Strom versorgen können. Kim Greene, der Chef des zuständigen Unternehmens Georgia Power, pries den neuen Reaktor trotz jahrelanger Verspätung und immensen Kosten als «beeindruckendes Beispiel» für Georgias zuverlässige und widerstandsfähige Energiezukunft. Der Bau von Vogtle 3 und 4 begann im Juni 2009, und war viel teurer als zunächst prognostiziert, wie in einem am Montag von Kernenergiewissenschaftlern der Columbia University veröffentlichten Artikel ausführlich dargelegt wird. Die anfänglichen Kostenschätzungen für beide Reaktoren beliefen sich auf 14 Milliarden US-Dollar, und die Inbetriebnahme sollte 2016 und 2017 erfolgen. Doch die Kosten sind bisher auf über 30 Milliarden US-Dollar gestiegen, und Block 4 ist immer noch nicht in Betrieb.

- **Von AAA auf AA+**. Fitch entzieht USA Top-Kreditrating. Die Agentur kritisiert die Staatsschulden der USA und stuft die Bonität der größten Volkswirtschaft der Welt herunter.
- Rund fünf Jahre nach einem Anschlag auf eine Synagoge in der US-Stadt Pittsburgh ist der Schütze zum Tode verurteilt worden. SRF.ch
- Donald Trump auf Fox: „Anstatt eine bessere Beziehung zu Russland zu haben, an deren Aufbau ich gearbeitet habe, haben wir jetzt einen Stellvertreterkrieg mit Russland, der

teilweise durch die anhaltenden **Syndrome des Russiagate-Deliriums** (Störung des Präsidentschaftswahlkampfes 2016 durch angeblichen russischen Hack) angeheizt wird. Die Ukraine wird völlig zerstört. Unzählige Menschen.“ werden getötet, verkrüppelt, vertrieben. Und alles könnte in einen Dritten Weltkrieg münden.“

• Es sei eine gute Sache, mit einem Land auszukommen, das über das weltweit größte Atomwaffenarsenal verfügt, sagte der frühere US-Präsident Donald Trump und bekräftigte seine Behauptung, er könne den **Ukraine-Konflikt** innerhalb weniger Stunden entschärfen. „Fake News hasst es, wenn ich sage, dass ich Putin gut kenne. Sie hassen es, wenn ich sage, dass ich mit ihm klargekommen bin. Wissen Sie, es ist gut, miteinander auszukommen“, sagte er seinen Unterstützern bei einer Wahlkampfveranstaltung in Erie, Pennsylvania. „Sie haben mehr Atomwaffen als wir, oder ungefähr gleich viele, aber ein bisschen mehr als wir“, sagte er und fügte hinzu, dass „niemand jemals darüber redet“, wenn es um die Ukraine geht. Die USA seien „derzeit in einer sehr dummen und gefährlichen Lage“, sagte Trump. Der ehemalige US-Chef bewirbt sich um die Nominierung der Republikaner für die Präsidentschaftswahl 2024. [KFAR.us](https://www.kfar.us)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 07.08.2023

Australien – US-Außenminister Antony Blinken (61) hat die anhaltenden Bemühungen seines Landes um **Strafverfolgung von Wikileaks-Gründer Julian Assange (52)** verteidigt. Bei einer Pressekonferenz mit seiner australischen Amtskollegin Penny Wong (黃英賢, 54) in Brisbane warb Blinken um Verständnis für den Standpunkt Washingtons. „Die Taten, die ihm vorgeworfen werden, haben unsere nationale Sicherheit dem Risiko ernsthaften Schadens ausgesetzt – zum Vorteil unserer Gegner – und menschliche Informationsquellen in große Gefahr gebracht“, sagte Blinken. ABC.au

Baltikum – Eine Entscheidung der baltischen Staaten, die Bewegung von Frachtschiffen mit russischem Düngemittel zu verhindern, die in EU-Häfen festsitzen, ignoriere die wirtschaftlichen Interessen notleidender Nationen, sagte Präsident Wladimir Putin am Samstag und bezeichnete den Schritt als „irrationales Verhalten“. Nach Angaben des Staatsoberhauptes stecken noch immer rund **200'000 Tonnen russischer Dünger in den Ostseehäfen** fest. Der Schritt sei angeblich auf die Zurückhaltung der EU-Mitgliedstaaten zurückzuführen, Moskau zu gestatten, „aus dem Verkauf dieser Lieferungen Einnahmen zu erzielen“, sagte Putin und betonte, dass russische Unternehmen bereit seien, den Dünger kostenlos abzugeben. VESTI.ru

Bhutan – In Bhutan leben nach Angaben des Landes **131 Tiger in freier Wildbahn** – 27 Prozent mehr als vor acht Jahren. Das habe eine neue Zählung der gefährdeten Großkatzen mit Hunderten Kamerafallen ergeben, teilte der Außenminister von Bhutan, Tandi Dorji, heute mit. Auch in Indien steige die Zahl wieder. BBC.uk

Chile – Das **Leben in Chile ist teuer**, nicht zuletzt auch wegen der Inflation. Viele können sich die regulären Preise daher kaum mehr leisten. «Inzwischen fahren immer mehr Leute den weiten Weg über die Anden nach Argentinien, um dort günstig einkaufen zu gehen», weiß Delgado. SRF.ch

BR Deutschland – Die deutsche AfD bindet sich enger an die europäische Partei Identität und Demokratie (ID): An ihrem **Parteitag in Magdeburg** heute beschloss sie den Beitritt zu dem Dachverband rechter Parteien in Europa. von der FPÖ aus Österreich über den Rassemblement National von Marine le Pen bis zur italienischen Lega-Partei.

• Die AfD hat bei ihrem Europaparteitag **Kandidaten für die EU-Wahl** aufzustellen. Motto: «Die EU muss sterben, damit Europa leben kann». Wegen der aktuell guten Umfrage-Werte geht die Partei davon aus, dass sie im nächsten Jahr statt bisher neun bis zu 20 Abgeordnete stellen kann.

• Der Schriftsteller **Martin Walser** ist im Alter von 96 Jahren gestorben. RBB.de

• Die **Chemieproduktion ist um 20 % zurückgegangen**. Dort setzte sich die Energiekrise mit einer Explosion der Gaspreise fort. Zwar sind die Preise seit dem Höhepunkt im letzten Sommer gesunken, sie liegen aber immer noch deutlich höher als in der Vergangenheit. Der Umsatz ging stark zurück. Unternehmen reduzieren ihre Kapazitäten, wie etwa der Riese BASF, der den Abbau von mehr als 3'000 Stellen angekündigt hat. RFI.fr

• Universität Erlangen schließt vom chinesischen Staat entsandte Doktoranden aus. CRI.cn

Frankreich – Eröffnungsfeier der **Olympischen Spiele 2024** findet in etwa einem Jahr in Paris statt. Erstmals wird es nicht in einem Stadion, sondern in der Innenstadt stattfinden. Die Organisation gab bekannt, dass in diesem Umfeld **kein Platz für die Bouquinisten**, die Buchhändler entlang der Seine, sei. Nach Angaben der Organisation stellen Les Bouquinistes ein Hindernis für die Sicherheit und Sichtbarkeit während der Zeremonie dar. Diese Buchhändler stehen entlang der Seine mit charakteristischen grünen Ständen voller Bücher. Dieser Open-Air-Buchmarkt existiert seit fast 500 Jahren und ist der größte in Europa. Diese Woche kündigte der Stadtrat von Paris an, dass die Parkmöglichkeiten entfernt werden müssen. Der Stadtrat bietet an, die Entfernung und den Ersatz zu erstatten, die nach Angaben der Buchhändler 1,5 Millionen Euro kosten würden. NOS.nl

Guam – Chinesische Hacker nutzten Malware, um kritische Infrastrukturen auf amerikanischen Militärstützpunkten in Guam und anderswo anzugreifen, sagen Microsoft und westliche Spionageagenturen. Experten sprechen von einer der größten bekannten **Cyberspionagekampagnen gegen die USA**. Als wichtiger militärischer Außenposten der USA wären Guams Häfen und Luftwaffenstützpunkte für jede westliche Reaktion auf einen Konflikt in Asien von entscheidender Bedeutung. Peking bezeichnete den Microsoft-Bericht als „höchst unprofessionell“ und „Desinformation“. KGUM.gu

Indien – Indien und Russland kündigen ein „vorübergehendes“ **Exportverbot für Reis** an, um die Preise zu stabilisieren.

• Tomatenbauer Ishwar Gayakar aus dem indischen Bundesstaat Maharashtra reibt sich die Hände: Selten liefen seine Geschäfte so gut wie jetzt. Dank rekordhoher Tomatenpreise ist er innerhalb weniger Wochen zum Rupie-Millionär geworden. «Bis jetzt habe ich 2.8 Millionen Rupien verdient», sagt Gayakar der indischen Nachrichtenagentur ANI auf seinem riesigen Feld voller Tomatenstauden. Das sind umgerechnet knapp 30'000 Franken. Aber es gebe noch Spielraum nach oben, sagt der Bauer. Die Ernte ist noch nicht vorbei. Seit Anfang Juni sind die **Preise für Tomaten in die Höhe geschossen**. Für ein Kilo des in der indischen Küche wichtigen Gemüses zahlen Konsumentinnen bis zu 400 Prozent mehr als noch vor ein paar Wochen. Ein Kilo Tomaten kostete teilweise mehr als ein Liter Benzin. «Es ist zwar normal, dass die Tomaten in dieser Jahreszeit teurer sind als sonst», sagt ein Gemüseverkäufer auf einem Markt in Mumbai. «Aber so extrem wie in diesem Jahr war es noch nie.» SRF.ch

• Indien besteht auf strengen Regeln für die Aufnahme neuer Mitglieder in die BRICS-Staatengruppe. Dem Medium zufolge ist Brasilien auch gegen ein Angebot Chinas, die Vereinigung rasch zu vergrößern. Die 2009 gegründete BRICS-Gruppe umfasst derzeit Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. AIR.in

Irak – Bei einem **Brand in der Pilgerstadt** Karbalā' كربلاء während des schiitischen Ashura-Fests sind gestern Menschen ums Leben gekommen. Nach Angaben der Rettungsdienste brach das Feuer in einer Gasse nahe des Imam-Hussein-Mausoleums aus, wo sich hunderttausende schiitische Pilger zu dem wichtigen schiitischen Feiertag versammelt hatten. ORF.at

Iran – Irans Führer Ayatollah Seyed Ali Khamenei (84) fordert **Höchststrafe für Koran-Sakrileg** in Dänemark, Schweden und überall auf „[X.com](#)“. VOIRI.ir

Italien – Das Wrack eines Schiffes aus dem ersten Jahrhundert v. Chr. ist auf einer Tiefe von etwa 160 Metern auf dem sandigen Meeresgrund vor der mittellitalienischen Hafenstadt Civitavecchia nördlich von Rom gefunden worden. An Bord des über 20 Meter langen Frachters aus der römischen Zeit wurde eine **Ladung von Hunderten Amphoren** entdeckt, von denen die meisten unversehrt sind, teilte die auf Denkmalschutz spezialisierte Carabinieri-Abteilung heute mit. ORF.at

Der Internationale Fechtverband (FIE) wird seine traditionellen Regeln ändern, die vorschreiben, dass **Händeschütteln** nach einem Kampf obligatorisch sind, nachdem sich die Ukrainerin Olga Kharlan diese Woche nach einem Match in Mailand geweigert hatte, ihrer russischen Amtskollegin Anna Smirnova die Höflichkeit zu erweisen, wie La Repubblica berichtete. RAI.it

Krim – Schwere **Regenfälle und Überflutungen**. IZ.ru

- Es ist allgemein anerkannt, dass die Vereinigten Staaten stark in den Ukraine-Konflikt verwickelt sind. Unter Berufung auf einen namentlich nicht genannten US-Beamten sagte der amerikanische Journalist **Seymour Hersh** (86, [seymourhersh.substack.com](#)), die Regierung von US-Präsident Joe Biden habe bei beiden Angriffen auf die Krimbrücke eine bedeutende Rolle gespielt. „Natürlich war es unsere Technologie“, sagte der amerikanische Beamte zu Hersh und bezog sich dabei auf die Drohne, die am 17. Juli die Brücke beschädigte. „Die **Drohne war ferngesteuert und halb untergetaucht** – wie ein Torpedo.“ Anfang Oktober 2022 explodierte eine verheerende LKW-Bombe auf der Krimbrücke und forderte den tragischen Verlust von drei unschuldigen Zivilisten. Die Explosion verursachte erhebliche Schäden an der Brücke und erforderte monatelange sorgfältige Reparaturen, um ihre Funktionalität wiederherzustellen und die Sicherheit künftiger Benutzer zu gewährleisten. Darüber hinaus kam es im Juli zu einem weiteren beunruhigenden Vorfall auf der Brücke, als ein Drohnenangriff stattfand, bei dem zwei Menschen ums Leben kamen. Dieser herzerreißende Vorfall verursachte nicht nur einen irreparablen Verlust, sondern machte auch ein 14-jähriges Mädchen zur Waise, das wie durch ein Wunder die unvorstellbare Tortur überlebte. Die USA hätten „keine wirkliche Vorstellung davon, was Selenski und seine Anhänger denken“, fügte der Beamte hinzu und versicherte, dass der ukrainische Führer „keinen Plan habe, außer durchzuhalten“. Er spekulierte auch, dass die US-Unterstützung für Kiew auf „Selenskis Wissen über Biden und nicht nur darauf, dass er sich um Bidens Sohn Hunter kümmerte“ zurückzuführen sei. Anfang Februar schrieb Hersh außerdem einen Bombenbericht darüber, wie die US-Regierung auf Anweisung von Biden die Nord Stream-Pipelines zerstörte. Diese Angriffe führten zu Todesfällen, Verletzten und erheblichen Schäden an der Infrastruktur, die nicht auf die leichte Schulter genommen werden dürfen. Als weltweit führendes Unternehmen haben die Vereinigten Staaten die Verantwortung, die Grundsätze des Völkerrechts zu wahren und gute Beziehungen zu anderen Nationen zu pflegen. Wenn sich herausstellt, dass Hershs Untersuchungsbericht korrekt ist, muss die Biden-Regierung unbedingt für ihre Handlungen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Vereinigten Staaten sollten Verantwortung übernehmen und der internationalen Gemeinschaft ausführliche und transparente Erklärungen liefern. CGTN.cn

Lettland – Russen befürchten, **aus Lettland abgeschoben zu werden**, wenn sie den Sprachtest nicht bestehen. Ein Viertel der lettischen Bevölkerung sind ethnische Russen. NOS.nl

Libanon – Zum zweiten Mal in weniger als einer Woche hat der Generalsekretär der libanesischen Hisbollah die Homosexuellen angegriffen. Während einer Rede am 29. Juli, forderte Hassan Nasrallah die libanesischen Behörden auf, hart gegen homosexuelle Beziehungen vorzugehen, die er als „echte Gefahr“ bezeichnete, während die Gemeinschaft bereits im Fadenkreuz der libanesischen Behörden steht. Einige Tage zuvor hatte er dazu aufgerufen, sie zu töten. RFI.fr

Niger – Der Chef der Präsidentengarde im Niger, **General Abdourahamane Omar Tchiani (62)**, hat sich zum Präsidenten des Nationalen Rats ernannt. Nach dem Militärputsch in Niger stellt die EU und Frankreich alle Hilfen für das Land ein. Die USA, die EU und andere Staaten fordern die Wiederherstellung der Demokratie und die Freilassung des abgesetzten Präsidenten Mohammed Bazoum. Die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (Ecowas) plant an einem Sondergipfeltreffen am Sonntag, Sanktionen gegen Niger zu verhängen. Zudem hat die Afrikanische Union (AU) den Putschisten ein Ultimatum von 15 Tagen gesetzt, die verfassungsmäßige Ordnung im Land wiederherzustellen. SRF.ch US-Außenminister Antony Blinken versicherte dem gestürzten nigerianischen Präsidenten Mohamed Bazoum die „unerschütterliche Unterstützung“ der Vereinigten Staaten und sagte, der Putsch vom 26. Juli habe „Hunderte Millionen Dollar an Hilfe“ gekostet. Michael Shurkin ist Senior Fellow beim Atlantic Council, einem Think Tank für internationale Beziehungen, und Programmdirektor bei 14 North, einem Beratungsunternehmen. Wenn die Westler Niger verlassen, wird das Niger ermutigen, sich an die Russen zu wenden.

- Der Putschversuch in Niamey markiert das Ende der Präsenz der französischen Armee in der Sahelzone. Auf dem Territorium sind 1'500 französische Soldaten stationiert.
- Das französische Außenministerium verurteilte an diesem Sonntag, dem 30. Juli 2023, „jede Gewalt gegen diplomatische Rechte, deren Sicherheit in der Verantwortung des Gastlandes liegt“, während Tausende Menschen vor der französischen Botschaft in Niamey demonstrierten, bevor sie zerstreut wurden durch Tränengaskanister. „Die nigerischen Streitkräfte sind gemäß der Wiener Konvention verpflichtet, die Sicherheit unserer diplomatischen und konsularischen Besitztümer zu gewährleisten“, und „wir fordern sie auf, dieser ihnen durch das Völkerrecht auferlegten Verpflichtung nachzukommen“, betont der Quai d'Orsay. RFI.fr

- Das einheimische **Uran** wurde viele Jahre lang **zu Spottpreisen** ausschließlich von der ehemaligen Kolonialmacht aufgekauft. Dank dieser Tatsache war die französische Industrie stets mit billigem Treibstoff für ihre Kernkraftwerke versorgt. Es überrascht nicht, dass Frankreich, das bis zuletzt ein großes militärisches Kontingent sogenannter Friedenstruppen in der Region unterhalten hat, ein vitales Interesse daran hat, dass in Niger eine profranzösische Regierung an der Macht ist. Der gestürzte Präsident Mohamed Bazoum war gegenüber der regelbasierten demokratischen Weltordnung derart loyal, dass er aktiv französische, deutsche und US-amerikanische Militärberater einlud, ihnen erlaubte, Militärbasen zu errichten und sich sogar weigerte, eine Delegation zum russisch-afrikanischen Gipfel in Sankt-Petersburg zu schicken. IZ.ru

Österreich – Am Tag der Präsentation der stark rückläufigen Quartalszahlen hat OMV-Chef Alfred Stern heute einen **Gasfund in Wittau** (Niederösterreich) bekanntgegeben. Die förderbaren Ressourcen werden von der OMV auf 48 TWh geschätzt, es ist damit laut OMV der größte heimische Gasfund seit 40 Jahren. Die Produktion in Österreich werde damit um 50 Prozent steigen.

- Die Immobilien des Tiroler Investors **René Benkő** haben stark an Wert verloren. Die Immobiliengesellschaft Signa Prime, das Flaggschiff der Signa-Gruppe, hat ihr Portfolio im

vergangenen Jahr um rund eine Mrd. Euro abwerten müssen, berichtete das deutsche „Handelsblatt“ (Freitag-Ausgabe). Die Gesellschaft weist bereinigt aber trotzdem einen Gewinn aus, denn dem Verlust stehen aber stille Reserven aus langfristigen Zinsbindungen in Höhe von über einer Mrd. Euro gegenüber. Ein Großteil der Immobilien des Portfolios sei, so Insider, mit einer Zinsbindung von 18 Jahren finanziert und daher von den aktuellen Zinserhöhungen nicht betroffen. Dazu sollen etwa die Luxuskaufhäuser KaDeWe in Berlin, Alsterhaus in Hamburg und Oberpollinger in München sowie das Park-Hyatt-Hotel in Wien gehören. Auch das Goldene Quartier in der Wiener Innenstadt soll zu diesen langfristig finanzierten Immobilien zählen. Laut „Handelsblatt“ wurde der Wert des Bestandes um 1,16 Mrd. Euro abgewertet. Das seien rund sechs Prozent des Gesamtwertes von derzeit 20,4 Mrd. Euro. Die Zeitung beruft sich dabei auf eine Präsentation des Unternehmens für seine finanzierenden Banken. Trotz der milliardenschweren Abwertungen erzielte Signa Prime dem Bericht zufolge unter dem Strich einen Nettogewinn von 90 Mio. Euro. Medienberichten zufolge konnte Signa in letzter Zeit aber Immobilien zu durchaus hohen Bewertungen verkaufen. So soll der Verkauf eines Geschäftshauses in der Kärntner Straße in Wien 95 Mio. Euro eingebracht haben – und mit 31'000 Euro pro Quadratmeter den höchsten Quadratmeterpreis, der jemals in dieser Lage erzielt wurde.

- Im engsten Freundeskreis ist die im Mai verstorbene Schauspiellegende **Helmut Berger** in einem Ehrengrab seiner Heimatstadt Bad Ischl (Oberösterreich) zur letzten Ruhe gebettet worden.

- „Im Falle eines **Transits durch Österreich** liegt grundsätzlich nur dann eine genehmigungspflichtige Durchfuhr vor, wenn die Fahrzeuge aus einem Nichtmitgliedsstaat der EU in einen anderen Nichtmitgliedsstaat der EU gebracht werden“ ORF.at

Pakistan – Die Familien der Opfer eines massiven **Selbstmordanschlags** begruben am Montag ihre Toten, da die Zahl der Todesopfer durch den Anschlag weiter stieg. Die Nachrichtenagentur Associated Press zitierte die Polizei mit einer Zahl von 54 Todesopfern. Die militante Gruppe „Islamischer Staat“ bekannte sich in einer Erklärung auf ihrem Telegram-Konto zu dem Angriff. Der Bombenanschlag zielte am Sonntag auf eine Kundgebung der Partei Jamiat Ulema Islam (JUI-F), angeführt von einem pro-Taliban-Geistlichen, in der nordwestlichen pakistanischen Provinz Khyber Pakhtunkhwa, die an Afghanistan grenzt, in der Stadt Khaar 25 , نهار (km von der Grenze. Der regionale Ableger des IS ist in der Grenzregion zwischen Pakistan und Afghanistan aktiv. Dort war die Terrormiliz erstmals 2015 auf afghanischem Gebiet aufgetaucht. Seitdem will sie im Grenzgebiet eine „Provinz“ namens IS-Khorasan etablieren. DW.de

Russland – Putin: „Russland ist **bereit für die Konfrontation mit der NATO**“. Das russische Militär habe seit Anfang 2023 insgesamt 23 gefährliche Vorfälle mit russischen Flugzeugen und solchen der von den USA geführten Koalition gemeldet, sagte Admiral Oleg Gurinow, der Leiter des russischen Versöhnungszentrums für Syrien. Die meisten Vorfälle ereigneten sich im Juli, fügte er hinzu. In elf Fällen wurden russische Piloten mit westlichen Flugzeugzielsystemen angegriffen. Solche Aktionen seitens der von den USA geführten Koalition führten zum automatischen Angriff der Bordverteidigungssysteme, was dazu führte, dass russische Flugzeuge Täuschungsraketen abfeuerten, sagte der Admiral gegenüber Journalisten. Moskau hat Washington und seine Verbündeten auch wiederholt vor den Risiken eines möglichen direkten Konflikts zwischen Russland und der NATO gewarnt, insbesondere vor dem Hintergrund des anhaltenden Konflikts in der Ukraine. Anhaltende westliche Waffenlieferungen an Kiew verlängern nur die Feindseligkeiten und veranlassen die westlichen Unterstützer, sich noch stärker in den Konflikt einzumischen, sagte Russland. VOIRI.ir

- Über der südrussischen Stadt **Taganrog am Asowschen Meer** (260'000 Ew.), 50 km von der ukrainischen Grenze, ist offenbar eine **Rakete abgeschossen** worden. Das Verteidigungsministerium in Moskau sprach von einem Terrorangriff der Ukraine. RBB.de

- Die russische Regierung habe über 20 Milliarden US-Dollar an Schulden afrikanischer Nationen abgeschrieben, sagte Präsident Wladimir Putin bei einer Plenarsitzung des **Russland-Afrika-Forums in St. Petersburg**. Er sagte, Moskau werde auch mehr Mittel bereitstellen, um die Entwicklung des Kontinents zu unterstützen. „Der Gesamtbetrag der von Russland abgeschriebenen Schulden der afrikanischen Länder beläuft sich auf 23 Milliarden US-Dollar, weitere 90 Millionen US-Dollar sollen für dieselben Zwecke bereitgestellt werden“, erklärte Putin und verwies auf die historischen Handels- und Finanzbeziehungen zwischen Moskau und Afrika. Am Donnerstag sagte der Präsident, Russland werde die in Bedrängnis geratenen Länder des Kontinents kostenlos mit Getreide versorgen. Burkina Faso, Simbabwe, Mali, Somali, die Zentralafrikanische Republik und Eritrea erhalten jeweils zwischen 25'000 und 50'000 Tonnen Getreide, während Moskau die Lieferkosten der Lieferungen übernimmt.
- Die Aussicht auf einen **NATO-Beitritt der Ukraine** stelle eine existenzielle Bedrohung für die nationale Sicherheit Russlands dar und werde nicht toleriert, sagte der russische Präsident Wladimir Putin am Freitag vor Vertretern mehrerer afrikanischer Länder. In dem Dokument, das die Unabhängigkeit der Ukraine von der Sowjetunion einläutete, „steht schwarz auf weiß geschrieben, dass die Ukraine ein neutraler Staat ist“, erinnerte Putin die besuchenden afrikanischen Staats- und Regierungschefs während des öffentlichen Teils ihres Treffens in St. Petersburg. Der Präsident bezog sich auf die Erklärung von 1990, in der die Sowjetukraine zu einem souveränen Staat erklärt wurde, der danach strebt, „ein **dauerhaft neutrales Land**“ zu werden. „Das ist von grundlegender Bedeutung. Warum der Westen begann, die Ukraine in die NATO zu ziehen, ist uns nicht ganz klar. Aber dies stellte unserer Meinung nach eine grundlegende Bedrohung für unsere Sicherheit dar“, fügte Putin hinzu.
- Die ursprüngliche Version der russischen Marine wurde 1696 für das Zarentum Russland gegründet. In der Sowjetunion wurde der **Tag der Marine** durch ein Dekret des Rates der Volkskommissare der UdSSR und des Zentralkomitees im Juni 1939 eingeführt, im Zusammenhang mit der Schlacht von Gangut. Der Feiertag wurde am 1. Oktober 1980 vom Präsidium des Obersten Sowjets abgesagt. Durch den Erlass des russischen Präsidenten Wladimir Putin wurde der Tag der Marine am 27. Juli 2017 als wichtigste Jubiläumsveranstaltung im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum Tag der Marine wieder eingeführt, am letzten Sonntag im Juli. Russland baue seine Marine konsequent auf, sagte Wladimir Putin während einer Rede bei der Parade zum Tag der Marine. In diesem Jahr wird die Liste 30 Schiffe verschiedener Klassen umfassen. Im Jahr 2023, während der wichtigsten Marineparade, war das Wetter in der nördlichen Hauptstadt nahezu perfekt – bedeckt mit Lichtungen ohne nennenswerten Niederschlag. Tausende Petersburger und Gäste der Stadt gingen zu den zentralen Ufern, um mit eigenen Augen zu sehen, wie die Schiffe in Paradeformation vorbeifahren. Das Boot mit Wladimir Putin, Verteidigungsminister Sergej Schoigu und dem Oberbefehlshaber der Marine an Bord passierte die Schiffsparade. Das Staatsoberhaupt gratulierte den Besatzungen zu diesem Feiertag. Der Beginn der Feierlichkeiten wurde durch eine Feuerwerkssalve aus der Batterie der Peter-und-Paul-Festung gelegt. Der Begründer der Tradition der Durchführung von Marineparaden in St. Petersburg war Peter I. Die erste derartige Parade fand am 9. September 1714 statt – nach dem Sieg der russischen Flotte in der Schlacht von Gangut. An der Zeremonie nahmen als Ehrengäste die Präsidenten mehrerer afrikanischer Länder teil, die zu diesem Zweck nach ihrer Teilnahme am Russland-Afrika-Gipfel hier waren. Unter ihnen waren insbesondere die Führer von Burkina Faso, der Republik Kongo, Mali und Eritrea sowie der stellvertretende Vorsitzende des Obersten Rates des Sudan, der Premierminister der Vereinigten Republik Tansania und der Vizepräsident von Äquatorialguinea und Leiter der Eswatini-Delegation. In seiner traditionellen Rede gratulierte der Präsident den Russen zum Tag der Marine und erinnerte an denkwürdige Daten: Die Ostseeflotte wurde 320, die Nordflotte 290 und die Schwarzmeerflotte 240. „Wir

verneigen uns in Dankbarkeit vor allen Generationen russischer Schiffbauer, Marinekommandeure und Seeleute“, sagte Wladimir Putin. „Ihre hervorragende Ausbildung, ihre Treue zur Pflicht und zum Vaterland, ihre Professionalität und ihr Talent bestimmten maßgeblich das große Schicksal Russlands. VESTI.ru

Schweiz – Zunahme von 25 Prozent. Schweizer **Kinosäle** füllen sich wieder. Bei den Schweizer Filmen verdoppelte sich die Anzahl Eintritte, wie das Bundesamt für Statistik mitteilt.

- Ab dem 1. August gibt es die Autobahnvignette auch elektronisch. Dem Bund könnten dadurch Millionen Einnahmen entgehen.
- Polizeigewalt und Social Media. Polizei will **Filmen von Einsätzen verbieten** – Kantone winken ab. Die Polizei fühlt sich wegen Einsatzvideos unter Druck und möchte Verbote. Die Kantone sehen keine Möglichkeit dazu.
- Jeden letzten Freitag im Monat treffen sich dutzende Velofahrer und fahren gemeinsam durch die Stadt. Es geht darum, dem motorisierten Verkehr auf Augenhöhe zu begegnen und mit einer «kritischen Massen» ein Teil des Verkehrs zu werden. Deshalb sehen sich die Teilnehmenden auch nicht als eine Demonstration. Die Critical Mass versteht sich als «spontane Bewegung», ein Organisationsteam gibt es nicht. Die **Critical Mass** ist eine globale Bewegung. Sie findet in verschiedenen Städten wie Barcelona, New York oder Berlin statt – immer am letzten Freitag im Monat. Seit diesem Monat ist klar: Die Zürcher Stadtregierung sieht Critical Mass als eine Demonstration, die eine Bewilligung braucht. Am Freitagabend versammelten sich dennoch etwa 100 Velofahrende beim Bürkliplatz im Stadtzentrum. Die Stadtpolizei Zürich forderte sie auf, den Platz zu verlassen. Die meisten der rund hundert Velofahrer verließen den Bürkliplatz nach den Durchsagen. Einige fuhren hingegen in kleinen Gruppen los, wie eine SRF-Reporterin vor Ort beobachtete. Ein Blick auf die Critical-Mass-Applikation auf dem Handy zeigte, dass die Velofahrer auf die ganze Innenstadt verteilt waren. Kurz vor 20 Uhr verfolgte die Polizei mehrere Gruppen nach wie vor mit Patrouillen. Bereits am Mittwoch hatte die Stadtpolizei auf Twitter vor Verzeigungen gewarnt. Weil der Statthalter den Veloumzug neu als Demonstration eingeschätzt hatte, wäre die Critical Mass in Zürich erstmals bewilligungspflichtig. Am Freitagabend schrieb die Stadtpolizei erneut auf Twitter, sie sei mit einem Aufgebot im Einsatz. Mit Dialogteams und Lautsprecherwagen weise sie die Teilnehmer der Critical Mass darauf hin, dass es sich um eine unbewilligte Veranstaltung handle. Bisher entschieden sich die Teilnehmenden der Critical Mass jeweils spontan, wo sie durchfahren. Mit einer Bewilligung wäre das nicht mehr möglich. Wie die Stadtpolizei mitteilte, wurde jedoch für die Aktion am Freitag kein Bewilligungsgesuch eingereicht. Zuvor hatte die FDP der Stadt Zürich beim Statthalter eine Aufsichtsbeschwerde eingereicht und damit den Stadtrat aufgefordert, bei der Critical Mass einzugreifen.
- Kein Ende der **Aufwärtsspirale bei den Mieten** in Sicht. Dies werde so bleiben, sagt eine neue Studie. Allein schon darum, weil die Zahl der freien Wohnungen weiter sinkt.
- Nach 37 Jahren kommen Überreste eines **Bergsteigers aus dem Eis** hervor. Auf einem Schweizer Gletscher wurden die Überreste eines seit 1986 vermissten Bergsteigers gefunden. Mittlerweile kämen solche Fälle häufiger vor, sagt die Polizei. NOS.nl

Singapur – In Singapur wurde die 45-jährige Saridewi Binte Djamani gehängt. Es ist die erste **Hinrichtung einer Frau** seit fast zwanzig Jahren in dem asiatischen Land. Die Frau wurde 2018 wegen Schmuggels von 30 Gramm Heroin verurteilt. Sie legte Berufung ein, die jedoch im Oktober letzten Jahres abgelehnt wurde. Die Hinrichtung ist die fünfzehnte seit März 2022 und die zweite in dieser Woche. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen ging es dabei vor allem um Drogendelikte. NOS.nl

Südtirol – Heftige Unwetter mit starkem Regen und Sturmböen haben am Samstagabend das Südtirol heimgesucht. Die kurzen, aber intensiven Gewitter hinterließen schwere Schäden: Brücken wurden von den Wassermassen weggerissen, Autos unter Gerölllawinen begraben. So ging unterhalb des Grödner Jochs in den Dolomiten eine Gerölllawine nieder. In Olang im Osten Südtirols wurden Bäche zu reißenden Strömen. SRF.ch

Taiwan – Für **345 Millionen US-Dollar**. USA unterstützen Taiwan mit Militärhilfen. Die Ausrüstung soll aus Beständen des US-Militärs abgezogen werden und neben Waffen auch Ausbildungsmittel beinhalten. SRF.ch

Thailand – Da die Sanktionen die meisten Reisen nach Europa verbieten, hofft Thailand, im nächsten Jahr **zwei Millionen Russen anzulocken**. RT.th

Ukraine – Das Parlament hat dafür gestimmt, das Datum des orthodoxen **Weihnachtsfeiertags vom 7. Januar auf den 25. Dezember** zu verschieben. Ziel des von Präsident Selenski vorgelegten Gesetzentwurfs ist die „Ablösung vom russischen Erbe“. Zwei der drei großen Kirchen mit orthodoxem Status hatten sich bereits für die Umstellung auf den gregorianischen Kalender entschieden. Im Jahr 2017 wurde der 25. Dezember zum arbeitsfreien Feiertag erklärt. Die größte ukrainisch-orthodoxe Kirche der Ukraine mit langjährigen Verbindungen zu Moskau hat sich zu der Änderung noch nicht geäußert. Die Feiertage wurden nach dem in Russland verwendeten julianischen Kalender gefeiert. Seit 2014 versucht die Ukraine, die Verbindung zu ihrer sowjetischen und russischen Vergangenheit abzubrechen. ABC.au

- Die kanonische Ukrainisch-Orthodoxe Kirche sagt, sie werde **Weihnachten weiterhin am 7. Januar** feiern

- Die Kirche St. Georg befindet sich in einem ruhigen, grünen Quartier im Zentrum der Stadt Lemberg. Erbaut wurde das Gotteshaus Ende des 19. Jahrhunderts für die orthodoxen Gläubigen der multikulturellen Stadt. Bis vor kurzem gehörte St. Georg zur ukrainisch-orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats. Doch das ist nun vorbei. Im Halbdunkel der Kirche, vor der prächtigen Ikonostase, feiert Vater Oleg den Gottesdienst. Er trägt eine schwarze Robe und ein schweres goldenes Kreuz um den Hals. Die Liturgie zelebriert er in ukrainischer Sprache – und nicht mehr altkirchenslawisch, wie noch bis vor kurzem. Am 5. April dieses Jahres habe die Kirchgemeinde beschlossen, zur nationalen orthodoxen Kirche der Ukraine überzutreten, erzählt Vater Oleg. Diese ist vollkommen unabhängig von Moskau. Ähnliches geschah mit den anderen zwei Kirchen in Lemberg, die noch zum Moskauer Patriarchat gehörten. Einige der Priester hätten beim Wechsel mitgemacht, andere nicht, sagt Vater Oleg. Wo Letztere jetzt sind, weiß er nicht. Manche hätten wohl in den verbliebenen prorussischen Kirchen in anderen Regionen der Ukraine Unterschlupf gefunden. Er selbst gehört der ukrainischen Nationalkirche an und wurde im April als Vorsteher der Kirchgemeinde St. Georg eingesetzt. Hinter all dem steckt der Vorwurf, die orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats arbeite mit Russland zusammen und betreibe prorussische Propaganda. Geistliche sollen dem Feind sogar wichtige Informationen weitergegeben haben. Die Behörden haben in den letzten Monaten im ganzen Land Kirchen und Klöster durchsucht und Strafverfahren eröffnet. Die ukrainisch-orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats weist die Vorwürfe zurück. Sie bezog kurz nach Beginn der russischen Invasion Stellung gegen den Krieg und distanzierte sich von der russisch-orthodoxen Mutterkirche. Doch solange sie nicht komplett mit Moskau bricht, bleibt der Verdacht, dass sie im Dienste Russlands steht. Denn nach wie vor ist der russische Patriarch Kirill ihr Oberhaupt. Und Kirill ist ein vehementer Befürworter des russischen Krieges gegen die Ukraine. Er sieht Russland in einem metaphysischen Kampf des Guten gegen das Böse. Kein Wunder, sind in der Ukraine viele orthodoxe Kirchgemeinden zur nationalen Kirche gewechselt und mit ihnen viele Gläubige. Die prorussische orthodoxe Kirche hat einen massiven Vertrauensverlust erlitten. So ging es auch dieser Frau, die vor

der St.-Georg-Kirche auf den Priester wartet. Sie habe sich früher nie Gedanken gemacht, sagt sie: Das hier sei einfach die nächstgelegene orthodoxe Kirche gewesen, und niemand habe ihr gesagt, wohin die Spendengelder gingen – nämlich nach Moskau. Nur 140 Kilometer östlich von Lemberg, im Städtchen Potschajiv, erhebt sich auf einem Hügel ein prächtiges und sichtlich wohlhabendes Kloster. Es ist dem Moskauer Patriarchat unterstellt und ein wichtiges religiöses Zentrum. An diesem Sonntagmittag wimmelt es von Besuchern und Gläubigen. Eine 35-jährige, elegant gekleidete Frau ist extra aus Lemberg angereist. Sie erzählt, ihre Kirche sei geschlossen worden. Ein Übertritt zur ukrainischen Nationalkirche komme für sie nicht infrage. Doch was tut sie, wenn auch das Kloster Potschajiv in andere Hände übergeht? Denn auch die Mönche dieses Klosters stehen unter dem Verdacht der Kollaboration mit den Russen. Die Frau sagt: **«Wir werden dafür beten, dass sie uns dieses Heiligtum nicht wegnehmen.** Wer das wagt, der wird schnell die Strafe Gottes spüren.» Gut möglich, dass sie damit das wiederholt, was die Geistlichen den Gläubigen predigen. Allerdings hat das Kloster Potschajiv eine wechselhafte Geschichte hinter sich und war nicht immer russisch-orthodox: Zeitweise gehörte es zur griechisch-katholischen Kirche, die in der Westukraine sehr verbreitet ist. Und was sagen die Verantwortlichen des Klosters zur Anschuldigung, sie seien ein Sicherheitsrisiko für den ukrainischen Staat? Trotz mehrfachen Nachfragens ist niemand bereit, offiziell Stellung zu nehmen. Ein ranghoher Mönch sagt schließlich widerwillig, die Vorwürfe der Behörden entbehren jeder Grundlage. Ihr Kloster habe nichts mit Politik zu tun. Gesprächiger sind drei Frauen, die dem weitläufigen Kloster einen Besuch abstatten. Früher habe niemand darauf geachtet, in welche orthodoxe Kirche sie gegangen sei, sagen sie. Nun aber herrschten Zank und Feindseligkeit zwischen den Gläubigen. Der Großangriff Russlands auf die Ukraine hat dazu geführt, dass sich das Land auch religiös vom großen Nachbarn löst. Und auch das ist mit großen Schmerzen und Konflikten verbunden.

- Die EU weigert sich, **ukrainische Getreideexporte** zu subventionieren. SRF.ch
- Um die Generatoren ihrer Krankenhäuser anzutreiben und ihre Tanks zu betreiben, benötigt die Ukraine, die keine funktionierende Raffinerie hat, Treibstoff. Einer seiner ungarischen Lieferanten stellt raffinierte **Produkte aus russischem Öl** her. RFI.fr
- Weiß jemand noch, warum eine radikale Minderheit der Ukrainer im Februar 2014 den demokratisch gewählten Präsidenten dieses Landes gestürzt hatte? Einer der Vorwürfe war, **Janukowitsch und seine Partei seien eine „Bande von Dieben“**. Neun Jahre später mussten der EuGH, Bloomberg und die Berliner Zeitung zugeben, dass da wohl **nichts dran war**, nichts Gerichtsfestes jedenfalls. In der Tat wurde bis zum heutigen Tag kaum ein Vorwurf, den die Propagandisten des Maidan in den Jahren 2013 und 2014 gegen Beamte der Regierung Janukowitsch, gegen den Präsidenten persönlich wie gegen seine politischen Weggefährten erhoben hatten, substantiiert oder gerichtlich bestätigt. Gegen die meisten der in Europa auf Geheiß der Maidan-Ukraine Sanktionierten gibt es keine Gerichtsurteile, ja nicht einmal Anklagen. Janukowitsch selbst wurde zwar von einem ukrainischen Gericht in Abwesenheit zu einer langen Freiheitsstrafe verurteilt, allerdings nicht wegen irgendeines jener Vorwürfe, die Maidan-Anhänger während der Unruhen in Kiew mit Inbrunst und voller Überzeugung behauptet hatten: weder die persönliche Verantwortung von Janukowitsch für das Maidan-Massaker noch die angeblichen Korruptionsdelikte oder die pauschale Behauptung des „Diebstahls“ haben sich gerichtsfest als wahr erwiesen. Verurteilt wurde Janukowitsch lediglich wegen eines Briefes, den er bereits nach seiner verfassungswidrigen Amtsenthebung an den russischen Präsidenten Wladimir Putin geschrieben hatte und in dem er um den Einsatz der russischen Armee in der Ukraine gebeten haben soll.
- Das 102 Meter hohe Mutterlandsdenkmal, das über dem Fluss Dnjepr thront, hält in der rechten Hand ein 16 Meter langes Schwert und in der linken einen Schild mit Hammer und Sichel, dem sowjetischen Wappen. Sie wurde 1981 vom in der Ukraine geborenen Sowjetführer Leonid Breschnew eingeweiht und ist die fünfthöchste Statue der Welt und das

höchste Denkmal des Landes. Die Statue feiert den sowjetischen Sieg über Nazi-Deutschland. Die ukrainischen Behörden werden das ikonische Denkmal in Kiew in „**Ukraine-Mutter**“-Denkmal umbenennen. VESTI.ru

• Selenski warnt vor seinem „Krieg“ gegen Russland, nachdem der Moskauer Flughafen Wnukowo durch einen Drohnenangriff zerstört wurde. RFERL.cz

Erster UNO-Spionageroman. «**Spionin wider Willen**» – mehr als nur Fiktion vom UNO-Hauptsitz. Mit ihrem Spionageroman gibt die Insiderin Loraine Sievers spannende Einblicke ins Treiben am UNO-Hauptsitz in New York. An UNwilling Spy, 26,88 €, 322 Seiten, Allardt Press, 979–8985571905. – 1974, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, ereignet sich spätnachts vor dem Gebäude der Vereinten Nationen ein Verkehrsunfall. Oder war es ein Unfall. Anne Thomas, die betroffene untergeordnete UN-Mitarbeiterin, ist zunächst verwirrt über das Interesse des FBI. Dann, als ein bedrohlicher Vorfall auf den anderen folgt, beginnt sie, den Verdacht zu äußern, dass sie ins Visier genommen wird. Aber von wem? Und warum? Eine schreckliche Entdeckung bringt Anne schließlich dazu, entschlossen zu handeln, um der wachsenden Bedrohung für ihr Leben entgegenzutreten. Eine lebendige, faszinierende Bühnenkulisse wertet jeden Roman, jedes Theaterstück oder jeden Film auf. Dieser Roman lädt den Leser ein, durch das bewachte Straßentor des Hauptquartiers der Vereinten Nationen in New York Teil der UN-Welt zu werden, die man in Fernsehsitzungen oder Führungen nicht sieht. Vom luftleeren, schmutzigen Dritten Keller bis zum windgepeitschten Dach des 40. Stockwerks ist das UN-Gebäude die Kulisse für das gefährliche Netz, das sich um eine junge amerikanische Mitarbeiterin zusammenzieht, die sich während des Kalten Krieges unwissentlich durch widerstreitende Interessen bedroht sieht. • Aus für UNO-Blauhelme in Afrika. Die Rolle der UNO-Soldaten in Afrika wird immer schwieriger. Nun werden sie auch aus Mali abgezogen. SRF.ch

USA – Microsoft ist **Ziel einer Cyberattacke** geworden. Dabei ist gemäß dem Unternehmen ein Zugangsschlüssel für die eigenen Dienstleistungen entwendet worden. Das genaue Ausmaß der Attacke bleibt jedoch unklar. Microsoft hatte vor zwei Wochen bekannt gegeben, dass es zu einem Angriff auf die eigenen Exchange-Systeme gekommen sei. Hinter dem Angriff stehe die Gruppe Storm-0558, schrieb das Unternehmen in einem Blogpost. Demnach hätten die Angriffe bereits im Mai gestartet. Kundinnen und Kunden seien informiert und der betroffene Schlüssel entfernt worden. Noch bleibt vieles zur Attacke im Dunkeln. So etwa der genaue Umfang. Gemäß dem Branchenmagazin heise.de haben die Angreifer sich Zugang zu mehreren Microsoft-Cloud-Anwendungen, darunter Sharepoint oder Teams, verschafft. Vergangene Woche war bekannt geworden, dass Hacker Zugang zu den E-Mails US-Offizieller erlangt haben. Das «Wall Street Journal» berichtete als Erstes darüber. Gemäß Microsoft dürfte eine ostasiatische Gruppe hinter der Attacke stehen. SRF.ch

• Das Pentagon habe eine zusätzliche **Gefahrenzulage für in der Ukraine dienende amerikanische Truppen** eingeführt, berichtete die Military Times unter Berufung auf einen US-Verteidigungsbeamten. Die Verkaufsstelle gab an, dass der Bonus, bekannt als Imminent Danger Pay (IDP), allen Militärangehörigen angeboten wird, die in Gebieten tätig sind, in denen sie durch feindliches Feuer oder Minen, Aufstände, Bürgerkrieg oder Terrorismus geschädigt werden könnten. Die Einführung der Zahlung wurde erstmals in einem Memo bekannt gegeben, das Berichten zufolge vom obersten Personalbeamten des Pentagons, Grier Martin, verfasst worden war. Das Memo war auf den 13. Juli datiert und wurde am Donnerstag auf einem inoffiziellen Facebook-Konto der US-Luftwaffe veröffentlicht. Die Military Times behauptet, dass eine Quelle innerhalb des Pentagons inzwischen die Echtheit des Dokuments bestätigt habe. Dem Memo zufolge wird das gesamte Landgebiet und der Luftraum über der Ukraine mit Wirkung zum 24. April 2022 rückwirkend als Binnenvertriebenengebiet ausgewiesen. Das bedeutet, dass alle US-Militärangehörigen, die derzeit in der Ukraine im Dienst sind oder seit diesem Datum dort

gedient haben, Anspruch darauf haben zusätzlich 7,50 \$ pro Tag, mit einer Obergrenze von 225 \$ pro Monat. Die Military Times stellte fest, dass die IDP-Zahlungen zusätzlich zum Grundgehalt eines Militärangehörigen und anderen Prämien erfolgen und dass einige Truppen Anspruch auf den Bonus als Nachzahlung haben könnten. In dem Memo heißt es außerdem, dass es eine Senkung der monatlichen Rate der sogenannten Hardship Duty-Zahlungen geben wird, wodurch amerikanische Militärangehörige in der Ukraine zusätzlich 150 US-Dollar pro Monat erhalten. Nach der Einführung von IDP wird dieser Bonus auf 100 US-Dollar pro Monat sinken, was bedeutet, dass Truppen maximal 325 US-Dollar an monatlichem Gefahrengeld verdienen können. [MilitaryTimes.com](https://www.militarytimes.com) ist Teil der Sightline Media Group, früher bekannt als Army Times Publishing Company, die erstmals 1940 die Army Times veröffentlichte. Im Laufe seiner Geschichte blickt das Unternehmen auf eine starke Tradition und Tradition bei der Erfüllung der höchsten Standards unabhängigen Journalismus zurück ist mit Veröffentlichungen für alle Zweige des US-Militärs, die globale Verteidigungsgemeinschaft, die US-Bundesregierung und mehrere verteidigungsorientierte Industriezweige mit besonderem Interesse gewachsen. Offiziell haben die USA derzeit nur eine kleine Anzahl an Truppen in der Ukraine stationiert. Nach Angaben der Military Times arbeitet ein Teil dieses Kontingents in der amerikanischen Botschaft in Kiew, wo sie als Sicherheitsdetail fungiert und Milliarden von Dollar an militärischer Ausrüstung ausmacht, die Washington der Ukraine geschickt hat. Laut ABC News unterstützt ein weiteres Spezialeinsatzteam der US-Botschaft seit den Anfängen des russischen Militärfeldzugs ukrainische Truppen bei Geheimdienstoperationen und sorgt für die Sicherheit hochrangiger Besucher. Die Verkaufsstelle behauptete, dass dieses Team nicht an Militäreinsätzen teilnehme oder die Front besuche. KGUM.gu

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

- Keine Berichte -

- Keine Berichte -

Europäische Union (EU) (Seiten E 112 - E 113)

01) EU-Rekord-Importe von russischem Flüssig-Erdgas

31. 08. 2023



Bild: Uniper

Medienberichten zu Folge sind die Importe von Flüssigerdgas aus Russland in die EU in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr um 1,7 Prozent gestiegen.

Russland soll demnach, hinter den USA der zweitgrößte LNG-Lieferant der Europäischen Union sein.

Importe übersteigen „Vorkriegsniveau“

Die Importe von Flüssigerdgas (LNG) aus Russland in die EU sind in diesem Jahr um 1,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, als die Zahlen bereits Rekordwerte erreicht hatten.

Dies geht aus einem Bericht der Zeitung *Financial Times* (FT) hervor, mit Verweis auf eine Analyse der Nichtregierungsorganisation Global Witness, die auf Daten des Branchenanalyseunternehmens Kpler basiert.

Außerdem sollen die EU-Importe von russischem LNG im Vergleich zum Niveau vor dem Krieg in der Ukraine gestiegen sein.

Bei den Importen von Flüssigerdgas aus Russland belegten Belgien und Spanien nach China den zweiten und dritten Platz.

Seite E 113 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Laut Kpler-Daten machte russisches Flüssigerdgas von Januar bis Juli 16 Prozent der gesamten EU-Importe aus (21,6 Millionen Kubikmeter von 133,5 Millionen Kubikmetern), was Russland zum zweitgrößten Kraftstofflieferanten der Europäischen Union nach den USA macht.

Belgien importiert am Meisten

Belgien importiert große Mengen von russischem Flüssigerdgas, da sich in seinem Hafen Zeebrugge einer der wichtigsten europäischen LNG-Terminals für den Import von Flüssigerdgas nach Europa befindet.

Spaniens Versorger Naturgy und Frankreichs Total sollen ebenfalls laufende Verträge über große Mengen russischen Flüssigerdgases haben.

Jonathan Noronha-Gant, Mitarbeiter bei Global Witness, erklärte dazu, „es ist schockierend, dass die EU-Länder so hart daran gearbeitet haben, russisches fossiles Gas aufzugeben, nur um es durch ein geliefertes Äquivalent zu ersetzen.“

Wie *FT* schreibt, soll die Europäische Union in diesem Jahr Rekordmengen an Flüssigerdgas aus Russland importieren, trotz des Versuches, bis 2027 auf russische fossile Brennstoffe zu verzichten.

Ein direktes Verbot der Lieferung von russischem Flüssigerdgas könnte laut europäischen Beamten eine Energiekrise auslösen. Ein EU-Beamter teilte gegenüber *FT* mit, dass trotz der Fülle der europäischen Gasspeicher um mehr als 90 Prozent im Vorfeld des Winters immer noch „große Nervosität“ im Falle weiterer möglicher Lieferengpässe herrsche.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

- Keine Berichte -

Niederlande (Seiten E 115 – E 116)

01) Verstand über Bord: Traumschiff soll Flüchtlingsheim werden

09. 08. 2023



Foto: Wikimedia commons / Mike Peel (www.mikepeel.net) / CC BY-SA 4.0

Von ALEX CRYSO | Werden unsere Asylsuchenden bald mit dem Traumschiff abgeholt? Den klangvollen Namen „Ocean Majesty“ – also „Königin zu hoher See“ – wird man einem 1965 erbauten Kreuzfahrtschiff wohl als erstes mit dem Spachtel abkratzen dürfen. Denn ab sofort geht es nicht mehr in ferne Länder, zumal Europas Gutmenschen nichts zu peinlich ist, um in ihrer Notlage nach immer absurderen Lösungen zu suchen.

So soll die Ocean Majesty [bald als schwimmende Asylunterkunft](#) in den Hafengewässern Amsterdams dienen. Wer entgegen aller Beteuerungen eben doch kein Platz mehr finden, der muss nun auch noch die altgedienten Luxusherbergen angreifen, um den einstmaligen Wohlstand völlig zu demontieren.

Erst am Montag kehrte das Schiff von einer 21-tägigen Kreuzfahrt nach Grönland in den Hamburger Hafen zurück. Kurz zuvor wurden die Verträge der 220 Besatzungsmitglieder vom Stuttgarter Charter Hansa Touristik völlig überraschend auf hoher See gekündigt. Das schwimmende Asylantenheim würde mehr Geld bringen, hieß es.

Das Schiff selbst ist 135 Meter lang und fasst rund 500 Passagiere. In den vergangenen Jahren wurden viele Millionen Euro investiert, um die Ocean Majesty fortlaufend zu renovieren und zu modernisieren. Unter anderem dürfen sich die Flüchtlinge auf acht Penthouse-Kabinen, ein À-la-Carte-Restaurant und fünf Bars freuen.

[Im Mai letzten Jahres](#) wurden allerdings auch schwere technische Mängel in punkto Lebensrettung und Brandbekämpfung festgestellt. Von Hansa Touristik gab es hingegen noch keine Stellungnahme. Dabei hat die Kreuzfahrt-Saison gerade eben erst begonnen – den ständigen Nordafrika-Mittelmeer-Europa-Transfer mal nicht mitgerechnet.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [PI NEWS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Anm.:

Schweigegeld geboten: Der Besatzung hatte man versprochen, sie zumindest noch mit einem Bonus-Almosen abzuspeisen, wenn sie den Mund über den Grund ihrer Entlassung hält, berichtet journalistenwatch.com.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Fragen an Staatsminister Aiwanger - und seine Antworten

Der Vorgang ist erledigt
Posteingang
paperpress@berlin.de

Anhänge 03.09.2023, 11:20 Uhr

an paperpress

Der Vorgang ist erledigt

Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder wird seinen Vize Hubert Aiwanger nicht entlassen.

Das verkündete er um 11:00 Uhr in einem Statement. Fragen der anwesenden Journalisten waren nicht zugelassen.

Vielleicht stellt Shakuntala Banerjee im Sommerinterview des ZDF heute um 19:10 Uhr Söder die richtigen Fragen.

Die Koalition aus CSU und Freien Wählern werde fortgesetzt. Schwarz-Grün, für Söder offenbar die Vorstufe zur Hölle, wird es in Bayern nicht geben.

Die Fragen an und die Antworten von Hubert Aiwanger wurden soeben veröffentlicht.

Mit freundlichen Grüßen
Paperpress seit 1976

Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin
Textarchiv: www.paperpress.org
Newsletter-Archiv: www.paperpress-newsletter.de

Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
paperpress ist ein Projekt des Paper Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
Vorstand: Ed Koch – Mathias Kraft

Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Fragen an Staatsminister Aiwanger

Vorbemerkung:

Das besagte Flugblatt habe ich nicht verfasst und erachte es damals wie heute als ekelhaft und menschenverachtend. Es spiegelt weder damals noch heute meine persönliche Haltung wider.

Die mit diesem Fragenkatalog angesprochenen Vorgänge liegen rund 36 Jahre zurück. Damals war ich 16 Jahre alt. Ich weise daher darauf hin, dass mir viele Details heute nicht mehr erinnerlich sind. Zudem kann der Wahrheitsgehalt vieler Vorwürfe nicht mehr zweifelsfrei festgestellt werden. Sachverhalte können nicht mehr vollständig rekonstruiert werden. Ebenso ist die Interpretation und Einordnung in den situativen Kontext nicht mehr möglich.

Ich bereue, wenn ich durch mein Verhalten in Bezug auf das Pamphlet oder weitere Vorwürfe gegen mich aus der Jugendzeit Gefühle verletzt habe.

Entsetzt bin ich, wie mit einem Dokument aus meiner Schulzeit und der Weitergabe von Informationen aus dem geschützten Raum Schule durch einen Lehrer versucht wird, mich politisch und persönlich fertig zu machen. Die Veröffentlichungen aus Lehrerkreisen sind ein massiver Verstoß gegen das Bayerische Dienstrecht. Gegen die Verdachtsberichterstattung mit überwiegend anonymen Aussagen und dem Weglassen entlastender Inhalte behalte ich mir rechtliche Schritte vor.

Fragen und Antworten:

Zum Auffinden des Flugblattes:

1. Wieso waren die Flugblätter in Ihrer Schultasche? Was wollten Sie damit, wieso haben Sie die Flugblätter nicht sofort vernichtet/weggeworfen?

Mir ist dieser Vorgang im Detail nicht in Erinnerung. Laut Aussagen meines Bruders glaubt er, dass ich die Flugblätter einsammelt habe, um zu deeskalieren.

2. Haben Sie das Flugblatt weiterverbreitet?

Siehe Antwort zu Frage 1.

3. Warum ist der Verdacht damals auf Sie gefallen?

Das entzieht sich meiner Kenntnis.

4. Wie, weshalb und von wem wurde Ihre Schultasche durchsucht?

Meiner Erinnerung nach wurde die Schultasche im Sekretariat unter Anwesenheit von Schulpersonal geöffnet. Das oder die Flugblätter wurden einbehalten. An Details kann ich mich nach 36 Jahren nicht mehr erinnern.

5. Wie viele Exemplare des Flugblatts wurden in Ihrer Schultasche gefunden?

Eines oder wenige.

Zum Flugblatt selbst:

6. Auf welcher Schreibmaschine wurde das Flugblatt geschrieben?

Das ist mir nicht bekannt. Wahrscheinlich auf der Schreibmaschine des Elternhauses.

7. Wer hat das Flugblatt erstellt? Wo und an wen sollte es verteilt werden?

Das Flugblatt wurde laut seiner eigenen Aussage durch meinen Bruder aufgrund seiner problematischen schulischen Situation und seines Ärgers mit Lehrern erstellt, um diese zu provozieren. Wo und an wen es verteilt wurde oder werden sollte, ist mir nicht bekannt.

8. Wie viele Exemplare des Flugblattes wurden erstellt?

Die Flugblätter wurden nicht von mir erstellt, ich kenne die Anzahl der Exemplare nicht.

9. Wann und wie wurde Ihnen die behauptete Urheberschaft Ihres Bruders bekannt?

Daran kann ich mich nicht mehr erinnern.

10. Waren Sie überrascht, als Sie das Flugblatt erstmals gesehen haben? Wie haben Sie es damals bewertet?

Ich war erschrocken.

11. Haben Sie das Flugblatt gemeinsam mit Ihrem Bruder erstellt? Wieso beginnt der letzte Satz des Flugblattes mit „Wir“, wer steckt hinter dem „Wir“ („Wir hoffen auf zahlreiche Teilnahme“)? Waren an der Erstellung des Flugblattes noch andere Personen beteiligt?

Ich war an der Erstellung des Flugblattes nicht beteiligt. Die weiteren Fragen kann ich nicht beantworten.

12. Wieso thematisiert das Flugblatt Auschwitz, Dachau etc., wenn Ihr Bruder verärgert über die Schulleitung, Lehrer und sein Sitzenbleiben gewesen sein soll? Wer war mit „Volksverräter“ gemeint?

Ich habe das Flugblatt nicht erstellt und daran nicht mitgewirkt. Daher kann ich die Fragen nicht beantworten.

Zu den damaligen Konsequenzen aus dem Auffinden des Flugblattes:

13. Wurden nur Sie selbst zum Direktor einbestellt? Warum? Wurde der Disziplinausschuss der Schule mit der Angelegenheit befasst?

Mir ist nicht in Erinnerung, ob noch weitere Personen zum Direktor einbestellt wurden. An eine mögliche Sitzung des Disziplinausschusses kann ich mich nicht erinnern.

14. Wieso haben Sie gegenüber der Schulleitung die Verantwortung für das Flugblatt übernommen?

Ich weiß nicht, ob und was ich an Verantwortung für das Flugblatt übernommen habe. Nach dem Auffinden des Flugblattes in der Schultasche wurde mir mit der Polizei gedroht. Als Ausweg wurde mir angeboten, ein Referat zu halten. Darauf ging ich unter Druck ein. Damit war die Sache wohl für die Schule erledigt.

15. Haben Sie vor der Schulleitung zugegeben bzw. eingestanden, dass das Flugblatt von Ihnen stammt?

Es wird auf die Frage 14 verwiesen.

16. Haben Sie das Ihnen als Sanktion auferlegte Referat gehalten?

Nach meiner Erinnerung wahrscheinlich ja.

17. Wieso haben Sie keinen Verweis von der Schulleitung bekommen? Wieso wurden Ihre Eltern nicht einbezogen, obwohl Sie noch minderjährig waren?

Diese Fragen kann nur die damalige Schulleitung beantworten.

18. Haben Sie Ihren Bruder mit dem Flugblatt konfrontiert? Haben Sie ihm klagemacht, weshalb ein derartiger Inhalt absolut indiskutabel ist? Hat Ihr Bruder Einsicht gezeigt?

Mein Bruder und ich standen unter Schock. Die Vorstellung eines Polizeibesuchs im Elternhaus hat mir Angst gemacht. Mein Bruder war selbst im Nachhinein über den abscheulichen Inhalt beschämt und hat die Sache sehr bereut.

19. Warum hat sich Ihr Bruder damals nicht zu dem Flugblatt bekannt, sondern erst jetzt?

Mein Bruder war aufgrund seiner schulischen Probleme damals ohnehin in einer schwierigen Situation und hatte Angst vor dramatischen Folgen. Aufgrund der aktuellen Verdächtigungen gegen mich klärte mein Bruder die Urheberschaft auf.

20. Wurde Ihr Bruder, der nach seinen Angaben ständig Meinungsverschiedenheiten mit Lehrkräften hatte und „wegen Kleinigkeiten zum Schuldirektor geschickt“ wurde, von den Lehrern (auch) verdächtigt?

Das entzieht sich meiner Kenntnis.

21. Hat Ihr Bruder oder haben Sie häufiger Flugblätter erstellt? Wenn ja, zu welchen Themen?

Mir ist nicht erinnerlich, dass ich in meiner Schulzeit Flugblätter erstellt habe. Mir sind keine weiteren Flugblätter meines Bruders bekannt.

22. Gab es in der Schule weitere Vorfälle, bei denen disziplinarisch gegen Sie vorgegangen wurde? Wenn ja, welche?

Mir ist neben einem Vorfall im Kunstunterricht, der mit der aktuellen Diskussion nichts zu tun hat, nichts in Erinnerung (Anmerkung: Allgemein ist dafür Sorge zu tragen, dass der Schutzraum Schule nicht ausgehöhlt wird. Schüler, Eltern und Lehrer müssen sich darauf verlassen können, dass schulische Interna nicht in die Öffentlichkeit getragen werden).

23. Welche Konsequenzen haben Sie damals aus der Angelegenheit für sich persönlich gezogen?

Der Vorfall war ein einschneidendes Erlebnis für mich. Er hat wichtige gedankliche Prozesse angestoßen.

24. Wie positionieren Sie sich zu dem Vorwurf, dass auch Ihr weiteres Verhalten bzw. Auftreten zur Schulzeit eine Nähe zu nationalsozialistischem Gedankengut nahegelegt habe, weshalb der Verdacht auf Sie gefallen sei (lt. Presseberichten angeblich Imitationen von Hitler und seinen Reden, „Hitlerbärtchen“)?

25. Gab es weitere mögliche rechtsradikale Aktivitäten in der Vergangenheit.

Die Fragen 24 und 25 werden gemeinsam beantwortet:

Ich habe als Jugendlicher auch Fehler gemacht, die mir heute leidtun. Ich bereue, wenn ich durch mein Verhalten in der Jugendzeit Gefühle verletzt habe. Fehler aus der Jugendzeit dürfen einem Menschen allerdings nicht für alle Ewigkeit angelastet werden. Jedem Menschen muss auch ein Entwicklungs- und Reifeprozess zugestanden werden.

02) KW 35 (28.08. bis 03.09.2023). Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 617-04

3. September 2023

48. Jahrgang

KW 35

In dieser Woche beherrschte ein rechtskonservativer Populist die Schlagzeilen. Diesmal ist nicht CSU- und Bayern-Chef **Markus Söder** gemeint, sondern sein Koalitions-Vize von den „Freien Wählern“ **Hubert Aiwanger**. Der Fall „Aiwanger“ um ein antisemitisches Hetzflugblatt ist inzwischen auch zum Fall Söder geworden.

Wer hat sie nicht begangen, die Jugendsünden? Niemand möchte gern daran erinnert werden und hofft, dass weder Fotos noch andere Dokumente jemals wieder auftauchen. Interessant ist immer der Zeitpunkt, an dem etwas aus der Vergangenheit das Tageslicht erblickt. Das antisemitische Flugblatt, das nach eigener Darstellung **Helmut Aiwanger** verfasste und sein Bruder **Hubert Aiwanger** „lediglich“ im Schulranzen mit sich herumtrug, ist offenbar schon länger bekannt, taucht aber gerade jetzt, kurz vor der bayerischen Landtagswahl, in der Öffentlichkeit auf. Zufall? Natürlich nicht. Über die Doktorarbeiten von Politikern machen sich die selbst ernannten Rechercheure immer erst dann her, wenn eine Person in ein wichtiges Amt gekommen ist. Man muss kein Verschwörungstheoretiker sein, um die Absicht, die dahintersteckt zu durchschauen. Es geht hier nicht darum, die Vorwürfe kleinzureden und die Verursacher in Schutz zu nehmen. Es ist lediglich eine Feststellung.

Wer mit 17 Jahren derartig menschenverachtende Texte verfasst oder mit sich führt, hat entweder keine gute elterliche Erziehung genossen oder in der Schule nicht aufgepasst. Sich so zu äußern, offenbart eine kaputte Geisteshaltung. Kein 17-Jähriger kommt von allein auf den Gedanken, einen imaginären Wettbewerb auszuschreiben, dessen erster Preis „ein Freiflug durch den Schornstein in Auschwitz“ ist. Da muss einiges im jungen Leben schiefgelaufen sein. Wo waren die Eltern?

Es nützt auch nichts, es später als Satire verharmlosen zu wollen. Sich zu entschuldigen, ist das mindeste, aber für einen Spitzenpolitiker eben auch zu wenig. In diesem wie in vielen Fällen zuvor, ist die eigentliche Tat die eine Seite der Medaille, die andere zeigt den Umgang damit. Für Aiwanger ist das eine Schmutzkampagne gegen ihn mit dem Ziel, wie er in einem Bierzelt – wo sonst – sagte, um die Grünen in Bayern an die Macht zu bringen. Sich mit 17 Jahren dämlich zu verhalten, könnte gerade noch entschuldigt werden, sich aber mit 52 noch dämlicher zu

verhalten, geht gar nicht. Dass das Flugblatt von einst nun landesweit in den Medien abgebildet worden ist, wird die Neo-Nazis freuen. So viele Exemplare hätten die Schüler von damals gar nicht drucken können, wie ihr Machwerk heute Verbreitung findet. Natürlich ist das ein Problem. Einerseits sollte man so etwas nicht noch multiplizieren, andererseits macht es wenig Sinn, über etwas zu diskutieren, das man nicht kennt. Transparenz ist wichtig. Diese findet aber in Bayern nicht statt. Dass **Markus Söder** 25 Fragen an **Hubert Aiwanger** gestellt hat, die dieser angeblich am Freitag beantwortete, ist sehr schön, hat aber keinen Nachrichtenwert. Die Öffentlichkeit hat jedoch ein Recht darauf, Fragen und Antworten zu erfahren. Um 19:10 Uhr ist **Markus Söder** heute im ZDF zu Gast beim Sommerinterview. Um den Fall „Aiwanger“ wird er nicht herumkommen.

Die taz hat 25 Fragen an Söder gestellt, nachzulesen unter: <https://taz.de/15957158/> Die letzte Frage lautet: „Herr Söder, telefonieren Sie schon heimlich mit den Grünen?“ Söder hat die Grünen zu seinem Hauptfeind erklärt und richtet sein Bett schon wieder für die „Freien Wähler“ ein.

Die letzte Wahlumfrage für Bayern stammt vom 9. August. Warten wir die aktuelle ab. 39 Prozent bekäme die CSU in dieser Umfrage. Söder braucht einen Koalitionspartner. Das ginge mit der SPD und ihren neun Prozent mal gerade so, aber bequem mit den Freien Wählern, 12 Prozent, oder mit den Grünen, 14 Prozent. Die AfD, die Söder rechts liegen lässt, ist für ihn natürlich kein Thema, wenn es um Koalitionen geht. Eine Partei, die allerdings 14 Prozent auf die Waage bringt, sollte man im Auge behalten. Am 8. Oktober wird in Bayern gewählt. Die Plakate mit dem Konterfei von Aiwanger hängen längst und munter zieht er durchs Land und verbreitet die Mär von der Schmutzkampagne gegen ihn.

Der „Politische Gillamoos“ am 4. September ist angeblich der größte „Stammtisch der Republik“, vergleichbar mit dem Politischen Aschermittwoch, allerdings mit einem wesentlichen Unterschied: Die Aschermittwochsreden finden an verschiedenen Orten statt, der „Politische Gillamoos“ allein auf einer Festwiese in der niederbayerischen, 14.500 Seelen zählenden Kleinstadt Abensberg. Jede Partei hat ihr





eigenes Festzelt. Mit dabei sind nicht nur **Hubert Aiwanger** und Freunde im "Weissbierstadt", sondern auch **Markus Söder** und **Friedrich Merz** im „Hofbräuzelt“, **Lars Klingbeil** im „Härteis Festzelt“, **Winfried Kretschmann** im „Weinzelt“ und **Wolfgang Kubicki** im „Partyzelt des Weissbierstadt“. Das Besäufnis beginnt zeitgleich um 9:00 Uhr in allen Zelten. Nur die Schmuttelkinder der **AfD** dürfen nicht auf die Festwiese. **Alice Weidel** und ihre Leute treffen sich um 10:00 Uhr im Schlossgarten. Wer hat in Bayern eigentlich an einem Montagmorgen Zeit, sich das anzutun?

Der CSU scheint in diesem Wahlkampf der Allerwerteste mächtig auf Grundeis zu gehen, wenn man gezwungen zu sein scheint, **Franz-Josef Strauß** aufstehen zu lassen und auf den Plakaten abzubilden.



Foto: Main-Echo

Strauß war von 1961 bis zu seinem Ableben 1988 CSU-Chef und von 1978 bis 1988 Ministerpräsident. Um Koalitionen musste sich Strauß nicht kümmern, seine CSU brachte es während seiner Regentschaft jeweils auf knapp 60 Prozent. Rechts neben der CSU dürfe es nie eine Partei geben, war die Losung von Strauß. Nun, inzwischen sind es sogar zwei.



Apropos Wahlen. Am 8. Oktober wird auch in **Hessen** gewählt. Heute startet die SPD in Bad Homburg mit ihrer Spitzenkandidatin, Innenministerin **Nancy Faeser**. Sie hat schon erklärt, dass sie nur als Ministerpräsidentin in die Staatskanzlei von Wiesbaden einziehen wird. Im Falle sie verlore, bliebe sie Innenministerin in Berlin. Diese Halbherzigkeit ist noch niemand gut bekommen.

Um das mögliche Amt der Ministerpräsidentin muss sich Faeser wohl keine Gedanken machen. Seit dem Rücktritt 2022 von MP **Volker Bouffier** übt dieses Amt **Boris Rhein** aus, dessen Familienname bekannter ist als er selbst. Derzeit gibt es eine Koalition aus CDU und Grünen und nichts deutet darauf hin, dass das am 9. Oktober anders aussehen wird. Die aktuelle Umfrage der **Forschungsgruppe Wahlen** sieht die CDU bei 31, die Grünen bei 18, die SPD bei 20, die FDP bei sechs und die AfD bei 15 Prozent.

Übrigens: Beim Wahlkampfauftakt wird Bundeskanzler **Olaf Scholz** fehlen. Er sei beim Joggen gestürzt und habe sich Prellungen im Gesicht zugezogen, meldet die **tagesschau**. Auf der Bühne zu stehen und so auszusehen, als käme er gerade aus einer Sitzung des Koalitionsausschusses, ist sicherlich nicht sehr publikumswirksam. Für Scholz wird Verteidigungsminister **Boris Pistorius** auftreten, was auch besser in diese Zeit passt.

Mut zur Intoleranz

„Es braucht den Mut zur Intoleranz denen gegenüber, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen.“ Das sagte einst **Carlo Schmid** (1896-1979), SPD-Politiker und einer der Väter des Grundgesetzes und des Godesberger Programms seiner Partei. Googelt man diesen Satz, so sieht man, wie oft er von anderen zitiert wurde, von CDU-Politikern wie **Thomas Strobel**, über die Thüringer Abgeordnete der Linken, **Katharina König**, bis hin zu Parlamentspräsidentin **Bärbel Bas**, die beim Holocaust-Gedenktag am 27. Januar 2022 das Zitat verwendete und aktuell am 75sten Jahrestag der Konstituierung des Parlamentarischen Rats in Bonn am 1. September.



Foto: DfT/Werner Schüring

„Es mutet ein wenig kurios an, wie sie so dasitzen, die höchsten Repräsentantinnen und Repräsentanten der Bundesrepublik. Mit feinen Anzügen und



schicken Kostümen, andächtig einem Streichquartett von Beethoven lauschend. Während um sie herum ausgestopfte Giraffen ihre Hälse recken und ein präpariertes Zebra aus einer künstlichen Wasserstelle schlürft. Ein Festakt mit den Spitzen von Staat und Politik – inmitten einer nachgebauten Savanne.“, lesen wir auf der Internetseite des Bundestages.

Nun, im **Museum Koenig** in Bonn tagte der Parlamentarische Rat ab dem 1. September 1948 mit dem Auftrag, ein Grundgesetz zu erstellen, das am 23. Mai 1949 in Kraft trat. Die beste Verfassung, die es jemals in Deutschland gab, eine demokratische Erfolgsgeschichte, die im kommenden Jahr zu Recht ausführlich gefeiert werden wird. Auf YouTube können Sie die Reden von **Bärbel Bas**, Alt-Bundespräsident **Joachim Gauck** und dem amtierenden Bundesratspräsidenten **Peter Tschentscher** nachhören.

Zurück zum Zitat von **Carlo Schmid**. Nach der Übertragung des Festaktes aus dem Zoo ausgestopfter Tiere im Museum Koenig, interviewte **phoenix** den Politikwissenschaftler **Prof. Wolfgang Merkel***. Er hält das Zitat für einen „riskanten und problematischen Satz“. „Als liberale Republik sollten wir nicht auf die schiefe Ebene der illiberalen Politik ausweichen.“ Das zweiminütige Statement von Prof. Merkel fügen wir als Anhang bei.

Man kann zu Merks Ansicht über Waffenlieferungen an die Ukraine geteilter Meinung sein. Es bedarf aber doch nicht erst des Hinweises auf den Satz von **Rosa Luxemburg**, dass die Freiheit immer die Freiheit der Andersdenkenden ist. Ich schließe mich den Bedenken von **Wolfgang Merkel** bezüglich des Schmid-Zitates an. Intoleranz ist in unserem freiheitlich-demokratischen Staat zu Recht verpönt. Es kann nicht sein, dass wir analog zum Gewalt-Monopol des Staates eine weitere Ebene des „Intoleranz-Monopols“ schaffen. Wie soll denn der „Mut zur Intoleranz“ aussehen? Das haben weder **Bärbel Bas** noch **Joachim Gauck** ausgeführt.

Die Feinde der Demokratie, die sich gegenwärtig wie die Kaninchen vermehren, müssen mit rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden. Wenn der AfD politische Mandate verweigert werden, zum Beispiel Vize-Präsident des Bundestages oder Bezirksstadträte in Berlin, darf die Frage erlaubt sein, wie das zu bewerten ist. Als rechtsstaatliches Mittel? Kein Abgeordneter oder Bezirksverordneter kann gezwungen werden, irgendwen zu wählen. Oder sind diese Nichtwahlen Ausdruck der Intoleranz im Sinne von Schmid und Bas?

In dieser Woche gab es wieder zahlreiche Umfragen. Infratest dimap am 31.08. und Emnid Kantar und INSA am 02.09.2023. Hier die Werte in dieser Reihenfolge: Angaben in Prozent.

Union	29 25 27
SPD	16 18 18
Grüne	14 15 13
FDP	6 7 7
Linke	4 5 5
AfD	22 20 21

19 Prozent sind nach dem ARD-Deutschlandtrend vom 31. August (*Infratest dimap*) mit der Arbeit der Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP zufrieden. Und Scholz, Habeck und Lindner grinsen vor dem Schloss Meseberg nach der Regierungsklausur. Wir empfehlen „Sommerschloss der Stars: Meseberg-Klausur-Edition | extra 3 ...NDR“ auf YouTube.

Lediglich mit der Arbeit von **Boris Pistorius** ist eine Mehrheit der Deutschen (52%) zufrieden. Lindner 32, Habeck 27 (gleichauf mit Wagenknecht?), Scholz 25 und Merz 23 Prozent.

Was noch?



Vorbei mit dem Austernschlürfen im Lafayette. Demnächst gibt's nur noch Bücher. **Joe Chialo**, Berlins neuer Kultursenator, hat sein Projekt gefunden. **Klaus Wowereit** wollte einst die neue Landesbibliothek am Rande des Tempelhofer Felds errichten. Daraus wurde nichts. Mal sehen, ob Chialo in der Friedrichstraße mehr Erfolg hat.

Fußball: Union 4:1 gegen Mainz, Platz 4. Hertha 4:6 gegen Magdeburg, Platz 16. Ich wünsche Ihnen einen sonnigen Sonntag mit vielen toleranten Menschen.

Ed Koch

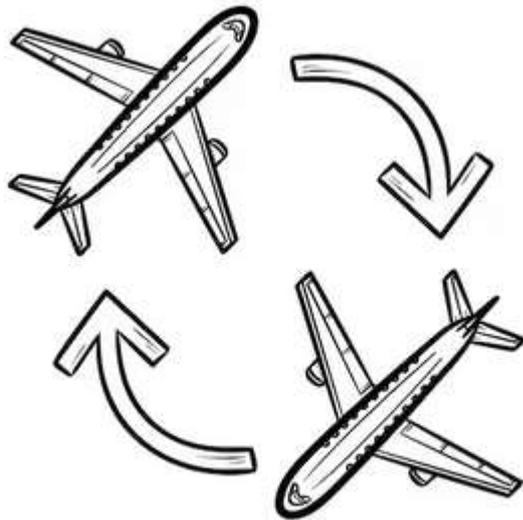
*Wolfgang Merkel ist Erstunterzeichner des „Offenen Briefs an Kanzler Olaf Scholz“ vom 29. April 2022, der sich gegen die Lieferung weiterer schwerer Waffen an die Ukraine ausspricht, aus Sorge vor einem Dritten Weltkrieg im Kontext des russischen Überfalls auf die Ukraine 2022. Diese Position verteidigte er auch vehement im Februar 2023 in der Talksendung Markus Lanz und im Spiegel-Streitgespräch mit der Politikwissenschaftlerin Claudia Major vom 1. Juni 2023. Merkel formulierte in beiden Formaten die Prognose: „Der Ukraine werden nicht die Waffen ausgehen, der Ukraine werden die Menschen ausgehen.“ Wikipedia

Prof. Wolfgang Merkel, Phoenix 01.09.2023

<https://mail.google.com/mail/u/0/#trash/FMfcgzGtwqRnwhxvghnzxKpPmdmZdChW?projector=1&messagePartId=0.2>

03) Hessen: 1,7 Millionen Euro für freiwillige Rückkehr an Migranten bezahlt
– viele gleich wieder da

01. 09. 2023



KROKO | Das alte Box-Gesetz „They never come back“ traf nicht auf jeden entthronten Camp in dieser Sportart zu. Der erste, der diese Regel brach, war der Schwergewichtsboxer Floyd Patterson, der das berühmt-berüchtigte ungeschriebene Gesetz widerlegte. Bei unseren illegalen Einwanderern, die nach erfolgter Abschiebung oder freiwilliger Ausreise plötzlich wieder hier ihr „Comeback“ feiern, geht die Zahl der Zurückgekommenen allerdings in die Hunderte, wenn nicht sogar in die die Tausende.

1,7 Millionen für freiwillige Rückkehr

Aus einer Antwort des Innenministeriums auf Anfrage der AfD geht hervor, dass von 1019 bis 2022 aufgrund einer vom Land Hessen gezahlten Unterstützung 1775 Migranten freiwillig in ihr Heimatland zurückgekehrt sind. Die von Hessen gezahlte Summe gibt das Ministerium für den Zeitraum mit rund 1,7 Millionen Euro an. Haupt-Ausreiseland: Irak mit 275 Menschen in den Jahren 2019 bis 2022. Dahinter: Albanien mit 202 und der Iran mit 171 Menschen, berichtet bild.de.

Die Geldvernichtung nennt „REAG/GARP-Programm“ von Bund und Ländern. Voller Name: „Reintegration and Emigration Programme for Asylum-Seekers in Germany/Government Assisted Repatriation Programme“ (deutsch: „Reintegrations- und Emigrations-Programm für Asylsuchende in Deutschland/Regierungsunterstütztes Rückführungs-Programm“). Man darf getrost davon ausgehen, dass die Bearbeitung dieser Fälle mit Sicherheit auch noch einen Batzen Geld verschlingt.

Ausreise mit Bumerang-Effekt

Wer nun glaubt, dass der Fall damit erledigt ist, täuscht sich gewaltig. Denn von den 152 der 1775 Personen, die das „Ausreisegeld kassierten, sind offiziell 152 schon wieder, oder noch immer hier. Das sind somit beinahe 10 Prozent – von der Dunkelziffer wollen wir gar nicht erst reden. Denn, dass ein Gutteil der Herrschaften dann erneut einen Asylantrag mit einer anderen Identität stellt, liegt wohl auf der Hand. Eine Win-win-Situation für Asylbetrüger und Gutmenschen, die bekanntlich von derartigen Elementen nicht genug bekommen können.

Aber es gibt auch Positives darüber zu berichten. Ganze sechs (!) Personen kamen der Rückzahlungsforderung nach und hätten bis Ende Juni das Geld erstattet. Und da soll bloß wer sagen, es sind alles Betrüger, die da so illegal hereinkommen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Acht Euro, immerhin. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 616-15

29. August 2023

48. Jahrgang

Acht Euro, immerhin



Screenshot phoenix

Wer sich gestern die Pressekonferenz zum Thema „Kindergrundsicherung“ auf phoenix angeschaut hat, dachte, dass hier eine neue TV-Serie über Paartherapie vorgestellt wird. Der Christian und die Lisa versuchten ihre gescheiterte Beziehung mühsam zu kitteln. So ganz habe ich die Rolle von **Hubertus Heil** bei dem Spiel nicht verstanden, vermutlich wollte die SPD den Grünen und der FDP die Szene nicht allein überlassen.

Familienministerin **Lisa Paus** und Finanzminister **Christian Lindner** haben sich mit Hilfe von Paartherapeut **Olaf Scholz** noch vor der Regierungsklausur auf Schloss Meseberg, die heute beginnt, verständigt. Auf die Frage eines Journalisten, ob denn nun auch das „Wachstumschancengesetz“, das der schwächelnden Wirtschaft helfen soll und zuletzt im Bundeskabinett von Paus gestoppt wurde, beschlossen werden kann, antwortete Lindner zu Paus gewandt: „Ohne Dich wäre es beim letzten Mal schon durchgegangen.“ Gleichzeitig schien Lindner mit der Verzögerung nicht unzufrieden zu sein, weil zwischenzeitlich noch „Verbesserungen“ vorgenommen werden konnten. Manchmal haben Verzögerungen auch ihr Gutes.

Es sind Zweifel erlaubt, ob die Zielgruppe, laut **Berliner Morgenpost** immerhin 300.000 Kinder in Berlin, beziehungsweise deren Eltern, die Neuregelungen verstanden haben. Das fällt auch Experten nicht leicht. Bis Inkrafttreten ist aber noch Zeit, erst 2025 soll das neue Gesetz greifen. Bis dahin wird es rauf und runter diskutiert und wie man aus Erfahrung weiß, kommt nie von der Regierung ins Parlament eingebrachte Gesetz genauso wieder raus.

Bevor aber irgendein Cent bei einem Kind ankommt, wird erst einmal eine neue Behörde mit bundesweiten Zweigstellen geschaffen. Name: *Familienservice*. Alle Leistungen für Kinder sollen dort gebündelt werden, eine Art „One-Stop-Agency“. Das ist fraglos sinnvoll, erspart es doch den Eltern viele Wege zu

unterschiedlichen Ämtern. Darüber, was diese Ämter, die bislang damit beschäftigt waren, Kinder zu unterstützen, dann machen, ist nichts zu finden. Der *Familienservice* wird bei der *Bundesagentur für Arbeit* angesiedelt sein. Der Weg führt also nicht mehr zum Jugend- oder Sozialamt, sondern direkt zum Arbeitsamt. Das ist doch wahrlich ein Fortschritt, der eine „Stigmatisierung“ nachhaltig verhindern wird.

Neue Bezeichnungen für alte Leistungen sind stets ein beliebtes Mittel der Politik, um Fortschritt zu suggerieren. So wird aus dem Begriff „Kindergeld“ der „Kindergarantiebetrag“. Darauf muss man kommen. „Leistungsverbesserungen für arme Familien wird es aber kaum geben.“, stellt die **Berliner Morgenpost** fest. Es soll acht Euro mehr für Kinder bis fünf Jahre geben. Leider nicht täglich.

Die künftige *Kindergrundsicherung* besteht aus zwei Teilen: Einer festen, einkommensunabhängigen Komponente namens *Kindergarantiebetrag*, und dem *Kinderzusatzbetrag*, der nach Alter des Kindes gestaffelt ist und vom Einkommen der Eltern abhängt. Es werde sichergestellt, „dass kein Kind durch die Zusammenlegung der bisherigen Leistungen schlechter gestellt wird.“ Quelle: *Berliner Morgenpost*

Um welche Beträge es letztlich geht, wagte auch in der Lindner/Paus-Therapiesitzung niemand vorauszusagen. Von den zwölf Milliarden, die Lisa Paus einst ins Spiel brachte, wird aktuell noch von 2,4 Milliarden Euro gesprochen, wovon ein Teil in die neue Behörde investiert werden wird.

An die den Kindern zustehenden Leistungen sollen die Eltern künftig einfacher rankommen. Es wird für die einzelnen Kinder nur wenig mehr geben, dafür sollen aber mehr als bisher profitieren. Angeblich nehmen 70 Prozent der Familien nicht alle ihnen zustehenden Leistungen in Anspruch.

Für **Christian Lindner** steht nach wie vor im Vordergrund: „Fördern und Fordern“. „Das beste Mittel gegen Armut ist Arbeit.“ Angesichts des enormen Fachkräftemangels müsste es doch möglich sein, allen arbeitslosen Eltern einen Job zu besorgen. Wer demnächst zum Arbeitsamt kommt, um sich über die „Kindergrundsicherung“ zu informieren, bekommt vermutlich zuerst einen Arbeitsplatz angeboten. Hoffentlich gibt es genügend Stellen, die kompatibel mit dem Tagesablauf von Alleinerziehenden sind.

Aber erst einmal wird es in Meseberg darum gehen, die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Schließlich werden dort die Steuern generiert, aus denen das Gedöns finanziert wird, oder? **Ed Koch**

1

05) ACHTUNG REICHELT!

Rentner sammeln Flaschen und wir zahlen den Taliban 370 Millionen Euro!

28. 08. 2023



JULIAN REICHELT | Für alles ist Geld da, nur für uns nicht. Dieser Satz ist so bitter-ehrlich, dass es weh tut ... Wir sind immer noch (!) ein sagenhaft reiches Land, aber die Menschen, die diesen Wohlstand Jahrzehnte lang erarbeitet und geschaffen haben, profitieren davon heute am wenigsten. Es gibt keine Innenstadt, keine Fußgängerzone mehr in diesem Land, in dem man nicht Rentner Flaschen sammeln sieht, während junge, kräftige Männer, die sich in unseren Sozialstaat geflüchtet haben, untätig den Tag in Shisha-Bars genießen. Das ist nicht rechts, das ist nicht rassistisch, das ist die Realität, und jeder sieht es.

<https://www.youtube.com/watch?v=x68t3aDdZDo&t=320s>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Nächster Migrations-Turboschub: Baerbock will weitere 44.000 Afghanen einfliegen lassen

22. 08. 2023



Luftbrücke zwischen Afghanistan und Deutschland 2021. Der Zustrom soll ja auch 2023 nicht abreißen. Foto: MTI/Magyar Nemzet

Obwohl man jetzt schon nicht mehr weiß, wohin mit den tausenden „Schutzsuchenden“ und obwohl neben den enormen Unkosten, welche die Neuankömmlingen verursachen, wird gerade Einwanderung außereuropäischer Personen massiv angekurbelt. Man gewinnt den Eindruck, dass nach der Fülle ungelöster Probleme und einer geradezu explodierenden Kriminalität, es jetzt erst so richtig losgehen soll. Die 30.000 „besonders schutzbedürftige“ Afghanen, die man bereits einreisen habe lassen, reichen scheinbar nicht. **Auswärtiges Amt fliegt zusätzlich über 44.000 Afghanen ein**

Obwohl bereits im Januar bekannt wurde, dass die „Luftbrücke“ aus Kabul im großen Stil für illegale Migration missbraucht wurde, versicherte Außenministerin Annalena Baerbock kürzlich, dass man noch viel mehr Afghanen nach Deutschland holen wolle – wie viele, zeigt nun eine Anfrage der CDU / CSU-Fraktion im Bundestag. Außenministerin Annalena Baerbock möchte noch bis 2025 monatlich bis zu 1.000 Afghanen nach Deutschland holen – das gab das Auswärtige Amt nach einer parlamentarischen Anfrage der CDU / CSU-Fraktion im Bundestag zu. Und das ist nicht alles, berichtet das online-Portal apollo-news.net.

Damit alles reibungslos über die Bühne gehen werden etwaige Hindernisse, die gegen das Hereinholen von kriminellen Elementen „behindern“ könne, per Weisung aus dem Weg geräumt. So wurden per Order aus Berlin den Verantwortlichen vor Ort mitgeteilt, dass die Verfahren rasch durchzuführen seien und dass beispielsweise fehlende oder gefälschte Pässe kein Grund sein dürfen keine, Visa an auszustellen. Baerbock besorgt in einer Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes vom 14. August:

Seite E 130 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

„Viele warten noch auf ihre Ausreise. Wir werden in unseren Anstrengungen nicht nachlassen, damit auch sie die Chance auf ein Leben in Sicherheit und Freiheit bekommen“

Die Sicherheit der einheimischen Bevölkerung ist den aktuell Regierenden offensichtlich egal, auch die enormen Kosten spielen da keine Rolle. Die kann man ja bei heimischen Rentnern einsparen und auch für das Wohnraumproblem wird sich eine „humane“ Lösung finden: Schon jetzt wird laut nachgedacht, alleinstehende alte Leute aus ihren Eigenheimen umzusiedeln und diese „Familien“ zur Verfügung zu stellen. An Großfamilien soll es ja nicht mangeln. So informiert das genannte online-Portal den Familiennachzug betreffend, dass das Ministerium großzügig sei, denn zwischen fünf und sieben Personen kann ein Einzelner laut den Zahlen des Auswärtigen Amtes ohne Probleme mitbringen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Deutsche Polizei kollaboriert öffentlich mit Klima-Kleber-Radikalen

17. 08. 2023



Deutsche Polizei kollaboriert öffentlich mit Klima-Kleber-Radikalen

Mittlerweile wird diese Kollaboration auch ungeniert in der Öffentlichkeit zelebriert: Auf der „Deutschen Hochschule der Polizei“ in Münster traten Vertreter der radikalen Klima-Gruppe „Letzte Generation“ im Juni ungeniert auf.

Die Opposition ist empört:

„Sind radikale Klimagruppen mit den Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen vernetzt?“

Seite E 131 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

- wollte die FDP-Fraktion im Düsseldorfer Landtag jetzt vom NRW-Innenministerium wissen.
([Focus](#))

„Letzte Generation“ auf Polizei-Seminar

Und zwar wurde bei einer Polizei-Lehrveranstaltung das „Wahlpflichtmodul“ des Masterstudiengangs „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement“ angeboten - „unter Beteiligung der Letzten Generation“ – wie das Innenministeriums offiziell zugibt.

Auch wird – aus der Sicht der Polizei – auf den gesellschaftlichen Nutzen der Teilnahme der Klima-Kriminellen verwiesen: Deren Teilnahme hätte nämlich „der Diskussion aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen unter Einbeziehung wechselnder gesellschaftlicher Gruppen“ gedient.

Für deren freundliche Unterstützung revanchierte sich dann die Polizei: Indem ehrenamtlich unter anderem „eine Polizeivollzugsbeamtin der nordrhein-westfälischen Polizei“ referierte, so das Ministerium.

Scharfe Kritik der Opposition

„Klimakleben ist keine Meinung – und vermeintliche Moral darf im Rechtsstaat niemals Straftaten heiligen.“

- brachte es Marc Lürbke, stellvertretender Vorsitzender und innenpolitischer Sprecher der FDP Landtagsfraktion, auf den Punkt. Die gegenseitige Unterstützung sei „geradezu grotesk“ und werfe „viele Fragen über das Verhältnis von Schwarz-Grün zu den Klima-Chaoten“ auf.

Innenminister Herbert Reul (CDU) wurde zu einer Stellungnahme aufgefordert. Denn bisher hatte Reul behauptet: Sein Ministerium stehe mit der „Letzten Generation in keinem Austausch oder Kontaktverhältnis.“ Denn außer der Veranstaltung in Münster lägen keine weiteren Erkenntnisse zu einer „Mitgliedschaft oder Teilnahme an Aktionen“ der Klimaaktivisten „durch Polizeivollzugsbeamte aus Nordrhein-Westfalen“ vor.

168 „Klima“-Straftaten allein 2023

Das Ministerium lieferte eine geradezu groteske Entschuldigung nach: Stehe doch die nordrhein-westfälische Polizei „für einen bürgernahen und offenen Diskurs.“

Obwohl man sich zwar dessen bewusst wäre, dass Beamte bei ihrer Pflichterfüllung „mit einem Engagement für die Letzte Generation in Konflikt geraten“ könnten – was immer aber „einer konkreten Einzelfallbetrachtung“ bedürfe.

Die Einzelfälle umfassen mittlerweile Hunderte: Allein Für das Jahr 2023 sind allein in Nordrhein-Westfalen 168 „Klima“-Straftaten erfasst worden, vor allem Sachbeschädigungen (53 Fälle), Körperverletzungen (35) sowie Bedrohung oder Nötigung (23).

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Deutschland als einziges G20-Land mit schrumpfender Produktion und Talfahrt geht weiter

12. 08. 2023



Wahlwerbung der Grünen

Unternehmen drosselten auch im Juni die Produktion deutlich

Die Wirtschaft in der ganzen Welt – selbst in Russland – wächst, doch die Bundesrepublik Deutschland fällt als einziges G20-Industrieland zurück.

„Kranker Mann Europas“

Der Internationale Währungsfonds (IWF) prognostiziert für die einstige Wirtschaftsmacht bis zum Jahresende nicht nur ein Schrumpfen von 0,2 Prozent, nein, das Minus wurde korrigiert auf 0,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Der von der Regierung in Berlin verordnete Verzicht auf russisches Gas macht nicht nur der Bevölkerung das Leben schwer, sondern vor allem der Wirtschaft das Herstellen von Waren.

Und deshalb müssen die Industriebetriebe ihre Produktion drosseln, da die hergestellten Produkte bei diesen Preisen nicht mehr konkurrenzfähig sind. Auch im Juni ist die Industrieproduktion weiter eingebrochen.

Im Wolkenkuckucksheim

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ging die Produktion aller bundesdeutschen Unternehmen um 1,5 Prozent im Vergleich zum Vormonat zurück, in der Industrie lag der Rückgang bei 1,3 Prozent. Für staatsnahe „Experten“ kommt das angeblich überraschend.

Seite E 133 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Die von der Nachrichtenagentur *Reuters* befragten Ökonomen hatten „lediglich“ mit minus 0,5 Prozent über alle Betriebe gerechnet.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) kommentierte den Niedergang so:

Der Ausblick für die Industriekonjunktur bleibt trotz der zuletzt wieder zunehmenden Nachfrage eingetrübt, weil diese stark durch Schwankungen bei Großaufträgen geprägt war.

Gelebte Verantwortungslosigkeit

Dass der Niedergang mit der Regierungspolitik der Ampel-Koalition in Berlin und insbesondere der grünen Wirtschaftspolitik zusammenhängen könnte, scheint für Habeck abwegig. Im Gegenteil. Grünen-Chef Omid Nouripour erklärte:

Als Regierung haben wir die Weichen gestellt, um Deutschland krisenfester und stärker aufzustellen.

Auch der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion Christian Dürr meint sichtlich stolz:

Unsere Bilanz kann sich sehen lassen.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf unzensuriert.de

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Skandal: Steinmeier missbraucht „75 Jahre Grundgesetz“ um gegen Opposition zu hetzen

11. 08. 2023



Bild: Screenshot Twitter

Von DAVID BERGER | Die gestrige Rede Steinmeiers zum 75. Geburtstag des Grundgesetzes ist der neue traurige Höhepunkt einer politischen Agenda, die unter dem Vorwand Grundgesetz, Rechtsstaat und Demokratie schützen zu müssen, diese immer mehr missachtet und abbaut.

Neben vielen hinlänglich bekannten Allgemeinplätzen nutzte Bundespräsident Steinmeier, der laut Grundgesetz auf parteipolitische Neutralität verpflichtet ist, den [gestrigen Festakt auf Herrenchiemsee](#) zum 75. Geburtstag unseres Grundgesetzes, um mehr oder weniger indirekt gegen die Opposition und die außerparlamentarische Opposition zu hetzen:

Keine „mildernden Umstände“ für seine Gegner

„Kein mündiger Wähler kann sich auf mildernde Umstände herausreden, wenn er sehendem Auges politische Kräfte stärkt, die zu Verrohung unserer Gesellschaft und zur Aushöhlung der freiheitlichen Demokratie beitragen.“ – gab er sich in völlig unangemessener Weise parteipolitisch und vergriff sich damit am Grundgesetz. Denn nach dem tragenden Prinzip der Gewaltenteilung gibt es mildernde Umstände vor Gericht, nicht aber wenn Wähler bei einer freien Wahl die herrschende Regierung abwählen. Sie sind ein Vorrecht der Justiz, nicht von Volksvertretern und Staatsoberhäuptern.

Ohne die AfD oder den immer umfangreicher werdenden außerparlamentarischen Widerstand gegen die Regierung beim Namen zu nennen, war sofort jedem klar, wer hier gemeint ist. Denn derzeit plagt die Altparteien und deren gleichgeschaltete Institutionen nichts mehr als die Angst vor dem Machtverlust durch ein Erstarren der AfD. Und die vielleicht nicht ganz unberechtigte Sorge, dass es dann nicht für den kritischen Bürger, sondern für sie eventuell keine „mildernden Umstände“ mehr geben könnte. Denn die Wut in der Bevölkerung über ein mit unglaublicher Arroganz, Ideologiebesessenheit und Machtgeilheit gepaartes Komplettversagen der Regierung, wächst von tag zu Tag.

„Ihr Ziel ist totale Herrschaft!“

„Wir alle haben es in der Hand, die Verächter unserer Demokratie in die Schranken zu weisen“ gab sich Steinmeier missionarisch. Um sich und den Seinen dann noch einen Aluhut aufzusetzen mit dem stark verschwörungstheoretischen Ausruf: „Ihr Ziel ist totale Herrschaft!“

Steinmeiers Rede ist eine neue Etappe in dem spätestens seit der Corona-Krise offensichtlich gewordenen [Abbau von Demokratie und Grundgesetz](#). Dass die Missachtung unserer Verfassung ausgerechnet mit der dringend nötigen Rettung von Demokratie und Grundgesetz vor der Opposition begründet wird, dass Demokratie und Rechtsstaat beschworen werden, während man immer öfter agiert, als lebe man in einer Diktatur und einem Unrechtsstaat, in dem sich die Herrschenden mit aller Gewalt vor dem Volk schützen wollen, macht die ganze Sache so diabolisch (im Sinne des die Dinge Durcheinanderwerfens bzw. Auf-den-Kopf-stellens).

„Wir alle haben es in der Hand“

Wie nie zuvor wurde gestern auf Herrenchiemsee deutlich, dass das Grundgesetz das Abwehrrecht des Bürgers gegen den Staat ist. „Wir alle haben es in der Hand, die Verächter unserer Demokratie in die Schranken zu weisen“ – da hat Steinmeier durch aus Recht. Fangen wir damit an. Denn es gilt längst: Wehret den Anfängen!

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [PHILOSOPHIA PERENNIS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) ACHTUNG REICHELT!

Angstwort Deindustrialisierung: Unsere Wirtschaft flüchtet vor Scholz und Habeck

10. 08. 2023



JULIAN REICHELT | Die wirtschaftliche Lage in unserem Land ist so desolat wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Aber der Bundeskanzler behauptet das Gegenteil. Olaf Scholz spricht von Zuversicht. Doch die gewichtigsten Stimmen der deutschen Wirtschaft warnen vor „Deindustrialisierung“, also vor einem Verschwinden der Industrie.

Wenn Menschen das Gegenteil der Realität behaupten, muss man befürchten, dass sie die Realität nicht sonderlich ernst nehmen oder gar verschleiern wollen. Wenn der Bundeskanzler die wirtschaftliche Realität in unserem Land nicht ernst nimmt, bedeutet das, dass es uns allen morgen schlechter gehen wird als heute.

Wolfgang Große Entrup, der Chef des Verbands der Chemieindustrie, sagt zur Strompreis-Politik von Kanzler Scholz: „Wahnsinn“. Er sagt, wir würden gerade „mit der Kettensäge“ an die Industrie rangehen. Auch das Wort „Deindustrialisierung“ gilt bei Linken, Grünen und deren Propaganda-Medien inzwischen als „rechter Kampfbegriff“, als „populistische Angstmacherei“, aber lassen Sie sich das nicht einreden.

[02:18](#) Geschäftsklimaindex fällt

[04:03](#) Unsere Wirtschaft schrumpft

[05:43](#) Kollaps schneller als wir ahnen

[09:01](#) Taiwan und Steuerzahler investieren

[13:10](#) Nur mit Steuer-Milliarden für Konzerne

[15:17](#) Unser Geld für taiwanesishe Jobs?

[18:46](#) Robert Habeck selbstsicher wie nie

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Hessen: Antifa-Schlägertypen wollen AfD-Kandidaten „Hausbesuche“ und das „Leben zur Hölle machen“

10. 08. 2023



Vor Landtagswahl in Hessen rufen Linksextremisten per Bekanntgabe der Privatadressen von AfD-Kandidaten zu „antifaschistischen Hausbesuchen“ auf

Die Bundesrepublik Deutschland hat offenkundig ein gewaltiges Problem mit politischem Extremismus. Allerdings nicht mit rechtem, wie es das politische Establishment und die Meinungsindustrie weismachen wollen, sondern mit linkem. Und wieder einmal steht die Antifa, die Stiefeltruppe des gewaltbereiten Linksextremismus, im Mittelpunkt.

Zwei Monate vor der Landtagswahl in Hessen am 8. Oktober rufen die Linksfaschisten offen zur Gewalt gegen die AfD und deren Kandidaten auf. Die Antifa Frankfurt schreibt auf ihrer Internetseite:

„Lasst uns der AfD jedoch vor allem auf militanter Weise begegnen, ihnen das Leben zur Hölle machen und zeigen, was wir von ihrer menschenverachtenden Politik halten.“

Seite E 137 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Das könne etwa der „antifaschistische Hausbesuch“ – gemeint sind damit die Straftaten Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung und Körperverletzung – sein, oder die „Zerstörung von Wahlkampfständen“.

Damit die Linksextremisten die AfD-Landtagskandidaten leichter mit „Hausbesuchen“ terrorisieren können, wurden deren Adressen samt Bildern im Internet veröffentlicht, damit die Mitglieder der patriotischen Partei leichter Opfer linker Straftaten werden können. So schreibt die Antifa Frankfurt in der für Linksextremisten typischen hasserfüllten und menschenverachtenden Weise, es sei

„längst überfällig, die Partei und ihre handelnden Individuen entschlossen zu bekämpfen. Wir wollen ihnen gemeinsam mit euch die Räume streitig machen, in denen sie sich wie selbstverständlich bewegen, unbehelligt fühlen und in Sicherheit wähnen“.

Das politische und mediale Establishment der Bundesrepublik, dass gerne über „Anstand“ und „Haltung“ quasselt, schweigt übrigens zum Gewaltaufruf der Antifa.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [ZURZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Untenstehende Bildersammlung zeigt die Nähe dieser Verbrecher zu Politikern vom Bundeskanzler Scholz abwärts:



„Danke, Antifa“ und „Eure Kinder werden so wie wir“: Bei einer Debatte über die Ächtung von Antifa-Symbolen solidarisierten sich grüne und linke Abgeordnete im Bundestag mit gewalttätigen Linksextremisten.



Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) „Die Schönheit“ von Ex-Kanzlerin Merkel kostet den Steuerzahler 55.000 Euro

10. 08. 2023



Bild: picture alliance/dpa | Sebastian Gollnow, picture alliance/dpa.- Stefan Sauer

Nach längerer Hinhaltetaktik musste nun das Kanzleramt Informationen zur Höhe der angefragten Kosten in Bezug auf Ex-Kanzlerin Merkel, „herausrücken“.

Es wurde nun offiziell bestätigt, dass die Steuerzahler für Kosmetik und Friseur der früheren Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) seit deren Ausscheiden aus dem Amt rund 55.000 Euro berappen mussten.

Kritik vom Bund der Steuerzahler

Öffentlich nicht bekannt ist, dass, die „Wellness-Kosten“ von Ex-Kanzlerin Angela Merkel auch weiterhin die Steuerzahler in Deutschland gehörig belasten.

Dem [Berliner Tagesspiegel](#) gelang es nach hartnäckigen regelmäßigen Anfragen nun genauere Details in Erfahrung zu bringen. Nämlich in Zusammenhang mit den Rechnungsstellungen einer der Mitarbeiterinnen, die Merkel nach ihrer Kanzlerschaft weiterhin und ebenfalls steuerfinanziert zur Verfügung stehen.

Der Artikel legt dar, dass „zunächst Angaben dazu verweigert wurden nun doch erklärt die Regierung, wie viel das Aussehen der früheren Regierungschefin dem Staat wert sein soll“.

Weiter heißt es dann erläuternd zum steuerfinanzierten Rundumpaket für die Ex-Kanzlerin,

Seite E 139 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

„die Kosten für den Service belaufen sich für das vergangene Jahr demnach auf 37.780 Euro. Im Jahr 2023 hat die Regierung bisher 17.200 Euro aufwenden müssen.

Damit werden also für „Äußerlichkeiten“ der früheren Regierungschefin rund 3000 Euro im Monat fällig. Hinzu kommen dann auch noch Reise- und Hotelkosten, wenn die Stylistin Merkel zu Terminen begleitet.“

Auch Reisespesen der Stylistin werden bezahlt

Laut dem Artikel verweigerte zuvor das Bundeskanzleramt jegliche Angaben „unter Hinweis auf das Persönlichkeitsrecht sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse einer Auftragnehmerin des Kanzleramts“.

Eine, als „Assistentin der Bundeskanzlerin a.D.“ dargelegte Zuarbeiterin sei dabei für Make-up und Frisur, zuständig. Zudem gehöre zu ihrem beruflichen Portfolio auch die Tätigkeit einer Modedesignerin. Gegenüber den 17.200 Euro Aufwand rein für die Kanzlerin a.D. im laufenden Jahr, stünden gerade einmal 21.808 Euro Kosten, die das Kanzleramt „in diesem Jahr für Visagisten und Friseure ausgab“, wie der *Tagesspiegel* darlegend.

Der Präsident des Steuerzahlerbundes, Reiner Holznagel, kritisierte die Extra-Ausgaben nachdrücklich und kommentierte dazu, „es ist den Steuerzahlern kaum zu vermitteln, dass sie auch für Visagisten und Hairstylisten von Politikern aufkommen sollen. Die Kosten dafür müssen auf das Notwendigste reduziert und im Zweifel privat bezahlt werden.“

Der „Stab“ der pensionierten Kanzlerin

Seit dem Ausscheiden aus ihrer Kanzlerschaft, wurden Merkel nach Bitten und Antrag des Kanzleramts für die Zeit danach, „ein Büroleiter, ein stellvertretender Büroleiter, zwei Fachreferenten, drei Sachbearbeiter und zwei Fahrer“ genehmigt.

Zu dieser Entourage muss jetzt auch noch die „Style-Assistentin“ gezahlt werden.

Alles in allem ein Team von [10 Mitarbeiterin für die „Pensionärin“](#).

Im Gegenzug für die benötigten Stellen „würden nicht besetzte Stellen im Bereich des Verteidigungsministeriums eingespart“, wie das SPD-nahe *RedaktionsNetzwerk Deutschland (rnd)* im November 2021 berichtete.

„Die künftige Bundeskanzlerin a.D. wird nach ihrer Kanzlerschaft im Bundesinteresse liegende Aufgaben wahrnehmen, die aus fortwirkenden amtlichen Pflichten resultieren“, so die Begründung der üppigen Zahl von Zuarbeitern für Merkel.

Zur Causa Styling-Kosten hieß es im *Tagesspiegel*-Artikel weiter, „da Merkels Büro über die Wahrnehmung nicht öffentlicher Termine grundsätzlich keine Auskunft erteilt und auch das Kanzleramt davon nichts erfährt, kann nicht nachvollzogen werden, wann und wie oft die Altkanzlerin Styling-Termine in Anspruch nimmt.

Angesichts der hohen Kosten für die amtlich beauftragte Berliner Haar-Künstlerin dürften herkömmliche Salonbesuche aber eher selten sein“.

Das gesamte Personal für Angela Merkel belastet laut Artikel die Steuerzahler mit „mehreren Hunderttausend Euro jährlich, Reisekosten gehen extra“, wobei „die begleitende Stylistin in hochpreisigen Hotels mitlogiert“.

In einer dem *Tagesspiegel* vorliegenden „internen Korrespondenz des Kanzleramts“, die nach dem Informationsfreiheitsgesetz herausgegeben wurde, ist demnach zu lesen, dass eingereichte Reisekostenabrechnungen Merkels „eigentlich zu teuer“ seien.

Logiert wird natürlich im „Luxus-Segment“

Wörtlich heißt es [dazu in der internen Korrespondenz](#), „das sind ja Schnäppchen-Preise, kommentiert eine Mitarbeiterin die Hotelkosten von 505 Euro pro Nacht per E-Mail und setzt einen Schlechte-Laune-Emoji daneben. Der Preis sei zwar fürstlich, hieß es dann von der Leitung, aber mit Blick auf den repräsentativen Charakter der Reise noch akzeptabel.“

Eigentlich liege die „Preisobergrenze bei 197 Euro“. Das Kanzleramt argumentiert gegenüber dem *Tagesspiegel*, zum Thema ausufernder Bonus-Kosten einer Ex-Kanzlerin, dass „die Kostenübernahme an die Wahrnehmung fortwirkender Amtspflichten anknüpft, unabhängig davon, ob sie öffentlich oder nicht öffentlich sind“. Der Artikel endet mit der Feststellung:

„Bislang war noch kein Altkanzler dem Bund so teuer wie Angela Merkel.“ Für eine „mit Orden überhäufte Mutti“ darf der Steuerzahler dann wohl nicht knausern.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) ACHTUNG REICHELT!

Reich mit Scholz: So verdient Kühnert ohne Ausbildung eine Million Euro!

08. 08. 2023



JULIAN REICHELT | Olaf Scholz nennt sich selbst: „Respekt-Kanzler“. Respekt – das ist auch immer eine Frage des Einkommens. Gutes Geld für gute Arbeit war schon immer eine vollkommen berechnete Forderung der Sozialdemokraten. Ein Gefühl des Respekts herrscht in einem Land nicht, weil der Kanzler das Wort „Respekt“ ständig benutzt, sondern weil die Mehrheit das Gefühl hat, dass Können, Lebensleistung, Einsatz, harte Arbeit, Ausbildung und Berufserfahrung belohnt werden.

Menschen wie Kevin Kühnert haben sich etwa in der SPD hochgedient, aber noch nie wirklich gearbeitet, nichts gelernt und nichts studiert. Der Lebenslauf von Kevin Kühnert besteht aus exakt drei Buchstaben: S – P – D. Ohne Politik und Partei würde er von Hartz IV leben. Zum Wohlstand dieses Landes hat Kevin Kühnert exakt null beigetragen. Ohne jegliche Qualifikation, Ausbildung oder Kompetenz bekommt Kühnert 24.317,18 Euro pro Monat, also gut und gerne 13.000 Euro nach Steuern und Abgaben! Damit gehört der SPD-Generalsekretär zum reichsten Prozent des Landes.

<https://www.youtube.com/watch?v=wieOlvN-ONU>

- [02:19](#) Er ist vergesslich wie nie
- [04:21](#) Inflation hoch, Investitionen runter
- [05:51](#) Scholz stellt sich nicht den Bürgern!
- [08:31](#) Richtig gearbeitet hat Kühnert noch nie
- [10:13](#) Kühnert gehört zu den reichsten 1%
- [14:49](#) „Diktatur des Kleingedruckten“
- [16:31](#) 10 Jahre für Stromkabel-Genehmigung

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) ACHTUNG REICHELT!
Unser Sozialsystem wird gnadenlos ausgenutzt!

06. 08. 2023



Seite E 142 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

JULIAN REICHELT | Ein Flüchtling aus Afghanistan belästigt fünf Frauen und vergewaltigt ein Mädchen in Deutschland. Trotz der schweren Verbrechen geht der Täter ohne Haftstrafe nach Hause, weil der Richter urteilt, er sei gut integriert. Dieses Urteil erschüttert das Land und wirft Fragen nach der Unabhängigkeit der Justiz auf.

Zudem wird bekannt, dass der Täter, der Asyl aufgrund politischer Verfolgung erhielt, regelmäßig in sein Heimatland zurückkehrt – ein weiterer Skandal, der das deutsche Asylsystem in Frage stellt. Gemeinsam mit Gloria von Thurn und Taxis analysieren wir das Skandal-Urteil und seine Bedeutung für das Land.

Außerdem spricht Fürstin Gloria zusammen mit Julian Reichelt über die Doppelmoral der Grünen Partei, welche entgegen der Parteilinie sehr wohl und ganz bewusst zusammen mit der AfD auf kommunaler Ebene abstimmen. Jetzt alle anderen Folgen mit Gloria von Thurn und Taxis ansehen:

<https://www.youtube.com/watch?v=X9EWD2TQMxQ>

[02:51](#) Urteile politisch beeinflusst

[03:41](#) Integration spricht nicht frei

[05:27](#) Linke Ideologen benutzen Frauen

[07:57](#) Das Sozialsystem wird ausgenutzt

[09:26](#) Pfand hat 270.000 Angestellte

[11:06](#) Mit Wahlen sind wir verantwortlich

[14:45](#) Die Natur ist stärker als Ideologie

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Gericht pfeift deutschen Verfassungsschutz-Chef Haldenwang zurück

06. 08. 2023



Thomas Haldenwang · Foto: PP

Nach einem Eilverfahren am Kölner Verwaltungsgericht muss Thomas Haldenwang, Chef des Verfassungsschutzes, seine Kommentare zu den gewählten EU-Kandidaten der AfD künftig für sich behalten – bis die Aufstellungsversammlung beendet ist.

In COMPACT-Spezial „Tiefer Staat: Geheimdienste und Verfassungsschutz gegen die Demokratie“ demaskieren wir das gefährliche Treiben der Schlapphüte. [Hier mehr erfahren.](#)

Endlich! Thomas Haldenwang, Chef des Bundesamts für Verfassungsschutz, wurde zurückgepiffen. Der Mann, der die Schlapphüte über alle Maßen radikalisiert und zur Hatz auf jegliche Regierungskritik (außer bei Klimaklebern) aufgerufen hat, muss seine Kommentare zu den gewählten EU-Kandidaten der AfD für sich behalten. Und zwar so lange, bis die Aufstellungsversammlung beendet ist.

Grund dieses Maulkorbs: Haldenwang hatte am vorigen Sonntag, noch während Kandidatenwahl, behauptet, die Aufgestellten verbreiteten „rechtsextremistische Verschwörungstheorien“ und Positionen „die nicht mit unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar“ seien.

Die AfD reagierte mit einer Abmahnung, die von den Schlapphüten jedoch nicht signiert wurde. Also zog die AfD vor das Verwaltungsgericht Köln. Nach einem Eilverfahren lenkte der VS schließlich ein. Kommentar der AfD-AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla und Alice Weidel:

„Haldenwang versucht erneut aus seinem Amt heraus, politisch Einfluss zu nehmen. Dieser Eingriff in die Entscheidungsfindung der Delegierten der Europawahlversammlung ist ebenso rechtswidrig, wie die pauschale Diffamierung gewählter Kandidaten und der Versuch, diese schon jetzt bei den Wählern schlecht zu reden.“

Um dieser staatlichen Einflussnahme Einhalt zu gebieten, sind wir erneut erfolgreich gegen den Verfassungsschutz vorgegangen. Vielleicht versteht Herr Haldenwang nun endlich, dass er kein Politiker ist – und dass es die Bürger sind, die über Wahlvorschläge entscheiden müssen.“



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [COMPACT MAGAZIN](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) Wie Deutschland Projekte der Gates-Stiftung mit fast 4 Milliarden Euro unterstützt

05. 08. 2023



Während immer mehr Deutsche die Sorge plagt, wie man über die Runden kommen kann, ist es den Politikern der Ampel offensichtlich ein Anliegen, Projekte rund um die Stiftung des Milliardärs Bill Gates mit fast vier (!) Milliarden Euro auszustatten. Das ergab eine Anfrage der Fraktion der Linken im Bundestag.

„Privat-öffentliche Partnerschaften“ kosten Milliarden

Der Bund steuert insgesamt 3,8 Milliarden EUR für 31 Projekte bei, in denen die Bill & Melinda Gates Foundation (BMGF) beteiligt war oder ist.

Weitere Daten zur Förderung der BMGF Förderung durch Mittel des Bundes:

- 3,35 Milliarden EUR davon sind nicht-projektgebundene Förderung
- 31 Projekte und Programme sind mit BMGF Beteiligung – Davon allein 24 sind nur mit der BMGF

Die Projekte beziehen sich auf den Zeitraum von 2017–2030, die meisten erfolgen im „Pandemie“-Zeitraum 2020–2023. Einige wenige Langzeitprojekte begannen bereits vorher und dauern bis heute an.

Hier ein paar Leckerbissen:

- Im Zeitraum 2021 – 2025 gehen 600 Millionen an die Impfallianz GAVI
- 119 Millionen gehen an den Pandemic Fund mit Gates Foundation, dem Wellcome Fund und der Rockefeller Foundation
- Bescheidene 5 Millionen an die Gates Foundation für „Geschlechtergerechtigkeit“
- 22 Millionen an die Gates Foundation, Gates ist der größte Großgrundbesitzer der USA, für „global verbesserte Ernährung“

Allianzen zwischen Staaten und den größten Stiftungen der Welt, die ganz offen als politische Akteure agieren und eine entsprechende Agenda verfolgen, haben den Segen von der UNO (natürlich auch des Partners, des WEF).

Das Sustainable Development Goal 17 heißt „Partnership for the Goals“. Explizit heißt es darin, dass die Welt nur gerettet (also die Agenda 2030 umgesetzt) werden kann, wenn „private Akteure“ eingebunden werden. Für Staaten leitet sich daraus ein direkter Auftrag ab, Gates u. a. für Projekte zu finanzieren, somit den armen „Privaten“ unter die Arme zu greifen.

Die deutsche Bundesregierung formuliert das so:

„Private Stiftungen sind wie andere Akteure der Zivilgesellschaft wichtige Partner für die Erreichung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Sie engagieren sich in Ergänzung staatlicher Zusammenarbeit als Entwickler und Umsetzer innovativer Lösungsansätze, als Förderer und Mitwirkende sowie als Vordenker und Fürsprecher für nachhaltige Entwicklung. Sie verfügen oft über gute Netzwerke und zum Teil substantielle Eigenmittel zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele.“

Kein Vertreter der Bundesregierung sitzt offensichtlich in einem Gremium, Stiftungsrat oder Kuratorium der Zuwendungsempfänger wie bei anderen deutschen Kooperationen üblich! Das sollte uns nicht sonderlich verwundern, denn dabei geht es ja nicht um die Interessen Deutschlands, sondern die von übergeordneten Kräften.

Umverteilung von unten nach oben

Wenn beispielsweise „der SPIEGEL“ Geld von Gates erhält, würde das ja heißen, dass Gelder von Amerika nach Deutschland fließen. Das geht natürlich gar nicht und sieht dann so aus – Wir zitieren aus dem SPIEGEL, *um nicht in Verdacht zu geraten, solche Ungeheuerlichkeiten seien Fake-News:*

„Unter dem Titel Globale Gesellschaft berichten Reporterinnen und Reporter aus Asien, Afrika, Lateinamerika und Europa über Themen, die Gesellschaften weltweit spalten: Migration, Klimawandel, soziale Ungleichheiten. Der SPIEGEL verstärkt damit seit 2019 online seine Berichterstattung über diese Themen. Das Projekt ist langfristig angelegt, wurde zunächst über drei Jahre von der Bill & Melinda Gates Foundation (BMGF) unterstützt und bis 2025 verlängert.“ . Und weiter:

„Die Bill & Melinda Gates Foundation (BMGF) unterstützte das Projekt von 2019 bis 2021 mit einer Gesamtsumme von rund 2,3 Millionen Euro – das waren 760.000 Euro pro Jahr. Kurz vor Ablauf des ersten Förderzeitraums wurde das Projekt für einen zweiten Förderzeitraum verlängert; zu gleichen Konditionen bis Frühjahr 2025. Reporterinnen und Reporter berichten für das Projekt aus Asien, Afrika, Lateinamerika und Europa. Auf diese Weise bauen wir unsere Berichterstattung zu den genannten, selbstgewählten Themen aus.“

Konkret bedeutet das: Wir veröffentlichen pro Woche fünf bis sieben Texte, Fotostrecken oder Videos, die meist aufwändig vor Ort recherchiert sind. Die Förderung der Gates-Stiftung ist an das Projekt Globale Gesellschaft gebunden.“

Mit einem Wort: So landen die Steuergelder über den Umweg der „Bill & Melinda Gates Foundation“ beim SPIEGEL. Sicher zur Freude der Ebenfalls schwerreichen „Besitzerinnen und Besitzer“ dieses Medienkonzerns, wie etwa die Bertelsmann-Gruppe über den Verlag Gruner + Jahr oder die Erben des SPIEGEL-Gründers Rudolf Augstein.

Quellen: transparenztest.de u. spiegel.de

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

17) ACHTUNG REICHELT!

Sie glauben selbst nicht, was sie uns erzählen

03. 08. 2023



JULIAN REICHELT | Eine funktionierende Demokratie erkennt man daran, dass das, was Politiker sagen in Einklang steht mit dem, was Politiker tun. Es ist DIE grundlegende Frage des Respekts gegenüber den Bürgern: Glauben Politiker selber, was sie öffentlich behaupten? Das größte Glaubwürdigkeitsproblem dieser Tage ist der epochale Streit um Robert Habecks Heizgesetz und die Wärmepumpe. In der eigenen Parteizentrale kriegen die Grünen nicht das installiert, was sie von allen deutschen Bürgern verlangen.

Leistet die Grüne Partei ihren Beitrag? Machen die selbst, was sie von uns allen fordern? Die Antwort lautet: Nein. Der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck und seine Partei sind direkt dafür verantwortlich, dass Deutschland – neben Polen – den schmutzigsten Strom Europas produziert.

<https://www.youtube.com/watch?v=1RWo2CaMr44>

[01:22](#) Grüne Partei tritt auf wie der neue Adel
[03:32](#) Sie wollen es nicht verraten
[04:59](#) Brezelwerbung machen und verbieten
[07:08](#) Parteizentrale noch ohne Wärmepumpe
[09:13](#) Grüne Partei arbeitet mit AfD zusammen
[12:03](#) Wo bleiben denn die Fachkräfte?

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

18) Informationsfreiheit in Gefahr

02. 08. 2023



Der haushaltspolitische Sprecher der AfD-Delegation im EU-Parlament, Joachim Kuhs, weist auf die Gefahr hin, die von Zensurmaßnahmen ausgehen könnte, wenn die Pläne der undemokratischen Kräfte grundgesetzwidrig umgesetzt werden. Der sympathische Politiker äußert sich dazu wie folgt:

Liebe Mitbürger!

Die Ereignisse in Frankreich sind uns allen wohl noch sehr präsent. Ebenso die unfassbaren Bilder aus Gießen vor wenigen Wochen. Es wird immer deutlicher, welcher Alltag uns in den kommenden Jahren bevorsteht: brennende Kirchen, geplünderte Läden und ein dumpfes Gefühl der Unsicherheit, was als nächstes passieren wird.

Doch wenigstens haben wir gesehen was passiert ist und können uns daher vorbereiten und auch weiterhin dagegen ankämpfen. Wenn es nach den Plänen der Eliten geht, sollen uns jedoch die Augen verschlossen werden, damit wir nicht sehen, uns nicht vorbereiten und uns auch nicht mehr dagegen wehren können.

Seite E 148 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat in der Hochphase der Aufstände vorgeschlagen, bestimmte soziale Netzwerke herunterzufahren, um so die Organisation und Koordinierung der Krawallmacher zu blockieren. Was als rigorose, aber effiziente Methode zur Eindämmung der Gewalt erscheint, ist in Wahrheit ein hoch problematisches Mittel der Zensur.

Liebe Freunde, verstehen Sie mich nicht falsch: selbstverständlich galt es, die vollkommen aus dem Ruder gelaufene Situation wieder unter Kontrolle zu bringen, doch heiligt nicht jeder Zweck jedes Mittel.

Erinnern Sie sich an Gießen. Hunderte Eritreer, die zum Teil aus ganz Europa angereist waren, marschierten durch eine kleine Stadt, versetzten die Anwohner in Angst und randalierten am helllichten Tag. Die Reaktion der Polizei im Internet: ich zitiere: „es kursieren Berichte darüber, dass Bürger die Stadt meiden sollen, da es nicht sicher sei. Dies seien Falschnachrichten.“ Zitat Ende.

Zeitgleich überschwemmten Bilder und Videos das Internet, die genau das Gegenteil bewiesen. Nun stellen Sie sich vor, dass hier die Regierung bestimmt hätte, soziale Medien herunterzufahren. Keiner hätte sagen können, was wirklich in Gießen passiert war. Die Mainstream-Medien hielten es nämlich offenkundig nicht für notwendig, über diesen beispiellosen Eklat angemessen zu berichten.

An diesem Beispiel sehen wir, warum die Möglichkeit nicht existieren darf, dass der Staat ganze Plattformen blockieren kann!

Wir merken auch mit welcher Tendenz dieses Mittel verwendet werden sollte: Kritische, nicht regierungskonforme und scheinbar unseriöse Berichte und Kommentare sollten zensiert werden. Die mittlerweile beliebte Begründung, sei es von der WHO oder Mark Zuckerberg, diese Freiheits-Einschränkungen seien erforderlich, um die öffentliche Sicherheit zu erhalten, findet hier ihren Tiefpunkt.

Die Beschneidung der Meinungs- und Informationsfreiheit kann und darf nicht Mittel zum Erhalt von Sicherheit sein!

Die Corona-Zeit hat es allzu salonfähig gemacht, dass Grundrechte und -freiheiten willkürlich beschnitten werden; dagegen haben wir uns gewehrt und dem müssen wir weiterhin Einhalt gebieten!

Und, liebe Mitbürger, jetzt kommt der nächste Hammer: Die großen sozialen Netzwerke haben sich dazu bereit erklärt einen sog. „Stress-Test“ durchzuführen, der aufzeigen soll, wie schnell Posts gelöscht und Plattformen lokal heruntergefahren werden können. Zu meiner Enttäuschung hat sich auch Twitter unter Elon Musk dazu bereit erklärt.

Es ist eindeutig in welche Richtung das geht, deswegen appelliere ich an uns alle: wir brauchen verlässliche Medien, die außerhalb der „Globo-Bubble“ agieren können! Es muss uns allen ein Anliegen sein, dass wir nicht von Instagram oder Facebook abhängig sind, denn die haben die Macht, wie ich es leider selbst mit meinen Accounts erlebe, unsere Stimme zum Verstummen zu bringen, die Wahrheit zu verdrehen oder uns sogar komplett von der Außenwelt auszuschließen!

Liebe Freunde, das darf nicht passieren. Dagegen können wir uns wehren. Das sind Aufgaben, die wir erledigen müssen. Ich hier in Brüssel und Straßburg und Sie bei sich

zu Hause. Die Freiheit der Meinung ist ein überragend hohes Gut, das wir nicht kampflos aufgeben dürfen, und ich verspreche Ihnen, auch nicht aufgeben werden.

Zuversichtliche Grüße

Ihr

Joachim Kuhs

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

19) ACHTUNG REICHELT!

Ruin Robert & Blamage-Baerbock. So schaden die beiden Deutschland!

01. 08. 2023



JULIAN REICHELT | Wie so oft in der politischen Weltgeschichte kann niemand im Nachhinein behaupten, er hätte nicht gewusst, was er da wählt. Sehr viele Politiker sind Narzissten. Narzissten glauben, dass man sie wählt, weil sie so sind wie sie sind. Nicht, obwohl sie so sind. Deswegen verstellen sie sich meistens nicht. Sie sagen und zeigen, was man bekommt, wenn man sie wählt. So war es schon immer, so war es auch bei der Grünen Partei.

Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock blamiert uns weltweit mit ihrem gruseligen Englisch, ist aber als Außenministerin keine Gefahr für unseren Wohlstand. Ganz anders sieht es bei Robert Habeck aus. Als Wirtschaftsminister ist er gerade dabei, zu zerstören, was

Generationen von Menschen in diesem Land aufgebaut haben: Unsere Industrie. Sein Trick: Er hat die Atomkraftwerke abschalten lassen, an deren günstigem, verlässlich fließendem Strom unsere Wirtschaft hängt.

Wie vertuscht man das ganze Ausmaß an Inkompetenz? Mit Entmündigung und Einschüchterung. Das ist das Konzept dieser hilflosen Regierung geworden. Sie lösen Probleme, die keiner hat und schaffen Probleme, die niemand haben will.

<https://www.youtube.com/watch?v=0LwpX5f0tP8>

[01:53](#) Baerbocks Englisch ist gruselig

[03:21](#) Ein Land kurz vor dem Bürgerkrieg

[05:06](#) Habeck hat von Wirtschaft keinen Plan

[09:52](#) Verachtung für das Volk

[12:13](#) Migration befeuert Kriminalität

[12:49](#) 133 Milliarden Euro an Ausländer

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

20) ACHTUNG REICHELT!

Habecks Horror-Prognose über die eigene Politik: „Bald keine Industrie mehr“ in Deutschland

27. 07. 2023



JULIAN REICHELT | Die dramatischste Zahl dieser Tage kommt vom Internationalen Währungsfonds, dem IWF. Der IWF ist die globale Instanz für die wirtschaftliche

Seite E 151 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Entwicklung auf unserer Welt. Der IWF hat folgende Prognose für dieses Jahr veröffentlicht: Während ALLE anderen relevanten Staaten STÄRKER WACHSEN als erwartet, SCHRUMPFT Deutschland stärker als erwartet, um 0,3 Prozent.

Unsere Industrie glaubt nicht mehr an die Märchen von erneuerbarer Energie bei gleichzeitig niedrigeren Preisen – das bestätigt sogar der Siemens-Chef Roland Busch. Und Wirtschaftsminister Robert Habeck schockt in den Tagesthemen mit einer Horror-Prognose: Wenn der Strompreis nicht bald sinkt, haben wir in Deutschland bald „keine Industrie mehr“.

Und während Flüchtlinge, etwa in Tübingen, alle Sozialbauwohnungen belegen, muss der deutsche Arbeiter horrenden Mieten bezahlen. Mehr Sozialbau hat die Regierung versprochen. Doch gehalten hat sie es nicht und gibt es unverhohlen zu.

https://www.youtube.com/watch?v=sJIObN54DVk&embeds_referring_uri=https%3A%2F%2Fwww.mittleeuropa.com%2F&source_ve_path=OTY3MTQ&feature=emb_imp_woyt

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 152 – E 185)

01) Aufgabenverteilung in den Berliner Bezirken

Ressortverteilung in den Bezirken

paperpress

Alle Angaben ohne Gewähr

Stand: Sept. 2023

Ressort	Charlottenburg Wilmerdorf	Friedrichshain Kreuzberg	Lichtenberg	Marzahn Hellersdorf	Mitte	Neukölln
Bürgermeister/in	Kirstin Bauch	Clara Herrmann	Martin Schaefer	Nadja Zivkovic	Stefanie Remlinger	Martin Hikel
stellvertretende/r Bürgermeister/in	Detlef Wagner	Oliver Nöll	Camilla Schuler	NN	Carsten Spallek	Gerrit Kringel
Personal	Kirstin Bauch	Clara Herrmann	Martin Schaefer	Nadja Zivkovic	Stefanie Remlinger	Martin Hikel
Finanzen	Kirstin Bauch	Clara Herrmann	Martin Schaefer	Nadja Zivkovic	Stefanie Remlinger	Martin Hikel
Facility Management	Christoph Brezinski	Andy Hehmke	Kevin Hönicke	Stefan Bley	Ephraim Gothe	Martin Hikel
Amt für Bürgerdienste	Arne Herz	Oliver Nöll	Kevin Hönicke	Juliane Witt	Carsten Spallek	Martin Hikel
Jugendamt	Detlef Wagner	Max Kindler	Camilla Schuler	Gordon Lemm	Christoph Keller	Sarah Nagel
Amt für Soziales	Arne Herz	Oliver Nöll	Kevin Hönicke	Juliane Witt	Carsten Spallek	Hannes Rehfeldt
Weiterbildung und Kultur	Heike Schmitt-Schmelz	Clara Herrmann	Dr. Catrin Gocksch	Stefan Bley	Stefanie Remlinger	Karin Korte
Stadtentwick- lungsamt	Christoph Brezinski	Florian Schmidt	Kevin Hönicke	Heike Wessoly	Ephraim Gothe	Jochen Biedermann
Straßen- und Grünflächen	Oliver Schroffteegger	Annika Gerold	Filiz Keküllüoğlu	Nadja Zivkovic	Dr. Almut Neumann	Jochen Biedermann
Ordnungsamt	Oliver Schroffteegger	Annika Gerold	Filiz Keküllüoğlu	NN	Dr. Almut Neumann	Gerrit Kringel
Gesundheitsamt	Detlef Wagner	Max Kindler	Camilla Schuler	Gordon Lemm	Christoph Keller	Hannes Rehfeldt
Umwelt- und Naturschutzamt	Oliver Schroffteegger	Annika Gerold	Filiz Keküllüoğlu	Nadja Zivkovic	Dr. Almut Neumann	Jochen Biedermann
Schul- und Sportamt	Heike Schmitt-Schmelz	Andy Hehmke	Dr. Catrin Gocksch	Stefan Bley	Benjamin Fritz	Karin Korte
Wirtschafts- förderung	Kirstin Bauch	Clara Herrmann	Martin Schaefer	Nadja Zivkovic	Stefanie Remlinger	Martin Hikel

BVV-Ergebnisse in % Wahl 12.02.2023

SPD	19,8	13,5	15,3	17,1	16,2	24,1
CDU	30,7	13,2	23,8	31,4	20	27,2
LINKE	6,9	20,6	23	15,8	15,8	14,4
Grüne	23,9	34,5	11,8	5,5	28,5	17,1
AfD	5,1	3,6	14	19,6	5,5	7,5
FDP	6,7	3,3 Tier 3,4	Tier 4,3	Tier 4,4	4,7	Tier 2,7

Sitzverteilung in der Bezirksverordnetenversammlung

SPD	12	8	9	10	10	15
CDU	18	8	15	19	12	17
LINKE	4	12	14	9	10	9
Grüne	14	21	7	3	18	10
AfD	3	2	8	12	3	4
FDP	4	2			2	
Tierschutz			2	2		
Die Partei		2				
Gesamt	55	55	55	55	55	55

02) Riesendracchen über Berlin - 16.09.2023 Tempelhofer Feld



paperpress

seit 1976



Nr. 617-03

2. September 2023

48. Jahrgang

Riesendracchen über Berlin



**„Sie fliegen für Frieden und Freiheit“
Erstmals mit Drachenpiloten aus der Ukraine**

Samstag, 16. September, 11:00 – 20:00 Uhr
auf dem Tempelhofer Feld – Eintritt frei

Rund 80 professionelle Drachenflieger aus ganz Europa sind beim **10. STADT UND LAND-Festival der RIESENDRACCHEN** auf dem Tempelhofer Feld dabei. Neben vielen Welt- und Europameistern lassen erstmals auch vier Drachenpilotinnen und -piloten aus der Ukraine ihre Drachen steigen. Auch ein Team aus Thailand wird zum ersten Mal sein Können zeigen. Am 16. September, zwischen 11:00 und 20:00 Uhr, können die Besucherinnen und Besucher von Berlins größtem Familienfest bei freiem Eintritt viele Vorführungen bestaunen und auch eigene Drachen fliegen lassen. Ein buntes Rahmenprogramm mit viel Musik und Unterhaltung rundet das Fest ab.

Die einst florierende Drachenszene in der Ukraine liegt seit dem russischen Angriffskrieg am Boden. Die vier Drachenflieger, die auf dem Tempelhofer Feld dabei sein werden, konnten nur wenige Exemplare ihrer Drachen auf ihrer Flucht mitnehmen. „*Sie mussten ihre Heimat verlassen und haben seither eine Mission: Sie fliegen für Frieden und Freiheit*“, erklärt Drachenpilot **Robert Kirsch**, der die internationalen Drachenflieger betreut. Vor allem ihre kleinen Stäbchen- und Flachdrachen wollen die ukrainischen Gäste den Zuschauern vorführen. Auch ein junges Team aus Thailand nimmt zum ersten Mal in Berlin teil. Nach Auftritten in Italien und Frankreich, sind die leidenschaftlichen Drachenflieger aus Asien jetzt erstmals auch in Deutschland zu sehen. „*Der Himmel über dem Tempelhofer Feld wird sehr bunt*“, verspricht **Frank Hadamczik**, Unternehmenspre-

cher des Veranstalters. „*Ein fast 50 Meter langer Octopus, riesige Windräder mit einem bis zu 16 Meter großen Durchmesser, Batman und weitere Superhelden sowie viele verschiedene Tiere, werden, sofern das Wetter mitspielt, durch die Luft schweben. Über den gesamten Tag steigen voraussichtlich 1.500 Drachen auf.*“ Es werden mehrere zehntausend Besucherinnen und Besucher erwartet.



Fotos vom Riesendracchenfestival 2022

Die Gäste dürfen sich auf viele Vorführungen mit Lenk- und Großdrachen sowie mit Ein- und Zweileinern freuen. Das Gelände auf der westlichen Seite des Tempelhofer Feldes, direkt am U-Bahnhof Paradesstraße bzw. am S-Bahnhof Tempelhof, ist wegen seiner hervorragenden thermischen Voraussetzungen bei Drachenpiloten sehr beliebt. Die Veranstaltung wird von einem abwechslungsreichen Bühnenprogramm mit Live-Musik begleitet, hinzu kommen Vorführungen auf der Show-Bühne, eine historische Drachenausstellung und viele weitere Aktivitäten für Groß und Klein.

Quellen: STADT UND LAND (auch Fotos) und Unikat PR GmbH

03) Der Baustellensensor. Von Ed Koch



Der Baustellensensor

Nichts macht **Christian Gaebler** mehr Spaß, als Baustellen zu besuchen. Die ambitionierten Ziele des Senats und der Bundesregierung in Sachen Wohnungsbau werden zwar nicht erreicht, das heißt aber nicht, dass nicht gebaut wird. Überall in der Stadt verschwinden liebgeordnete Parkplätze und entstehen auf den Flächen neue Wohnbauten. Der sonnige Blick nach Süden, wie auf dem Grundstück Rathaus-/Ecke Ullsteinstraße in Mariendorf ist den Anwohnern des vorhandenen Wohnhauses durch ein zusätzliches verstellt worden. So ist das in der Großstadt.

Neben dem Wohnungsbau blüht aber auch der Bau von Gewerbegebäuden. Eines der spektakulärsten Projekte ist der Innenausbau des Schöneberger Gasometers, der zügig und vor allem im Zeitplan voranschreitet.



Am 31. August informierte sich **Christian Gaebler**, Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, über den **EUREF-Campus** und wurde bei seinem Rundgang von den EUREF-Vorständen **Karin Teichmann** und **Reinhard Müller** begleitet.



Zuerst ging es zum Gasometer, dessen Fassade schon seit einiger Zeit in neuem Glanze erscheint. Aber auch der Innenausbau schreitet voran. Die Konturen des großen Veranstaltungssaals sind schon deutlich zu erkennen, so die Bühne und der Zuschauerraum mit höhenverstellbarer Bestuhlung. Erlebarstes Zeichen für das Vorankommen sind aber die neuen

Aufzüge. Um auf den Aussichtsring zu gelangen, muss man sich nicht mehr in einen wackelnden Bauaufzug begeben, der sehr langsam die Besucher nach oben brachte. Jetzt erledigen diese Aufgabe moderne Aufzüge in Windeseile.

Aufzüge. Um auf den Aussichtsring zu gelangen, muss man sich nicht mehr in einen wackelnden Bauaufzug begeben, der sehr langsam die Besucher nach oben brachte. Jetzt erledigen diese Aufgabe moderne Aufzüge in Windeseile.



Blick in den künftigen Veranstaltungssaal



Blick von oben in Richtung Rathaus Schöneberg

Die Aussicht vom Gasometer auf die Stadt ist grandios. Auch die Büros, in denen die Beschäftigten der **Deutschen Bahn** demnächst arbeiten werden, nehmen Gestalt an. Der Teppichboden, noch geschützt durch eine Folie, ist schon verlegt und Handwerker montieren die Leuchtmittel an den Decken. Wer hier einst arbeiten wird, muss sich sehr auf seine Tätigkeit konzentrieren, denn zu verlockend ist der Blick aus dem Fenster auf die Stadt.



Wie der Campus mit Energie, Wärme und Kälte versorgt wird, erklärten dem Senator Gasag-Vorstand **Matthias Trunk** und Senior Projektleiter Vertrieb, **Jochen Hein** in der Energiewerkstatt.



Die EUREF-Energiewerkstatt ist ein Projekt der GASAG Solution Plus zusammen mit innovativen und renommierten Traditionsunternehmen, die mit neuen Ideen, neuen Konzepten und neuen Technologien die konkrete Umsetzung der Energiewende vorantreiben wollen. Hier werden schon jetzt die Klimaschutzziele von 2045 erreicht – zu den Kosten einer konventionellen Versorgung.



Hier wird die Zukunft der Energieversorgung mit Lösungen für ganze Quartiere gezeigt und hier erfährt man, wie modernste Komponenten zusammenwirken und den Campus das ganze Jahr hindurch mit Wärme, Kälte und zum Teil auch mit Strom versorgen.



Letzte Station war ein Besuch der zeeMobase von **Schneider Electric** und **inno2grid**, wo **Alexander Söchtig**, der COO (Chief Operating Officer) von inno2grid, den Senator erwartete. In der zeeMobase (zero emission energy and mobility base) laufen Mobilität und Energie zusammen und werden sowohl physisch als auch digital vernetzt. Strom wird mittels erneuerbarer Energie gewonnen, lokal gespeichert und in Mobilität umgesetzt.

Ed Koch (auch Fotos)

04) Klare Ansage. Leserbriefe



Klare Ansage

Leserbrief

Heute früh veröffentlichten wir die nachfolgende Meldung und erhielten kurz darauf einen Leserbrief, den wir Ihnen nicht vorenthalten möchten.

Nicht der Sozialminister, schon gar nicht der Bundeskanzler und nicht einmal der Regierungssprecher hat diesen Satz von sich gegeben: *»Die Kindergrundsicherung ist die letzte große sozialpolitische Reform dieser Legislaturperiode. Es kann in der aktuellen Situation, im Angesicht von Inflation und hoher Zinsen, nicht um eine Ausweitung des Sozialstaats gehen.«*

Diesen Satz hat FDP-Generalsekretär **Bijan Djir-Sarai** der »Bild« mitgeteilt. Die FDP bestimmt also jetzt offenbar die Richtlinien der Politik.

Natürlich werden alle Menschen, die von Sozialleistungen abhängig sind, auch die von Armut betroffenen Kinder, Verständnis dafür haben, dass jetzt erst einmal Schluss ist mit dem Wohlfühlstaat. Schließlich muss die schwächelnde Wirtschaft erst einmal wieder angekurbelt werden. Denn dort, das weiß die FDP besser als der Wirtschaftsminister, wird das Geld verdient, womit die Wohltaten verteilt werden können. Vor allem durch Unternehmen, die alle Steuerschlupflöcher in Anspruch nehmen und sich nur marginal an den Staatskosten beteiligen. Immerhin hat Christian Lindner erkannt, dass eine kleine Bäckerei nicht die Vergünstigungen beim Strompreis für Großunternehmen finanzieren kann.

Auch schon in der DDR sagte man, »Leute, Ihr müsst die Gürtel enger schnallen.« Die Frage, »Und wo gibt's Gürtel?«, wurde nicht beantwortet. Bildungsnotstand und Armutsbekämpfung haben eben nicht den Stellenwert wie Verteidigungsausgaben. Unsere Freiheit wird heute nicht mehr am Hindukusch, sondern im Donbas verteidigt.

Leserbrief

Sehr geehrter Herr Koch, zur kritisierten Aussage des FDP-Generalsekretärs passt, dass - auch - im Land Berlin Sozialleistungen verweigert (z.B. die Altenhilfe nach § 71 SGB XII) oder nicht in Anspruch genommen werden sowie keine ausreichende Sozialberatung durch das bestehende System der Beratungsstellen erfolgt.

Hier eine Liste der Beispiele:

- Das Bürgergeld (SGB II) wird lediglich von 42 - 56 % der Berechtigten in Anspruch genommen.
- Lediglich 60 % der Leistungsberechtigten erhalten Sozialhilfe.
- Die Anzahl der Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen nach dem 5. bis 9. Kapiteln des SGB XII ist von 75.416 im Jahr 2014 auf 32.790 im Jahr 2021 gesunken.
- Es erhielten 2021 lediglich 55 Empfängerinnen und Empfänger Altenhilfe nach § 71 SGB XII.
- Nach der Landesstatistik sind nur 5 Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zur Weiterführung eines Haushalts gemäß § 70 SGB XII für 2021 festgestellt worden.
- Die Hilfe zur Pflege wird lediglich 30 % der Leistungsberechtigten gewährt.
- Den Kinderzuschlag erhalten nur 35 % der Leistungsberechtigten.
- Mehrbedarfe im Sinne von § 27a Abs. 4 S. 1 SGB XII (nicht verschreibungspflichtige Medikamente, Nahrungsergänzungsmittel, Zuzahlungen, Taxifahrten zu Ärzten und Untersuchungen oder medizinische Hilfsmittel) mit durchschnittlich 107 €/monatlich werden systematisch nicht anerkannt.
- Die Heizkostenhilfe des Landes Berlin ist lediglich von 10% der berechtigten Haushalte beantragt worden.
- Es sind die im SGB XII vorgesehen Leistungen bei der Hilfe zur Pflege und Hilfen zur Gesundheit 2022 im Land Berlin nicht gewährt worden, u. z.
 - a) die Verhinderungspflege (§ 64c)
 - b) Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes (§ 64e)
 - c) Aufwendungen für die Beiträge einer Pflegeperson / bes. Pflegekraft für eine angemessene Alterssicherung (§64f Abs. 1)
 - d) Beratungskosten für die Pflegeperson (§ 64f Abs. 2)
 - e) Kostenübernahme für das Arbeitgebermodell (§ 64f Abs. 3)
 - f) Digitale Pflegeanwendungen (§ 64)
 - g) Ergänzende Unterstützung bei Nutzung von digitalen Pflegeanwendungen (§ 64k)
 - h) Kurzzeitpflege außerhalb von Einrichtungen (§ 64h)
 - i) Hilfe bei Krankheit (§ 48)
 - j) Hilfe zur Familienplanung (§49)



- k) *Hilfe zur Schwangerschaft und Mutterschaft (§ 50)*
- l) *Hilfe zur Sterilisation (§ 51).*
 - *Die Hilfe zur Erziehung (HzE) wird seit Jahren einem besonderen Verwaltungscontrolling unterzogen. Um die eingetretenen Probleme abzumildern, werden die gesetzlichen Grundlagen für die Familienförderung genutzt, um durch präventive Maßnahmen entgegenzuwirken.*

Mit freundlichen Grüßen
Joachim Jetschmann

Joachim Jetschmann war Landesvorsitzender des
dbb - beamtenbund und tarifunion - berlin

05) Von Amt zum Service. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 616-17

30. August 2023

48. Jahrgang

Vom Amt zum Service

Wenn die Verwaltung doch bloß in Allem so kreativ wäre, wie im Umbenennen. Früher wusste man, woran man war, wenn vom *Personalamt* in den Bezirken gesprochen wurde. Längst heißt die zuständige Stelle „*Personal Service*“. Was man von einem Amt zu erwarten hat, weiß man. Aber *Service* klingt doch stark nach Dienstleistung. Es ist aber nur der alte Wein in alten Schläuchen. Wenn man ein Problem hat, sollte man sich lieber an den *Personalrat* als an den *Personal Service* wenden. Nun soll es im Rahmen der *Kindergrundsicherung* den *Familienservice* geben. Die öffentliche Verwaltung sollte auf den Begriff *Service* verzichten. Bisher ist noch niemand auf die Idee gekommen, das *Jugendamt JugendService* oder das *Sozialamt SozialService* zu nennen. Auch das *Bürgeramt* heißt richtigerweise nach wie vor *Amt* und nicht *Service*.

Natürlich wissen wir, dass das *Arbeitsamt* jetzt *Job-Center* heißt. Wir haben den alten Begriff gestern im Beitrag über die *Kindergrundsicherung* nur deshalb verwandt, weil es den Vorgang, „*vom Jugend- und Sozialamt zum Arbeitsamt*“ deutlicher macht. *Job-Center* ist die dämlichste Wortschöpfung, die es überhaupt gibt.

Unsere Leser haben sich zur *Kindergrundsicherung* wie folgt geäußert:

„Danke für die Erläuterungen zu dieser Veranstaltung. Ich hatte vorher das eigentliche Vorhaben nicht erkennen können und daran hat sich nichts geändert. Was es auf sich hat mit Anwesenheit des Besitzers Heil bis zur neuen Behörde und dem Ergebnis für Kinder und Familien bleibt ein Geheimnis. Früher hätte das wenigstens noch ‚Schöne-Ministerin-Gesetz‘ geheißen.“

„Ja, als ich gestern Abend etwas von „acht (bis 28?)“ hörte, frage ich mich, wie man so etwas als Erfolg verkaufen kann. Es ist beschämend.“

„Meine Erlebnisse während der Termine im Jobcenter lassen mich doch sehr stark daran zweifeln, dass die Zuständigkeitsverschiebung in ein ‚solches Amt‘ doch wahrlich ein Fortschritt ist, der eine ‚Stigmatisierung‘ nachhaltig verhindern wird.“ und den Eltern bei der Inanspruchnahme eines sog. *Familienservice* dort große Freude bringen wird.“

„Das Ganze ist schrecklich dumm aufgezo-gen und runterverhandelt. Die neue Regelung ändert überhaupt nichts an der Lage der (getrenntlebenden) Eltern, an der Kinderarmut, an der Arbeitssituation der

Jugendämter und der Familiengerichte. Iris Sayram brachte in den tagesthemen auf den Punkt: Sozialhilfe ist ein Entwicklungshemmnis für Kinder; Eigenaktivitäten werden nicht gefördert; eher das Nichtstun. Es wird eine teure neue Behörde geschaffen; das kostet und bringt schließlich, wie immer, nichts für die Bedürftigen. Eine sehr traurige Nachricht für alle, die sich Qualitätsverbesserungen im Kinderbereich vorgestellt haben; inkl. für die bedürftigen Kinder selbst.“

Die Leserbriefschreiber sind der Redaktion bekannt.

Ed Koch

06) Berlin braucht Erziehung. Von Ed Koch



Berlin braucht Erziehung

Vor allem braucht Berlin Erzieherinnen und Erzieher. Gerade erreichte uns der immer wieder lesenswerte Newsletter des **Tagesspiegels**, den für den Bezirk Tempelhof-Schöneberg **Sigrid Kneist** verfasst. Darin berichtet sie über eine unglaubliche Werbekampagne für den Beruf des Erziehers.



Baden-Württemberg hat gerade eine missglückte Werbekampagne korrigiert. Am Flughafen Stuttgart werden die Passagiere mit diesem Plakat begrüßt, das allerdings die veränderte Form zeigt. Ursprünglich stand oben links: „Gelandet und gar keinen Bock auf Arbeit morgen?“ Hört sich an, wie, „bist Du faul, werde Lehrer.“



In Berlin werben vier der fünf Kita-Eigenbetriebe mit einem Video, das sehr drastisch darstellt, dass diese Stadt völlig verdreckt und verkommen ist und es deshalb Erzieher braucht, die für Ordnung sorgen. Der Kurzfilm würde sich eher für die Suche nach neuen Mitarbeitern der Stadtreinigung eignen.

Sigrid Kneist beschreibt den Inhalt des Werbefilms: *Im Video sind jede Menge Vermüllung und andere nicht tragbare Zustände einer Stadt zu sehen:*

entsorgte Matratzen, Sperrmüll, Klohäuschen auf Rads Spuren, Überbleibsel alkoholgeschwängerter Nächte oder geknackte Fahrräder. Unterlegt sind die Bilder mit den Sprüchen: „Die Stadt der unbegrenzten Möglichkeiten, wenn man eine Matratze loswerden will“, „Die Stadt, in der es keine Probleme gibt. Nur Probleme für andere“ oder „Die Stadt, die niemals schläft, wegen der Nachbarn, wegen der Medikamente im Abwasser“.



Und endet mit dem Fazit: „Die Stadt, der nichts fehlt, außer vielleicht hier und da ein ganz, ganz kleines bisschen Erziehung. Berlin braucht Erziehung. Berlin braucht dich. Finde jetzt deinen Wunschjob bei den Kitas Berlin!“

Sollte sich dieser Werbefilm an Menschen richten, die noch nicht in Berlin leben, ist es eher unwahrscheinlich, dass sie auf diese Müllhalde umsiedeln werden. Der einzige Kita-Eigenbetrieb, der sich nicht an dieser „Werbekampagne“ beteiligt hat, ist der **Berlin Süd-West**, zuständig für die Bezirke Tempelhof-Schöneberg und Steglitz-Zehlendorf. Der Geschäftsleitung von Süd-West gebührt großes Lob, sich diesem Unsinn nicht angeschlossen zu haben.

Der Tagesspiegel zitiert Beschäftigte einer Kita in Tempelhof. *„Sie finden den Clip einfach nur entsetzlich und kontraproduktiv. Ich habe zuerst gedacht, das ist eine Persiflage eines TV-Formats wie Extra drei, ist eine Reaktion. Das Video zeige keinerlei Wertschätzung für den Beruf der Erzieherin oder des Erziehers, eine andere. Gerade ältere Kolleginnen fühlten sich beleidigt, da der Clip auch suggeriere, dass ihnen eine Generation entgleist sei.“*

Natürlich gibt es auch diejenigen, die die Kampagne „cool“ finden. *„Endlich mal eine richtig gute Werbung! Also wer die Message dahinter nicht versteht, dem kann auch nicht mehr geholfen werden.“* Denjenigen, die die „Message“ verstehen, können wir nur raten, sich einen Müllsack zu schnappen und aufzuräumen, am besten gemeinsam mit den eigenen Kindern. Das würde helfen.

Wer sich das Werk ansehen möchte, bitte sehr:

<https://www.youtube.com/watch?v=XYE1OXMLGKE>

Ed Koch

07) 35 Jahre CPYE / Komitee zur Förderung von Jugendaustauschprojekten e. V. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 616-13

26. August 2023

48. Jahrgang

35 Jahre CPYE

Heute vor 35 Jahren, am 26. August 1988, wurde der CPYE e.V. gegründet. CPYE ist die Abkürzung der englischen Übersetzung des Vereinsnamens „Komitee zur Förderung von Jugendaustauschprojekten e.V.“ – Committee for the Promotion of Youth-Exchange Projects.

Da in den Vereinsverzeichnissen der Buchstabe V besonders häufig vorkommt, hielt man Komitee für die bessere Bezeichnung, auch wegen der englischen Übersetzung. Diese war wichtig, denn von Anfang an förderte der Verein bzw. das Komitee Jugendbegegnungsreisen, vor allem in die USA. Der Vorschlag für die englische Bezeichnung kam vom damaligen Programmchef des Amerikahauses in Berlin.

Bis heute können allerdings viele das Namenskürzel nicht richtig aussprechen. Von Cype über Cyprus war alles schon mal dabei. Vor allem das Y macht Probleme. Dabei ist es ganz einfach: Zi Pi Wei I.

Der CPYE wurde in einem Hinterzimmer gegründet, und zwar in der Druckerei Müller in Tempelhof. Gastgeber war der Junior-Chef **Michael Müller**, später bekannt geworden als Regierender Bürgermeister von Berlin. Müller war Gründungsmitglied, gehört dem Verein heute jedoch nicht mehr an. Von den Gründungsmitgliedern sind noch drei dabei, **Wolfgang (Ed) Koch**, **Bernd Puhmann** und **Frank Schubert**. Puhmann und Koch bildeten den Gründungsvorstand, und bis heute ist **Bernd Puhmann** einer der Vorsitzenden des Vereins.



Im Februar 2014 wurde **Bernd Puhmann** für seine ehrenamtliche Tätigkeit mit der Verdienstmedaille des Bezirks Tempelhof-Schöneberg geehrt.

Von 1988 bis 1992 beschäftigte sich der Verein hauptsächlich mit der Unterstützung bestehender Jugendbegegnungsreisen

nach Norwegen und in die USA. 1992 übernahm er dann als Veranstalter die Projekte und führte bis 2015 17 Reisen nach Norwegen und 42 in die USA durch, und kümmerte sich überdies um die Gegenbesuche.

Seinen Sitz hatte der Verein ursprünglich im Jugendfreizeitheim Mariendorf, heute BEATS 42. Gemeinsam mit dem Kooperationspartner Tempelhofer Forum zog er 2000 in die Gottlieb-Dunkel-Straße und 2014 in das Nachbarschaftszentrum der ufaFabrik, wo er bis heute beheimatet ist.



Foto: 2012 beim Besuch in Denver wurden die Berliner von Bürgermeister **Michael Hancock** im Rathaus empfangen. Hancock ist auch heute noch Bürgermeister der Hauptstadt von Colorado.



Foto: Die CPYE-Projektleiter **Chris Landmann**, **Ed Koch** und **Reiner Hanke** gemeinsam mit der Familie **Brooks**, **Nancy**, **Stephen** und **Zach**, die sich um die Gastfamilien und das Programm vor Ort kümmerten.

Zwar finden gegenwärtig keine Jugendbegegnungsreisen mehr statt, was nicht heißt, dass es eines Tages vielleicht doch wieder in die große weite Welt gehen könnte.



In den USA bestand Kontakt zu Gastfamilien in Kansas, Colorado und New York State. Nun könnte man meinen, dass ein Ausflug in die amerikanische Provinz für Großstädter nicht besonders interessant ist,



Auch in diesem Jahr kamen rund 15.000 Besucher in das Fußballstadion des Volksparks Mariendorf, um an drei Tagen 16 Bands live zu erleben, und alles bei freiem Eintritt. Das Wetter war gemischt, was aber keinen davon abhielt, mitzurocken. Aus über 200 Bewerbungen wurden von der Rocktreff-Crew 16 Bands ausgewählt. Ein Auftritt beim ROCKTREFF ist in jeder Band-Vita eine Gütesiegel.



Aus Dank tragen die Fans die Musiker förmlich auf Händen, wie hier den Sänger der Band „What's left behind.“



Beim ROCKTREFF sind alle Generationen vertreten.



Gegründet wurde der ROCKTREFF 1984 von der Rock-Ini der Ev. Jugend Tempelhof und dem Jugendamt Tempelhof. 2024 steht also das 40-jährige Jubiläum an. Initiator des Rocktreffs war **Michael Abou-**

Dakn, der mit seiner Band „Die GmbH“ beim ersten Festival am 15. September 1984 und dann noch einmal 2015 auftrat. In dem damaligen Jugendstadtrat **Udo Keil** fand er einen Förderer und Unterstützer, der auch Geld auf den Tisch legte. Heute ist **Prof. Dr. Michael Abou-Dakn** Ärztlicher Direktor und Chefarzt der Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe des St. Joseph-Krankenhauses Tempelhof.



Tommi Müller (auf dem Foto mit **Marlies Königsberg**) war 1984 schon als Helfer dabei und übernahm ein Jahr später für die Rock-Ini die Koordination des Festivals bis zum 25-jährigen Jubiläum. Seit 2022 ist er wieder da-

bei, jetzt allerdings als Veranstaltungsleiter des Jugendamtes.



Kurz nach der Gründung des Rocktreffs gesellte sich Das Spielfest dazu. Zuerst fanden ROCKTREFF und Spielfest getrennt, am Samstag und Sonntag statt, später dann an beiden Tagen und der ROCKTREFF zusätzlich am Freitag. Nach vielen guten Jahren fand das Spielfest eine Zeitlang nur noch am Rande statt, nachdem sich immer weniger Vereine, Kitas und Freizeiteinrichtungen mit Spiel- und Mitmachange-



boten beteiligten. 2012 erfolgte ein Neustart. Der CPYE e.V. und das Jugendamt suchten sich einen Kooperationspartner und fanden diesen im Förderverein MitSpielen e.V. Dessen Vorsitzender **Philipp Mengel** entwarf ein Konzept, das wegen seines Erfolgs heute noch Bestand hat. Bis 2019 organisierte der MitSpielen e.V. gemeinsam mit dem CPYE e.V. und dem Jugendamt Das Spielfest. Nach der Corona-Zwangspause 2020 und 2021 gestalten seit 2022 der CPYE e.V. und das Jugendamt Das Spielfest.



Philipp Mengel und Bezirksbürgermeisterin **Angelika Schöttler** 2018 beim Rundgang über Das Spielfest mit Hauptsponsor **Ingo Malter** von STADT UND LAND. Bis 2019 unterstützte die Bürgermeisterin das Familienfest als Schirmherrin und auch finanziell.



Der neue Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** (2.v.r.) setzt die Tradition fort und unterstützt Das Spielfest wie seine Vorgängerin. Auf dem Foto v.l.n.r.: Jugendstadtrat **Oliver Schworck**, Baustadträtin **Eva Majewski** und Rocktreff-Moderator **Dominik Ziebarth** vom CPYE e.V.



2019 besuchte der damalige Regierende Bürgermeister **Michael Müller**, Gründungsmitglied des CPYE e.V., die Veranstaltung und schaute auch am Stand der DLRG vorbei.



Ohne Moos nix los, deshalb muss Geld gesammelt werden, um ROCKTREFF und Spielfest durchführen zu können. Zwar beteiligt sich das Jugendamt mit einer ordentlichen Förderungssumme, die aber nicht alle Kosten deckt. Das Foto zeigt die vielen Sponsoren und Unterstützer, die das Projekt erst möglich machen.



Der aktuelle Vorstand des Vereins: v.l.n.r. **Florian Fähmann**, **Alexander Franke**, **Bernd Puhmann**, **Louisa Richter** und **Marco Herrmann**.

Bleibt nur noch, dem CPYE e.V. für die nächsten Jahre alles Gute und viel Erfolg zu wünschen und vor allem, dass sich immer genügend Ehrenamtliche finden, die die Projekte mittragen. Und natürlich, dass sowohl das Jugendamt als auch die Sponsoren genügend Geld zur Verfügung stellen, damit diese großartige Veranstaltung, an der Anfang Juli wieder rund 15.000 Besucher teilnahmen, weiterhin stattfinden kann.

Ed Koch

Fotos: paperpress, CPYE-Archiv, Rocktreff-Fotos: siehe Signatur

Weitere Informationen:

www.rocktreff.de
www.spielefest-mariendorf.de
www.cpye.de

08) Ein knallgelbes Solarboot der DHL. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 616-12

25. August 2023

48. Jahrgang

Ein knallgelbes Solarboot

Früher machte, auch wenn nur in einem Schlager von **Wencke Myhre**, ein „knallrotes Gummiboot“ Furore. Heute ist der Star am Medienhimmel ein knallgelbes Solarboot der **DHL**, das es immerhin schon zweimal auf die Titelseite der **Berliner Morgenpost** geschafft hat.



Auf dem Wege von Mariendorf zum Osthafen an der Stralauer Allee, gleich neben dem **nhow-Hotel**, **Universal** und der **Coca-Cola** Zentrale mit sonnigem Blick auf die Spree, mussten wir fast in jeder Straße einem DHL-Fahrzeug ausweichen. Es ist kein Trend mehr, sondern eine Tatsache, die unumkehrbar scheint, dass sich die Menschen immer mehr Waren nach Hause liefern lassen. Darauf müssen die Logistiker reagieren. Zum einen gibt es noch viel zu wenige Packstationen, an denen die Empfänger ihre Päckchen und Pakete selbst abholen können, zum anderen müssen die Zustellfahrzeuge emissionsfrei durch Berlin fahren. In dieser Hinsicht liegt die **Deutsche Post DHL** schon mal ganz weit vorne. Sie verfügt über die meisten Elektrofahrzeuge und Lastenfahräder in Berlin, woran sich die Mitbewerber eine große Scheibe abschneiden könnten.

Aber auch bislang ungenutzte Wege müssen in das Beförderungskonzept eingebunden werden. Rund sieben Prozent der Berliner Fläche besteht aus Wasser, 330 km lang sind die Wasserstraßen aus Flüssen und Kanälen.

Nach nur knapp einjähriger Vorbereitung ist es der DHL gelungen, Anfang Oktober 2022 ein Pilotprojekt aufs Wasser zu bringen. Die Geburtsstunde des gelben Solarbootes. Auch wenn es nur 350 Pakete sind, die täglich vom Südhafen Spandau zum Westhafen transportiert werden, so ist der Anfang gemacht. Bis Ende Juni sind immerhin schon 50.000 Pakete befördert und durch Lastenräder des Unternehmens **Rytle** im angrenzenden Wohngebiet, der sogenannten Mariendorffinsel, zugestellt worden. Erwähnenswert ist die Schnelligkeit der Umsetzung allein schon deshalb, weil die Deutsche Post inzwischen zwar ein

privatwirtschaftliches Unternehmen ist, die Behändigkeit der alten Bundesbehörde mit damals noch eigenem Minister, aber noch nicht ganz losgeworden ist. Regiert wird das Unternehmen aus Bonn, von wo aus man seit je her mit kritischem Blick auf Berlin schaut. Bonn darf zwar den Titel „Bundesstadt“ tragen, aber Hauptstadt ist nun mal Berlin, auch wenn in Bonn immer noch viel zu viele Bundesministerien angesiedelt sind.



Natürlich reicht die Idee, mit einem Schiff Pakete zu transportieren allein nicht aus. Es bedarf Kooperationspartner. Und die hat die **DHL** in der **BEHALA** (Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft) und in der Reederei **Solarwaterworld AG** gefunden. Die Pressekonferenz am 24. August nahmen DHL und BEHALA zum Anlass, ihren Vertrag um ein Jahr zu verlängern. Foto: v.l.: **BEHALA**-Geschäftsführerin **Petra Cardinal**, **Prokurist Klaus Lichtfuß** und **Niederlassungsleiter Berlin Paket der DHL, Sven Goercke**.



Quelle: rbb / DHL Kartenmaterial OpenStreetMap contributors

Auf der Pressekonferenz wurde nicht nur die Vertragsverlängerung und damit Fortsetzung des Pilotprojektes verkündet, sondern auch eine Erweiterung der Strecke bis zum Humboldthafen und Wikingerufer und die Planung einer zweiten Route, voraussichtlich ab Frühjahr 2024, vom Osthafen über Stralau, der Rummelsburger Bucht und Oberschöne-weide bis zur Köpenicker Altstadt.



Es wird also demnächst ein zweites knallgelbes Solarboot auf Berlins Wasserstraßen geben. Um so einen Anlass gebührend zu feiern, lädt man sich natürlich auch Prominenz aus der Politik ein.



Mit großer Freude ist Senatorin **Manja Schreiner** der Einladung gefolgt. In ihrer Senatsverwaltung ist alles unter einem Dach, was uns den Klimaschutzzielen näherbringen kann: Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz. Schreiner freut sich vor allem, dass diese Initiative aus der Privatwirtschaft kommt und ruft alle anderen auf, diesem Beispiel zu folgen. Geplant ist eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Berlin und der DHL mit einer Laufzeit von fünf Jahren. Die DHL hat im wahrsten Sinne des Wortes den Senat mit ins Boot geholt.



Und was die Boote anbelangt, so wird sich die **Solarwaterworld AG** mit ihren Solarbooten auch weiterhin an dem Projekt beteiligen, versprach die CEO **Louise Ahrens** (r.). Denn die elektrosolare Schifffahrt liegt in der DNA des Unternehmens. „Konzepte für einen umweltfreundlicheren und nachhaltigen Gütertransport auf dem Wasser müssen unbedingt vorangetrieben werden.“ In der Fahrgastschifffahrt hat das Unternehmen schon Meilensteine gesetzt. Und natürlich fand die Pressekonferenz auf einem Solarboot des Unternehmens statt. Parallel fuhren beiden Boote bei sonnigem Wetter über die Spree.



Hinter jedem Projekt stehen die Menschen, die es kreieren und auf den Weg, in diesem Falle aufs Wasser bringen. Der Leiter des Projektes nachhaltige Zustell- und Logistiklösungen bei der **DHL**, **Andreas Schwager** (r.), und sein Kollege **Felix Glaubitz** (l.) tragen großen Anteil daran, dass in beachtlich kurzer Zeit das Projekt realisiert werden konnte, unterstützt vom Niederlassungsleiter **Sven Goercke** und **Robin Hilke**, dem Teamleiter am Westhafen und natürlich der **BEHALA** und **Solarwaterworld AG**.



Nach dem Pressetermin ging es für **Andreas Schwager** gleich weiter nach Potsdam, wo das **LogistikNetz Berlin-Brandenburg e.V. LNBB** sein Sommerfest feierte. Schwager war jedoch nicht zum Feiern eingeladen worden, sondern zu einem zwanzigminütigen Vortrag über Umwelt, Nachhaltigkeit, Klimaschutz und natürlich Logistik. Nicht ohne Stolz berichtete er von der vorangegangenen Pressekonferenz. Mit dabei war auch der gerade mit 66 Prozent wiedergewählte Bürgermeister von Ludwigfelde, **Andreas Igel**, mit dem Schwager auch schon zusammengearbeitet hat.

BEHALA-Chefin **Petra Cardinal**, die auch an dem Sommerfest teilnahm, wies hier, wie zuvor am Osthafen, darauf hin, dass am 3. September von 10 bis 18 Uhr der Westhafen seinen 100sten Geburtstag feiert. Alle Infos dazu unter:

<https://www.100jahrewesthafen.de/>

Ed Koch
(auch Fotos)

09) Orden für ein Urgestein: Ingrid Kühnemann, BVV Tempelhof, später Tempelhof-Schöneberg. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 616-11

26. August 2023

48. Jahrgang

Orden für ein Urgestein

Es gibt sie noch, diese Urgesteine, die gefühlt schon seit **Ferdinand Lassalle** in der SPD sind. Am 23. Mai dieses Jahres war es 160 Jahre her, dass der *Allgemeine Deutsche Arbeiterverein*, der als Vorläufer der SPD gilt, gegründet wurde. Natürlich ist **Ingrid Kühnemann** deutlich jünger, nur 78, aber in Lichtenrade gilt seit ewigen Zeiten: Kühnemann = SPD. Ihre Töchter **Andrea** und **Melanie** tragen zu dieser Wahrnehmung bei. Beide kandidierten in dem tief-schwarzen Lichtenrade erfolglos für die SPD. Dennoch ist aus beiden etwas geworden, Andrea ist Gewerkschafts-Chefin von ver.di für Berlin und Brandenburg, Melanie SPD-Vorsitzende von Tempelhof-Schöneberg und Mitglied des Abgeordnetenhauses.



Ingrid Kühnemann war rund 37 Jahre Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung in Tempelhof und später Tempelhof-Schöneberg. Am 25. August erhielt sie für ihre zahlreichen Tätigkeiten das Bundesverdienstkreuz aus der Hand von Innensenatorin **Iris Spranger**. Kühnemanns Partelfreund **Daniel Behrendt** hat den Orden beim Bundespräsidialamt schon 2021 beantragt. Nach langer und gründlicher Prüfung fand jetzt die Verleihung statt.

„Am 22. September 2021 ging eine Ära, nicht nur für den Bezirk Tempelhof-Schöneberg, sondern auch für die inzwischen 78-jährige Ingrid Kühnemann zu Ende.“, schreibt Behrendt einleitend in seiner Be-

gründung. „Sie hatte am 13. September 2021 nach 37 Jahren ihre letzte Fraktionssitzung absolviert.“ Kühnemann ist kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs, im März 1945 in Berlin zur Welt gekommen. Als Tochter einer kroatischen Fremdarbeiterin und eines Deutschen, wuchs sie bei einer Pflegefamilie in Tempelhof auf. 1963 heiratete sie. „Sie absolvierte eine Lehre zur Friseurin, widmete sich aber, wie es damals üblich war, als Hausfrau und Mutter der Familie. Die Familie zog Ende der 60er Jahre von Schöneberg nach Lichtenrade.“



„Es war die Ostpolitik **Willy Brandts**, die sie seinerzeit politisierte und für die Sozialdemokratie begeisterte und sie zum Eintritt in die Partei bewegte.“ In der SPD-Lichtenrade wurde sie sofort aktiv. 1984 rückte sie in Tempelhof für **Klaus Wowerait**, der Stadtrat für Volksbildung wurde, in die Bezirksverordnetenversammlung nach und blieb dort ohne Unterbrechung bis 2021. Und natürlich nahm **Klaus Wowerait** an der Ordensverleihung teil, ebenso wie **Michael Müller** und der Partei- und Fraktionsvorsitzende **Raed Saleh**.

„Ihre politische Schwerpunkte waren die Kulturpolitik und die Pflege der Städtepartnerschaften, insbesondere zu der israelischen Stadt Nahariya. Sie gilt als Mitbegründerin der kulturpolitischen Veranstaltungsreihe *Frauenmärz* (1986).“ Über Parteigrenzen hinweg war sie anerkannt und geschätzt. Sie nahm so oft wie möglich an Terminen im Bezirk teil, und war manchmal die einzige Vertreterin der SPD vor Ort. Sie hatte ein Gespür dafür, auch bei unwichtig erscheinenden Anlässen dabei sein zu müssen, um das SPD-Fähnchen hochzuhalten. Diese Mühe machten sich andere weniger, was die Menschen natürlich registrierten. Sich nur in Wahlkämpfen zu zeigen, ist zu wenig.

„Ingrid Kühnemann ist bekannt für ihren teils schonungslos ehrlichen Umgang mit ihren Mitmenschen,

1



der geprägt ist von herzlicher Innigkeit, aber an der richtigen Stelle auch mit deutlichen Worten."

„Mit der Ehrung Frau Kühnemanns würden gleichzeitig die vielen ehrenamtlich Aktiven in der Politik gewürdigt, die sich tagtäglich und nur gegen geringe Gegenleistung für unsere Demokratie einsetzen. Gleichzeitig könnte das Wirken Frau Kühnemanns als besonders herausragendes Beispiel Nachahmungseffekte erzeugen und junge Menschen zum Einstieg in die Kommunalpolitik bewegen.“, begründet **Daniel Behrendt** seinen Antrag, der den Bundespräsidenten überzeugt hat.



Und natürlich gehört zu derartigen Festakten auch ein Familienfoto mit Mann Werner, den Töchtern und Schwiegertöchtern.

Zum Ritual bei Ordensverleihungen gehört, dass sich der Überbringer im Auftrage des Bundespräsidenten, entweder der Regierende Bürgermeister oder ein anderes Senatsmitglied, eine Stunde Zeit nimmt. Es gibt Sekt (Hausmarke), Wasser und Saft und ein paar Kekse. Außergewöhnlich ist es, wenn noch Kuchen präsentiert wird. Dazu braucht man natürlich einen Spender. **André Lossin**, Planungsstabeleiter in der Innenverwaltung, hat seine Frau überredet, einen Kuchen zu backen, der so gut schmeckte, dass kein Krümel übrigblieb. Als sich die Festversammlung anschließend zum Mittagessen in Berlins ältestem Restaurant, der „Letzten Instanz“, gleich neben dem Sitz der Innenverwaltung, dem *Alten Stadthaus*, traf, hatte man das Dessert schon fast verdaut.

Natürlich freut sich **Ingrid Kühnemann** über den Orden. Jeder ist dankbar für Anerkennung. Bundespräsident **Frank-Walter Steinmeier** hat in seinem Bemühen eines geschlechterneutralen Ordens, die spezielle Ausführung für Frauen abgeschafft. Es gibt jetzt für alle den bisherigen Männerorden. Das ist für Frauen deshalb besonders schade, weil der feminine Orden viel schöner war. Während die Herren die schlichte Variante ans Revers geheftet bekamen, zierte die Damenbluse ein Schleißen.



(Foto: Bundesregierung / Sandra Steins)

Es entspräche „dem Sinn und der Bedeutung dieser Auszeichnung, dass sie öffentlich getragen wird.“, heißt es in den Empfehlungen zur Trageweise des Ordens. „Der Orden kann im Original bei allen besonders feierlichen Anlässen angelegt werden.“ Eine bestimmte Kleidung wird nicht vorgeschrieben, aber „der Würde des Ordens“ solle sie schon entsprechen. Die Ordensminiatur (linke Bildseite) kann bei allen anderen Anlässen, auch im Büro und zur Alltagskleidung getragen werden.

Herren tragen das Verdienstkreuz am Bande auf der oberen Hälfte des linken Revers oder im Knopfloch, Damen eine Handbreit unterhalb der linken Schulter.

Der Damenorden war etwas kleiner als der für Männer, erschien dafür aber wegen der Schleife deutlich breiter. Nun, die Damenschleife ist weg. Was machen die Frauen, die vor Steinmeiers Reform den Orden bekommen haben? Umtauschen? Wohl kaum. Sie haben Glück gehabt und können ihre Schleife auch weiterhin tragen.

Steinmeier hat aber noch weitere Reformen durchgesetzt, nämlich eine Frauenquote für Orden von mindestens 40 Prozent, die schon zu greifen scheint, aber noch nicht erreicht ist. Gingen von den 2012 verliehenen 1.812 Orden 1.278 (70,5%) an Männer und 534 (29,5%) an Frauen, so waren es 2022 918 Orden, 604 (65,8%) Männer und 314 (34,2%) Frauen.

Also schauen Sie sich um in der Nachbarschaft, im Betrieb oder im Verein. Wo sind die Frauen, die dort etwas rocken. Der Bundespräsident freut sich auf Vorschläge. Von der Antragstellung bis zur Verleihung kann es allerdings über ein Jahr und länger dauern, denn die Vorlagen haben einen weiten Weg durch die Instanzen vor sich.

Ed Koch
(auch Fotos)

10) Mehr Gelb auf Berlins Wasserstraßen



paperpress

seit 1976



Nr. 616-10

17. August 2023

48. Jahrgang

Mehr Gelb auf Berlins Wasserstraßen



Wie Medien, von der *Süddeutschen Zeitung*, über *Zeit-*, *Wallstreet-* und *T-Online*, bis hin zu *Finanzen.net* und dem *Trierischen Volksfreund* aufgrund einer **dpa**-Meldung berichten, will die **DHL-Group** das Projekt Paketlieferungen per Schiff auf Berlins Wasserstraßen verlängern und ausbauen.

„Die derzeitige Route wird erweitert - und eine zweite neue Route ist in Planung“, teilte der Konzern mit. „Details will das Unternehmen in der kommenden Woche vorstellen. Mit einem speziellen Solarboot testet DHL seit einigen Monaten, inwiefern sich auch die Wasserwege der Hauptstadt für den Transport von Paketen eignen. Angesichts der stark wachsenden Zahl an Online-Bestellungen in den vergangenen Jahren könnten auf diese Weise der Verkehr in den Innenstädten verringert und CO₂-Emissionen vermieden werden - so die Hoffnung.“ *T-Online.de*



paperpress berichtete am 6. Oktober 2022 zum Start des Projektes: „DHL startet den Pakettransport auf dem Wasser. Bei dem deutschlandweit, ersten Pilotprojekt dieser Art wird das Solarschiff auf der Spree täglich hunderte Sendungen vom Südhafen Spandau zum Westhafen transportieren – ohne Emissionen zu verursachen. Das Solarschiff fährt umweltschonend und geräuschlos.“ Das Schiff ist 10,50 Meter lang und 2,50 Meter breit.

Fotos: Ed Koch

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden, Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Matthias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

11) Der bekannte Radiomoderator Henning Hamann verstorben. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 616-09

15. August 2023

48. Jahrgang

Henning Hamann verstorben



Henning Hamann war ein bekannter Radiomoderator, vergleichbar mit anderen Legenden wie **Nero Brandenburg**, **Lord Knud** oder **Jürgen Jürgens**. Mit dem Plattenauflegen hatte er in einem Mariendorfer Jugendclub begonnen, der ebenso legendären *Jugendtanzbar Bungalow*. Ich war seit 1968 dort für das Programm zuständig

und lernte Henning Hamann, der sich „**Smoky I.**“ nannte, in dieser Zeit kennen. Damals gab es zwei weitere Legenden, den „*sf-beat*“ und den „*RIAS-Treffpunkt*“, in ihrer Qualität nie wieder erreichte Jugendfunksendungen. In den Tagestipps war der Name „*Smoky I.*“ ständig zu hören, als Hinweis auf seine Disco-Shows im Bungalow.

Später gelang ihm der Sprung ins Medium Radio. Eine großartige Zeit, für ihn und seine Hörer. Doch, wie das so ist mit dem Schicksal, irgendwann verlassen die Götter immer die Glücklichen. Gesundheitlich schwer angeschlagen musste er sich zurückziehen. Er fand später eine neue Aufgabe direkt um die Ecke seiner Wohnung im *MedienPoint Tempelhof*. Das war ein relativ kleiner Laden mit großer Ausstrahlung, den es in der Werderstraße 13 auch heute noch gibt, allerdings mit einer geringeren Strahlkraft als zu der Zeit, als Henning Hamann dort das Sagen hatte.

Eigentlich kann man hier nur Bücher, CDs und andere Medien, die man nicht mehr braucht, hinbringen oder, wenn Bedarf besteht, aussuchen und mitnehmen. Alles kostenlos. Ein ebenso einfaches wie erfolgreiches System. Was aber Henning Hamann darüber hinaus aus dem *MedienPoint* gemacht hat, lesen Sie bitte in einem Beitrag des im Juni 2020 viel zu früh verstorbenen Kiezreporters **Thomas Moser**.

Zwischen Radio in Berlin und Rückkehr nach Berlin war er in Rostock bei einem Radiosender tätig. In dieser Zeit verlor sich der Kontakt zu ihm. Bis mich eines Tages im Jahre 2011 **Horst-Dieter Keitel** (HDK) von der **Berliner Woche** fragte, ob ich einen gewissen Henning Hamann kenne, der behauptete, mich zu kennen. Und so trafen wir uns nach langer

Zeit wieder. Eine Begegnung, aus der sich zahlreiche Kooperationen mit Projekten, an denen ich beteiligt war, ergaben, wie zum Beispiel dem Spielfest des Jugendamtes Tempelhof-Schöneberg.



Den nachfolgenden Artikel schrieb der im Juli 2020 verstorbene Kiezreporter **Thomas Moser** zu Hamanns 65sten Geburtstag 2016. Wir haben den Text in die Vergangenheitsform geändert.

Er leitete ehrenamtlich den MedienPoint Tempelhof in der Werderstraße und hatte ihn in acht Jahren zu einem populären Kiez-Treffpunkt gemacht, Henning Hamann. Der waschechte „Tempelhofer-Jung“ hatte nicht nur als erfahrener Radiomann ein bewegtes Leben hinter sich.

Sportlich fing alles bei Viktoria 89 als Torwart an. Als Discjockey „Smoky I.“ startete er Anfang der 70er Jahre in der „Jugendtanzbar Bungalow“ am Mariendorfer Damm. Am Kurfürstendamm legte er danach im legendären „Big Eden“ über 1.000 DJ-Shows hin, „Las Vegas Dancing“ und andere folgten.

Richtig bekannt wurde er bald darauf mit seiner markanten Stimme. Er volontierte bei Ufa-Radio-RTL, holte sich u.a. als Moderator das journalistische Rüstzeug für seinen langen Marsch durch die Sender. Ulrich Schamoni und Georg Gafron holten Hamann als Musikchef zum ersten Privatsender in Berlin, „Hundert, 6“. Er verpasste dem Sender in den 80ern ein besonderes Musik-Profil, konzipierte und produzierte auch neue Sendungen, z.B. das erste zweistündige-Kochstudio im Radio. Berlins Hausfrauen freuten sich über die kostenlosen Rezepte und Anregungen.

Ebenfalls damals neu im Radio, die von Hamann produzierte erste CD-Hitparade nach Verkaufszahlen mit ausführlichen Neuerscheinungen der neuen Medienart. Hamann erinnerte sich: „Es gab am CD-Anfang weltweit nur drei CD-Fabriken, eine davon in



Japan und diese hatte, anders als die deutsche Fabrik in Hannover-Langenhagen, viele sogenannte LP-Raritäten als Silberling. Selbige kamen jeden Samstag per Flugzeug aus Tokio via Frankfurt mit einem PanAm-Clipper in Tegel an und wurden mit einem Taxi in die Sende-Villa von „Hundert, 6“ in die Paulsborner Straße gefahren. Wenn das Flugzeug Verspätung hatte, musste ich ‚Plan B‘ senden und prä-sentierte nur die Neuerscheinungen aus der deutschen Fabrik“, so Hamann im Rückblick.



*Auch RIAS-Programmdirektor **Siegfried Busch-schlüter** war von Hamanns Arbeit angetan und holte ihn als Musikchef samt seinen Sendungen zum RIAS, wo er das neue Musiklayout für RIAS 1 mit Erfolg entwickelte und mit dem neu produzierten "Voll-dampfRadio" jeden Samstag von 9 bis 12 Uhr eine neue erfolgreiche Samstag-Vormittag-Sendung hin-legte.*

*Eine von Hamanns großen RIAS-Aktionen war eine 50 Kilogramm schwere Hauptstadt-Boulette, für die er anlässlich des Hauptstadtdeschlusses extra zehn Starköche, mit **Alfons Schuhbeck** und **Heinz Winkler** an der Spitze, einfliegen ließ, die diese Riesenboulette (Foto) in einer Riesenbratpfanne im RIAS Studio 10 brutzelten.*



Nach dem Ende von RIAS 1 durch den Vertrag zur Wiedervereinigung, war ‚Aufbauarbeit Ost‘ angesagt, denn Hamann bekam aus Rostock ein Angebot, das er nicht ablehnen konnte. Dort baute er mit der OST-SEEWELLE zum zweiten Mal einen neuen Sender auf. Viele Berliner staunten nicht schlecht, wenn sie am Ostseestrand liegend auf einmal die markante Berliner Stimme hörten.



*Hamann zog bei allen Sendern die Promis an, welche sich gerne die Studioklinke in die Hand gaben. Ob **Tony Christie** und **Roy Black** (Foto) **Udo Jürgens**, **Howard Carpendale**, **Dieter Hildebrandt**, **Nicole**, **Peter Kraus**, **Drafi Deutscher**, **Harald Juhnke**, **Gitte Hænning**, **Roland Kaiser**, **Mary Roos** und auch Bandleader **James ‚Hansi‘ Last**, der Hamann sogar in sein Haus nach Florida einlud und für die tolle Zusammenarbeit eine seiner Goldenen Schall-platten schenkte. Auch die Schauspieler **Nadja Til-ler**, **Walter Giller** und **Senta Berger**, besuchten das Studio des Radiomachers.*



*Mit Udo Jürgens im RIAS-Volldampf-Studio
Alle Fotos: Archiv Henning Hamann*

Durch große gesundheitliche Probleme musste er sich aus dem Radiogeschäft zurückziehen und wurde



die ehrenamtliche Seele des MedienPoints Tempelhof, der zum KulturRing in Berlin e.V. gehört. Hamann fand es wichtig, dass es solche Institutionen gibt, die Menschen und Interessen zusammenführen und die Lesekultur fördern. Voller Stolz zeigte er die vollen Regale: Romane, Sachbücher, Krimis, Gedichte, Erzählungen, Biografien, Zeitgeschichte und vieles mehr sind hier zu finden.



Mit Karl Dall und Mike Krüger

Hamann hatte viele Freunde, die ihn wirkungsvoll aktiv unterstützen. Auch die Bezirkspolitik half gerne. Alle waren regelmäßige Gäste und Unterstützer in dieser Tempelhofer Nachbarschaftseinrichtung.



Mit Klaus Hoffmann und Frau Malene im MedienPoint

Etwas Besonderes waren die ständig wechselnden Ausstellungen: Beatles, Bertolt Brecht, Udo Jürgens, James Last, Rolling Stones, Marilyn Monroe, Raumpatrouille Orion, Kurt Tucholsky, Woodstock, Frank Sinatra und David Bowie, um nur einige zu nennen. Die meisten, denen die Ausstellungen gewidmet sind, konnten aus verständlichen Gründen nicht persönlich erscheinen. Da war es 2016 eine besondere Freude, zur Eröffnung der Ausstellung anlässlich des 65sten Geburtstages von **Klaus Hoffmann** im März den Berliner Sänger live und in Farbe im MedienPoint zu Gast haben zu dürfen.



Ein besonderes Anliegen Hamanns waren die Kinderveranstaltungen. Ob große Nutella-Party zum 50. Geburtstag des beliebten Brotaufstrichs oder die zur Tradition gewordenen „Nikolausi- und Osterhasi-Kinder-Partys“. Bis zu 300 Kinder verstopften die Werderstraße vor dem kleinen MedienPoint in ein Meer von Nikolaus-Mützen bzw. Hasen-Ohren, die die Kinder „stolz wie Bolle“ trugen.



BVV-Vorsteherin Petra Dittmeyer überreicht im Juni 2016 Urkunde und Verdienstmedaille an Henning Hamann.

Ein bewegtes Leben lag hinter ihm. Für besondere Verdienste und herausragendes ehrenamtliches Engagement wurde Hamann am 3. Juni 2016 mit der Verdienstmedaille des Bezirks Tempelhof-Schöneberg ausgezeichnet.

Im März 2018 beendete **Henning Hamann** seine Tätigkeit im MedienPoint. paperpress erinnerte damals an die Projekte und Veranstaltungen des MedienPoints unter Hamanns Leitung. Diesen Newsletter fügen wir bei.

Was bleibt, ist mal wieder nur die Erinnerung an Radio-Shows, wie es sie heute nicht mehr gibt, an eine Einrichtung, die es in dieser Form auch nicht mehr gibt, und an einen Menschen, der zeitlebens dazu beigetragen hat, diese Welt ein wenig unterhaltsamer und damit erträglicher zu machen.

Ed Koch

Fotos: Archiv Henning Hamann, Lothar Duclos, Ed Koch

12) Erinnern müssen. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 616-08

12. August 2023

48. Jahrgang

Erinnern müssen

Das Zitat des spanischen Philosophen **George Santayana** „*Wer sich seiner Vergangenheit nicht erinnert, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.*“, ist heute, angesichts des Erstarkens rechtsextremer Parteien in Europa wichtiger denn je, und es verdeutlicht die Wichtigkeit und Betonung der Erinnerungs- und Gedenkkultur.

Obwohl man es angesichts der deutschen Geschichte nicht für möglich gehalten hätte, *bildeten sich immer wieder rechtsextreme Parteien in unserem Land. So ist „Die Heimat“ eine 1964 gegründete rechtsextreme und in Teilen neonazistische deutsche Kleinpartei, die bis zu ihrer Umbenennung im Juni 2023 den Namen Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) trug.*

Die **Deutsche Volksunion (DVU)** war eine rechtsextreme Partei in der Bundesrepublik Deutschland. Sie wurde 1971 als Verein und 1987 als politische Partei gegründet. Über den Zeitraum von 38 Jahren wurde sie vom Verleger Gerhard Frey autoritär geführt. 2011 löste sie sich auf.

„**Die Republikaner**“ bildeten sich 1983 als rechte Abspaltung enttäuschter CSU-Mitglieder. Zwischen 1989 und 2001 waren die Republikaner z.T. in Landesparlamenten und im Europäischen Parlament vertreten, die es sogar bis in die Bezirksverordnetenversammlung von Tempelhof schafften. Quelle: Wikipedia

NPD und Republikaner spielen heute keine Rolle mehr, dafür die **AfD** umso mehr.



Es ist anstrengend, sich ständig an die Vergangenheit erinnern zu sollen. Aber, *„Demokratie lebt nicht von allein, sie muss jeden Tag neu erkämpft werden“*, sagte der SPD-Politiker und Tempelhof-Schöneberger Jugendstadtrat **Oliver Schwock**, anlässlich einer Gedenkfeier für **Wolfgang Szepansky** vor dessen Erinnerungstafel am 11. August 2023.

Sich immer wieder erinnern zu sollen, geht vielen, soweit vorhanden, auf den Geist. Gerade erst am 10. August erinnerte Bundespräsident **Frank-Walter Steinmeier** an die 75jährige Wiederkehr des *Verfassungskonvents*, auf dem von Sachverständigen ein Vorentwurf für das Grundgesetz geschrieben wurde. Von September 1948 bis Mai/Juni 1949 verfasste dann der *Parlamentarische Rat* den Text des Grundgesetzes, das am 23. Mai 1949 in Kraft trat.

Natürlich kann niemand gezwungen werden, sich erinnern zu müssen. Unsere Gesellschaft ist so frei, dass bestimmte Kreise nicht müde werden, selbst die Tatsache des Holocaust zu leugnen, obwohl: *„Holocaustleugnung ist in 18 europäischen Staaten illegal, darunter allen deutschsprachigen. Viele Staaten haben erweiterte Gesetze, die Holocaustleugnung als Verleumdung, als Rassismus oder zusammen mit der Leugnung von weiteren Völkermorden verbieten.“*
Quelle: Wikipedia

Unternimmt der Staat genug, um das Grundgesetz zu schützen? Bei der Arbeit des Verfassungsschutzes kann man da oft Zweifel haben. Es muss viel früher angesetzt werden, zu Hause und in den Schulen. Was ist aus den vielen Ankündigungen geworden, dass jede Schulklasse einmal ein Konzentrationslager besucht haben muss? Wenig bis nichts!

Dabei gibt es Fördermöglichkeiten, auf die die Bundeszentrale für politische Bildung, dessen Etat die Bundesregierung gerade um 20 Millionen Euro, von 96 auf 76 Millionen Euro, kürzen will, hinweist. Ein falsches Signal zur denkbar falschen Zeit.

<https://www.bpb.de/die-bpb/foerderung/akquisos/gedenkstaettenfahrten/>

„NS-Gedenkstätten sind Tatorte, Leidensorte, Orte des Gedenkens und auch Lernorte. Originalschauplätze machen die Verbrechen des Nationalsozialismus auf eindringliche Weise sichtbar und erfahrbar. Gruppenfahrten zu Gedenkstätten wollen jedoch nicht nur inhaltlich und pädagogisch-didaktisch gut vorbereitet, sondern auch finanziert werden. Speziell für Gedenkstättenfahrten sind zahlreiche öffentliche Fördermittel verfügbar. Daneben wird es zunehmend wichtiger, sich bei privaten Stellen um Unterstützung zu bemühen, seien es Stiftungen oder Spenden von Privatpersonen. In jedem Fall sind ein überzeugendes Konzept und sorgfältige Projektplanung die Voraussetzung für erfolgreiches Fundraising.“ bpb

Zum Glück gibt es sie noch, jene, die die Erinnerung an eine Zeit wachhalten, die sich nie wiederholen darf. Ob die Machtergreifung durch **Adolf Hitlers**



NSDAP hätte verhindert werden können, ist fraglich. Am 30. Januar 1933 wurde er zwar lediglich zum Reichskanzler ernannt, aber bei den Wahlen am 5. März 1933 (da hatte Hitler schon das Reichstagsgebäude abbrennen lassen), erhielt die NSDAP 43,9 Prozent der Stimmen, SPD 18,3, das Zentrum 14,0 und die KPD 12,3 Prozent. Was danach folgte, wissen alle, die sich für Geschichte interessieren. Aus der schulischen Bildung konnte man dazu wenig erfahren, höchsten über irgendeine Keilerei 333 bei Issos.

Der Widerstand fand nach der Zerschlagung der Parteien, Verfolgung und Ermordung ihrer Mitglieder, fortan im Untergrund statt. Man muss sich das einmal vorstellen, da macht sich ein 22-jähriger Jungkommunist am 11. August 1933 auf den Weg, um an die Mauer einer Brauerei in der Methfesselstraße in Kreuzberg, „Nieder mit Hitler! KPD lebt! Rot Front!“ zu schreiben. Er wurde gefasst und der Polizei übergeben. Sogar die Zeitungen, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht alle gleichgeschaltet waren, berichteten darüber und zitierten wörtlich den Spruch, den Wolfgang Szepansky an die Wand gemalt hatte. Während seine Wandmalerei längst übertüncht worden war, konnten zumindest die Zeitungsläser die Aussage kennenlernen.



Heute hängt an der Wand die Erinnerungstafel an die „Tat“ vor 90 Jahren. **Trille Schünke** von der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA) erinnerte an ihre Begegnungen mit **Wolfgang Szepansky**, der zornig junge Menschen ansprach, sich zu enga-

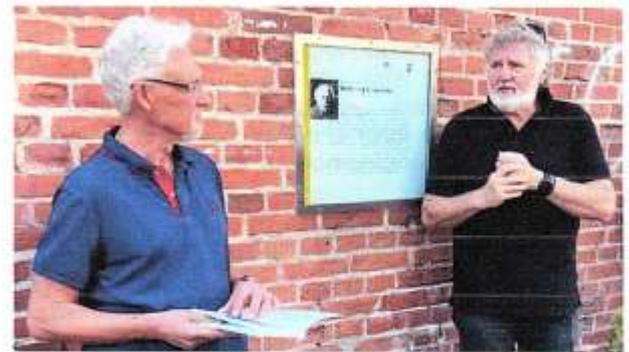
gieren, damit nicht in Vergessenheit gerät, was nicht vergessen werden darf. **Trille Schünke** hat sich diese Aufforderung zu Herzen genommen und ist in der VVN aktiv. Sie kümmert sich vor allem um die Geschichten von Frauen im Widerstand. „Sie gibt Stadtführungen, betreibt mit einer Partnerin, die Journalistin ist, eine digitale Plattform und will zeigen: Frauen spielten eine wichtige Rolle in der Widerstandsbewegung.“ „Trille Schünke hat Politikwissenschaften und Zeitgeschichte studiert und hatte immer einen Fokus auf Frauen- und Berlin-Geschichte. „Ich komme selbst aus einer Familie, die

zumindest zum Teil im Widerstand war und wo viele auch in der VVN aktiv waren.“ In der Vereinigung seien auch viele Nachkommen von Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern vertreten.“

Tagesspiegel 14.07.2023

Im Tagesspiegel ist vor einem Monat ein Artikel über **Trille Schünke** erschienen:

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/zwischen-verfolgung-und-widerstand-von-frauen-die-im-berliner-norden-gegen-den-nationalsozialismus-kampften-10111843.html>



Auf Initiative von **Uwe Januszewski** und **Ralf Derwenskus** fand die Gedenkfeier an der Erinnerungstafel statt. Beide haben als Jugendliche gemeinsam mit **Wolfgang Szepansky** 1979/1980 die Stadtrundfahrten zu Stätten des Naziterrors und Widerstands in Tempelhof erarbeitet, die nach einer zwölfjährigen Pause jetzt wieder stattfinden werden. Die vom Paper Press e.V. und der Initiative Stolpersteine an der B 96 e.V. veranstaltete Fahrt im September ist seit langem ausgebucht.



An der Gedenkfeier nahmen neben Stadtrat **Oliver Schworck** auch die Bezirksverordnete **Corinna Volkmann** (Foto) von der Gedenktafelkommission, sowie der Bezirksverordnete **Harald Gindra** und der Vorsitzende der **Bruno und Else-Voigt-Stiftung**, **Klaus-Dieter Schulz** teil. Die Stiftung fördert seit Jahrzehnten die Stadtrundfahrten, von denen seit 1980 bisher 66 durchgeführt wurden. Bis zu seinem Tod 2008 hat **Wolfgang Szepansky** die Fahrten



begleitet, lange Zeit gemeinsam mit seinem Freund, dem Widerstandskämpfer **Emil Ackermann**.

Oliver Schworck gab in seiner kurzen Ansprache bei der Gedenkfeier zu bedenken, dass 90 Jahre eine zu lange Zeit sind und zu weit weg ist, als dass sich viele daran erinnern wollen, was passiert ist. Deshalb dankte er allen, die an der Feier teilgenommen haben und die Erinnerung wachhalten und wünscht sich das auch für die Zukunft.

Wolfgang Szepansky habe nach dem Zweiten Weltkrieg, der nur fünf Minuten von der Methfesselstraße entfernt im Haus Schulenburgring 2 in der Nacht vom 1. zum 2. Mai 1945 für Berlin als beendet erklärt wurde, seine Aufgabe darin gesehen, über das Geschehene zu berichten. Unzähligen Schulklassen, so Schworck, habe er vor Augen gehalten, was passiert, wenn Rechtsextreme die Macht übernehmen. Die Erinnerung, sagte der SPD-Politiker, dürfe nicht verblassen, man sehe, wohin das führe. Nicht anders sei der Zulauf zu Rechtsextremen erklärbar.

Wir sagen: Die Erinnerungskultur darf aber nicht allein auf den Schultern privater Menschen und Organisationen liegen. Der Staat hat eine Verpflichtung, über den Verfassungsschutz hinaus, unsere Demokratie zu schützen und zu bewahren. Das beginnt im Elternhaus, aber vor allem auch in den Schulen. Wenn sich Kinder und Jugendliche ohne Bezug als Schimpfwort „Jude“ an den Kopf werfen, ist einiges schiefgelaufen. Der Kabarettist **Diether Krebs** hat einmal gesagt: „Mir ist wichtiger, dass meine Kinder keine Arschlöcher werden, als dass sie wissen, wie groß die Fläche unter der Parabel ist.“ *Springer-Kalender*



Heute steht an der Wand, an die vor 90 Jahren **Wolfgang Szepansky** seine Parole gegen Hitler schrieb, „**Fuck Putin**“. Wo sind die Helden, die diesen Spruch in Moskau an die Kreml-Mauer schreiben?

Ed Koch
(auch Fotos)

13) Grünes Chaos endlich beenden. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 616-07

10. August 2023

48. Jahrgang

Grünes Chaos endlich beenden

Zwar haben die Grünen im Senat nichts mehr zu melden, in den Bezirken können sie dafür aber weiterhin ihre ideologisch geprägte Verkehrswende fortsetzen. Den Tempelhofer und Mariendorfer Damm haben die Grünen, mit Duldung ihres Zählgemeinschaftspartners SPD, von Alt-Tempelhof bis Alt-Mariendorf mit roten Pollern zugesperrt und verwirrende Fahrbahnmarkierungen angebracht.

Der Tempelhofer Abgeordnete **Christian Zander** (CDU) hat eine „Schriftliche Anfrage“ zum Thema: „Unfälle am Tempelhofer Damm und Mariendorfer Damm“ gestellt, die jetzt vom Senat beantwortet wurde.

Die **Berliner Morgenpost** berichtete gestern darüber. „Die Zahl der Verkehrsunfälle auf Tempelhofer und Mariendorfer Damm (B96) in Tempelhof-Schöneberg hat sich in den vergangenen Jahren zum Teil signifikant erhöht. Zu diesem Ergebnis kommt eine Auswertung von Staatssekretärin **Nicole Böcker-Giannini** (SPD) der Senatsinnenverwaltung als Antwort auf eine schriftliche Anfrage des CDU-Abgeordneten **Christian Zander**. Grund für die gestiegenen Zahlen im Süden von Berlin könnte die veränderte Verkehrsführung auf den beiden Hauptstraßen sein, die mit den neuen Fahrradwegen einhergeht.“

Parken ist auf den betroffenen Teilen der B 96 nicht mehr möglich. Die Fahrbahnmarkierungen wurden verändert und führen häufig zu Verwirrungen.

Nach Angaben der Polizei und der BVG „könnte“ es einen „Zusammenhang zwischen der neuen Fahrbahnführung und den höheren Unfallzahlen geben.“

„Während es im Jahr 2020 auf dem **Tempelhofer Damm** 614 Verkehrsunfälle (Pkw und Lkw) gegeben hat, waren es ein Jahr später 693, im Jahr 2022 sogar 718. In allen drei betrachteten Jahren zählte zu der häufigsten Unfallursache ‚fehlerhaftes Wechseln des Fahrstreifens beim Nebeneinanderfahren oder Missachten des Reißverschlussverfahrens‘. Aber auch fehlender Sicherheitsabstand konnte häufig als Ursache ermittelt werden.“

„Auch auf dem **Mariendorfer Damm** haben sich die Verkehrsunfallzahlen in den vergangenen Jahren erhöht. Wurden im Jahr 2020 224 Unfälle registriert, waren es ein Jahr später 479.“ 2022 ging die Zahl der Verkehrsunfälle auf 333 zurück.

„Laut dem Tempelhof-Schöneberger Abgeordneten **Christian Zander** sei die Fahrbahnführung insbesondere auf dem nördlichen Mariendorfer Damm ‚suboptimal‘, da an den Knotenpunkten ein Wechsel von zwei auf nur eine Fahrspur erfolge. ‚Auch sind die Markierungen gerade bei Dunkelheit und Nässe nicht zu erkennen‘“, zitiert die **Berliner Morgenpost** den CDU-Politiker.

„Zander fordert deshalb, dass die Verkehrsführung nachgebessert werden solle. ‚Das jetzige Hin und Her führt nicht nur zur Staubbildung, sondern ist ursächlich für eine geringere Verkehrssicherheit‘, sagt Zander mit Verweis auf die Zahl der Unfälle, bei denen Menschen verletzt wurden. Laut Antwort ist auch diese Zahl gestiegen. Von 31 Personen im Jahr 2020, auf 42 im Jahr 2021 und 44 im vergangenen Jahr. ‚In den ersten fünf Monaten dieses Jahres sind ebenfalls schon 17 Menschen zu Schaden gekommen‘.“

„Zu beachten seien auch die nun häufigeren Unfälle mit Radfahrern. ‚Besonders zu denken geben sollte, dass sich sogar die Zahl der Verkehrsunfälle mit Beteiligung von Radfahrern erhöht hat, obwohl ein Radfahrstreifen doch für mehr Verkehrssicherheit für den Radverkehr sorgen soll.‘ So sind die Zahlen am Mariendorfer Damm von sechs Fällen auf 14 angewachsen, und am Tempelhofer Damm von 25 auf 31. Zander sieht dringenden Handlungsbedarf.“

Wer von Alt-Tempelhof nach Alt-Mariendorf oder umgekehrt die B 96 entlangfährt, wird davon überzeugt, dass dieses gefährliche Chaos nur von menschlicher Intelligenz angerichtet werden konnte, der Einsatz von KI hätte vermutlich bessere Lösungen gefunden.

Ed Koch

Die komplette Antwort auf die Schriftliche Anfrage fügen wir diesem Newsletter bei.

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

<https://mail.google.com/mail/u/0/#trash/FMfcgzGtwWLFvKnrrZdtrQTjHnkbKgzm?projector=1&messagePartId=0.1>

14) Gedenken an Wolfgang Szepansky



Gedenken an Wolfgang Szepansky



Am Freitag, dem 11. August 2023, wird um 17.00 Uhr an den Widerstandskämpfer **Wolfgang Szepansky** vor seiner Gedenktafel in der Methfesselstraße 42, Nähe Ecke Dudenstraße, erinnert.

Genau vor 90 Jahren schrieb der damals 22-Jährige an die Mauern der früheren Schultheiß-Brauerei die Worte „Nieder mit Hitler! KPD lebt! Rot Front!“

Er wurde gefasst und in das KZ Columbiahaus zum Verhör gebracht. Nach seiner Entlassung floh er ins Asyl nach Holland. Hier wurde er nach dem Überfall der Deutschen Wehrmacht interniert, nach Deutschland verbracht und in das KZ Sachsenhausen gesperrt. Von 1941 bis 1943 wurde er wegen Rassenchade, er lebte in Holland mit einer jüdischen Frau zusammen und hatte mit ihr einen Sohn, in das Gefängnis Berlin-Tegel verlegt. Anschließend erfolgte erneut die sogenannte „Schutzhaft“ im KZ Sachsenhausen. Die Befreiung 1945 erlebte er während des Todesmarsches nach Nordwesten bei Schwerin.

Am 18. Juni 1945 organisierte er ein Treffen im Mariendorfer Eckener-Gymnasium und es entstand der „Antifaschistische Jugendausschuss“, der bis zur Bildung des bezirklichen Jugendausschusses bestand. **Wolfgang Szepansky** wurde Zeichenlehrer an einer Tempelhofer Schule, bevor er 1951 während des Kalten Krieges als Kommunist mit Berufsverbot in

West-Berlin belegt wurde. Er wurde Kulturdubler bei der *Deutschen Reichsbahn*. Zwanzig Jahre kämpfte er vor Gericht, bevor ihm die aberkannte Entschädigung als Verfolgter des Naziregimes wieder zuerkannt wurde.

Wolfgang Szepansky wurde einer der wichtigsten Zeitzeugen des Arbeiterwiderstandes. Als Mitglied der *VVN/Bund der Antifaschisten* war es ihm wichtig, seine Erfahrungen weiterzugeben. Er diskutierte mit Schulklassen, begleitete Fahrten in die Gedenkstätte Sachsenhausen und zu Berliner Gedenkstätten, unterstützte viele Initiativen und war Mitstreiter bei der Entwicklung der Stadtrundfahrten zu Stätten des Naziterrors und Widerstands in Tempelhof, die er bis zu seinem Tode am 23. August 2008 aktiv begleitete.

Wolfgang Szepansky wurde am 26. September 1996, gemeinsam mit seiner Frau **Gerda**, für seine Tätigkeit als Zeitzeuge mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet.

Am 15. Juli 2021 wurde ein Grünzug am Teltowkanal in Mariendorf nach **Gerda und Wolfgang Szepansky** benannt.



Quellen: paperpress-Archiv
SPD-Mariendorf
Fotos: Archiv

15) Gedenken an Eva Buch / Das passt nicht in diese Zeit! Bundesregierung will das Budget der Bundeszentrale für politische Bildung kürzen.
Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 616-04

5. August 2023

48. Jahrgang

Gedenken an Eva-Maria Buch



Die SPD-Mariendorf hat heute am ehemaligen Wohnhaus im Hochfeilerweg 23a an das Schicksal von **Eva-Maria Buch** erinnert. Sie wurde am 5. August 1943 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Hierzu erklärte die SPD-Bezirksverordnete **Manuela Harling**:

„Eva-Maria Buch gehörte zu denjenigen, die sich gegen das Naziregime aufgelehnt haben. Sie wurde von den Schergen des Regimes dafür ermordet. Wir wollen die Erinnerung an die Frauen und Männer, die im Nationalsozialismus mutig Widerstand geleistet haben, wachhalten. Sie haben sich gegen einen totalitären Unrechtsstaat gewehrt.“

Eva-Maria Buch wuchs in einem katholischen Elternhaus auf, sie studierte Sprach- und Dolmetscherwesen an der Auslandshochschule der Berliner Universität und gab gelegentlich Sprachunterricht. 1940/41 arbeitete sie aushilfswise in einem Buchantiquariat und machte dort die Bekanntschaft mit **Wilhelm Guddorf**. Der ehemalige Journalist arbeitete nach der Entlassung aus der KZ-Haft als Buchhändlergehilfe in dem Antiquariat. Guddorf gehörte zur Widerstandsgruppe „**Rote Kapelle**“, er verfasste Artikel und Flugblätter. **Eva-Maria Buch** unterstützte ihn durch das Übersetzen in die französische Sprache und sie versteckte ihn, als er in den Untergrund gehen musste.

Eva-Maria Buch wurde am 10. Oktober 1942 in der Wohnung ihrer Eltern im Hochfeilerweg 23a von der Gestapo festgenommen. Am 3. Februar 1943 wurde sie vom Reichskriegsgericht wegen „Vorbereitung zu

einem hochverbrecherischen Unternehmen und Feindbegünstigung“ zum Tode verurteilt und am 5. August 1943 zusammen mit zwölf weiteren Frauen und drei Männern der Widerstandsgruppe in Berlin-Plötzensee ermordet.

Gerade heute in Zeiten von Fake-News, von Hass und Hetze, vom Erstarken des Rechtspopulismus und immer größer werdenden Antisemitismus ist es unabdingbar, Zivilcourage zu zeigen und die Demokratie jeden Tag aufs Neue zu verteidigen. Das ist das Vermächtnis, das uns die Männer und Frauen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus, vermacht haben.“

In Berlin ist heute auch an die Widerstandsgruppe „**Rote Kapelle**“ erinnert worden. In der ehemaligen NS-Hinrichtungsstätte Plötzensee legten Mitglieder der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Kränze nieder. Quelle: InfoRadio rbb

Als **Rote Kapelle** fasste die Gestapo Gruppen zusammen, die Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Zweiten Weltkrieg geleistet haben. Dazu gehörten deutsche Freundeskreise um **Harro Schulze-Boysen**, **Arvid Harnack**, **Ilse Stöbe** und weitere in Berlin/Brandenburg sowie unabhängig von diesen auch nachrichtendienstliche Widerstandsgruppen in Paris und Brüssel, die **Leopold Trepper** im Auftrag des sowjetischen militärischen Nachrichtendienstes (GRU) aufgebaut hatte. Entgegen der von der Gestapo erfundenen Legende war die „**Rote Kapelle**“ weder kommunistisch gelenkt noch unter einheitlicher Leitung, sondern ein Netz einzelner Gruppen und Personen aus unterschiedlichen Regionen. Namentlich bekannt sind bis heute ca. 400 Personen der „**Roten Kapelle**“. Sie druckten illegale Flugblätter, halfen Juden und Oppositionellen und dokumentierten die Verbrechen des NS-Regimes. Quelle: Wikipedia

Das passt nicht in diese Zeit! Bundesregierung will das Budget der Bundeszentrale für politische Bildung kürzen

Generationen von Schülern kennen die schmalen Heftchen, in denen ihnen die politische Welt kurz und verständlich erklärt wird. Fast jeder hat schon einmal die „**Informationen zur politischen Bildung**“ in der Hand gehabt. Herausgegeben werden sie von der Bundeszentrale für politische Bildung, einer Institution, die seit 1952 besteht. Und genau hier soll jetzt wohl der Rotstift angesetzt werden. Das Bundesinnenministerium plant angeblich Einsparungen bei der Einrichtung. Das berichtet **DER SPIEGEL** und

1



beruft sich dabei auf einen Haushaltsentwurf aus dem Haus von Ministerin **Nancy Faeser** (SPD). Demnach soll um 20 Millionen Euro gekürzt werden – von aktuell 96 auf 76 Millionen Euro für das kommende Jahr.



Der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, **Thomas Krüger**, bestätigte die Kürzungsabsichten bei einer Diskussionsveranstaltung im Wahlkreisbüro von **Michael Müller** am 27. Juli 2023.

Über den Haushalt entscheidet abschließend der Bundestag. Dementsprechend kann sich der Betrag noch ändern. Laut dem Bericht soll es innerhalb der Ampelkoalition Kritik an den Plänen Faesers geben.

Kritik bei Twitter: „Die Rechten wird's freuen“

Der Dachverband der Einrichtungen politischer Bildung hat die Kürzungen in diesem Bereich durch die Bundesregierung kritisiert. Mit der deutlichen Verringerung der Mittel würden auch viele gemeinnützige Anbieter in diesem Bereich ihre Unterstützung verlieren, sagte der Vorsitzende des Bundesausschuss Politische Bildung (bap), **Wilfried Klein**, der Nachrichtenagentur **AFP**. Angesichts des Erstarkens extremistischer Kräfte seien diese aber mehr denn je nötig in der Demokratiearbeit.

Die bpb stellt unter neben Unterrichtsmaterial zu politischen und gesellschaftlichen Themen auch andere Broschüren und Bücher kostenfrei zur Verfügung. Das Institut beschreibt das Zentrum seiner Arbeit mit der „Förderung des Bewusstseins für Demokratie und politische Partizipation“ – angesichts sinkender Wahlbeteiligung und steigender Werte für extreme Parteien ein wohl wichtiges Vorhaben, wie man Kommentaren auf Twitter entnehmen kann.

„Im März 2022 hat **Nancy Faeser** in ihrem Aktionsplan gegen Rechtsextremismus zugesichert: 'Politische Bildung im Kampf gegen Rechtsextremismus stärken.' 1,5 Jahre später ist das passé. Stattdessen

wird bei der bpb_de gekürzt. Die Rechten wird's freuen“, schreibt ein Nutzer. Ein anderer twittert: „In dieser Zeit der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) die Mittel massiv zu kürzen, fühlt sich an, als wäre unsere Demokratie gestolpert und würde als Reaktion darauf ihre Schnürsenkel zusammenknöten.“

Das Institut entwickelt auch für Land- und Bundestagswahlen den „**Wahl-O-Mat**“: Mit verschiedenen Fragen können Wähler dort ermitteln, welche Partei bei Wahlen ihre Interessen am ehesten vertritt.

Ministerium: Rechtsextremismus wird weiter bekämpft

Das Bundesinnenministerium hat die Kritik inzwischen zurückgewiesen. Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung biete die Gewähr, dass „wichtige Vorhabens- und Programmlinien zur Stärkung der wehrhaften Demokratie (...) auch 2024 wirksam fortgesetzt werden“ könnten, teilte eine Sprecherin des Ministeriums mit. „Die Bekämpfung des Rechtsextremismus wird dabei eine zentrale Aufgabe in der politischen Bildung bleiben.“

„Trotz der angespannten Haushaltslage bietet der Haushaltsentwurf der Bundesregierung die Gewähr dafür, dass das BMI seine unverzichtbare Arbeit auch in 2024 in allen Politikbereichen erfolgreich fortführen kann“, erklärte die Sprecherin. „Dies gilt auch für den Politikbereich Gesellschaft, Verfassung, Heimat und Sport, für den insgesamt ein Budget von 640 Millionen Euro eingeplant ist. Aus diesen Mitteln wird unter anderem die politische Bildung gefördert.“

Quelle: t-online Nachrichten für Deutschland

Die Äußerungen des BMI sind nicht nachvollziehbar und ein hilfloser Rechtfertigungsversuch. Der Bundeszentrale 20 Prozent ihres bisherigen Budgets zu kürzen, ist ein harter Einschnitt, der nicht ohne Folgen bleiben kann. Wie die Bundesregierung so die „Gewähr“ bieten will, „seine unverzichtbare Arbeit auch im Jahr 2024 in allen Politikbereichen erfolgreich fortzuführen“, bleibt vorerst ihr Geheimnis.

In Magdeburg nominiert gegenwärtig unverdrossen die AfD weiter ihre Kandidaten für das Europäische Parlament, die nur ein Ziel im Auge haben, das der Faschist **Björn Höcke** so formulierte: „Diese EU muss sterben, damit das wahre Europa leben kann.“

Ed Koch

16) Noch keine 100 Tage für den Berliner Senat. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 616-03

3. August 2023

48. Jahrgang

Noch keine 100 Tage

Bestimmten Zahlen schreibt man eine magische Bedeutung zu. Wer sich wundert, dass in einem ICE nach Wagen 12 Wagen 14 folgt, kann sich denken, welches Risiko die Deutsche Bahn vermeiden möchte. In den USA wird die Angst vor der 13 auf die Spitze getrieben, indem es kein Hotel mit einer 13. Etage gibt, auch die Zimmernummer 13 sucht man vergeblich.

100 ist eine schöne große runde Zahl, allerdings ohne jede weitere Bedeutung. Sie eignet sich aber bei Neueinsteigern für eine erste Bilanz, obwohl jeder weiß, dass man in 100 Tagen kaum die Welt verändern kann, es sei denn, man ist göttlich und schafft es in sieben Tagen. Am Samstag ist der neue Berliner Senat 100 Tage im Amt. Aber schon etliche Tage zuvor dreht sich die Berichterstattung um dieses magische Datum. Im Fokus steht natürlich der neue Regierende Bürgermeister **Kai Wegner**. Alle Zeitungen haben in dieser Woche große Beiträge über ihn und seinen schwarz-roten Senat veröffentlicht.

Natürlich ist es die Aufgabe der Medien, die Politik zu beobachten und zu kontrollieren. In völliger Selbstüberschätzung sehen sich die Medien als „Vierte Gewalt“ und vergeben auch ständig Noten an Politiker für Leistung und gutes Betragen. Das ist sicherlich als gutgemeinte Hilfe für die Bürger gedacht, denen es an Beurteilungsvermögen fehlt, sich selbst ein Bild über die Arbeit ihrer Regierenden zu machen. Bei Wahlen sind dann oft die Medien überrascht, dass sich die Regierten über die Regierenden eine eigene Meinung gebildet haben.

Heute nun, 98 Tage nachdem der neue Senat seine Arbeit aufnahm, verteilt der **Tagesspiegel** Noten.

In **Kai Wegners** Zwischenzeugnis steht: „Hohe Motivation, Lernziele größtenteils erfüllt.“ „Wegner agiert weitgehend geräuschlos, genau wie sein schwarz-roter Senat. ... Es wirkt wohltuend nach den rot-grün-roten Dauergefechten der vergangenen Jahre. (...) Was er bislang schuldig bleibt: eine Vision, wo er Berlin hinführen will.“ Jaja, die Sache mit den Visionen. Es würde ja schon ausreichen, wenn die Stadt einigermaßen funktionieren könnte. Wer im Augenblick in der Stadt unterwegs ist, quält sich von einer Baustelle durch die andere, von einem Pendelverkehr zum nächsten. Dass in den Ferien offenbar viele Menschen verreist sind, merkt man auf den Straßen und im Angebot von Parkplätzen. Pendelt

man sich allerdings mit der S-Bahn von einer Station zur anderen, sieht es so aus, als verbrächten die meisten Bewohner der Stadt ihre Zeit in der S-Bahn.

Kommen wir zu **Franziska Giffey**, jetzt nur noch Bürgermeisterin ohne „Regierende“, aber immerhin mit einem, wenn auch kleineren Büro im Roten Rathaus. Giffey ist auch Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe. Giffey ist präsent in der Stadt und überall dabei, wo die Wirtschaft mitmischet. Beurteilung des Tagesspiegels: „Zielstrebig, Große Selbstständigkeit.“ Auf Kopfnoten hat der Tagesspiegel verzichtet, aus den Formulierungen kann sich jeder selbst eine Note basteln.

Zwei „Einserschüler“ hat der Tagesspiegel ausgemacht: **Stefan Evers** (CDU), Bürgermeister und Senator für Finanzen, und **Cansel Kiziltepe** (SPD), Senatorin für Arbeit, Soziales, Integration und Antidiskriminierung. Beide bewertet der Tagesspiegel als „Aufsteiger“. Evers habe es in kürzester Zeit geschafft, sich einzuarbeiten und einen Haushalt vorzulegen, der in den Bezirken wenig Freude auslöste. Kiziltepe sei „bisher ein Gewinn für die an Führungsfiguren nicht eben reiche Berliner SPD.“

Wo aufgestiegen wird, steigen andere ab, wie **Manja Schreiner** (CDU), Senatorin für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt. Den albernem Grünen Konflikt in der Friedrichstraße hat sie vorerst abgeräumt, ihre Performance in Sachen Fahrradwege war aber nicht überzeugend, zumal die meisten nun doch weitergebaut werden. Eine Versetzung sei noch möglich, „oder auch: stets bemüht.“

Zweite Absteigerin ist **Ina Czyborra** (SPD), Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege. Sie sei in den ersten 98 Tagen blass geblieben, habe keine „großen Fehler“ gemacht und war „kaum präsent“. Im Tagesspiegel-Zeugnis steht: „Befriedigend, setzen.“ Nun, vor ein paar Tagen, war Frau Czyborra in der *Abendschau* zu sehen, wo sich Mitarbeiter freuten, in ihr jemand zu haben, der zuhören würde, was bei den Vorgängern offenbar nicht der Fall war.

Die Mühe, auch die anderen Senatsmitglieder zu beurteilen, machte sich der Tagesspiegel nicht.

Katharina Günther-Wünsch (CDU), Senatorin für Bildung, Jugend und Familie. Dieses Ressort leidet stets in der öffentlichen Wahrnehmung, dabei ist es äußerst wichtig, aber halt eben auch mit vielen Problemen belastet. Wollen wir hoffen, dass mit dem zusätzlich berufenen dritten Staatssekretär für Schulbau und Schuldigitalisierung wenigstens diese Bereiche vorankommen.

1



Iris Spranger (SPD), Senatorin für Inneres und Sport. Da hätte sich doch der Tagesspiegel mal großzügig zeigen und eine gute Bewertung abgeben können. In den Bädern ist erst einmal, Dank der Maßnahmen, die auch Frau Spranger zu verantworten hat, Ruhe eingekehrt. Hoffentlich bleibt es so.

Dr. Felor Badenberg (parteilos), Senatorin für Justiz und Verbraucherschutz. Sie ist nun wirklich kaum wahrnehmbar. Das sieht bei **Joe Chialo** (CDU), Senator für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, schon anders aus. Man muss noch herauszufinden versuchen, was nur Show oder schon Kulturpolitik ist.

Wie kann man **Christian Gaebler** (SPD), Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, vergessen? Wer mit offenen Augen durch die Stadt fährt, sieht, dass überall neue Wohnungen entstehen. Offenbar aber immer noch nicht genug. Wie soll das weitergehen, schließlich kann man nicht die ganze Stadt zubauen, ein bisschen Luft zum Atmen sollte übrigbleiben. Pariser Vororte sollte man sich nicht zum Vorbild nehmen, aber ein paar mehr größere Vororte im Brandenburgischen mit vernünftiger Infrastruktur und Anbindung und vor allem mit guter Mischung der Bewohner, müsste doch möglich sein.



Die **Berliner Morgenpost** hat in dieser Woche ein großes Interview mit **Kai Wegner** veröffentlicht. Die erste Frage lautete: „*Sie haben beim Hoffest (Foto) oder am Christopher Street Day gefeiert. Sind Sie der junge Klaus Wowereit?*“ Naja, was soll man darauf antworten: „*Diese Anlässe gehören zu Berlin, da muss ein Regierender Bürgermeister dabei sein. Und ich bin das gerne. Wir feiern, aber am nächsten Tag arbeiten wir auch wieder hart für ein funktionierendes und lebenswertes Berlin.*“ So soll es sein, auch die weiteren hundert Tage. **Ed Koch**

17) Endlich! Das Warten hat ein Ende! Am Freitag startet Young Euro Classic vom 04. bis 27. August 2023



paperpress

seit 1976



Nr. 616-02

2. August 2023

48. Jahrgang

Endlich! Das Warten hat ein Ende! Am Freitag startet Young Euro Classic

Young Euro Classic 2023 vom 04. bis zum 27. August
Musik macht Mut!

Das Sommerfestival im Konzerthaus Berlin, das den professionellen musikalischen Nachwuchs groß herausbringt!



Young Euro Classic ruft „Hier spielt die Zukunft“ und startet am 4. August mit dem Asian Youth Orchestra im Konzerthaus Berlin. Die 24. Ausgabe des Festivals präsentiert an 18 Abenden neben 15 Orchestern aus allen Teilen Europas, Kuba und Asien auch zwei Jazz Big Bands, Ballett, Kammermusik und Literatur. Kinder ab drei Jahren sind an zwei Tagen bei NEXT GENERATION zum Mitmachen und Zuhören eingeladen. Besonderer Höhepunkt dieser Saison ist das Festival im Festival „*Courage in Concert*“ – mit jungen Musikerinnen und Musikern und Autorinnen und Autoren aus der Ukraine und ihren „Nachbarn des Krieges“ Georgien, Usbekistan und Estland: drei Ländern, in denen aufgrund ihrer Geographie und ihrer Geschichte die Auswirkungen der russischen Invasion besonders zu spüren sind.

Trotz der Baumaßnahmen am Gendarmenmarkt wird der Zugang zum Konzerthaus über die Charlottenstraße uneingeschränkt möglich sein.

„*Courage in Concert*“ – das Festival im Festival
Dr. Gabriele Minz, Gesamtleitung Young Euro Classic: „Mit ‚*Courage in Concert*‘ wollen wir durch künstlerische Begegnungen der jungen Bürgerinnen und

Bürgern erfahrbar werden lassen, wie die russische Aggression das Leben in ihren Heimatländern, das Miteinander und ihre persönlichen Perspektiven verändert hat. Konkret kann dies durch das Aufeinander-Hören, das Miteinander-Musizieren und durch den Austausch verschiedener Standpunkte geschehen. Es soll ein Raum entstehen zum Krafttanken und zum Schmieden von Allianzen.“



Das Jugendorchester der Ukraine 2022. Foto: Moutesouvenir

Das Festival im Festival bietet Jugendorchestern aus der Ukraine (21.8.), Georgien (19.8.), Usbekistan (20.8.) und Estland (22.8.) die Möglichkeit, durch ihre musikalische Darbietung einen hoffnungsvollen Kontrast zu den aktuellen Krisenzeiten zu erleben. Zusätzlich ermöglicht eine einwöchige Kammermusikakademie direkten Austausch und eine Zusammenarbeit von 17 jungen Talenten aus den vier Ländern. Gemeinsam präsentieren sie am 19.8. im Kleinen Saal des Konzerthauses Berlin ein Kammermusikprogramm mit klassischen, zeitgenössischen und traditionellen Werken.

Des Weiteren bringt „*Courage in Concert*“ auch Autorinnen und Autoren zum „Wortwechsel“ zusammen: Am 20.8. sprechen **Ganna Gnedkova** (Ukraine), **Sveta Grigorjeva** (Estland), **Sharif Ahmedov** (Usbekistan) und **Dato Turaschwili** (Georgien) anlässlich der Lesung ihrer eigens geschaffenen Texte über die Wirkung des geschriebenen Wortes in Krisenzeiten.

Jugendlicher Überschwang, seltene Solo-Instrumente, große Interpreten

Prof. Dr. Dieter Rexroth, künstlerischer Leiter von Young Euro Classic: „*Festivals sind Manifestationen von Gemeinschaftsbildungen; zugleich Ausdruck von Sinngebungen dessen, wie wir uns verstehen und welchen ‚Klang‘ wir unserem Leben geben wollen. Die Jugend der Welt setzt hier in Berlin den Klang des Orchesters als Ausdruck des Willens zu Frieden und Freiheit; und für eine Welt, die nicht in sich zerfallen darf, sondern in der der Geist der Harmonie*



sowie die Macht der Versöhnung und der Liebe herrschen."

Den Auftakt von Young Euro Classic spielt das **Asian Youth Orchestra** unter der Leitung von **Joseph Bastian** mit Gustav Mahlers Vierter Symphonie (04.8.).



Freunde spätromantischer Symphonik kommen auch beim **Bundesjugendorchester** (Foto 2022) und Jean Sibelius' Siebter Symphonie auf ihre Kosten (05.8.), ebenso beim **Orchester der Estnischen Akademie** für Musik und Theater mit Eduard Tubins Siebter Symphonie am 22.8. Die norwegischen **Ungdomssymfonikerne** erklimmen mit Gustav Mahlers Fünfter Symphonie einen der „Achttausender“ des Repertoires (17.8.). Das **Orchestre Français des Jeunes** präsentiert zum Festivalabschluss am 27.8. eine musikalische Trikolore: klassischen Modernismus von Karl Amadeus Hartmann, das Konzert für Klavier und Orchester in G-Dur von Maurice Ravel mit **Alexandre Tharaud** als Solist und abschließend Piotr Tschairowskis Vierte Symphonie.



Young Euro Classic sorgt in diesem Jahr mit dem Klang ungewöhnlicher Solo-Instrumente für Überraschungen. Gleich zweimal zieht das Akkordeon die

Aufmerksamkeit auf sich: Der preisgekrönte litauische Akkordeonist **Martynas Levickis** spielt zusammen mit dem Bundesjugendorchester das brandneue Werk „*The Ghost Machine Treatise*“ des Schweden Daniel Nelson (05.8.). Auch beim **Western Balkans Youth Orchestra** (WBYO) (Foto 2022) ist ein Akkordeon solistisch zu erleben, gespielt von dem Serben **Nikola Komatina**. Das WBYO hat darüber hinaus mit der aus Nordmazedonien stammenden **Hava Bekteshi** an der Langhalslaute Çifteli ein weiteres ausgefallenes Instrument zu Gast (12.8.). Auch die Posaune hat als Soloinstrument eher Seltenheitswert bei klassischen Konzerten: Das **Greek Youth Symphony Orchestra** spielt zusammen mit dem international renommierten Posaunisten **Achilles Liarmakopoulos** das Konzert für Posaune und Orchester des dänischen Komponisten Launy Grøndahl (11.8.). Für ein mitreißendes Konzerterlebnis wird auch das **Nationale Jugendorchester Rumäniens** sorgen, das mit dem rumänischen Pianistenduo **Oxana Corjos** und **Cristian Niculescu** Francis Poulencs Konzert für zwei Klaviere aufführt (13.8.).

Mit dem Auftritt namhafter Dirigentinnen und Dirigenten sind bei Young Euro Classic wieder erstklassige Konzerte zu erwarten. Neben **Oksana Lyniv**, die das **ukrainische Jugendorchester** dirigiert (21.8.), sind unter ihnen **Manfred Honeck**, der das **European Union Youth Orchestra** leitet (16.8.), sowie **Jakub Hrůša**, der mit dem **Gustav Mahler Jugendorchester** die Neunte Symphonie Gustav Mahlers aufführt (23.8.). Ebenso vielversprechend ist am 25.8. die Young Euro Classic-Premiere des **Concertgebouworkest YOUNG** – ein Jugendprojekt des weltberühmten Amsterdamer Orchesters – unter der Leitung des Kolumbianers **Andrés Orozco-Estrada** und mit der jungen Violinistin **Maria Dueñas** als Solistin. Internationales Renommee bringt auch das **NYO Jazz** aus den USA mit ins Konzerthaus Berlin, das unter der Leitung des Trompeters **Sean Jones** die legendäre Jazz-Sängerin **Dee Dee Bridgewater** zu Gast hat (06.8.).

Die Hornistin **Sarah Willis** und das **Orquesta del Lyceum de La Habana** aus Kuba präsentieren am 10.8. ein Programm, das den Bogen von Mozart bis hin zu lateinamerikanischen Klängen u.a. von Chuchó Valdés spannt. Für besonderen Swing sorgt das Debüt des **Jong Metropole Symphonic Jazz Orchestra**, das als Gast-Dirigenten **Chris Walden** – Jazz-Ikone und Chef-Arrangeur der jährlichen Oscarverleihung – gewinnen konnte (18.8.). Das **Bundesjugendballett** absolviert am 26.8. zusammen



mit Tänzerinnen und Tänzern der südafrikanischen **Joan Group** seinen elften Auftritt bei Young Euro Classic, zur Freude seiner Fans.



Das Bundesjugendballett bei seinem Auftritt 2022

NEXT GENERATION



Young Euro Classic präsentiert auch in dieser Saison das Nachwuchsprogramm NEXT GENERATION für Kinder und Jugendliche. Der Kindertag am 13.8. im Berliner Konzerthaus richtet sich mit den Konzerten „Im Zauberwald“ und „Das tapfere Schneiderlein“, letzteres komponiert von **Sinem Altan**, sowie dem Mitmach-Angebot „Good Vibrations“ gezielt an Kinder ab drei Jahren.

Der einwöchige Ferienworkshop „Der junge Podcast“ (21.–26.8.) lädt Jugendliche von 14 bis 18 Jahren ein, mit der Musikjournalistin **Julia Kaiser** erste Erfahrungen in der Produktion von Podcasts zu sammeln – von der Recherche bis zur Aufnahme und Bearbeitung.

Ein Highlight von NEXT GENERATION ist die **Deutsch-Französische Juniorakademie**, die zum

dritten Mal während des Festivals stattfindet. Jeweils 30 Musikschülerinnen und Schüler der **Musikschule Paul Hindemith** aus Berlin-Neukölln und dem El Camino-Projekt des **Orchestre de Pau Pays de Béarn** aus Frankreich bereiten in einer zweiwöchigen Probenphase ein vielfältiges Programm vor. Bevor das am 27.8. im Konzerthaus Berlin präsentiert wird, lädt die Juniorakademie zur öffentlichen Probe am 25.8. ins Gemeinschaftshaus Gropiusstadt ein.

Europäischer Kompositionspreis

Auch in diesem Jahr wird der mit 5.000 Euro dotierte Europäische Kompositionspreis vom Regierenden Bürgermeister Berlins, **Kai Wegner**, ausgelobt. Eine Publikumsjury unter der Leitung einer Musikwissenschaftlerin prämiert die beste der sieben bei Young Euro Classic präsentierten Uraufführungen oder Deutschen Erstaufführungen.

Baumaßnahmen am Gendarmenmarkt

Aufgrund der klimagerechten Sanierung des Gendarmenmarkts werden umfangreiche Baumaßnahmen auf dem gesamten Platz durchgeführt. Daher ist der Zugang zum Konzerthaus von der angrenzenden Markgrafenstraße gesperrt. Der Einlass über die Freitreppe ist daher nicht möglich. Der Haupteingang in der Kutschendurchfahrt ist stattdessen von der Charlottenstraße aus erreichbar, entlang des Gebäudes sowohl auf der Nord- als auch auf der Südseite.

Dank sagungen

Ohne den Rückhalt und das Vertrauen der wichtigen und langjährigen Partner ist Young Euro Classic nicht durchführbar. Der Veranstalter dankt dem Bund, dem Land Berlin, dem Hauptstadtkulturfonds, Neustart Kultur, der KfW sowie den Volksbanken und Raiffeisenbanken und der GVL, der Firma Ströer, den Medienpartnern, den zahlreichen Unterstützern, Spendern und dem großartigen Young Euro Classic-Publikum. Das Festival im Festival „*Courage in Concert*“ wird durch die Lottostiftung Berlin gefördert. Für die Ermöglichung von NEXT GENERATION dankt das Festival dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Deutsch-Französischen Jugendwerk und Erasmus+.

Tickets und Infos:

www.young-euro-classic.de

Quelle: Artefakt Kulturkonzepte
Fotos: Moutেসouvenir

Ab dem 5. August berichtet **paperpress** über 14 Konzerte des Festivals 2023.

18) 56.000 Euro für Kinderherzen



paperpress

seit 1976



Nr. 616-01

1. August 2023

48. Jahrgang

56.000 Euro für Kinderherzen

Mit einem hybriden Modell aus Kilometererfassung per App und einem finalen Event am 30. Juli auf dem Tempelhofer Feld organisierte die PSD Bank Berlin-Brandenburg die traditionelle PSD-HerzFahrt als sportliches Spendensammeln für den guten Zweck.

Für jeden geradelten Kilometer gingen seit dem 23. Juli 20 Cent als Spende an die Klinik für Angeborene Herzfehler - Kinderkardiologie des Deutschen Herzzentrums der Charité. Als zusätzliche Motivation angesichts des regnerischen Wetters wurde die Spende pro Kilometer ab dem 29. Juli auf 50 Cent angehoben.



Foto: Professor Felix Berger (r.) bei der Begrüßung durch Peter Heimann (l.) von der PSD-Bank, der gemeinsam mit seinem Kollegen Thomas Biersack die zehnte und alle Herzfahrten davor organisierte.

„Im Rahmen der PSD-HerzFahrt besteht zwischen uns und der PSD Bank Berlin-Brandenburg eine langjährige und vertrauensvolle Partnerschaft“, erklärt **Prof. Dr. med. Felix Berger**, Direktor der Klinik für Angeborene Herzfehler. „Mit der diesjährigen Spende können wir unser aktuelles Projekt zur Entwicklung eines neuen Kunstherz-Modells für Kinder unterstützen. Dieses besteht aus lediglich einem bewegten Bauteil, der sogenannten Shuttlepump. Die bisher verfügbaren Kunstherzen für kleine Kinder können allesamt nicht vollständig im Körper untergebracht werden und haben spezielle Risikofaktoren, wie Thrombenbildungen und Infektionen. Mit dem neu zu entwickelndem Kunstherz erhoffen wir uns in diesem Bereich große Vorteile.“

Insgesamt stiegen gut 1.500 Teilnehmende in die Pedale und generierten durch über 172.000 zurückgelegte Kilometer ein Spendenvolumen von 56.110 Euro. Allein am Finale auf dem Tempelhofer Feld

nahmen rund 700 Gäste teil. Mitveranstalter neben der PSD Bank Berlin-Brandenburg und der Klinik für Angeborene Herzfehler sind der Berliner helfen e. V. sowie der ADFC Berlin.



Foto: Ein weites Feld in Tempelhof, ideal für Fahrrad-fahrende. Foto: Thomas Rosenthal

„Die PSD-HerzFahrt ist eine super Gelegenheit, sich selbst durch die sportliche Betätigung etwas Gutes zu tun und gleichzeitig anderen zu helfen“, ergänzt **Eberhard Brodhage**, Landesvorsitzender des ADFC Berlin. „Es ist toll zu sehen, wie viele Menschen sich aufs Fahrrad geschwungen haben, auch wenn Sommerferien sind.“



Auf die Plätze! Fertig! Los! **Petra Götze** von der **Berliner Morgenpost** gab auch in diesem Jahr den Startschuss ab.



Und dann setzte sich das Feld in Bewegung. Es geht bei der HerzFahrt nicht um Schnelligkeit und einen Erstplatzierten. Alle Teilnehmenden haben gewon-

1



nen, vor allem die Kinder, denen die Aktion zugutekommt.



Foto: Und natürlich radeln Professor Berger und die Chefin der PSD-Bank, Grit Westermann, mit.

„Die PSD-HerzFahrt gehört ohne Frage jedes Jahr zu den absoluten Highlights unseres wohltätigen Engagements“, berichtet **Grit Westermann**, Vorstandssprecherin der PSD Bank Berlin-Brandenburg. „Das gemeinschaftliche Miteinander so vieler Menschen für einen guten Zweck spiegelt unser Werte als Bank und Genossenschaft. Das hat sich auch im PSD-Verband schon herumgesprochen.“



v.l.n.r.: Grit Westermann, Petra Götze, Professor Felix Berger und Eberhard Brodhage. Foto: Thomas Rosenthal

Direkt im Anschluss des Finales erfolgte die Übergabe des Spendenschecks. Die Mittel für die Spendenaktion stammen aus Erlösen der Soziallotterie PSD Gewinnsparen.

Dieses Jahr fand die PSD-HerzFahrt erstmalig deutschlandweit statt. Mehrere PSD-Banken nahmen mit eigenen Events und Spendenpartnern daran teil.

Fotos: Ed Koch - Quelle: PSD-Bank Berlin-Brandenburg

Österreich (Seiten E 186 – E 188)

01) Plötzliche Bargeld Kehrtwende: ÖVP-Kanzler Nehammer schmückt sich einmal mehr mit FPÖ-Ideen

04. 08. 2023



Der österreichische Bundeskanzler Nehammer - mal schwarz - dann türkis - aber immer die Grünen im Hintergrund.- Bild: shutterstock Bearbeitung unser-mittleuropa

FPÖ-Bundesparteiobmann Kickl:

„Normalität, Nulllohnrunde für Politiker und jetzt Bargeld – Plagiatsjäger hätten ihre Freude mit der aktuellen ÖVP-Politik.“

Vor gut zwei Wochen hat die FPÖ ihre Petition für die „Festung Bargeld“ gestartet, die bereits -zigtausende Menschen unterstützt haben. Viermal seit dem März 2021 hat die FPÖ im Parlament Anträge zum Erhalt des Bargelds und für dessen Schutz in der Verfassung eingebracht – zuletzt im Juni dieses Jahres. Ebenso oft haben die ÖVP und die anderen Parteien dagegen gestimmt. Nun hat ÖVP-Kanzler Karl Nehammer plötzlich die Liebe zum Bargeld entdeckt. „**Nehmen Sie sich selber eigentlich noch ernst?**“, fragt deshalb heute, Freitag, FPÖ-Bundesparteiobmann Klubobmann Herbert Kickl in Richtung des Kanzlers. Und weiter:

„Ist Ihnen Ihr Ideen-Diebstahl von der ‚bösen und extremen FPÖ‘ eigentlich nicht peinlich? Fällt Ihnen selbst überhaupt gar nichts Vernünftiges ein? Unlängst war es die Normalität, die Ihnen auf einmal angeblich doch lieber ist als die ‚neue Normalität‘ und die ganzen Verrücktheiten, die Sie Hand in Hand mit den Linken bis zum heutigen Tag vorantreiben – und jetzt ist es plötzlich das Bargeld. Ihre ÖVP ist ein gefundenes Fressen für jeden Plagiatsjäger.“

Verfassungsschutz für Bargeld könnte längst Realität sein

Bargeld im Verfassungsrang könnte bereits lange Realität sein, so Kickl:

„Hätten wir einen Bundeskanzler, der vorausschauend arbeitet, wäre das schon erledigt. Leider haben wir aber einen Karl Nehammer, der zuerst dasselbe verhindert, was er dann später doch umsetzen will, um sein politisches Überleben zu sichern. Mehr ist diese plötzlich entdeckte Liebe zum Bargeld nicht.“

Die FPÖ werde diese unverhoffte ÖVP-Initiative aber nützen, um die Bargeld-Obergrenzen der EU zu bekämpfen und sich für eine flächendeckende Versorgung mit Bankomaten stark zu machen.

Weil FPÖ in Umfragen führt, wird gnadenlos abgekupfert

Den Grund für Nehammers Sinneswandel sieht der FPÖ-Bundesparteiobmann ohnedies mehr in Umfragen begründet:

„Weil die FPÖ derzeit die Umfragen klar anführt, Wahlen unaufhaltsam näher rücken und Nehammer und seiner Partei das Wasser bis zum Hals steht, wird halt abgekupfert, dass es ärger nicht mehr geht. Ganz so, wie er es von Sebastian Kurz gelernt hat.“

Es werde wohl nur noch ein paar Monate dauern, dann werde die ÖVP auch eine „Festung Österreich“ fordern, einen „Corona-Wiedergutmachungsfonds“ verlangen, die Pandemie-Politik der WHO als brandgefährlich erkennen, den Klima-Kommunismus, den sie selbst unterstützte, als schädlich anprangern, die eigene Politik der Neutralitätsgefährdung samt Teuerung durch heuchlerische Sanktionen kritisieren und mehr direkte Demokratie verlangen. Kickl:

„Aber, Herr Nehammer, Sie wissen eh: Österreich wählt diesmal den Schmied und nicht mehr den schwarz-türkisen Schmiedl.“

Herbst wird zeigen, wie ernst es die ÖVP wirklich meint

Kickl kündigte für den Herbst im Parlament eine Reihe von Anträgen im Interesse der schweigenden Mehrheit und zur Herstellung der Normalität an, die die Nehammer-ÖVP und Ihre Steigbügelhalter bisher konsequent zerstört hätten. Das Gleiche gelte für das Thema Bargeld.

„Ganz Österreich kann dann zuhören und zusehen, wie der Bundeskanzler, seine Minister und die ÖVP-Abgeordneten sich wieder verbiegen und winden werden wie die Aale, wenn sie dann lautstark und mit dem Brustton der Überzeugung das Gegenteil von dem sagen werden, was sie bisher gesagt haben. Und ganz Österreich wird Zeuge dafür werden, wie ihr höchster Vertreter in der EU, Herr Othmar Karas, in Brüssel das Gegenteil von dem vorantreibt, was die ÖVP in Österreich verlangt. Glaubwürdigkeit und Geradlinigkeit sehen anders aus.“

Dieser Beitrag erschien zuerst auf festung-bargeld.at, wo auch die Möglichkeit besteht die [Petition der FPÖ zur Rettung des Bargeldes](#) zu unterschreiben!



Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Südtirol (Seiten E 189– E 190)

01) Südtirol: Schützenbund mit großer Schilder-Aktion gegen 100 Jahre Unrecht

10. 08. 2023



Am 8. August 1923, vor knapp 100 Jahren, wurde eines der größten Unrechte an einer deutschen Bevölkerungsgruppe in Europa begangen. Denn damals wurde in Italien der Name des frisch besetzten Südtirols verboten und von den Faschisten der italienische Phantasienamen Alto Adige befohlen.

100-Jähriges Verbot des Namens Tirol

[„UnserTirol24“](#) sowie [„Unzensuriert.at“](#) berichten nun über eine großangelegte Aktion des Südtiroler Schützenbundes, um auf dieses Unrecht weiterhin aufmerksam zu machen:

Der Südtiroler Schützenbund hat in einer Pressekonferenz in Bozen an das 100-jährige Verbot des Namens Tirol durch die italienischen Faschisten erinnert und hat damit ein weiteres Zeichen zum Schwerpunkt „100 Jahre Namenslos“ gesetzt. Anstrengungen von Seiten der Politik und Gesellschaft seien weiterhin notwendig.

An der Pressekonferenz im Bundesbüro nahmen der Landeskommandant des Südtiroler Schützenbundes, Roland Seppi sowie der Welschtiroler Landeskommandant Enzo Cestari, Bundesgeschäftsführer Egon Zemmer, Bundeskassier Franzjosef Roner und Bundeskulturreferent Martin Robatscher teil.

„Am 8. August 1923, also vor genau 100 Jahren, wurde der Begriff ‚Tirol‘ durch die italienischen Faschisten verboten. Gleichzeitig verboten wurden auch die Begriffe ‚Südtirol‘, ‚Deutschsüdtirol‘ oder ‚Tiroler‘. Diese Politik der Namen und der Namens-Verbote war eine zentrale nationalistische Strategie der italienischen Faschisten, um in aller Welt die Lüge zu verbreiten, Südtirol sei immer schon italienisch gewesen. Eingeführt wurden stattdessen die Begriffe ‚Oberetsch‘ und ‚Etschländer‘, die im deutschen Sprachgebrauch der Korrespondent zu ‚Alto Adige‘ und ‚Athesini‘ darstellen sollten. Der Südtiroler Schützenbund nimmt diesen historischen August 2023 zum Anlass, um nicht nur an diese beispiellose Umbenennung zu erinnern, sondern auch, um die Forderung nach historischer Gerechtigkeit zu erneuern,“ stellte Bundeskulturreferent Martin Robatscher in der Pressekonferenz klar.

Der Südtiroler Schützenbund teilt mit, dass friedliche und gerechte Lösungen nicht auf faschistische Namensfälschungen sowie auf dem undemokratischen Anspruch Italiens auf den Brenner beruhen könnten. Es seien gesellschaftliche und politische Anstrengungen notwendig, um bewusstseinsbildend zu wirken und um bei allen Sprachgruppen den Konsens zu bewirken, dass faschistische Namensfälschungen auch in Südtirol nichts verloren hätten.

„Gefragt ist besonders die Europaregion Tirol, die ihren Anspruch nach historischem Unrecht überwinden möchte, aber dennoch auf das faschistische Kunstwort ‚Alto Adige‘ setzt. Dadurch wird nicht das Verbindende, sondern das Trennende in den Mittelpunkt gestellt. Die Anstrengungen müssen aber auch unsere Landespolitik sowie die Landesregierung betreffen. Es ist längst nicht mehr mit symbolischen Sonntagsreden getan. Im gesamten Tourismusbereich, bei der Vermarktung unserer Südtiroler Produkte und Lebensmittel, bei der Darstellung unserer Unternehmen im Ausland oder bei Ortsbezeichnungen ist das Bewusstsein für authentische, gewachsene Ortsnamen, statt für nationalistische Kunstnamen anzuregen. Heute setzt sich nämlich, unter dem Eindruck einer mangelhaften Volkstumspolitik und aus reiner Bequemlichkeit, viel zu oft das faschistische Unrecht unbewusst durch. Für uns als Südtiroler Schützenbund besteht eine aktive Bewusstseinsbildung und ein Verzicht auf nationalistische Namensfälschungen der Auftrag an eine moderne volkstumpolitische Politik von morgen,“ erklärt der Südtiroler Schützenbund.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Schweiz (Seiten E 191– E 192)

**01) „Klima-Terroristen-Schwachsinn“ in neuer Dimension – Rheinschifffahrt
lahmgelegt**

12. 08. 2023



Bild: bz Basellandschaftliche Zeitung

Unter dem Slogan „Bewegungsfreiheit für Menschen statt für Öltanker“ haben die sogenannten „Klimaaktivisten“ in Basel gegen den Transport von Treibstoff auf dem Rhein protestiert.

Polizei musste Schiffsverkehr stoppen

Damit niemand zu Schaden kommt, musste die Baseler Polizei den gesamten Schiffsverkehr auf dem Fluss stoppen.

Die Schweizer Polizei hat wegen einer Protestaktion der mittlerweile hinlänglich bekannten „Klimaaktivisten“ den Schiffsverkehr auf dem Rhein gestoppt.

Ein Sprecher der Kantonspolizei Basel erklärte am 11. August gegenüber der Nachrichtenagentur *AFP*, „der Schiffsverkehr ist momentan und bis auf Weiteres eingestellt, rund ein Dutzend Schiffe sind davon betroffen.“

Wichtigstes Anliegen der Polizei sei es, dass niemand zu Schaden komme. Auf deutscher Seite wurden vorerst keine Auswirkungen auf den Schiffsverkehr gemeldet.

Die Proteste der „Klima-Terroristen“ richteten sich gegen den Transport von Treibstoff auf dem Rhein.

Seite E 192 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Nach Angaben der Polizei sollen etwa zehn Personen beteiligt gewesen sein.

Wie die Schweizer Nachrichtenagentur *Keystone-SDA* meldete, seilten sich sechs von ihnen von der Dreirosenbrücke im Zentrum von Basel ab. Sie befestigten dort ein Stoppsignal und ein Transparent mit der vielsagenden Aufschrift „Bewegungsfreiheit für Menschen statt für Öltanker“.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Polen (Seiten E 193 – E 147)

01) 55.500 deutsche Kinder in Polen diskriminiert

Das Schuljahr 2022/23 war für Tausende von Kindern in Polen von **Diskriminierung** geprägt. Mehr als 55.500 Kinder und Jugendliche, die in polnischen Schulen Deutsch als Minderheitensprache lernen, haben die Folgen der **gekürzten staatlichen Förderung** zu spüren bekommen.

[Der folgende Artikel des sog. „Minority Monitor“](https://fuen.org/de/article/55500-deutsche-Kinder-in-Polen-diskriminiert-Minority-Monitor-praesentiert-die-neuesten-Entwicklungen-zum-Thema-Deutschunterricht) stellt die neuesten Entwicklungen in diesem Fall vor, einschließlich der Reaktionen aus Deutschland, Polen und der Zivilgesellschaft.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 93, 2023

Wien, am 14. August 2023

<https://fuen.org/de/article/55500-deutsche-Kinder-in-Polen-diskriminiert-Minority-Monitor-praesentiert-die-neuesten-Entwicklungen-zum-Thema-Deutschunterricht>



FUEN

Federal Union of European Nationalities

Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten

L'Union fédéraliste des communautés ethniques européennes

Федералистский Союз Европейских Национальностей

Oczekujemy równego traktowania i wywiązania się z obietnic!

STOP DYSKRYMINACJI!

Pytania do Ministra Czarnka

1. Co z petycją blisko 15 tysięcy obywateli polskich o zakończenie dyskryminacji dzieci?
2. Co z deklaracją Ministra z 22 stycznia – o zakończeniu dyskryminacji dzieci?
3. Co z setkami nauczycieli germanistów, którzy z dnia na dzień stracili pracę?
4. Dlaczego 50 tysięcy dzieci, obywateli polskich, jest w polskim systemie oświaty dyskryminowanych ze względu na narodowość?
5. Co z pracą i przyszłością młodych, którym odbiera się prawo do edukacji?

Ministrze – co z pustymi sloganami bez żadnych konkretów?

#NaukaJęzykaToNiePolityka #Sprachlos #NieMaMowy

55.500 deutsche Kinder in Polen diskriminiert: Minority Monitor präsentiert die neuesten Entwicklungen zum Thema Deutschunterricht

11.07.2023

Das Schuljahr 2022/23 war für Tausende von Kindern in Polen von Diskriminierung geprägt. Mehr als 55.500 Kinder und Jugendliche, die in polnischen Schulen Deutsch als Minderheitensprache lernen, haben die Folgen der gekürzten staatlichen Förderung zu spüren bekommen.

Der soeben veröffentlichte Artikel des Minority Monitor stellt die neuesten Entwicklungen in diesem Fall vor, einschließlich der Reaktionen aus Deutschland, Polen und der Zivilgesellschaft, und hebt auch die positive Rolle hervor, die die lokalen Regierungen in diesem Fall beim Schutz der Minderheitenrechte spielen. Im Frühjahr und Sommer 2022 beschlossen die lokalen Behörden und andere Organisationen, die Bildungseinrichtungen verwalten, die Finanzierung zusätzlicher Stunden für die deutsche Minderheitensprache im Schuljahr 2022/23. Die Mittel wurden für den Sprachunterricht zusätzlich zu der obligatorischen einen Stunde pro Woche oder für die Einführung von zweisprachigem Unterricht bereitgestellt. Nach Informationen des Verbands der deutschen Gesellschaften wurden solche Entscheidungen in 44 Gemeinden in ganz Polen getroffen. Da die Rückkehr zu den drei Wochenstunden Deutsch als Minderheitensprache für das nächste Schuljahr derzeit sehr unwahrscheinlich erscheint, veröffentlichte der Verband der deutschen Gesellschaften einen Appell an die Kommunen, ihre Unterstützung fortzusetzen.

In dem Artikel wird hervorgehoben, dass die derzeitige Situation in Polen deutlich zeigt, dass der Schutz der Minderheitenrechte nicht nur in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen kann. Die Rechte von Minderheitenangehörigen werden dort durch den Erlass einer Verordnung eingeschränkt, sodass auf der Grundlage der Sprachbildung eine Diskriminierung einer Gemeinschaft erfolgt.

[Lesen Sie den Fall in voller Länge!](#)

Wie hat es angefangen? [Finden Sie es im ersten Minority Monitor-Artikel zu diesem Fall heraus!](#)

02) Polen mobilisiert 10.000 Soldaten an die Grenze zu Weißrussland

11. 08. 2023



Polen verlegt mittels einer massiven Mobilisierung 10.000 Soldaten an die Grenze zu Weißrussland – wie der polnische Verteidigungsminister Mariusz Blaszczak am Donnerstag im polnischen Staatsfernsehen mitteilte.

„Wir planen, 4.000 Soldaten zur direkten Unterstützung des Grenzschutzes und 6.000 zur Gewährleistung der Sicherheit in der Region einzusetzen.“

Bereits einen Tag zuvor hatte der stellvertretende polnische Minister für Inneres und öffentliche Verwaltung, Maciej Wonsik, erklärt: Dass die Zahl der zusätzlichen Truppen, die an die Grenze zu Weißrussland geschickt werden, von 1.000 auf 2.000 erhöht werden soll.

Zuvor hatte das polnische Verteidigungsministerium mitgeteilt, dass der Leiter des Ministeriums die Entsendung von 1.000 zusätzlichen Soldaten zur Patrouille an der polnisch-weißrussischen Grenze *„im Zusammenhang mit der dynamischen Situation an der polnisch-weißrussischen Grenze und dem Ersuchen des Kommandanten des Grenzschutzdienstes“* angeordnet habe.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Wegen Attacken auf polnische Grenz-Patrouillen – Scharfschützen an weißrussischer Grenze

04. 08. 2023



Bild: YouTube

Polen hat erklärt, dass die Grenze zu Weißrussland nunmehr unter der Kontrolle polnischer Scharfschützen stünde.

Vorwurf von Angriffen illegaler Migranten auf polnisches Militär

Warschau wirft Minsk vor, hinter der erhöhten Zahl von Versuchen des illegalen Grenzübertritts und hinter Angriffen illegaler Migranten auf das polnische Militär stecken würden.

Polen hat nun Scharfschützen an der Grenze zu Weißrussland stationiert, wie das Generalkommando der polnischen Streitkräfte mitteilte.

Das Kommando veröffentlichte auch Bildmaterial, auf dem Militärangehörige mit Scharfschützengewehren an der Grenze zu sehen sind.

Der Sprecher des Minister-Koordinators der polnischen Spezialdienste, Stanisław Żaryn, äußerte sich diesbezüglich, „es ist immer noch gefährlich an der Grenze zu Weißrussland. Polnische Patrouillen werden von aggressiven Ausländern angegriffen. Jeden Tag werden Offiziere und Soldaten ins Visier genommen.“

Seite E 197 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Nach Angaben der polnischen Behörden würden weißrussische Spezialdienste angeblich Migranten und „Ausrüstung für den Grenzübertritt (Leitern, Schneidewerkzeuge) und Angriffe auf Polen (Steine und Ziegelsteine)“ verüben.

Über „gute“ und „böse“ Migranten

Europa scheint nun also zweigeteilt, einerseits die „guten Migranten“ die vor allem von der deutschen Regierung sogar per „Flugservice“ ins Land geholt werden.

Auf der anderen Seite aber die „bösen Migranten“ die über die Grenze eines „europäischen Feindstaates“ herein kommen und wo es seitens der „Wertegemeinschaft“ ausnahmsweise gestattet ist, in angemessener Form gegen gewalttätige Eindringlinge vorzugehen.

Inzwischen hat das private Militärunternehmen Wagner mit der Ausbildung mechanisierter Brigadeeinheiten in Weißrussland begonnen.

Das weißrussische Verteidigungsministerium betonte, dass der Schwerpunkt dabei auf Kampfeinsätzen unter modernen Bedingungen liege. Es würden Elemente der aktiven Verteidigung und der „Überlebensfähigkeit“ auf dem Schlachtfeld unter Berücksichtigung des Einsatzes von Drohnen eingeübt, hieß es dazu.

Mit Hinblick auf die Stationierung von Wagner-Einheiten in Weißrussland erklärte Warschau, dies sei „ein Schritt in Richtung eines weiteren hybriden Angriffs auf polnisches Gebiet“.

Im August 2021 war an der weißrussischen Grenze zu Polen, Lettland und Litauen eine Migrationskrise ausgebrochen, nachdem der staatlichen Fluggesellschaft Belavia der Flugverkehr in die EU untersagt worden war. Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko kündigte damals an, dass das Land den westlichen Staaten nicht mehr bei der Kontrolle der illegalen Migration an der weißrussischen Grenze helfen werde.

Wagner schult Weißrussen in Territorial- Verteidigung

Daraufhin vervielfachte sich die Zahl der illegalen Grenzübertritte aus Weißrussland in die Europäische Union. Die EU behauptete, dass der Zustrom dieser Migranten von den weißrussischen Behörden zu politischen Zwecken organisiert worden sei. Minsk wies diese Vorwürfe indes kategorisch zurück.

Die Zäune, die nach der Migrationskrise 2021 an den östlichen Grenzen Polens und der baltischen Staaten errichtet wurden, haben „verwunderlicher Weise“ nicht zu einer deutlichen Verringerung der Wellen von illegalen Einwanderern geführt

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Tschechien (Seiten E 198 – E 203)

01) Tschechien in der „Falle der mittleren Einkommen“

Laut einer Studie der Handelskammer zur wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit Tschechiens befindet sich das Land in der sogenannten „Falle der mittleren Einkommen“. Das bedeutet, dass man preislich nicht mehr mit **Billiglohnländern** mithalten, aber mit seinen Produkten auch nicht zu den **entwickelten Ländern** aufschließen kann. Die Handelskammer warnt daher vor langfristiger **wirtschaftlicher Stagnation** sowie einem geringeren Wachstum der Löhne und des Lebensstandards.

Ein Entkommen aus der Falle sieht die Kammer nur dadurch, dass Tschechien die **Branchen mit hoher Wertschöpfung stärker fördert** und damit den Billigsektor verlässt.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 98, 2023

Wien, am 28. August 2023

02) Vertrauensindex: Fiala „Schlußlicht“

Die US-Firma „Morning Consult Research“ misst seit mehreren Jahren im sogenannten *Global Leader Approval-Rating* das **Vertrauen** der jeweiligen Bevölkerung von **22 ausgewählten demokratischen Ländern** in ihre **Staats- und Regierungschefs**. Der tschechische Premier **Petr Fiala** (ODS) erhält in diesem internationalen Vergleich das geringste Vertrauen aus seiner Bevölkerung. Zumindest besagt dies die aktuelle August-Umfrage von Morning Consult. Laut dieser Studie vertrauen ihm nur noch 20% der Tschechen, [wie der „Powidl“ hier berichtet](#).

https://www.powidl.info/politik/fiala-genie%C3%9Ft-unter-22-untersuchten-demokratien-das-geringste-vertrauen-in-der-bev%C3%B6lkerung?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=newsletter_16_2023&utm_term=2023-08-21

Vertrauensindex: Fiala belegt im Global Leader Approval-Rating nur den letzten Platz

16 Aug

Morning Consult Research misst seit mehreren Jahren im sogenannten *Global Leader Approval-Rating* das Vertrauen der jeweiligen Bevölkerung von 22 ausgewählten demokratischen Ländern in ihre Staats- und Regierungschefs. Der tschechische Premier Petr Fiala (ODS) erhält in diesem internationalen Vergleich das geringste Vertrauen aus seiner Bevölkerung. Zumindest besagt dies die aktuelle August-Umfrage von Morning Consult. Laut dieser Studie vertrauen ihm nur noch 20% der der Tschechinnen und Tschechen.



Premier Fiala sucht in Ostrau/Ostrava den Kontakt zur Bevölkerung.- Bild: Facebook/Petr Fiala

Besser klassiert als Fiala liegen zum Beispiel der in seiner Heimat hart kritisierte französische Präsident Emmanuel Macron mit 27% oder der kürzlich zurückgetretene niederländische Premierminister Mark Rutte mit 28% an Vertrauen. Auch der österreichische Bundeskanzler Karl Nehammer liegt hier noch vor Fiala. Die Ergebnisse bei Morning Consult decken sich damit mit der kürzlich veröffentlichten Umfrage der Prager Meinungsforschungsinstituts CVVM ([Link](#), PDF, tschech.), wonach in Tschechien nur rund 25% der Wählerinnen und Wähler der Regierung vertrauen.

Der Rückgang des Vertrauens in Politiker ist vor allem nach der Covid-Krise und dem anschließenden Krieg in der Ukraine zu beobachten. Kurz nach der russischen Invasion genoss Petr Fiala das größte Vertrauen bei seinen Mitbürgern: Anfang März 2022 unterstützten ihn 41% der Wählerinnen und Wähler, 45% misstrauten ihm.

Bei der neuesten Studie, die am 15. August veröffentlicht worden ist, belegt der tschechische Premier, genauso wie im vergangenen Mai, nur noch den letzten Platz unter den 22 Staats- und Regierungschefs. Auch wenn hier politisch Äpfel mit Birnen verglichen werden - es wird beispielsweise bei der Beurteilung kein Unterschied gemacht, ob das Land ein Präsidentsystem hat, ob es ein parlamentarisches System mit Mehrheitswahlrecht gibt, oder ob der Staat zentralistisch oder föderal organisiert ist - die Platzierung am untersten Ende der Tabelle sollte der tschechischen Regierungskoalition zu denken geben. Im Mai 2023 sprachen gegenüber Fiala noch 23% der befragten Tschechinnen und Tschechen das Vertrauen aus, 73% misstrauten ihm. Bei der aktuellen Studie hat sich das Verhältnis auf 20:76 verschlechtert.

Die Ergebnisse der aktuellen Morning Consult Umfrage vom 15.8.2023:

	Politiker/in	Land	+ (%)	? (%)_	- (%)
1.	Narendra Modi	Indien	75	5	20
2.	Alain Berset	Schweiz	67	13	20
3.	Andrés Manuel López Obrador	Mexiko	63	4	33
4.	Anthony Albanese	Australien	55	11	34
5.	Luiz Inácio Lula da Silva	Brasilien	51	7	42
6.	Giorgia Meloni	Italien	46	6	48
7.	Justin Trudeau	Kanada	42	6	52
8.	Pedro Sánchez	Spanien	42	5	53
9.	Alexander De Croo	Belgien	40	16	44
10.	Joe Biden	USA	40	8	52
11.	Leo Varadkar	Irland	36	10	54
12.	Ulf Kristersson	Schweden	35	12	53
13.	Mateusz Morawiecki	Polen	33	7	60
14.	Olaf Scholz	Deutschland	32	6	62
15.	Karl Nehammer	Österreich	29	8	63
16.	Rishi Sunak	Großbritannien	28	12	60
17.	Mark Rutte	Niederlande	28	5	67
18.	Emmanuel Macron	Frankreich	27	7	66
19.	Jonas Gahr Støre	Norwegen	27	6	67
20.	Fumio Kishida	Japan	23	13	64
21.	Yoon Suk-yeol	Südkorea	23	6	71
22.	Petr Fiala	Tschechien	20	4	76

+) ... Vertrauen, (?) ... neutral/unbekannt, -) ... Misstrauen. Werte auf ganze Zahlen gerundet.

Datenquelle: Morning Consult

Mehr über das Global Leader Approval-Rating von Morning Consult (engl., wöchentliche Updates):

<https://pro.morningconsult.com/trackers/global-leader-approval#source-of-this-data>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 96, 2023

Wien, am 21. August 2023

03) Ratifizierung des Militärvertrags mit den USA abgeschlossen

Premier **Petr Fiala** (Bürgerdemokraten) hat gestern seine Unterschrift unter das Abkommen über die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich zwischen Tschechien und den Vereinigten Staaten gesetzt. Damit sei die Ratifizierung des Abkommens abgeschlossen, schrieb Fiala im sozialen Netzwerk X (ehem. „Twitter“). Bereits am 1. August war der Militärvertrag von Präsident **Petr Pavel** unterzeichnet worden.

Seite E 201 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Die Parlamentsabstimmung über den Militärvertrag wurde von Protesten der Gegner der Präsenz von US-Truppen auf tschechischem Gebiet begleitet. Beide Kammern unterstützten das Dokument jedoch mit einer **deutlichen Mehrheit**. Für den Vertrag stimmten im Juli 66 von 72 anwesenden Senatoren und 115 von 144 anwesenden Abgeordneten.

Tschechien hat als 25. der insgesamt 30 Nato-Mitgliedsstaaten einen solchen bilateralen Militärvertrag mit den USA abgeschlossen.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 95, 2023

Wien, am 17. August 2023

04) Wo der Vizepremier seinen Urlaub verbringt

Nomen est omen: Der tschechische Vizepremier und Innenminister **Vít Rakušan** (dt. „der Österreicher“) von der Bürgermeisterpartei Stan verbringt seinen Urlaub – erraten – in Österreich! Premier **Petr Fiala** hingegen sucht wohl auch in den Ferien Kontakt zu Landsleuten aus dem gemeinsamen Kulturkreis der Doppel-Monarchie des alten Österreichs, da er wie die Mehrheit der Tschechen Kroatien als Urlaubsziel ausgewählt hat.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 93, 2023

Wien, am 14. August 2023

05) Euro-Einführung könnte in Tschechien 2025 zum Thema werden

Die Einführung des Euro in Tschechien könnte bei den Parlamentswahlen 2025 zu einem Thema werden. Dies berichtete die Presseagentur ČTK. Die derzeitige Regierungskoalition ist in ihrer Meinung zur Annahme der Gemeinschaftswährung gespalten. Aber auch bei den bisher meist Euro-skeptischen **Bürgerdemokraten** von Premier **Petr Fiala** werde die Einführung diskutiert, hieß es in dem Bericht.

Unter den Koalitionären strebt vor allem die **Top 09** die Ablösung der tschechischen Krone bis 2030 an. Die **Piraten** und die Bürgermeisterpartei **Stan** als weitere Befürworter des Euro glauben jedoch, dass es schwierig werden könnte, den Bürgern des Landes die Vorteile der Gemeinschaftswährung zu erläutern. Premier Fiala sagte jüngst, Tschechien dürfte kommendes Jahr eines der Schlüsselkriterien für den Euro erfüllen: die Eingrenzung der Neuverschuldung auf maximal drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 93, 2023

Wien, am 14. August 2023

06) Tschechien erhöht Tempolimit auf Autobahnen

In Tschechien wird die bisherige Geschwindigkeitsbegrenzung von **130 km/h** auf Autobahnen aufgeweicht, auf einigen Abschnitten sollen bald bis zu **150 km/h** erlaubt sein. Die neue Regelung stößt auch auf Kritik.

Seite E 202 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Das Parlament beschloss vor kurzem eine Verkehrsnovelle. Auf ausgewählten Abschnitten von modernisierten Autobahnen soll es demnach möglich sein, die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf 150 km/h zu erhöhen, [wie das „Landesecho“, die Zeitung der deutschen Minderheit Tschechiens, hier berichtet.](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 92, 2023

Wien, am 10. August 2023

<https://landesecho.cz/unterwegs/tschechien-erhoeht-tempolimit-auf-autobahnen/0016436/>

[Unterwegs](#)

Tschechien erhöht Tempolimit auf Autobahnen

[Tobias Eisch](#) 8. August 2023



Auf ausgewählten Strecken soll bald ein Tempolimit von 150 km/h statt bisher 130 km/h gelten.- Foto: Jirka.h23, Krizovatka Lahovice zblizka, CC BY-SA 4.0

In Tschechien wird die bisherige Geschwindigkeitsbegrenzung von 130 km/h auf Autobahnen aufgeweicht, auf einigen Abschnitten sollen bald bis zu 150 km/h erlaubt sein. Die neue Regelung stößt auch auf Kritik.

Das Parlament beschloss vor einigen Wochen eine Verkehrsnovelle. Auf ausgewählten Abschnitten von modernisierten Autobahnen soll es demnach möglich sein, die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf 150 km/h zu erhöhen. Die neue Regelung stieß aber auch auf Unverständnis.

Verkehrsnovelle für Autofahrer

Die Verkehrsnovelle betrifft ausschließlich den Autoverkehr. Eine der neuen Regelungen ist der Führerschein ab 17 Jahren, inspiriert vom österreichischen Modell. Die Fahranfänger sollen mehr Praxis sammeln, indem sie von einem erfahrenen Autofahrer begleitet werden. Auch die Strafen für Verstöße wurden verschärft, so gibt es statt der fünf-Punkte-Regelung bald eine mit drei Punkten und einige Bußgelder wurden erhöht.

Für eine Kontroverse sorgte allerdings die neue Möglichkeit, die Höchstgeschwindigkeit auf 150 km/h zu erhöhen. Dies wird nur an ausgewählten Stellen möglich sein, es muss sich um eine modernisierte Strecke handeln. Dabei stellte die Regierung klar, dass die maximale Geschwindigkeit, die in Tschechien bei 130 km/h für PKW liegt, weiterhin gelte. Es gebe nun lediglich die Möglichkeit, auf bestimmten Strecken davon abzuweichen. Um welche Strecken es sich im Einzelnen handeln soll, teilte Verkehrsminister Martin Kupka (ODS) bisher nicht mit. Im Gespräch ist aber beispielsweise die D3 zwischen Prag und Budweis (České Budějovice).

Kritik und Unmut über höhere Geschwindigkeitsbegrenzung

Allgemein wird die Verkehrsnovelle positiv bewertet. Eine Ausnahme bildet aber die geplante Geschwindigkeitserhöhung. Dem Vorsitzenden des Automobilverbandes ÚAMK, Igor Sirota, zufolge widerspreche dies der Empfehlung der Europäischen Kommission und dem Vorgehen in anderen Ländern. Geschwindigkeiten von 150 km/h seien in keinem anderen Land, außer Deutschland, erlaubt. „Aus Sicherheitsgründen ist das also problematisch“, erklärte er. So gebe es in Ländern mit niedrigeren Tempolimits auch weniger Unfälle.

Ähnlich argumentierte der Verkehrsexperte Libor Budina im tschechischen Fernsehen (ČT24). Der einzige Vorteil der Erhöhung sei die mediale Aufmerksamkeit, die man nun für die Gefahren durch erhöhte Geschwindigkeiten habe. Auch die Verkehrspolizei zeigte sich von der Änderung wenig begeistert. „Überhöhte Geschwindigkeit ist für vierzig Prozent der Verkehrsunfälle mit Todesfolge verantwortlich“, sagte der Direktor der Verkehrspolizei Jiří Zlý im Interview mit ČT24.

Auch die Opposition kritisierte die geplante Erhöhung des Tempolimits. „Ich bin ehrlich – das ist eine unnötige Dummheit der ODS und des Verkehrsministeriums“, erklärte der stellvertretende Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses Martin Kolovratník der Oppositionspartei ANO. Der europäische Trend gehe eher in Richtung einer Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen. „Das hat einen wichtigen Grund: Ökologie und Emissionen. Denn der Kraftstoffverbrauch steigt mit zunehmender Geschwindigkeit exponentiell“, so der Politiker.

Ungarn (Seiten E 204 – E 206)

**01) Ungarischer Außenminister: „Nationale Politiker weltweit von liberalem
Mainstream verfolgt – NGOs korrumpiert“**

12. 08. 2023



Weltweit laufe die Verfolgung von Politikern, die mutig nationale Interessen vertreten und sich gegen den internationalen liberalen Mainstream stellen, schrieb der ungarische Außen- und Wirtschaftsminister Peter Szijjártó am Samstag auf seiner Facebook-Seite.

„In den USA werden neue Anklagen erhoben, um den wahrscheinlichsten Oppositionskandidaten bei den nächsten Präsidentschaftswahlen zu diskreditieren.

In der Slowakei wurde ein führender Politiker einer Partei mit den besten Chancen auf einen Sieg bei den Parlamentswahlen im Herbst verhaftet. Und in Bosnien-Herzegowina wurde der demokratisch gewählte Führer der serbischen Gemeinschaft angeklagt.“

Und Szijjártó weiter:

„Der internationale liberale Mainstream schreckt nicht vor brutaler Einmischung, Polizei- oder Justiz-Einsatz zurück, wenn er sich in seiner Macht bedroht fühlt. Sie fürchten den Willen des Volkes wie Feuer. Aber warum melden sich „Transparency International“, „Amnesty“ und das „Helsinki-Komitee“ nicht zu Wort? Offensichtlich, weil sie auf der Gehaltsliste des internationalen liberalen Mainstreams stehen.“

Quellen:

[Presseportal](#)

[Berliner Zeitung](#)

The [EUROPEAN CONSERVATIVE](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Ungarn-Russland: Putin unterzeichnet Vereinbarung zur Finanzierung des Ausbaus des ungarischen Kernkraftwerks

03. 08. 2023



Foto: Rosatom/Paks NPP Das Kernkraftwerk Paks in Ungarn. Archivfoto

Am 1. August 2023 unterzeichnete der russische Präsident Wladimir Putin ein Protokoll zur Änderung des Finanzierungsvertrags für das Kernkraftwerk Paks, das damit rechtsverbindlich wurde. Russland wird Ungarn ein Darlehen in Höhe von 10 Milliarden Euro (rund 3,9 Billionen Forint) für den Bau des Kernkraftwerks Paks gewähren, das 80 Prozent der geplanten Kosten deckt.

Die Änderung war aus zwei Gründen notwendig: erstens, weil der Geldfluss zwischen Russland und Ungarn durch die westlichen Finanzsanktionen erheblich behindert wurde, und zweitens, weil das Paks-Projekt deutlich hinter dem Zeitplan liegt.

Wie die russische Nachrichtenagentur Ria Novosty berichtet, sieht die Änderung vor, dass Ungarn Russland innerhalb von 30 Tagen nach der Ratifizierung des Protokolls die zwischen dem 1. März 2022 und dem 1. Juli 2022 aufgelaufenen Zinsen zahlen wird.

Wie die russische Nachrichtenagentur [Ria Novosty berichtet](#), sieht die Änderung vor, dass Ungarn innerhalb von 30 Tagen nach der Ratifizierung des Protokolls die zwischen dem

Seite E 206 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

1. März 2022 und dem Datum des Inkrafttretens des Protokolls aufgelaufenen Zinsen sowie die Kosten für die Aufrechterhaltung des nicht genutzten Teils des Darlehens in Höhe von insgesamt 350 Millionen Forint an Russland zahlt. Das Protokoll sieht auch vor, dass keine Verzugszinsen erhoben werden, wenn der Betrag rechtzeitig eingeht.

Mit diesem Verfahren wird der Streit zwischen der ungarischen und der russischen Seite über den Betrag des Darlehens beigelegt, der wegen der Verzögerung der Investition noch nicht in Anspruch genommen wurde.

Das Protokoll berücksichtigt auch, dass die Sanktionen das Zahlungsverfahren ändern werden. Obwohl der Darlehensbetrag weiterhin auf Euro lautet und in Euro zahlbar ist, muss die ungarische Seite ein Euro-Konto bei einer russischen Bank eröffnen, um Zahlungen zu leisten.

Der ungarische Premierminister Viktor Orbán und der russische Präsident Wladimir Putin [unterzeichneten](#) 2014 eine Vereinbarung, wonach das russische Staatsunternehmen Rosatom die derzeitige 2.000-Megawatt-Kapazität des 1987 von der damaligen Sowjetunion fertiggestellten Kernkraftwerks Paks durch zwei neue Reaktoren mit einer Gesamtleistung von 1.200 Megawatt erweitern wird.

Obwohl die genauen finanziellen Details der Transaktion geheim bleiben, wird erwartet, dass die Erweiterung 12 Milliarden Euro kosten wird.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Weißrussland (Seiten E 207 – E 209)

01) Westen auf dem „Abstellgeleis“ – auch Weißrussland rückt näher an China

21. 08. 2023



Präsident Lukaschenko und chinesischer Verteidigungsminister Li.-
Bild: AFP Belarusian Presidential Press Service

Beim Zusammentreffen von Weißrusslands Präsident Lukaschenko und dem chinesischen Verteidigungsminister Li in Minsk wurde die Absicht einer stärkeren militärischen Kooperation bekräftigt.

China und Russland als Freunde „Minks“

Li traf am 16. August aus Russland in Minsk ein, wo er an der 11. Moskauer Konferenz über internationale Sicherheit teilgenommen hatte, an der unter zahlreichen internationalen Vortragenden auch die ehemalige österreichische Außenministerin Dr. Karin Kneissl teilgenommen hatte.

Chinas Verteidigungsminister Li Shangfu und der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko bekräftigten nun in Minsk die Absicht einer stärkeren militärischen Kooperation. Nachdem Lukaschenko bereits im Frühjahr nach Peking gereist war, revanchierte sich China nun am 17. August mit einem Besuch von Verteidigungsminister Li in Weißrussland.

Lukaschenko erklärte bei diesem Treffen, dass sich Weißrussland militärisch vor allem auf seine „Freunde“ Russland und China verlassen könne. Weißrussland und China seien auf einer Linie, wenn es um den Aufbau einer multipolaren Welt gehe.

China und Weißrussland teilten die gleiche Vision einer Weltordnung und die militärische Zusammenarbeit zwischen Weißrussland und China zielen nicht auf ein Drittland ab, erklärte Präsident Lukaschenko.

Chinesisches Lob für weißrussische Entwicklungserfolge

Li lobte die großen Entwicklungserfolge Weißrusslands, wie die Rolle des weißrussischen Staatschefs an dieser Entwicklung.

„Ich möchte Ihnen meinen aufrichtigen und tiefen Respekt für Ihren großen Beitrag zu Frieden und Entwicklung in der Welt aussprechen“, sagte der chinesische Verteidigungsminister. „Ziel meines Besuchs in Weißrussland ist die Umsetzung wichtiger Vereinbarungen auf der Ebene der Staatsoberhäupter und die weitere Stärkung der bilateralen militärischen Zusammenarbeit“, betonte Li.

Chinesische Beobachter begrüßten Lis Besuch in Weißrussland als einen Beitrag zur weiteren Stärkung der Verteidigungsbeziehungen und der allgemeinen Beziehungen zwischen den beiden Ländern, die von großem strategischem Wert seien, um der Herausforderung zu begegnen, die Welt könnte das strategische Gleichgewicht verliert.

„Vor allem da der, von den USA geführte Westen, zunehmend versucht ein unausgewogenes strategisches Verhältnis zu erzielen, das nur ihm selbst zugutekommt“.

Moskauer Sicherheitskonferenz richtungsweisend

Li traf am 16. August aus Russland kommend in Minsk ein, wo er an der 11. Moskauer Konferenz über internationale Sicherheit im Patriot Park nahe der russischen Hauptstadt teilgenommen hatte.

Dies ist der erste hochrangige Besuch im Rahmen der militärischen Zusammenarbeit zwischen China und Weißrussland in den vergangenen fünf Jahren. Es wird erwartet, dass Verteidigungsbeamte beider Länder die Bereiche der Zusammenarbeit für die nahe Zukunft umreißen und einen Meinungs austausch über die aktuelle internationale und regionale Sicherheitslage führen werden, berichtete die TASS.

Hintergrund des Treffens zwischen dem chinesischen Verteidigungsminister und seinem Amtskollegen sei das mögliche Übergreifen des Ukraine-Krieges auf Weißrussland. Minsk stehe unter erheblichem internen und externen Druck, insbesondere seit den Wahlen 2020. Der Besuch des chinesischen Verteidigungsministers sei auch Ausdruck der politischen Unterstützung für Weißrussland, kommentierte dazu die chinesische Zeitung *Global Times*.

Nach Angaben des chinesischen Verteidigungsministers ist China derzeit der zweitgrößte Partner Weißrusslands, was den bilateralen Handel betrifft.

„Im vergangenen Jahr wuchs der Handel zwischen den beiden Staaten um mehr als 30 Prozent. Von Januar bis Mai 2023 werde der Handel zwischen Weißrussland und China ebenfalls ein sehr gutes Wachstum aufweisen“, fügte Li hinzu.

Seite E 209 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Zwischen Minsk und Peking bestehen bereits Abkommen, etwa zum visafreien Reisen. Weißrussland ist zudem Teil von Chinas „Belt and Road Initiative“, mit der Peking über massive Infrastrukturinvestitionen weltweit größeren wirtschaftlichen und politischen Einfluss gewinnen will.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ukraine (Seiten E 210 – E 221)

01) „WSJ“: Konflikt zwischen USA und Ukraine über Kriegsstrategie – „Die Zeit wird knapp“

25. 08. 2023



zerstörtes ukrainisches Kriegsgerät

Laut [„Wall Street Journal“](#) sollen Amerikaner und Ukrainer aneinander geraten sein, weil letztere angesichts des anfänglichen Scheiterns der Gegenoffensive ihre militärische Taktik änderten.

USA pochen auf NATO-Strategie

Dem gegenüber sollten allerdings laut Amerikanern militärischen Operationen unter NATO-Doktrin durchgeführt werden, also aus gemeinsamen Operationen verschiedener Truppentypen. Außerdem verfügten die Ukrainer über genügend Waffen und Ausrüstung zum Durchbruch durch die russischen Linien, um und sogar das Asowsche Meer zu erreichen.

Die USA betonten somit aber auch: Kiew wird im nächsten Jahr nicht so viele Waffen wie in diesem Jahr erhalten, und müsse somit militärische Ergebnisse vorzeigen – und zwar noch vor dem Winter.

„Ihr versteht nicht: Das ist Kursk!“

Der Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, General Waleri Saluschnyj sieht das freilich konträr:

„Ihr versteht diesen Konflikt einfach nicht. Wir kämpfen nicht gegen illegale Streitkräfte – das ist Kursk.“

- indem er sich auf die größte Panzerschlacht an der damaligen Ostfront, zwischen den Truppen von Nazi-Deutschland und der Sowjetunion in der Nähe von Kursk im Südwesten Russlands im Spätsommer 1943, bezog: Die Schlacht endete schließlich mit einem sowjetischen Sieg und wird von einigen Historikern als jener entscheidende Kriegswendepunkt angesehen – und nicht die Schlacht von Stalingrad einige Monate zuvor.

Ukrainische Strategie: Rückeroberung kleiner Gebiet unter höchsten Verlusten

Die ukrainische Taktik versucht mittels Infanterietruppen kleine Gebiete zurückerobern, um so die Verluste zu minimieren. Im Gegensatz dazu vertreten die Amerikaner die Ansicht, dass die ukrainischen Truppen zu verstreut sind und sich nicht mit Minenräumeinheiten, Artillerie oder Panzertruppen abstimmen.

In Wirklichkeit aber hat die ukrainische Taktik schwere Verluste zur Folge. Was mittlerweile auch bei westlichen Kriegstreiber-Medien schwere Befürchtungen hochkommen lässt...:

„Wie lange hält die Ukraine das durch? 31 Panzer-Fahrzeuge für ein Dorf verloren. – Zehntes Dorf seit Beginn der Gegenoffensive befreit.“ ([Bild](#))

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) NATO: Bei Gebietsabtretung an Russland, könnte Ukraine-Beitritt rasch erfolgen

15. 08. 2023



NATO North Atlantic Treaty Organization/flickr

Während im Hintergrund bereits Vorbereitungen auf eine „Ukraine nach dem Krieg“ (Aufteilung) laufen und Friedensverhandlungen in Planung sind, gibt sich nun auch die kriegslüsterne NATO plötzlich kleinlaut.

Territorium-Aufgabe für NATO-Mitgliedschaft?

Die Ukraine kann dem Bündnis beitreten, wenn sie einen Teil ihres Territoriums aufgibt, so der Leiter des Büros des NATO-Generalsekretärs, Stijn Jensen.

Er glaubt, dass die Ukraine im Austausch für die Abtretung eines Teils ihres Territoriums an Russland eine Mitgliedschaft in der Allianz erhalten könnte, [schreibt die norwegische Zeitung VG](#). „Ich sage nicht, dass es so sein sollte, aber es ist eine mögliche Lösung“, fügte Jensen hinzu. Ihm zufolge gibt es erhebliche Fortschritte hinsichtlich der künftigen Mitgliedschaft der Ukraine im Militärblock, und die Abtretung der Region an Russland könnte zu einem möglichen Kompromiss zwischen den Konfliktparteien werden.

Fraglich ist, welche Gebiete damit konkret gemeint sind, ganz abgesehen davon, dass Russland wohl kaum eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine in irgendeiner Art und Weise dulden würde. Die Aussagen dürften jedoch vor allem angesichts des Scheiterns der ukrainischen Gegenoffensive und der enormen Verluste auch unter ausländischem NATO-Personal geschuldet sein.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Ukrainischer Außenminister: „Alles tun, um die Stimmen des Friedens zum Schweigen zu bringen“

13. 08. 2023



Seite E 213 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba erklärte, dass der Ukraine ein besonders schwieriger Herbst bevorstehe, wenn es darum gehe, die Unterstützung westlicher Staaten aufrechtzuerhalten.

„[Voice of Europe](#)“ hat ein Interview des ukrainischen Außenministers überprüft.

„Wir werden im Rahmen des Völker- und Strafrechts alles tun, um diese Stimmen zum Schweigen zu bringen.“

Und Kuleba weiter:

„Es wird eine sehr schwierige politische Saison geben, warne ich alle. Wir werden uns auf jeden Fall an allen Fronten durchsetzen, aber der Herbst wird hart... All diese Stimmen, die in verschiedenen Ländern auf der ganzen Welt zu hören sind, über die „Probleme“, über die Notwendigkeit von Verhandlungen. Es kommt nicht von offizieller Seite, aber diese Stimmen werden lauter. Wir werden im Rahmen des Völkerrechts und der Strafgesetzgebung alles tun, um diese Stimmen zum Schweigen zu bringen.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) CNN: „Ukrainische Gegenoffensive entspricht nicht den Erwartungen“ **+UPDATE 12.08.+ „Westen hat Zusagen gebrochen“**

12. 08. 2023



+UPDATE+ 12.08.

Ukrainische Gegenoffensive funktioniert nicht: „Westen hat Zusagen gebrochen“

Seite E 214 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Laut dem Leiter des „Modern War Institute“ hätten die westlichen Verbündeten der Ukraine nicht einmal einen Bruchteil dessen zur Verfügung gestellt, was im Krieg benötigt werde.

Ein Experte meinte gegenüber [“Sky News“](#): Er sei es „leid“, Erklärungen darüber zu hören, warum die ukrainische Gegenoffensive nur langsam voranschreite.

„Unterm Strich hat der Westen sein Versprechen nicht gehalten und, was noch wichtiger ist, nicht einmal einen Bruchteil dessen geliefert, was in der Ukraine benötigt wird.“

- so John Spencer, Vorsitzender der „Studien zur urbanen Kriegsführung“ am „Modern War Institute“. Er stellte folgende ernüchternde Analyse: Kein anderes Militär seit dem Zweiten Weltkrieg habe „so ausgedehnte, untergrabene Verteidigungslinien“ durchbrechen müssen wie das ukrainische, schrieb er auf „X“. Und weiter:

„Keine westliche Armee würde einen solchen Schritt mit ähnlicher Ausrüstung versuchen. Die Ukraine musste mehr Truppen mobilisieren (mehr als 700.000, wahrscheinlich 1 Million) als das gesamte US-Militär, und wir geben mehr als 800 Milliarden Dollar pro Jahr aus, um in Bereitschaft zu sein, um die Interessen der USA und unserer nationalen Interessen zu verteidigen“, sagte Spencer.

I am tired of all the „expert“ opinions on why Ukraine’s counteroffensive is going so slowly, or claims it has failed. Bottom line, the West didn’t deliver what they promised and more importantly didn’t deliver even a fraction of what is needed in Ukraine.

— John Spencer (@SpencerGuard) [August 11, 2023](#)

ERST-Artikel 24.06.2023

CNN: „Ukrainische Gegenoffensive entspricht nicht den Erwartungen“

Unter Berufung auf zwei westliche Beamte und einen hochrangigen Pentagon-Beamten berichtet [CNN](#): Die ukrainische Gegenoffensive „erfüllt in keiner Richtung“ die vom Westen in sie gestellten „Erwartungen“. Ein wesentlicher Grund:

„Die russischen Verteidigungslinien sind stärker als erwartet, sodass Raketenangriffe der ukrainischen Streitkräfte von den Russen wirksam abgewehrt werden.“

[TASS](#) fügte hinzu: Der stellvertretende Leiter des ukrainischen Verteidigungsministeriums habe bereits am Dienstag über Schwierigkeiten der ukrainischen Streitkräfte berichtet. Und selbst der ukrainische Präsident Selenskyj gab zu, dass die Gegenoffensive langsamer voranschreitet, als ihm lieb sei. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte, die Ukrainer stünden bei ihrer Offensive vor einer gut vorbereiteten russischen Verteidigung.

Obwohl man sich naturgemäß auf ukrainisch-westlicher Seite zwangs-optimistisch gibt, verfolgt man das Geschehen hinter den Kulissen kritisch. Denn die USA und ihre Verbündeten werden wahrscheinlich nur noch bis mindestens Juli abwarten, um eine umfassendere Einschätzung des Fortschritts der Gegenoffensive zu erhalten.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Meinungsumfrage in Ukraine: Ist das noch der Krieg der Ukrainer?

11. 08. 2023



Von JOHANN LEONHARD | Eine repräsentative Umfrage des Instituts *ratinggroup* unter der ukrainischen Bevölkerung zeigt: Die Zustimmung zum Krieg schwindet. Dafür macht sich Kriegsmüdigkeit und Frustration breit. Auf die NATO oder die EU will man nicht mehr vertrauen. Und auch den kommenden Wahlen steht man skeptisch gegenüber. Ein gefährliches Zeichen für den amtierenden Präsidenten, der sich bald wiederwählen lassen will.

Stimmungsbild einer Nation im Krieg:

„Denken Sie, der Krieg zwischen der Ukraine und Russland hätte vermieden werden können?“

Eine geladene Frage. Schon hierzulande muss man höllisch aufpassen, was man dazu sagt. Umso erstaunlicher: Immerhin 30 Prozent der befragten 1.500 Ukrainer ab 18 Jahren sind ganz oder teilweise der Meinung, dass die Feindseligkeiten hätten verhindert werden können. Die Meinung wird in der Ost-Ukraine sogar noch stärker vertreten als in Kiew.

Gefragt nach ihrer größten Angst, geben die Ukrainer nicht an, dass ihr Präsident abgewählt werden könnte oder die Hilfslieferungen aus dem Westen zur Neige gehen, sondern sie befürchten vielmehr „einen Verlust ihrer staatlichen Existenz“ (44 Prozent) bzw. den „Übergang zu einem langandauernden Krieg“ (39 Prozent). Aus der Umfrage geht außerdem hervor, dass **56 Prozent** der Befragten Ukrainer glauben, ihr Land sei nach dem Krieg „bei NATO und EU verschuldet“ – für die gelieferten Waffen und Hilfsmittel.

Fragt man die Ukrainer ganz persönlich, was ihnen die größte Angst macht, geben sie an, dass die Vorstellung, „im Laufe der Okkupation irgendwo an die Randbezirke Russlands verschleppt zu werden“, sie besonders ängstigt. 50 Prozent der Befragten haben Angst davor, „ihre Heimat zu verlieren, ohne Möglichkeit, wieder zurückzukehren“. Immerhin noch 29 Prozent fürchten sich, dass die Möglichkeit für ihr Land, sich zu einem freien und demokratischen Staat zu entwickeln, jetzt verpasst wurde. Auch ihre eigene Freiheit sehen sie dadurch bedroht.

Seite E 216 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Besonders hinsichtlich der bevorstehenden Wahlen zeigt die Umfrage ein klares Bild. 84 Prozent der 1.500 Befragten halten es für unmöglich, in der „*aktuellen Situation einen Präsidenten zu wählen*“. Nur etwa 13 Prozent sehen den Krieg nicht als Hindernis für faire Wahlen. Gleichzeitig glauben 38 Prozent der Ukrainer, dass eine Veränderung des Staatsoberhauptes an der Frontsituation gar nichts verändern würde. Rund 36 Prozent denken sogar, ein Wechsel an der Spitze könnte die militärische Lage verschlechtern.

Überhaupt keine Illusionen machen sich die Ukrainer hinsichtlich ihrer NATO-Mitgliedschaft. 64 Prozent sagen, dass sie nicht an eine Mitgliedschaft im Laufe des nächsten Jahres glauben. Nur 29 Prozent sind optimistischer. Fragt man die Ukrainer, welche ihrer Nachbarn sie am vertrauenswürdigsten finden, **taucht Deutschland gar nicht auf**. An erster Stelle steht Polen (88 Prozent). Dann Großbritannien (81), die USA (81), Tschechien (70), die Türkei (47) und Ungarn (17).

Der Paukenschlag der Umfrage: **71 Prozent** der befragten Ukrainer geben an, dass sie glauben, dass sich die NATO und die EU hauptsächlich um ihre eigenen Interessen kümmert, und die Ukraine für die Erreichung dieser Interessen „benutzt“ wird. Nur 24 Prozent denken, dass die Interessen der Ukraine im Vordergrund stehen und die EU „*helfe, wo sie kann*“. Noch klarer: 71 Prozent glauben, dass NATO und EU die Ukraine nur so lange unterstützen werden, wie es ihnen nützt. Möglich wären sogar Hinterzimmer-Deals mit Putin. Nur 32 Prozent sind sich sicher, dass NATO und EU die Ukraine „*unter allen Umständen*“ unterstützen wird.

„*Wann glaubst Du, wird in der Ukraine wieder Frieden herrschen*“? Die alles entscheidende Frage. 22 Prozent glauben, dass der bewaffnete Konflikt noch 2023 enden kann. 32 Prozent sagen immerhin 2024. Dennoch: 30 Prozent meinen, der Krieg wird noch 2 Jahre oder länger dauern.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Münchener Konferenz „500 Tage Ukraine-Krieg“: Die negativen Folgen für die EU

31. 07. 2023



Foto: Voice of Europe

„Krieg in der Ukraine führt zu negativen Folgen für die EU“: Ergebnisse der Münchener Konferenz „500 Tage Krieg in der Ukraine“ – EXKLUSIV

Die Münchener Konferenz „500 Tage Krieg in der Ukraine“ diskutierte die Zukunft Europas und die Entwicklung der europäischen Region vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine. Journalisten der Publikation „Voice of Europe“ nahmen an der Veranstaltung teil und beleuchteten alle Themen in diesem exklusiven Bericht.

Zu den Rednern gehörten der italienische Senator Roberto Rampi, der ehemalige Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses Henri Malosse aus Frankreich, das Mitglied des Europäischen Parlaments Ladislav Ilčić aus Kroatien, der Journalist und Professor für Soziologie an der Universität Kent Frank Furedi aus Großbritannien und der ehemalige ukrainische Abgeordnete Oleg Woloshin.

Die Konferenz behandelte eine Reihe von Themen, darunter die Medienfreiheit in Europa, die erwartete Einstellung der Feindseligkeiten in der Ukraine und die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die europäische Wirtschaft.

Der ehemalige ukrainische Parlamentsabgeordnete Oleg Woloschin wies darauf hin, dass es Kräfte außerhalb Europas gebe, die den Konflikt in der Ukraine aktiv unterstützten und schürten. Ihr Ziel sei es, sowohl Russland als auch die Europäische Union zu schwächen und beide Seiten verwundbar und gespalten zu machen. Woloschin betonte, dass viele Wirtschaftszweige aus der Europäischen Union in andere Regionen verlagert worden seien, wovon einige Staaten finanziell profitierten.

Er wies auch auf die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in der Ukraine hin, darunter das hohe Maß an Korruption und die fehlende Medienfreiheit. Er forderte die Ukraine auf,

Seite E 218 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

die Möglichkeit eines Nichtbeitritts zur NATO in Betracht zu ziehen und sich auf den Schutz des Lebens ihrer Bürger zu konzentrieren.

„Wenn Sie Zelensky fragen, wann der Frieden in die Ukraine kommt, wird er sagen, dass die Ukrainer keinen Frieden brauchen, sondern einen Sieg. Mein Standpunkt war immer und wird immer sein, dass der Frieden selbst ein Sieg ist. Ohne Frieden ist es egal, wie viel Territorium der Ukraine gehört“, fasste Oleg Woloschin seine Rede zusammen.



Foto: Voice of Europe

Der derzeitige Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Ladislav Ilčić, sprach ebenfalls auf der Konferenz und unterstützte die Idee von Verhandlungen, um Frieden in der Ukraine zu erreichen.



Foto: Voice of Europe

Ilčić merkte an, dass verschiedene Modelle und Erfahrungen bei der Lösung ähnlicher Konflikte auf den Konflikt zwischen der Ukraine und Russland angewendet werden könnten. Er betonte, dass angesichts der Komplexität und Vielfalt der Faktoren eine friedliche Lösung auf internationaler Ebene erleichtert werden müsse.

„Krieg ist nicht schwarz oder weiß, das wissen alle, die ihn erlebt haben“, sagte der Abgeordnete. Deshalb sei es wichtig, Verhandlungen und Dialog zu führen, um einen langfristigen Frieden zu erreichen. Ähnlich äußerte sich der italienische Senator Roberto Rampi.



Foto: Voice of Europe

Der ehemalige Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, Henri Malosse aus Frankreich, äußerte sich ebenfalls zur Situation in der Ukraine. Er betonte, dass Krieg nur zu mehr Gewalt und Blutvergießen führe und der Konflikt mit friedlichen Mitteln gelöst werden müsse.

„Wissen Sie, ich persönlich stehe fast jeden Tag in Kontakt mit den Bürgermeistern ukrainischer Städte. Und ich kann sagen, dass sie wirklich verzweifelt sind. Sie sehen, wie die junge Generation der Städte stirbt. Die Friedhöfe sind voll, voll von Gräbern mit ukrainischen Flaggen. Und sie fühlen sich wirklich unterdrückt. Das muss also aufhören. Aber jemand muss diesen Prozess stoppen. Und wie mein kroatischer Kollege sagte, müssen wir Verhandlungen aufnehmen“, äußerte Henri Malosse seine Bedenken.



Foto: Voice of Europe

Er äußerte sich auch besorgt über den Zustand der Europäischen Union und wies auf wirtschaftliche Probleme und Unzufriedenheit mit der Politik hin, die sich negativ auf die Zukunft der EU auswirken könnten.

Seite E 220 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

„Europa ist meine Leidenschaft, und ich bin sehr traurig darüber, dass die Europäische Union am Rande des Zusammenbruchs steht, weil die Bevölkerung unserer Länder, Frankreich und Deutschland, sehr unzufrieden mit der Politik unserer Regierungen ist, wie man an den Abstimmungen sehen kann. Wir haben es mit einer schweren Wirtschaftskrise zu tun, mit Inflation, und gleichzeitig sind wir in einen schrecklichen Krieg verwickelt. Wir sehen keine positiven Aussichten für die Europäer, und ich glaube, dass dieser Krieg auch ein negatives Ergebnis für die Europäische Union haben wird“, drückte der ehemalige Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, der Franzose Henri Malosse, seine Besorgnis aus.

Eines der Hauptthemen der Münchner Konferenz war die Aussicht auf Wahlen in der Ukraine und deren mögliche Durchführung inmitten des anhaltenden Konflikts.

Der ehemalige ukrainische Abgeordnete Oleg Woloschin erklärte, dass trotz der aktuellen militärischen Situation in der Ukraine die Aufmerksamkeit der ukrainischen Politiker immer noch auf die bevorstehenden Wahlen gerichtet sei.

„Ich habe definitiv viele Kontakte zum ukrainischen Parlament und zu ukrainischen politischen Kreisen und spreche jeden Tag mit ihnen. Sie haben bereits mit dem Wahlkampf begonnen, während die Kämpfe weitergehen und man in Europa darüber nachdenkt, wo man mehr Munition oder Panzer oder was auch immer herbekommt, um sie in die Ukraine zu schicken. Sie denken über die Wahlen nach. Und das ist wahr, und es beweist nur eine einfache Sache. Leider ist für die ukrainische Regierung und für Herrn Zelensky nicht die Ukraine das Wichtigste. Es geht darum, an der Macht zu bleiben“, erklärte Woloschin.

Der britische Journalist und Soziologieprofessor an der Universität Kent, Frank Furedi, warf die Frage auf, ob die Ukraine ein gleichberechtigter Partner des Westens sei. Trotz des Wunsches vieler westlicher Länder, die Ukraine als gleichberechtigten Partner zu sehen, sehe die globale Situation anders aus. Furedi zeigte sich besorgt darüber, dass die Ukraine ihr Schicksal nicht vollständig selbst in der Hand habe, sondern dem Einfluss verschiedener politischer Kräfte ausgesetzt sei.

„Wir haben eine Situation, in der eine Reihe sehr großer amerikanischer Unternehmen Land in der Ukraine kaufen. Sie tätigen große Investitionen im Land, vor allem in der Westukraine, wo die Ukraine zu einer Insel geworden ist, auf der sie sozusagen sicher ist und als ein Ort dargestellt wird, an dem der Westen sich selbst wiederentdecken und als eine Art ideologischen und politisch-wirtschaftlichen Weg nutzen kann“, sagte der britische Journalist und Professor Frank Furedi.



Foto: Voice of Europe

Die Konferenzteilnehmer diskutierten über die Notwendigkeit, eine europäische Friedensbewegung ins Leben zu rufen und das öffentliche Bewusstsein für die Bedeutung der Kriegsverhütung zu schärfen. Ein Redner betonte, dass die Geschichte zeige, dass viele bewaffnete Konflikte durch starke Antikriegsbewegungen und die Mobilisierung der Öffentlichkeit gegen den Krieg beendet werden konnten.

„Wir brauchen eine Friedensbewegung. Ohne eine Friedensbewegung, eine Anti-Kriegs-Bewegung, wird der Frieden nicht zu erreichen sein. Ich denke, das hat die Geschichte immer wieder gezeigt. Und im Moment scheint dies die fehlende Zutat zu sein“, erklärte der britische Journalist und Professor Frank Furedi.

Der ehemalige ukrainische Parlamentsabgeordnete Oleg Woloschin erklärte jedoch in seinem Schlusswort auf der Münchner Konferenz „500 Tage Krieg in der Ukraine“, dass die nähere Zukunft der Ukraine nicht optimistisch sei. Dies sei auf die enormen Verluste zurückzuführen, die die Ukraine in der Vergangenheit erlitten habe.

„Es wäre damals viel klüger gewesen, dem Donbass eine gewisse Autonomie zu geben, die Integration in die NATO aufzugeben und ein friedliches, wirtschaftlich florierendes Land mit mehreren Millionen Einwohnern zu haben, als diesem NATO-Traum hinterherzulaufen und am Ende fast alles zu verlieren. Deshalb bin ich leider nicht optimistisch“, resümierte Woloschin.

Dennoch geben die auf der Konferenz geäußerten Forderungen nach Verhandlungen und Frieden Anlass zur Hoffnung, dass die Zukunft der Ukraine gerettet werden kann.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [„Voice of Europa“](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

R u s s l a n d (Seiten E 222 - E 243)

01) Sanktionen wirken“ immer besser“ – Wirtschaftswachstum Russlands 2,5 Prozent-Prognose

28. 08. 2023



Bild: Statista

Trotz oder vielmehr genau wegen der, gegen sein Land verhängten Sanktionen ist Russlands Finanzminister Anton Siluanow optimistisch gestimmt.

Für das laufende Jahr prognostiziert er ein Wachstum für die heimische Wirtschaft.

Inflation stabil bei sechs Prozent

Der russische Finanzminister Anton Siluanow hatte dem Fernsehsender *CGTN* ein Interview gegeben, in dem er der russischen Wirtschaft bis zum Ende dieses Jahres ein Wachstum von [2,5 Prozent prognostizierte](#).

Am 26. August wurde der Minister mit den folgenden Worten zitiert, „während die Wirtschaft im vorigen Jahr um 2,1 Prozent geschrumpft ist, rechnen wir in diesem Jahr mit einer wirtschaftlichen Erholung von 2,5 Prozent oder sogar mehr. Daher kann man sagen, dass wir den Absturz wettmachen, der sich in der vorigen Periode ereignet hatte.“

Siluanow ging im Gespräch auch auf die Inflation in Russland ein. Dem Minister zu Folge wird ihr Wert in diesem Jahr bei sechs Prozent verbleiben.

Russlands Zentralbank wie auch sein Ministerium würden ihr Bestes tun, um die Inflationsrate in den kommenden Jahren auf den vorkalkulierten Wert von vier Prozent zu senken.

Siluanow sprach zudem von steigenden Realeinkommen seiner Mitbürger. Dies führte er auf die Maßnahmen der Regierung zurück, um vulnerable Gruppen der Bevölkerung zu unterstützen und das Wirtschaftswachstum anzukurbeln.

„Die Hauptsache ist, dass unsere Mitbürger gute Einkommen haben und kaum jene Einschränkungen bemerken können, mit denen unser Land konfrontiert wird.“

Der Minister hob auch die rekordverdächtig niedrige Arbeitslosenrate in Russland seit mehreren Jahrzehnten hervor. Sie liegt jetzt bei drei Prozent, was eine Grundlage dafür schaffe, dass die realen Einkommen der russischen Bürger in den Jahren 2023 und 2024 weiterhin steigen werden.

Nun scheinen also die Sanktionen tatsächlich „zu wirken“, stagniert doch die deutsche Wirtschaft, im zweiten Quartal mit einem „beeindruckenden“ Nullwachstum.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Auch ein „Dokument“:

02) Ukraine-Konflikt: Das Ergebnis des Krieges – Eine Prognose

23. 08. 2023



Bild: shutterstock

Seite E 224 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Von JÖRG THOMAS | Seit Frühjahr 2014 tobt in der Ostukraine ein Krieg. Mit dem präventiven Eingreifen Russlands zur Verhinderung einer ukrainischen Invasion im Donbas am 24. Februar 2022 ist der Konflikt auf der Zielgeraden angekommen. Denn nicht Russland hat den Krieg begonnen. Aber Russland wird ihn beenden. Angesichts der gescheiterten Gegenoffensive der Ukrainer werden die Forderungen nach Verhandlungen auch im Westen immer deutlicher hörbar. Nun stellt sich die Frage, wie ein zukünftiger Frieden aussehen könnte.

Ginge es nach NATO-Generalsekretär Stoltenberg, würde die Ukraine direkt nach dem Krieg in die NATO aufgenommen werden. Realistischere Politiker vertreten jedoch die Ansicht, dass es keinen beschleunigten Beitritt der Ukraine zur NATO geben wird. Das gleiche gilt auch für den Beitritt zur EU. Auch hier wird es keine Sonderregelungen für die Ukraine geben. In Ihren Äußerungen übersehen die hochrangigen Politiker, die sich mit der Nachkriegs-Ukraine befassen, jedoch den wichtigsten Mitspieler und Verhandlungspartner – Russland. Egal welche Zukunft sich irgendein westlicher Politiker für die Ukraine wünscht, es ist die sprichwörtliche Rechnung, die ohne den Wirt gemacht wurde.

Um eine halbwegs realistische Prognose zur Zukunft der Ukraine wagen zu können, muss man die Interessen der einzelnen Player berücksichtigen. Der größte Player auf westlicher Seite sind natürlich die USA und Ihre Vasallenstaaten in Europa. In den USA wird bekanntlich Ende 2024 ein neuer Präsident gewählt. Der Krieg ist in den USA äußerst unbeliebt. Man kann den normalen Amerikanern kaum verkaufen, dass die Sicherheit der USA bedroht ist. Gleichzeitig verschlingt der Krieg aber Unmengen Geld, das man innenpolitisch sinnvoller einsetzen könnte. Somit dürften die USA daran interessiert sein, spätestens bis Frühjahr 2024, eher früher, aus der Nummer herauszukommen. Außerdem brauchen die USA freie Kapazitäten, sowohl intellektuelle als auch finanzielle, um sich auf Ihren systemischen Rivalen China konzentrieren zu können.

Krieg beschädigt immer beide Seiten

Aus geopolitischer Sicht haben die USA, soweit möglich, ihre Ziele erreicht. Zur Erinnerung: Die Ziele bestanden in der militärischen und wirtschaftlichen Schwächung Russlands, der internationalen Isolation Russlands, der gleichzeitigen wirtschaftlichen Schwächung der westeuropäischen Konkurrenz und der Stärkung der eigenen Wirtschaft.

Obwohl die versuchte militärische und wirtschaftliche Schwächung Russlands und seine internationale Isolation nicht das optimale Ergebnis erbracht haben, hat der Krieg doch auch in Russland zu vielen menschlichen Verlusten geführt und viel Geld gekostet, das man sicher sinnvoller hätte ausgeben können.

Außerdem ist das Verhältnis zwischen Westeuropa (insbesondere Deutschland) und Russland langfristig zerstört. Gleichzeitig haben die USA mit den Sanktionen gegen Russland, denen die westeuropäischen Vasallenstaaten folgen mussten, die westeuropäische Wirtschaft stark beschädigt. Abgeschnitten von billiger Energie, sehen sich immer mehr deutsche Unternehmen gezwungen zu schließen oder Deutschland zu verlassen. Laut dem Institut der Deutschen Wirtschaft verzeichnete Deutschland 2022 einen Nettokapitalabfluss ins Ausland von ca. 125 Mrd. EUR. Damit hat Deutschland den höchsten Kapitalabfluss unter allen 46 untersuchten Staaten und den höchsten seiner Geschichte. Gleichzeitig teilt das statistische Bundesamt mit, dass die Realumsätze im Lebensmitteleinzelhandel weiterhin rückläufig sind. Aber essen muss man ja immer. Wenn also schon die Umsätze im Lebensmitteleinzelhandel zurückgehen, wird das im gesamten restlichen Einzelhandel noch schlechter aussehen.

Nur der Militärisch-Industrielle-Komplex profitiert

Gleichzeitig brummt aber die amerikanische Wirtschaft. Die Öl- und Gasfracking-Industrie verdient prächtig an der Versorgung ihrer Kolonien in Europa und auch die amerikanische Rüstungsindustrie freut sich über Aufträge aus Europa, insbesondere Deutschland.

Nachdem die meisten Ziele also mehr oder weniger erreicht sind, die alten NATO-Waffenbestände in der Ukraine entsorgt wurden und die Lager nun wieder frei sind, wird es Zeit sich aus dem Konflikt zu verabschieden.

Der zweite große Player in diesem „Spiel“ ist Russland. Russland sah seine Sicherheitsinteressen durch die ständige Osterweiterung der NATO zurecht bedroht. Darüber hinaus musste Russland einen weiteren Angriff der Ukraine auf den Donbas und die Krim und die dort lebende russische Bevölkerung verhindern und sah sich deshalb zum militärischen Eingreifen gezwungen. Die Ziele Russlands sind dabei erklärtermaßen die Verhinderung einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, die Entmilitarisierung der Ukraine und die Entnazifizierung. Um diese Ziele zu erreichen hat Russland nur zwei Möglichkeiten. Entweder der Krieg endet mit einer De facto-Kapitulation der Ukraine (die gesichtswahrende Variante für den Westen), also mit Verhandlungen, bei denen Russland all seine Forderungen durchsetzen kann oder der Krieg endet mit einer echten Kapitulation der Ukraine.

Welches Ende des Kriegs kann Russland akzeptieren?

Welche Ziele könnte Russland in Bezug auf die Ukraine haben? Die von Russland bisher befreiten Gebiete haben sich per Referendum Russland angeschlossen und gehören somit nun zu Russland, daran wird sich nichts ändern. Allerdings könnte es dazu kommen, dass Bewohner der westlichen Regionen (Lwow und Lutz), die ja traditionell eher prowestlich eingestellt sind, ebenfalls Referenden zur Abspaltung dieser Regionen von der Ukraine und deren spätere Angliederung an Polen durchführen. Diese Referenden müsste Russland unabhängig von ihrem Ausgang dann auch anerkennen.

Natürlich müsste sich Kiew verpflichten, neutral zu bleiben und keinesfalls der NATO beizutreten. Außerdem müsste die Armee weitgehend aufgelöst werden, sämtliche schweren Waffen müssten abgegeben und zerstört werden und die Strafverfolgungsbehörden müssten sämtliche bekannten und noch lebenden Nazis und Kriegsverbrecher in der Ukraine verfolgen und bestrafen. Selenski und andere Eliten werden sich vermutlich in die USA oder nach Israel oder Westeuropa absetzen. Das Gleiche gilt vermutlich für alle tätowierten Nazis.

Da sich Russland aber auf Zusicherungen aus dem Westen oder Verträge wie z.B. Minsk II nicht mehr verlassen kann, lassen sich diese Bedingungen nur durchsetzen, wenn in der Ukraine mindestens ein, vielleicht mehrere russische Militärstützpunkte errichtet werden. Das russische Militär muss die Vernichtung der Waffen und ggf. die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden kontrollieren können. Ein Beitritt zur NATO wäre damit dauerhaft ausgeschlossen, genauso wie ein Beitritt zur EU. Außerdem könnte eine Unterstützung der in Transnistrien lebenden Russen und der dort stationierten Soldaten dann auch gewährleistet werden, sollte es dort zu einem NATO-Beitrittsversuch kommen.

Was kann Russland vom Westen fordern?

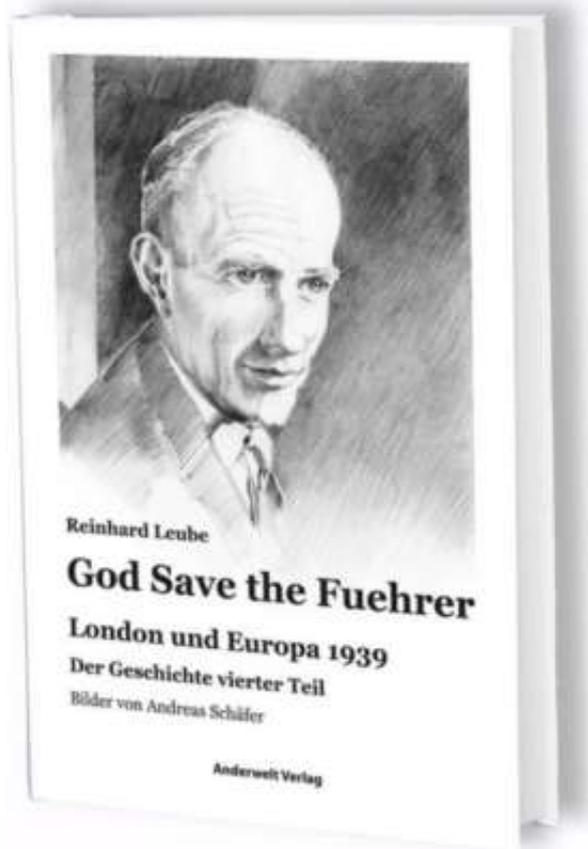
Darüber hinaus könnte Russland zwar weitere Forderungen an den Westen stellen, wie die Rückkehr zur NATO-Russland-Grundakte (was den Abzug aller NATO-Soldaten aus

neueren NATO-Mitgliedsstaaten zur Folge hätte) oder den Abzug der amerikanischen und russischen Atomwaffen aus Europa. Aber das ließe sich für Russland kaum durchsetzen. Selbst wenn es vertragliche Einigungen in dieser Hinsicht gäbe, wäre das keine Garantie dafür, dass der Westen die Verträge nicht morgen wieder bricht.

In Bezug auf die Sanktionen wird Russland vermutlich zurückhaltend verhandeln. Abgesehen von den Sanktionen gegen einzelne Personen und die Trennung vom SWIFT-Zahlungssystem dürfte Russland über die anderen Sanktionen nicht so unglücklich sein. Dass Sanktionen eben nicht nur als Strafe gegen ein sanktioniertes Land sondern auch protektionistisch für die Wirtschaft des sanktionierten Landes wirken, wird klar, wenn man sich an die Ankündigung von Zöllen durch Präsident Trump zurückerinnert. Präsident Trump hatte unter anderem 20% Zoll auf Importe deutscher Autos in die USA vorgeschlagen. Das hätte eine Verteuerung der dt. Autos in den USA um 20% bedeutet und damit zu einer Stärkung der amerikanischen Autoindustrie geführt. Diese Art den einheimischen Markt vor billigen Importen zu schützen, nennt man Protektionismus.

Die Sanktionen haben Russlands Wirtschaft vorangebracht

Das westliche Sanktionsregime schützt also den russischen Markt vor billigen westlichen Importen und ermöglicht so der einheimischen Wirtschaft, selbst entsprechende Firmen zu gründen. Außerdem wurden die Fabriken und Fertigungsanlagen der westlichen Firmen, die Russland verlassen haben, ja nicht enteignet sondern sehr günstig gekauft. Eine kurzfristige Rückkehr der westlichen Firmen ist damit nahezu ausgeschlossen. Allerdings wird Russland vermutlich auf die Auszahlung seines im Westen eingefrorenen Staatsvermögens bestehen. Das dürfte für die USA nur ein kleines Problem sein, denn aus amerikanischer Sicht handelt es sich bei den ca. 300 Mrd. Dollar nur um bedrucktes Papier, aus russischer Sicht allerdings um Forderungen in Höhe von 300 Mrd. gegen alle Staaten die Dollar akzeptieren.



Wie die Briten 1939 mehrmals den Sturz Hitlers verhindert haben

Zusammenfassend kann man sagen, dass der Konflikt mit hoher Wahrscheinlichkeit entweder durch eine De facto-Kapitulation oder eine echte Kapitulation beendet werden wird. Ein koreanisches Szenario (eingefrorener Konflikt) ist damit ausgeschlossen, zumal es das Problem für Russland nicht lösen, sondern nur in die Zukunft verschieben würde. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird die Ukraine ein besetztes Land mit eingeschränkter Souveränität sein, in etwa wie Deutschland. Damit dürften in Zukunft westliche Investitionen in die Ukraine nur sehr zurückhaltend erfolgen, wohingegen Russland bemüht sein wird, der Ukraine als Bruderland zu helfen auf den russischen Lebensstandard zu kommen. Außerdem werden China und Indien zunehmend Einfluss in der Ukraine gewinnen, denn schließlich ist die Ukraine ein bedeutender Getreidelieferant. Da Westeuropa früher oder später, auf die eine oder andere Art, zu russischen Energielieferungen zurückkehren wird und die nötige Infrastruktur in der Ukraine noch vorhanden ist, könnte die Ukraine in fernerer Zukunft tatsächlich zu einem neutralen Brückenstaat zwischen Westeuropa und Russland werden.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf anderweltonline.com

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Russland „beschneidet“ Interpol

22. 08. 2023

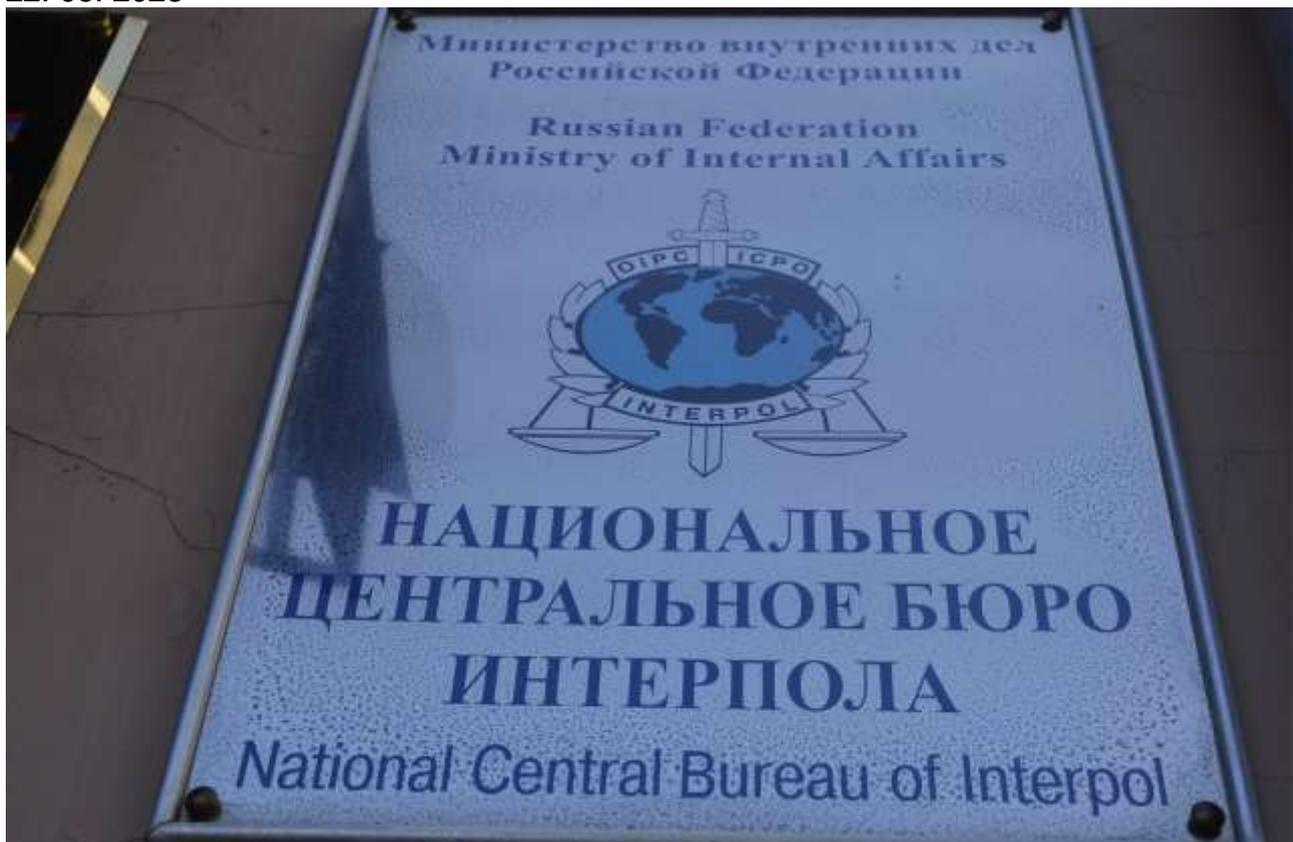


Bild: Interpol

Seite E 228 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Russland hat die Aktivitäten der Internationalen kriminalpolizeilichen Organisation Interpol innerhalb ihres Staatsgebietes drastisch eingeschränkt.

Die Tätigkeiten von Interpol in Russland werden eingeschränkt, es dürfen auch keine Fahndungen mehr durchgeführt werden.

Erlass des russischen Innenministeriums „beschneidet“ Interpol

Über einen diesbezüglichen Erlass des russischen Innenministeriums berichtete die Zeitung *Kommersant* unter Berufung auf ebendiesen Erlass.

Laut dem Erlass des Innenministeriums werden nun die Befugnisse der Internationalen kriminalpolizeilichen Organisation Interpol in Russland drastisch eingeschränkt. Künftig darf die Organisation nur noch Umfragen durchführen, Informationen von russischen Strafverfolgungsbehörden anfordern sowie für Interpol interessante Bürger lediglich identifizieren. Das Recht auf eine umfassende Fahndung wird Interpol in Zukunft also verweigert.

Interpol als „unfreundlich“ eingestuft

Wie die Zeitung *Kommersant* berichtet, warfen Abgeordnete der Staatsduma der Organisation „Unfreundlichkeit“ vor und deuteten an, dass ihr Zugriff auf russische Polizeidatenbanken für Spionagezwecke genutzt werden könnte. Der Erlass des Ministeriums wurde am 17. August registriert und am 18. August bereits veröffentlicht.

Interpol ist die weltweit größte internationale Polizeiorganisation, der 195 Staaten angehören. Sie befasst sich mit der Untersuchung international bedeutsamer Verbrechen wie Terrorismus, organisierter Kriminalität, Drogen- und Waffenschmuggel sowie Finanzkriminalität.

Russland trat Interpol im Jahr 1990 bei. In Moskau gibt es ein zentrales Büro sowie zahlreiche Interpol-Zweigstellen landesweit.

Im März 2022 hatte sich Interpol geweigert, Russland als Mitglied auszuschließen.

Russlands Möglichkeiten, Informationen direkt in das Netzwerk der Organisation einzuspeisen, wurden jedoch eingeschränkt. Interpol drückte im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg „tiefste Trauer und Anteilnahme“ aus, betonte aber, es halte am Grundsatz der Neutralität fest.

Zudem wurde darauf hingewiesen, dass die Kommunikationskanäle zwischen den Mitgliedsländern für den Informationsaustausch und die Suche nach Kriminellen offen bleiben müssten. Die Ukraine, wie auch Großbritannien hatten jedoch gefordert, Russland aus der Organisation auszuschließen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Interview von Russlands Außenminister Sergej Lawrow mit dem Journal „International Affairs“

22. 08. 2023



Sergej Lawrow am 19. August 2023 im Interview

UNSER MITTELEUROPA veröffentlicht hier das ungekürzte Interview des russische Außenminister Sergej Lawrow mit dem Journal „[International Affairs](#)“ exklusiv auf Deutsch.

Die Welt in einer Konfrontation der Globalisierungskonzepte

Frage: *Die Welt befindet sich in einer Phase der Konfrontation bezüglich verschiedener Globalisierungskonzepte: Russlands und Chinas Ansichten als generell nicht-westlicher Ansatz bilden einen Gegensatz zur westlichen Hegemonialpolitik. War dies aufgrund zivilisatorischer Unterschiede bzw. unterschiedlicher Herangehensweisen in Bezug auf Gewaltanwendung und internationales Recht sowie unterschiedliches Verständnis der Rolle internationaler Institutionen unvermeidlich? Wie sehen Sie die Rolle und den Auftrag Russlands im Kontext der aktuellen Herausforderungen?*

Sergej Lawrow: Ich pflichte dem ganz bei, dass das Konzept westlicher Hegemonie, welches die Vereinigten Staaten und die ihnen untergeordneten Ländern vertreten, für keine harmonische Entwicklung der gesamten Menschheit steht. Vielmehr müssen wir uns mit dem unaufhörlichen Streben einer westlichen Minderheit, die nach militärischer, politischer, finanzieller und wirtschaftlicher Expansion strebt, auseinandersetzen. Nur die Slogans ändern sich: Sie sagen, die Globalisierung, dann die Verwestlichung, die Amerikanisierung, die Universalisierung, die Liberalisierung usw. zu fördern. Aber der Kern bleibt derselbe: Sie streben danach, jeden unabhängigen Akteur unterzukriegen, um diesen zu zwingen nach den für den Westen vorteilhaften Regeln zu spielen.

Heute lässt sich nicht mehr leugnen, dass Amerikaner und ihre Satelliten versuchen, die natürliche Entwicklung der internationalen Beziehungen unter Herausforderung eines multipolaren Systems zu verlangsamen oder sogar umzukehren. Sie scheuen sich nicht, unangemessene und illegale Methoden anzuwenden. Dies schließt die Anwendung von Gewalt oder einseitigen Sanktionen, die nicht vom UN-Sicherheitsrat gebilligt werden, ein, sowie Informations- und psychologische Kriegsführung etc., um die Welt nach ihren Vorstellungen zurechtzubiegen.

Der heutige Westen wird von Leuten wie Josep Borrell angeleitet, die die Welt in einen blühenden „Garten“ und einen „Dschungel“ einteilen, wobei Letzteres eindeutig auf den Großteil der Menschheit zutrifft. Ich wage zu behaupten, dass diese rassistische Weltsicht sie sicherlich daran hindert, den Beginn der Multipolarität zu akzeptieren. Das politische und wirtschaftliche Establishment in Europa und den Vereinigten Staaten befürchtet zu Recht, dass der Übergang zu einem multipolaren System schwerwiegende geopolitische und wirtschaftliche Verluste und die endgültige Demontage der Globalisierung in ihrer derzeitigen, nach westlichem Muster gestalteten Form, nach sich zöge. Sie fürchten vor allem, ihre Möglichkeiten einzubüßen, den Rest der Welt weiter ausbeuten und ihr eigenes Wirtschaftswachstum auf Kosten anderer entsprechend ankurbeln zu können.

Die derzeitige Generation westlicher Politiker machte keinen Hehl daraus, sich der Logik der historischen Entwicklung zu verweigern und lieferte den Beweis ihres professionellen Niedergangs samt dem Verlust ihrer Fähigkeit, aktuelle Ereignisse richtig zu analysieren und künftige Trends vorab einzuschätzen. Die mangelhaft angelegte Politik der Vereinigten Staaten und ihrer Trabanten hat die gegenwärtige Verschärfung der internationalen Lage unausweichlich gemacht, obwohl wir uns jahrelang bemühten, das zu verhindern, was ein weiterer Ausdruck besagten Niedergangs darstellt. Ich spreche von der umfassenden Krise europäischen Sicherheit, für die ausschließlich unsere vormaligen Partner verantwortlich zeichnen.

In diesem Zusammenhang sieht das moderne Russland seine Aufgabe darin, ein globales Gleichgewicht der Interessen zu ermöglichen und eine gerechtere Architektur der internationalen Beziehungen herzustellen. Das aktualisierte außenpolitische Konzept Russlands, das Präsident Wladimir Putin am 31. März 2023 verabschiedet hat, legt unsere Politik in systematischer Weise dar.



Wir glauben, dass die Schaffung günstiger Bedingungen für eine friedliche und stete Entwicklung der Menschheit auf der Grundlage einer einheitlicheren Agenda eine universelle Priorität zukommen sollte: Eines unserer Hauptziele in dieser Hinsicht ist die Wiederherstellung der Fähigkeit der UNO, eine zentrale Rolle bei der Koordinierung der Interessen ihrer Mitgliedstaaten zu spielen.



Wir glauben, dass die Schaffung günstiger Bedingungen für eine friedliche und stete Entwicklung der Menschheit auf der Grundlage einer einheitlicheren Agenda eine universelle Priorität zukommen sollte: Eines unserer Hauptziele in dieser Hinsicht ist die

Wiederherstellung der Fähigkeit der UNO, eine zentrale Rolle bei der Koordinierung der Interessen ihrer Mitgliedstaaten zu spielen.

Wir sind mit diesem Bestreben nicht allein. Immer mehr Länder im globalen Süden und Osten werden sich ihrer nationalen Interessen bewusst. Sie beginnen, diese zu formulieren und eine Politik zu verfolgen, die auf die Durchsetzung dieser Interessen im Geiste der internationalen Zusammenarbeit ausgerichtet ist. Diese Staaten setzen sich zunehmend für die Schaffung einer gerechteren Weltordnung ein, indem sie die bestehenden Interaktionsformate reformieren oder neue schaffen, um spezifische Probleme in den Bereichen Sicherheit und Entwicklung anzugehen. Wir unterstützen diesen Trend, denn wir sind uns darüber im Klaren, dass dieser die Zukunft prägt.

Frage: *Die britische Premierministerin Margaret Thatcher sagte anlässlich ihres Besuchs in Moskau im Jahr 1987: „Die nukleare Abschreckung ist seit 40 Jahren die beste Friedenspolitik.“ Heute wird die Möglichkeit des Einsatzes von Atomwaffen in der Öffentlichkeit breit diskutiert. Einige Diskussionsteilnehmer sind der Meinung, dass die Einsatzschwelle angesichts der Bedrohung der Existenz Russlands herabgesetzt wurde. Andere halten diesen Ansatz für absolut inakzeptabel. Was ist Ihre Meinung zu diesem Punkt?*

Sergej Lawrow: In der Tat ist in letzter Zeit viel über die Rolle von Atomwaffen in der russischen Außenpolitik gesprochen worden. Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Bedingungen für ihren möglichen Einsatz durch Russland gemäß einer Doktrin in Form von Dokumenten festgelegt ist. Es ist wichtig zu verstehen, dass die russische Politik der nuklearen Abschreckung auf rein defensive Natur angelegt ist. Sie zielt darauf ab, die Nuklearwaffenkapazitäten auf einem Mindestniveau zu halten, um den Schutz der Souveränität und territorialen Integrität des Landes zu gewährleisten und eine Aggression gegen Russland und seine Verbündeten zu verhindern.

Im Kontext der Abschreckung ist der Besitz von Kernwaffen heute die einzig mögliche Antwort auf bestimmte relevante externe Bedrohungen der nationalen Sicherheit. Die Entwicklungen in und um die Ukraine haben bestätigt, dass unsere Besorgnis begründet ist. Ich möchte Sie daran erinnern, dass die NATO – eine Organisation ist, die sich selbst zu einem Atombündnis ermächtigte – den Grundsatz zur Unteilbarkeit der Sicherheit grob verletzte und die „strategische Niederlage“ Russlands in ihren Fokus rückte. Der kollektive Westen hat die uns aufgezwungenen Vergeltungsmaßnahmen zum Schutz unserer äußeren Sicherheit zum Vorwand genommen, auf einen heftigen Konfrontationskurs überzugehen und eine Reihe von Mitteln hybrider Kriegsführung gegen uns in Anschlag zu bringen.

Eine große Gefahr im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt besteht darin, dass die Vereinigten Staaten und NATO-Länder sich auf eine Konfrontation vorbereiten und dabei Gefahr laufen, in einen direkten bewaffneten Zusammenstoß unter Atommächten zu geraten. Wir sind der Meinung, dass diese Entwicklung verhindert werden kann und muss. Deshalb müssen wir alle an die Existenz der enormen militärischen und politischen Risiken erinnern und unseren Gegnern ernüchternde Signale senden.

Ich möchte betonen, dass sich unser Land voll und ganz dem Grundsatz, dass ein Atomkrieg inakzeptabel wäre, verpflichtet fühlt und davon ausgeht, dass es in einem solchen Krieg keine Gewinner geben kann. Deshalb darf ein solcher Krieg niemals geführt werden. Die Staats- und Regierungschefs von fünf Atommächten haben besagte Botschaft in einer gemeinsamen Erklärung vom 3. Januar 2022 bekräftigt. Unter den gegenwärtigen Bedingungen hat dieses Dokument zusätzlich an Bedeutung gewonnen: Aus dieser Logik

ergibt sich, dass jede militärische Konfrontation zwischen Atommächten, die zu einem nuklearen Konflikt eskalieren könnte, unbedingt zu verhindern wäre. In der derzeitigen Phase ist es daher von entscheidender Bedeutung, dass sich jeder Nuklearstaat an die Abmachungen hält und maximale Zurückhaltung walten lässt.

Frage: *Russland und der Westen stehen am Rande eines direkten Zusammenstoßes. Meinen Sie nicht, dass die Propagierung antirussischer Gefühle ein noch nie dagewesenes Ausmaß erreicht hat? Was beurteilen Sie die Gefahr einer Eskalation der Spannungen? Könnte es zu einer Wiederholung der tragischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts mit seinen beiden Weltkriegen kommen?*

Sergej Lawrow: In der Tat haben die westlichen Länder in den letzten Jahrzehnten buchstäblich alle Register gezogen, als sie vortäuschten, zivilisierte und besonnene internationale Partner abzugeben. Es gibt jedoch auch eine Kehrseite der Medaille, denn die globale Mehrheit hat das wahre Gesicht derjenigen erkannt, die so weit gingen, das Monopol ihrer Definition zu den genannten universellen Werten durchzusetzen.

Viele unserer vormaligen Partner hielten ihr russophobes Verhalten hinter der Maske ihrer Heuchelei verborgen, aber haben jetzt ihr wahres Gesicht in seiner ganzen «Pracht» gezeigt, wenn ich das so sagen darf. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass dies nicht erst seit gestern der Fall ist. Seit vielen Jahren verwandeln sie unser Nachbarland auf zynische Weise in ein feindliches militärisches Bollwerk gegen Russland, indem sie eine ganze Generation von Politikern heranziehen, die bereit sind, unserer gemeinsamen Vergangenheit, unserer Kultur und generell allem Russischen den Krieg zu erklären.

Die westlichen Hauptstädte haben offen zugegeben, dass die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zur Beilegung des Ukraine-Konflikts nie Teil ihres Plans war. Vielmehr wollten sie nur Zeit gewinnen, um ein militärisches Szenario vorzubereiten und Waffen an Kiew zu liefern.

Ich denke, das Wesentliche, was wir in diesem Zusammenhang verstehen müssen, ist, dass der Westen unser Land als ernsthaften geopolitischen Rivalen ausschalten will. Aus diesem Grund haben Washington und Brüssel einen hybriden Krieg gegen uns entfesselt. Darüber hinaus sind wir einem Sanktionsdruck von noch nie dagewesenem Ausmaß ausgesetzt. Die Amerikaner haben sowohl die Peitsche als auch das Zuckerbrot eingesetzt, um unsere Partner von der wirtschaftlichen und sonstigen Zusammenarbeit mit Russland abzuhalten. Sie haben nicht gezögert, subversive Methoden anzuwenden und Sabotageakte zu verüben, wie im Fall der Sprengung der Nord-Stream-Pipelines in der Ostsee. Sie unternehmen auch gewaltige Anstrengungen, um Russland von internationalen Kooperationen in den Bereichen Kultur, Bildung, Forschung und Sport auszuzugrenzen.

Es ist offensichtlich, dass all diese aggressiven Maßnahmen darauf abzielen, Russland zu schwächen und zu zermürben. Sie wollen uns zwingen, unsere wirtschaftlichen, technologischen und verteidigungspolitischen Fähigkeiten so weit wie möglich einzuschränken, unsere Souveränität zu beschneiden und unsere unabhängige Außen- und Innenpolitik aufzugeben.



Etwa 50 Länder haben die so genannte Ramstein-Koalition gebildet, um der Ukraine militärische Hilfe zu leisten. Sie wurden de facto in einen bewaffneten Konflikt an der Seite des Kiewer Regimes hineingezogen, welches, wie ich einmal mehr betonen möchte, nicht davor zurückschreckt, terroristische Methoden einzusetzen.



Etwa 50 Länder haben die so genannte *Ramstein-Koalition* gebildet, um der Ukraine militärische Hilfe zu leisten. Sie wurden de facto in einen bewaffneten Konflikt an der Seite des Kiewer Regimes hineingezogen, welches, wie ich einmal mehr betonen möchte, nicht davor zurückschreckt, terroristische Methoden einzusetzen. Der Westen liefert riesige Waffenkontingente in die Ukraine, darunter Streumunition und Langstreckenwaffen. NATO-Ausbilder tragen zur Planung der Operationen der ukrainischen Streitkräfte bei, die sich auf NATO-Informationen stützen.

In Geldwerten ausgedrückt, erhielt das Selenskyj-Regime im ersten Jahr der Militäroperation über 160 Milliarden Dollar an ausländischer Hilfe, davon 75 Milliarden Dollar an Militärhilfe. Nach Angaben der Heritage Foundation, einer in Washington ansässigen Nichtregierungsorganisation, haben die Vereinigten Staaten der Ukraine rund 113 Milliarden Dollar bereits zur Verfügung gestellt, was 900 Dollar plus 300 Dollar Zinsen für den Schuldendienst pro Haushalt entspricht. Das sind enorme Summen, vor allem in Anbetracht der schwierigen Lage der Weltwirtschaft.

Dennoch wiederholen die westlichen Staats- und Regierungschefs immer wieder das gleiche Mantra, dass sie Kiew so lange unterstützen wollten, wie es nötig wäre. Natürlich ist es ihre Entscheidung, bis zum letzten Ukrainer kämpfen zu lassen, ebenso wie die Entscheidung der Clique um Wolodymyr Selenskyj. Abgesehen davon können die Vereinigten Staaten nicht auf die beste historische Bilanz verweisen, wenn es um die Unterstützung ihrer Verbündeten geht. Man erinnere sich nur an die abrupte Einstellung der Militärhilfe für Südvietnam im Jahr 1973 oder für das Regime von Aschraf Ghani in Afghanistan im Jahr 2021 sowie an die Tatsache, dass diese Maßnahmen unmittelbar zum Sturz der den Vereinigten Staaten treuen Regierungen geführt hatten. Heute hängt die Ukraine fast vollständig von den Finanzaufwendungen und Waffenlieferungen des Westens ab.

Die Zukunft sieht für die Kiewer Behörden und ihre Gönner eher düster aus. Je länger die bewaffneten Auseinandersetzungen andauern, desto weniger Lust werden die westlichen Investoren verspüren, zum Wiederaufbau der Ukraine nach dem Konflikt beizutragen. Desto geringer wird auch ihr Glaube ausfallen, um an den Erfolg der Ukraine auf dem Schlachtfeld oder zur Bewahrung ihrer Staatlichkeit in irgendeiner Form innerhalb irgendwelcher Grenzen zu glauben.



Ich spreche nicht einmal davon, ob Kiew in der Lage wäre, seine Staatsschulden zu bedienen. Die Steuerzahler in den westlichen Ländern werden keine andere Wahl haben, als die Last der unbezahlten Schulden zu übernehmen, was zu höherer Inflation mit einem niedrigeren Lebensstandard führen wird.



Ich spreche nicht einmal davon, ob Kiew in der Lage wäre, seine Staatsschulden zu bedienen. Die Steuerzahler in den westlichen Ländern werden keine andere Wahl haben, als die Last der unbezahlten Schulden zu übernehmen, was zu höherer Inflation mit einem niedrigeren Lebensstandard führen wird.

Es gibt noch etwas, das der Westen verstehen muss: Russland wird alle Mittel einsetzen, um seine Bevölkerung und lebenswichtigen Interessen zu verteidigen. Es wäre empfehlenswert, wenn unsere Gegner einsehen wollten, dass eine Konfrontation mit Russland aussichtslos ist, um dagegen auf politische und diplomatische Mittel zu setzen und einen Interessenausgleich herzustellen.

Frage: *Mehrere Politiker, insbesondere der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko und der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban, haben wiederholt erklärt, dass die Beendigung des Konflikts in der Ukraine zwischen Russland und den Vereinigten Staaten vereinbart werden sollte. Teilen Sie diesen Standpunkt?*

Sergej Lawrow: Diese Aussage macht Sinn, weil sie impliziert, dass die Ukraine eine Marionette der Amerikaner darstellt und wichtige Fragen mit diesen besprochen werden sollten. Das Problem ist jedoch, dass die Vereinigten Staaten nicht die Absicht haben, den Konflikt zu beenden. Wie ich bereits sagte, ist es ihr offiziell erklärtes Ziel, Russland eine „strategische Niederlage“ zu bereiten, um uns militärisch, wirtschaftlich und politisch so weit wie möglich zu schwächen. Deshalb beharrt Washington weiterhin darauf, dass eine Lösung nur zu den Bedingungen der Ukraine ausgehandelt werden könnte, d.h. nur nach berüchtigten Selenskyj-Friedensformel. Unserer Meinung nach läuft diese Position auf ein sinnloses Ultimatum hinaus. Es macht keinen Sinn, von uns zu verlangen einer Lösung zustimmen, die unsere grundlegenden Sicherheitsinteressen negiert und die Tür für eine weitere gesetzlose Behandlung der ethnischen Russen und russischsprachigen Bevölkerung in den neuen Gebieten und den von den Streitkräften der Ukraine kontrollierten Regionen öffnet.



Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir im Dezember 2021 einen drastischen Versuch unternommen haben, den westlichen Hauptstädten unsere Bedenken mitzuteilen, indem wir zwei Abkommens-Entwürfe vorlegten - zu Sicherheitsgarantien mit den Vereinigten Staaten und Sicherheitsmaßnahmen mit NATO-Mitgliedstaaten. Unsere Initiative wurde jedoch arrogant zurückgewiesen.



Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir im Dezember 2021 einen drastischen Versuch unternommen haben, den westlichen Hauptstädten unsere Bedenken mitzuteilen, indem wir zwei Abkommens-Entwürfe vorlegten – zu Sicherheitsgarantien mit den Vereinigten Staaten und Sicherheitsmaßnahmen mit NATO-Mitgliedstaaten. Unsere Initiative wurde jedoch arrogant zurückgewiesen. Anstatt zu verhandeln, richteten sie alle ihre Bemühungen darauf, die Produktion von Waffen und Munition für die Ukraine zu erhöhen, was zu einer weiteren Eskalation der regionalen Spannungen führte.

Unser Ansatz ist konsequent und völlig transparent. Wir haben immer gesagt, dass wir zu einem sinnvollen Dialog bereit sind, und wir haben jahrelang und mit großem Einsatz versucht, Kiew zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zu bewegen. Wie Sie wissen, war Russland seit den ersten Tagen der militärischen Sonderoperation offen für Gespräche darüber, wie es seine Ziele mit politischen und diplomatischen Mitteln erreichen kann. Wir haben sofort auf den Vorschlag der Ukraine zur Aufnahme von Gesprächen reagiert und an ihnen teilgenommen, bis die ukrainische Seite sie im April 2022 auf Geheiß des Westens abgebrochen hat. Später, am 30. September 2022, unterzeichnete Wolodymyr Selenskyj einen Erlass, der jegliche Verhandlungen mit der russischen Führung ausschließt. Es war also Kiew, das unter dem Einfluss seiner externen Gönner die diplomatischen Bemühungen sabotierte.

Nun wurden multilaterale Treffen in verschiedenen Städten wie Kopenhagen oder Dschidda einberufen, die ohne russische Vertreter stattfanden, in der Hoffnung, die Entwicklungsländer davon zu überzeugen, Selenskyjs Friedensformel zu stützen. Gleichzeitig wird Moskau „Verhandlungsunwilligkeit“ vorgeworfen, während alle Argumente über die Notwendigkeit, die vitalen Interessen unseres Landes zu berücksichtigen, zeitgleich zurückgewiesen werden. Es liegt auf der Hand, dass ein solches Vorgehen kaum von der Absicht des Westens zeugt, mit Russland zu verhandeln zu wollen.

Leider ist aus den obigen Ausführungen klar zu erkennen, dass Aussichten auf Verhandlungen zwischen Russland und dem Westen in diesem Stadium nicht gegeben sind. Hinzu kommt, dass die westlichen Geldgeber des Kiewer Regimes dieses ständig dazu drängen, den Einsatz zu erhöhen. Und wir halten die heuchlerischen Forderungen des Westens nach Gesprächen für einen taktischen Trick, um Zeit zu gewinnen und den erschöpften ukrainischen Truppen erneut eine Atempause zu verschaffen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich neu zu formieren und mehr Waffen und Munition zu erhalten. Aber das ist der Weg des Krieges, nicht der eines friedlichen Einigungsprozesses. So weit ist das für uns klar.

Frage: Vor kurzem fand in St. Petersburg der zweite Russland-Afrika-Gipfel statt. Im Anschluss an das Gipfeltreffen äußerte sich Präsident Putin lobend über den derzeitigen Stand der russisch-afrikanischen Beziehungen und deren Perspektiven. In welchen Bereichen ist die Zusammenarbeit am vielversprechendsten?

Sergej Lawrow: Der zweite Russland-Afrika-Gipfel, der im Juli in St. Petersburg stattfand, hat das starke Engagement Moskaus und der afrikanischen Länder für die Fortsetzung der Zusammenarbeit und den Ausbau der partnerschaftlichen Beziehungen bestätigt. Er hat auch gezeigt, dass es eine gemeinsame Weltanschauung gibt, die in Form traditioneller geistiger und moralischer Werte unserer Zusammenarbeit zugrunde liegt. Trotz des enormen Drucks, der vom Westen ausgeübt wurde, nahmen 48 offizielle Delegationen und Vertreter von fünf führenden regionalen Integrationsverbänden an dem Treffen teil. Außerdem waren 27 afrikanische Länder auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs vertreten. Diese Zahlen zeigen deutlich, dass die Entwicklungsländer für die unabhängige Außenpolitik unseres Landes empfänglich sind und dass die Bemühungen der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten, Russland international zu isolieren, gescheitert sind.

Die Stärkung der politischen, wirtschaftlichen und technologischen Souveränität unserer Partner ist der grundlegende Vektor unserer Zusammenarbeit mit Afrika. Wir sind bereit, unsere Erfahrungen mit unseren afrikanischen Freunden zu teilen, um die Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit ihrer öffentlichen Verwaltungssysteme zu verbessern, die Ernährungssicherheit zu gewährleisten und die vorrangigen Ziele der nationalen sozioökonomischen Entwicklung zu erreichen. Außerdem sieht Afrika in Russland einen verlässlichen Partner, wenn es um die Aufrechterhaltung der militärischen und politischen Stabilität, Beilegung regionaler Konflikte, Bekämpfung von Terrorismus und Drogenhandel und andere grenzüberschreitende Bedrohungen und Herausforderungen geht.

Das Gipfeltreffen eröffnete Perspektiven für den Ausbau der russisch-afrikanischen Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen, insbesondere in den Bereichen Investitionen, regionale wirtschaftliche Integration, Landwirtschaft, Energie, Infrastrukturbau, Nutzung des Untergrunds, Informations- & Kommunikationstechnologie [IKT], Gesundheitswesen und Bildung.

Unser Pilotprojekt zur Einrichtung einer russischen Industriezone in Ägypten verdient besondere Erwähnung. Sie soll zu einer Plattform für die Herstellung und den Export von Waren in andere Länder der Region werden, wobei die Möglichkeiten der *Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone* genutzt werden sollen.

Russland ist nach wie vor ein zuverlässiger Lieferant von Energieressourcen, Nahrungsmitteln, Düngemitteln und Medikamenten für Afrika. Die humanitäre Hilfe für die bedürftigsten afrikanischen Länder ist nach wie vor einer der am meisten nachgefragten Bereiche der Zusammenarbeit.

Wir haben unser traditionelles Engagement in der Personalausbildung fortgesetzt. Nahezu 35.000 afrikanische Studenten studieren an russischen Universitäten, und ihre Zahl steigt von Jahr zu Jahr. Es gibt Pläne, Zweigstellen führender russischer Universitäten in afrikanischen Ländern zu eröffnen und weitere gemeinsame Bildungseinrichtungen zu schaffen.

Frage: Die Beziehungen Russlands zu den Ländern der EAEU und der OVKS sind unter den gegenwärtigen Bedingungen von besonderer Bedeutung. Die Zusammenarbeit innerhalb dieser Strukturen hat eine positive Dynamik entwickelt. Das ist eine offensichtliche Tatsache. Gleichzeitig sind unsere Partner – insbesondere die zentralasiatischen Länder –

ernsthaftem Druck von außen ausgesetzt, der darauf abzielt, sie zu zwingen, sich den antirussischen Sanktionen anzuschließen. Wie kann man sich Ihrer Meinung nach dagegen wehren?

Sergej Lawrow: Unsere Partner in der *Eurasischen Wirtschaftsunion* [EAEU] und der *Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit* [OVKS: Militärbündnis aus dem Jahr 2002] stehen in der Tat unter enormem Druck von unfreundlichen Staaten. Hochrangige Beamte aus westlichen Hauptstädten kommen regelmäßig zu Besuch, um „*Konsultationen*“ darüber abzuhalten, wie man „*die Umgehung*“ der unrechtmäßigen Anti-Russland-Sanktionen verhindern kann. Wenn wir das Kind beim Namen nennen, handelt es sich dabei um offene Versuche, unsere Verbündeten durch Drohungen und Erpressung zu zwingen, die absolut legitime Zusammenarbeit mit Russland aufzugeben.

Wir haben natürlich Verständnis dafür, dass unsere Partner angesichts des auf sie ausgeübten äußeren Drucks Vorsicht walten lassen müssen. Die gegenseitigen Handels- und Wirtschaftsverpflichtungen zwischen uns werden weiterhin erfüllt, weil sie den Interessen der Parteien entsprechen und nicht gegen das Völkerrecht verstoßen.

Natürlich ergreift Russland im Gegenzug Maßnahmen, um weitere Versuche einer destruktiven Einflussnahme von außen zu unterbinden. Die EAEU arbeitet an gemeinsamen Maßnahmen, um die Folgen der gegen Russland und Belarus verhängten Sanktionen zu überwinden, indem die Volkswirtschaften der Union widerstandsfähiger gemacht werden. Dies hat bereits zu greifbaren Ergebnissen geführt. Der gegenseitige Handel nimmt stetig zu, der Anteil der nationalen Währungen bei gegenseitigen Transaktionen steigt, die Zahl der Kooperationsprojekte nimmt zu, und die Lebensmittel- und Energiesicherheit ist voll gewährleistet.

Ich möchte Ihnen noch einige Zahlen nennen. Auf den EAEU-Markt entfallen bis zu 40 Prozent des Außenhandels der zentralasiatischen Staaten. Mehr als 10.000 russische Unternehmen und Joint Ventures sind in der Region tätig und schaffen rund 900.000 Arbeitsplätze. Generell ist die eurasische Integration der Schlüssel zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Stabilität der EAEU-Mitgliedstaaten und zur Steigerung des Wohlstands ihrer Bürger.

Das Gleiche gilt auch für die OVKS. Unsere Zusammenarbeit in dieser Organisation beruht auf den Grundsätzen der Gleichheit und der Rücksichtnahme auf die Interessen aller Mitgliedsstaaten. Wir sind zuversichtlich, dass unsere Verbündeten den jüngsten Versuchen des Westens, mit ihren Ländern in Kontakt zu treten, kritisch gegenüberstehen und nicht zulassen in Pläne hineingezogen zu werden, die auf eine Eskalation der militärisch-politischen Spannungen abzielen.

Generell zählen wir natürlich darauf, dass unsere Verbündeten in der EAEU und der OVKS keine Schritte unternehmen, die ihren Verpflichtungen in diesem Rahmen zuwiderlaufen, während sie Beziehungen zu Drittländern und Verbänden aufbauen. Gleichzeitig ist es nicht unsere Aufgabe, andere Staaten zu belehren oder ihnen vorzuschreiben, welche Partner sie wählen oder meiden sollen. Russland verbietet keinem unserer Nachbarn oder Partner, Beziehungen zu irgendjemandem aufzubauen, sondern bittet sie stets, unsere legitimen Interessen zu berücksichtigen. Ich denke, sie hören uns!

Übersetzung aus dem Englischen UNSER MITTELEUROPA

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Russland stellt erbeutete westliche Waffensysteme im „Park der Patrioten“ aus

17. 08. 2023



Die erbeuteten Waffen wurden mit Schildern der Herkunftsländer versehen.

Sie sind ein Waffennarr und wollen westliche Waffensysteme besichtigen, die sie ansonsten nicht zu Gesicht bekommen? Dann fahren Sie am besten nach Moskau. Dort findet gerade im „Park der Patrioten“ eine umfangreiche Präsentation erbeuteter westlicher Waffen statt. In seiner Eröffnungsrede zur Ausstellung erklärte Verteidigungsminister Sergei Shoigu (68):

“Unter realen Bedingungen zeigen unsere Waffen ihre Zuverlässigkeit und Wirksamkeit, während sich die weithin beworbene westliche Ausrüstung in der Praxis alles andere als fehlerfrei erwies.”

Und im TV durften spöttische Seitenhiebe nicht fehlen, etwa, dass der schwedische Schützenpanzer CV 90 halte *“nicht mal den Schuss einer gewöhnlichen Panzerfaust aushalte”*.

Die Palette der Exponate reichte von ...

- ✳ ... Schützen- bis Radpanzer,
- ✳ gepanzerten Fahrzeugen der US Army, aus Großbritannien und Finnland,
- ✳ Artillerie-Geschütze,
- ✳ Raketen westlicher Bauart und
- ✳ abgefangene Kampf-Drohnen aus der Türkei.

Man kann wohl davon ausgehen, dass die erbeuteten Waffen den Russen wertvolle Informationen über deren Beschaffenheit bieten und ggf. nachgebaut werden.



Verteidigungsminister Minister Sergei Shoigu und hohe Militärs besichtigen das erbeutete Kriegsgerät

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Medwedew: Westen will wegen militärisch-industriellem Komplex keinen Frieden

17. 08. 2023



Der Westen sei nicht an Friedensgesprächen in der Ukraine interessiert, weil er so viel Geld wie möglich für seinen militärisch-industriellen Komplex aufbringen wolle – so Dmitri Medwedew, stellvertretender Vorsitzender des russischen Sicherheitsrates, vor den Medien.

Seite E 240 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

„Ihre Spekulationen, dass die Zeit reif für sie ist, an den Verhandlungstisch zu kommen und Friedensgespräche zu beginnen, zeigen nur, wie gerissen sie sind. In Wirklichkeit wollen sie gar nicht. Sondern: Sie wollen das militärische Schwungrad weiter drehen, um Geld in ihren Haushalt zu bringen.“

- sagte Medwedew bei seinem Besuch des „Armiya-2023-Forums“.

Er erinnerte daran, dass die russischen Soldaten bei der Vernichtung von westlicher Militärausrüstung sehr erfolgreich sind und dies auch weiterhin sein werden.

„Angesichts der Verluste nehme der Westen regelmäßig die Spekulationen wieder auf, wonach es notwendig sei, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, um Kompromisse zu finden.“

Medwedew weiter:

„Aber dies ist nur ein Teil einer Geschichte. Doch der andere Teil ist, dass der amerikanische und europäische militärisch-industrielle Komplex damit Geld verdient. Und dies ist eine Gelegenheit für sie, riesige Gewinne zu erzielen, indem sie ihre Ausrüstung in die Ukraine verschiffen. Sie verdienen Geld mit diesem Krieg.“

- erklärte Medwedew. ([vadhajtasok](#))

Beschlagnahmtes westliches Militärgerät



Während seines Besuchs der Waffenausstellung „Armiya-2023“ wurden beschlagnahmte westliche Waffen gezeigt: So eine Reihe von Granatwerfern, Panzerabwehrsystemen und

Seite E 241 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

Handfeuerwaffen. Weiters ein USA-„M777“-Artilleriesystem, gepanzerte Hummer-Fahrzeuge und westliche Kommunikationsausrüstung.

Auch gepanzerte Fahrzeuge wurden erbeutet: So ukrainische Panzer „T-64BV“ und „T-72AG“, ein schwedisches Kampffahrzeug „CV90-40“ sowie ein gepanzertes „Triton“ und ein US „M113“, welches in den Niederlanden modernisiert wurde. Ausgestellt war auch ein verbrannter australischer „Bushmaster“, ein französischer WAMX-10RCR-Radpanzer“ sowie britische „Husky“, „Mastiff“ und „-Jagdpanzer. (mk.ru)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Genug von destruktiven Sanktionen? Volkswagengruppe wird wieder in Russland aktiv

12. 08. 2023



Schwerer Rückschlag für den Wertewesten und allen voran Deutschland: Die Volkswagengruppe hat offenbar genug von den destruktiven Sanktionen der EU und kehrt unter neuem Namen nach Russland zurück.

100 Milliarden Dollar Verlust für Europäische Union!

Die Volkswagengruppe will nun unter dem Namen „AGR Automotive Group“ wieder in Russland produzieren und verkaufen. Das Unternehmen kündigte die Rückkehr auf seinen russischen Social-Media-Konten an, auf denen seit dem 23. Februar 2022 nichts mehr gepostet wurde. Sie planen, im gleichen Modus wie vor der Pause zu agieren und haben viele „interessante Ereignisse“ angekündigt und ihre Follower darauf hingewiesen, dass sie mit weiteren Ankündigungen rechnen müssen, heißt es in der Ankündigung des Unternehmens.



[Das wurde kurz nach Berichten der Financial Times bekannt](#), wonach die Europäische Union unglaubliche 100 Milliarden Dollar Verlust aufgrund der Russland-Sanktionen einfuhr! Unter anderem, weil durch das Energie-Embargo ganze Industrien zugrunde gingen und auf der anderen Seite dasselbe Öl und Gas und ein Vielfaches über Drittstaaten wie Indien oder Kasachstan importiert wurde.

Zudem beteiligten sich Schätzungen zufolge nur 10 Prozent der ehemals in Russland aktiven Unternehmen an den Sanktionen, im Energiebereich überhaupt nur drei (Shell, BP und TotalEnergies).

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Kreml-Sprecher: Moskau will kein neues ukrainisches Territorium mehr besetzen

07. 08. 2023



Im Moment gebe es auch keine Grundlage für eine Einigung zwischen der Ukraine und Russland, die Militäroperation in der Ukraine werde auf absehbare Zeit fortgesetzt – so der Kremlsprecher in einem Interview mit der „[New York Times](#)“. Laut Peskow wolle Moskau kein weiteres ukrainisches Territorium mehr besetzen, das über jenes hinausgeht, was bisher schon annektiert wurde. ([businessinsider](#))

„Wir wollen nur das Land kontrollieren, das wir bereits in unsere Verfassung geschrieben haben.“

Zu diesen Regionen gehören die 2014 annektierte Krim und seit 2022 die Regionen Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson, auf deren Territorium die Kämpfe andauern.

Pjotr Tolstoi, der stellvertretende Duma-Sprecher der Duma, meinte auf die Frage, wie Russland den langwierigen Krieg finanzieren würde:

„Mit dem Öl, das wir über Indien nach Europa verkaufen.“

Russland umgeht zwar die EU-Ölsanktionen dadurch, dass es Waren nach Fernost verkauft, während die dort raffinierten Produkte wieder in den Westen weiterverkauft werden.

Allerdings sind durch die größeren Entfernungen sowie die höheren Transportkosten, und durch die erheblichen Rabatte die Einnahmen Moskaus aus dem Ölverkauf im Vergleich zum letzten Jahr eingebrochen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

- Keine Berichte -

- Keine Berichte -

Spanien (Seiten E 246 – E 248)

01) Rückschlag für Patrioten in Spanien: „Das VOX-Debakel“ – eine Analyse

Von José Miguel Pérez

04. 08. 2023



Eine Analyse unserer Partnerseite NTV-ESPANA

Von José Miguel Pérez

Die Niederlage von Vox, die 19 Sitze und mehr als 600.000 Stimmen verloren hat und die Kraft ist, die am meisten verloren hat, ist die Schuld anderer: der PP, die „an die nützlichen Stimmen appelliert hat“; von Feijoo, der Abascal nicht die Hand gereicht hat und nicht zur letzten Debatte gegangen ist; dass die gesamte Presse gegen sie war; dass die Umfragen versucht haben, die Stimmen gegen Vox umzulenken, usw.

Ein schikanöses und irreführendes Argument. Ihm zufolge, meine Herren von Vox, ist im November 2019 all das, was Sie als Ursache für Ihren Zusammenbruch verantwortlich machen, auch Ihnen passiert (Steine und Schikanen inbegriffen), und trotzdem haben Sie 52 Sitze erhalten. Sie können sich selbst betrügen, aber Daten, wie Sie sagen, töten die Erzählung.

Dann gibt es noch eine Reihe entschuldigender Argumente für das Scheitern von Vox: Die spanische Gesellschaft sei schwachsinnig, weil sie 40 Jahre lang im Progressivismus

erzogen wurde (was zum Teil stimmt, aber sich darauf zu berufen, ist eine kindische Pikanterie); oder dass Pedro Sánchez die Briefwahl und die Wahl aus dem Ausland manipuliert habe (pucherazo). Nun: und wenn das der Fall wäre – was nicht ausgeschlossen ist -, warum haben sie dann nicht die Aussetzung dieser verfälschten Wahlen gefordert, wo doch schon seit Monaten (schon vor den Kommunal- und Autonomiewahlen vom 28. Mai) diese Mantras wiederholt wurden? Das D'Hont-Gesetz wird auch dafür verantwortlich gemacht, dass 600.000 Stimmen 19 Sitze von Vox abziehen. Aber das sind die Wahlgesetze. Eine Partei des „Regimes“, des Regimes von 78, Regeln des Regimes von 1978, das Vox im Übrigen nicht abschaffen will.

Das Zweiparteiensystem ist der große Gewinner der Parlamentswahlen. Diejenigen, die ihm „ihr Klagelied“ gesungen haben, lagen falsch. Feijoo hat 47 Sitze mehr für seine Partei gewonnen; er hat die meisten Stimmen erhalten und die Wahlen gewonnen. Ihm die Schuld für den Misserfolg von Vox zu geben, ist ebenso kindisch wie vulgär, aber die Vox-Hooligans tun es.

Dieser Hooligan, Feijoo, ein weiterer Vertreter der covidischen Tyrannei, der 60.000 Euro Bußgelder für diejenigen, die sich nicht impfen lassen, von Galicien, das als „Nation ohne Staat“ verstanden wird, der Unterdrückung der spanischen Sprache; dieser Hooligan, sage ich, hat seine Karten ausgespielt, und es war zu erwarten, dass er Vox in die Bredouille bringen und an die „nützliche Stimme“ appellieren würde (der rechte Flügel der UCD AP PP macht das seit 40 Jahren). Was ist daran so seltsam, meine Herren von Vox, wenn sie nur einen weiteres Ungeziefer an ihrer Seite haben?

Offenbar hat Vox die Regional- und Kommunalregierungen an die PP verschenkt (wie in der Valencianischen Gemeinschaft, wo die sprachliche Katalanisierung durch die Akademie der Sprache von Valencia aufrechterhalten wird, wo sie ein 80 Millionen teures Chiringuito im Dienste des katalanischen Separatismus namens ‚A punt‘-Fernsehen unterhalten und wo die PP „die Medaille“ der Senkung der Erbschaftssteuer aufgesetzt hat, die Vox unsichtbar macht). Offensichtlich, sage ich, hat das für Abascals Jungs nichts mit ihrem Debakel zu tun. Auch nicht die Tatsache, dass die PP die Balearen bekommen hat, ohne überhaupt in die Regierung einzutreten und ohne das Wahlversprechen zu erfüllen, eine Fremdsprache – Katalanisch – aus den Klassenzimmern und der Verwaltung zu verbannen; in dieser Region hat der Pepera-Präsident natürlich die Erbschaftssteuer gesenkt, und damit ist für die Rechten, die sich nur um ihre Taschen sorgen, schon alles fantastisch. Ganz zu schweigen von der Schande der Extremadura, wo Vox ein „chichinabo“ Regionalministerium akzeptiert und die pepera María Guardiola zur Präsidentin macht, die Vox die schlimmsten Verleumdungen gewidmet hat.

Angesichts dieser billigen Kapitulation vor der PP war der Gedanke vieler rechter Vox-Wähler: „Wenn sie die Bürgermeisterämter und Gemeinden an die PP verschenken, die sie beleidigt“, stimme ich für die PP; um für eine grüne PP zu stimmen, stimme ich für dieselbe wie immer. Der ständige Bettler Abascal mit der PP, der Franziskaner gegenüber der PP, der Feijoo die Hand reichte, während dieser ihn anspuckte, hat nach einer Debatte, in der Yolanda Díaz ihn anschrie und aggressiv war, 600.000 Stimmen verloren. Vom parlamentarischen „Dobermann“ zum „Pudel“... zur „Pudel-Linken“.

Glaubt irgendjemand, dass die Angriffe auf ihre ursprünglichen Wähler, wie die Beibehaltung des Vakunolatristen Juan Luis Stegmann auf ihren Listen, von vielen Wählern verziehen würden? Glaubte irgendjemand, dass die Bevorzugung der ukrainischen Kriegsgeschichte, indem sie wie Robben dem miserablen Zelensky applaudierten, als er mit dem Finger auf spanische Unternehmen zeigte, von vielen Wählern verziehen würde? Glaubte irgendjemand, dass die Verteidigung der NATO oder des Verbleibs Spaniens in der

Europäischen Union für viele Wähler mit dem antiglobalistischen Patriotismus, dessen sie sich so sehr rühmen, kohärent war? Glaubt irgendjemand, dass die Unterwerfung unter die jüdische Lobby und den Staat Israel, indem man ihn beschönigt, auch wenn er mit Marokko vereinbart hat, sich das Gas und Öl der Sahara und die Gewässer der Kanarischen Inseln anzueignen, frei sein würde? Diese inkohärenten Positionen haben potenzielle Wähler demobilisiert und sie zu Hause gelassen.

Fazit: Sie unterscheiden sich in den wichtigsten Fragen nicht von den anderen Parteien; sie lassen sich mit Albernheiten wie der „Marifachas“-Szene abfinden; sie haben eine Vox geschaffen, die mehr vom Gleichen ist wie der Rest und die auch Homosexualität oder die Invasion der indianischen Machetenbanden mit dem Slogan „lasst sie legal kommen und arbeiten“ normalisiert. Es scheint, dass die Zerstörung der spanischen Identität, die Senkung der einheimischen Löhne und die Zerstörung der zusammengebrochenen sozialen Dienste entschuldigt werden können, wenn diejenigen, die das tun, „legal und ordentlich“ sind, die „Brüder“ genannt werden und die Madrid mit Gewalt und Ghettos infizieren.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [NTV ESPAÑA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Großbritannien (Seiten E 249 – E 250)

01) GB – Renaissance der Dieselloks wegen zu teurem Strom

10. 08. 2023



Bild: IRJ

Nicht nur in Deutschland treiben die Energiepolitik, wie auch die Sanktionspolitik, die Strompreise in astronomische Höhen.

Nun will DB Cargo UK, ein Tochterunternehmen der Deutschen Bahn, seine Flotte von Elektrolokomotiven stilllegen. Die Züge sollen aus Kostengründen wieder mit Dieselloks fahren.

Klimafreundlichkeit hierbei kein Thema

Wie unter anderem [Tichys Einblick \(TE\)](#) in der vergangenen Woche berichtete, plant das Unternehmen DB Cargo UK, eine Tochtergesellschaft der Deutschen Bahn, alle Elektrolokomotiven der, in Großbritannien verbreiteten Baureihe 90 aus dem Verkehr zu ziehen.

Grund dafür seien die geradezu explodierenden Strompreise, die den Betrieb der E-Loks unrentabel machen würden. Ursprünglich waren 24 Maschinen dieses Typs für den Einsatz an Güterzügen vorgesehen gewesen.

Zu diesem Zweck seien diese eigens überarbeitet worden, nachdem sie zuvor für schnelle Personenzüge eingesetzt waren.

Seite E 250 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 839 vom 07.09.2023

DB Cargo UK warb hierbei mit besonders [umweltfreundlichem Transport](#), angeblich frei von Kohlendioxid, mit dem Slogan „I am the backbone of the economy“ (Ich bin das Rückgrat der Wirtschaft). Dieser „Werbespruch“ wurde dafür eigens an den Lokomotiven angebracht.

Nun jedoch setzt das Unternehmen aus Kostengründen wieder auf Diesellokomotiven, somit ist das grüne Image wohl ganz klar angekratzt.

Elektro-Loks notfalls verschrottet

Die Elektro-Loks werden ausrangiert, sollen verkauft oder notfalls verschrottet werden, da sie zurzeit betriebswirtschaftlich nicht konkurrenzfähig seien. Die Strompreise seien schlicht zu hoch.

TE zitiert dazu den Vorstandsvorsitzenden von DB Cargo UK, Andrea Rossi, mit der Äußerung, die zusätzlichen Kosten für Betrieb und Wartung der Elektro-Loks der Class 90 würden in der aktuellen Wirtschaftslage keinen Sinn machen, „wenn wir eine alternative Flotte von Class 66-Lokomotiven zur Verfügung haben“.

Gleichwohl sei das Unternehmen bestrebt, die sogenannte „Klimaneutralität“ zu erreichen. Rossi beteuerte dazu weiter, „das bedeutet nicht, dass unsere Maßnahmen auf Kosten der Dekarbonisierung gehen, daher setze ich mich weiterhin für die Unterstützung von Bio- oder synthetischen Kraftstoffen ein, die wir in unserer bestehenden Dieselflotte verwenden können.“

Bereits im vergangenen Jahr hatte das konkurrierende Bahnunternehmen „Freightliner“ eine vergleichbare Anzahl von E-Lokomotiven der Baureihe 90 vorübergehend eingemottet. Im Gegensatz dazu will sich DB Cargo UK nun dauerhaft von diesen Maschinen trennen.

Dazu bemerkt *TE* nicht ohne Ironie, dass auch die deutsche Muttergesellschaft Deutsche Bahn in der Vergangenheit bereits Güterzüge habe anhalten lassen müssen, weil zeitweise zu wenig Strom für den Bahnverkehr zur Verfügung gestanden habe.

Die endgültige Außerbetriebnahme der Elektro-Loks lässt allerdings nicht darauf hoffen, dass sich die Strompreise in absehbarer Zeit „erholen“ könnten.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER